



## Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 4. Februar 2026, um 9:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Barbara Heer (SP), Erich Bucher (FDP), Franziska Stier (BastA), Anouk Feurer (Grüne/jgb), Sandra Bothe-Wenk (GLP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte .....	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP) .....	4
4.	Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP) .....	5
5.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP) .....	6
6.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP) .....	6
7.	Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP) .....	7
8.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP) .....	8
9.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP) .....	9
10.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP) .....	9
11.	«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR .....	10
12.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB .....	18
13.	Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR .....	20
15.	Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers) .....	30
16.	Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen) .....	33
17.	Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäscht) .....	35



## Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 4. Februar 2026, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.02.26 09:00:15]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sehr geehrter Herr Statthalter, werter Michael, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Gerichtsrates, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen, liebe Familie, Freundinnen und Freunde. Stellen Sie sich einen ganz normalen Tag vor, auf dem Weg zur Arbeit, ins Büro, in die Werkstatt, ins Lehrerzimmer, zur Vorlesung oder, wie wir alle heute Morgen, auf dem Weg hierher ins Ratsbüro. Wir sind umgeben von Eindrücken, von Stimmen, von Informationen, von Erwartungen. Manches nehmen wir bewusst wahr, vieles rauscht an uns vorbei.

Und genau in dieser Welt voller Tempo und Ablenkung habe ich mich gefragt, was von dieser Rede bleiben soll. Nicht ein weiteres Rauschen, das unter 1'000 Stimmen verschwindet, nicht ein weiterer Reiz, der unsere Sinne fordert, aber doch nichts hinterlässt, sondern ein Moment der Aufmerksamkeit, ein Moment der Bedeutung und in diesem Moment der Aufmerksamkeit stehen wir nicht allein. Wir alle hier mit unterschiedlichen Rollen, mit unterschiedlichen Meinungen und unterschiedlichen Wegen, aber mit einer gemeinsamen Aufgabe, Orientierung zu geben. Nicht jede Stimme lauter zu machen, sondern die richtigen hörbar.

Es ist mir eine grosse Ehre, heute vor Ihnen stehen zu dürfen und das Amt der Grossratspräsidentin des Kantons Basel-Stadt anzutreten. Dieser Moment bewegt mich zutiefst. Er ist getragen von Dankbarkeit, von Respekt und auch von Demut. Es ist ein Moment des Innehaltens, ein Moment, um bewusst wahrzunehmen, was dieses Amt bedeutet und welche Verantwortung damit verbunden ist.

Dank ist im Amt der Grossratspräsidentin weit mehr als eine höfliche Geste. Dank ist Ausdruck einer Haltung, Ausdruck von Respekt gegenüber allen, die dieses Haus tragen und mit Leben füllen, den Mitgliedern dieses Rates, den Mitarbeitenden der Verwaltung, den Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Kantons. Dankbarkeit und Demut bedeuten für mich, jederzeit bewusst zu sein, dass dieses Präsidium keine Einzelaufgabe ist, dass es eine gemeinsame Verantwortung ist.

Wir leben in einer Zeit, die uns fordert. Das Weltgeschehen ist geprägt von Unsicherheiten, von Konflikten sowie von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Diese Entwicklungen machen auch vor unserem Stadtkanton nicht halt. Sie betreffen unsere Unternehmen und Arbeitsplätze, unsere Quartiere und Familien, und sie prägen unsere politischen Debatten. Gerade deshalb kommt diesem Haus eine besondere Verantwortung zu. Hier im Herzen der basel-städtischen Demokratie müssen wir Orientierung geben, nicht mit einfachen Antworten, nicht mit lauten Parolen, sondern mit Haltung, Verantwortung und Augenmass.

Demokratie ist kein Ort der schnellen Schlagzeilen, sondern ein Raum für sorgfältiges Abwägen, für Argumente, für Respekt und tragfähige Lösungen. Basel-Stadt war schon immer ein besonderer Ort, ein Stadtkanton mit internationaler Ausstrahlung und gleichzeitig starkem lokalem Zusammenhalt, ein Ort der Wissenschaft und der Forschung, der Kultur und der Kreativität, der Innovation und der Industrie, ein Ort, an dem Welt und Quartier aufeinandertreffen. Unsere grosse Stärke liegt genau darin, in dieser Vielfalt. Doch Vielfalt ist kein Selbstläufer. Vielfalt braucht Dialog, sie braucht Respekt und sie braucht die Bereitschaft, andere Meinungen nicht nur zu hören, sondern auch auszuhalten.

An dieser Stelle erlaube ich mir eine Analogie zum Sport. Als ehemalige Profisportlerin im Fechten habe ich früh gelernt, dass ein starkes Team nicht aus lauter gleichen Köpfen besteht. Ein starkes Team lebt von unterschiedlichen Stärken, von unterschiedlichen Charakteren und davon, dass alle bereit sind, ein gemeinsames Ziel Verantwortung zu übernehmen.

Mein Präsidialjahr, mein Mantra. Für mein Präsidialjahr habe ich mir ein persönliches Mantra gesetzt. Nicht als Programm, nicht als Parole, sondern als innere Haltung, die mich durch dieses Jahr trägt, in Sitzungen, in Begegnungen, in Entscheidungen. Es sind fünf Begriffe, einfach in der Form, anspruchsvoll im Gehalt. Zuhören, Botschafterin sein, vermitteln, für alle eine Anspruchsperson sein, demütig und respektvoll sein. Zuhören bedeutet für mich nicht zuhören, um vorbereitet zu



sein auf die eigene Antwort, Zuhören bedeutet, sich öffnen zu können für andere Perspektiven. Zuhören, um zu verstehen, auch dann, wenn man nicht einverstanden ist. Zuhören den Stimmen in diesem Saal, aber ebenso den Stimmen draussen, in den Quartieren, in den Vereinen, in der Wirtschaft, in der Zivilgesellschaft. Denn Demokratie lebt nicht von Monologen, sie lebt vom Dialog, und Vertrauen entsteht dort, wo Menschen spüren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Ich verstehe mein Amt als ein Relais, als Verbindungsglied zwischen innen und aussen, als Botschafterin dieses Rates nach draussen und als Moderatorin nach innen, für alle Parteien, für alle politischen Farben, für alle Hintergründe. Dieses Amt verpflichtet zur Überparteilichkeit und verpflichtet zur Fairness. Fairness ist für mich kein taktisches Instrument, sie ist eine innere Haltung, eine Haltung, die sich gerade dann zeigt, wenn es kontrovers wird, wenn Interessen aufeinandertreffen, wenn die Spannung im Raum spürbar ist. Unser Parlament ist kein Elfenbeinturm, er ist ein Arbeitsort. Ein Ort, an dem die Anliegen der Bevölkerung verhandelt werden. Wir sind gewählt, um zuzuhören, abzuwägen, zu entscheiden und auch um zu erklären.

Der Sport hat mich früh gelehrt, Regeln zu respektieren, auch dann, wenn sie einem im Moment nicht passen. Er hat mir beigebracht, dass Respekt gegenüber Gegnerinnen und Gegnern keine Schwäche ist, sondern Stärke. Und er hat mir eines ganz klar vor Augen geführt, man kann hart in der Sache sein und trotzdem fair bleiben, man kann leidenschaftlich kämpfen und trotzdem anständig bleiben und man kann gewinnen oder verlieren, ohne den Respekt voneinander zu verlieren. Diese Erfahrungen prägen meine Haltung, auch in der Politik. Vermitteln heisst für mich nicht, Konflikte zuzudecken und den Unterschied klein zu reden. Vermitteln heisst, Unterschiede sichtbar zu machen und trotzdem handlungsfähig zu bleiben. Im Sport und in der Politik braucht es dafür Klarheit, Respekt und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Mit genau dieser Haltung will ich dieses Präsidialjahr gestalten. Klar, strukturiert, souverän. Ja, wenn es nötig ist, auch bestimmt in der Führung. Denn Debatten leben nicht von der Länge der Wortmeldungen, sondern von der Qualität des Austauschs, nicht die Lautstärke entscheidet, sondern die Argumente, nicht das Durchsetzen um jeden Preis, sondern das gemeinsame Ringen um die beste Lösung. Dieses Amt verlangt mehr als Haltung, es verlangt Fairness, Fairness, auf die man sich verlassen können muss. Das ist keine Nebensächlichkeitsache, das ist die Infrastruktur unserer Demokratie. Und Demut bedeutet für mich nicht Zurückhaltung, Demut bedeutet Bewusstsein, Bewusstsein dafür, dass dieses Amt grösser ist als die Person, die gerade dieses Amt ausübt, grösser als ein Name, grösser als eine Funktion auf Zeit.

Dieses Amt trägt Geschichte, es trägt Verantwortung und es trägt die Erwartungen einer Bevölkerung, die zu Recht verlangt, dass wir sorgfältig, fair und integer handeln. Wer dieses Amt innehat, steht nicht im Mittelpunkt, sondern stellt sich in den Dienst, in den Dienst dieses Rates, in den Dienst unserer demokratischen Institutionen und letztlich in den Dienst der Menschen, die uns gewählt haben.

Respekt ist dabei kein formaler Akt, Respekt ist die Grundlage unseres gemeinsamen Arbeitens. Er zeigt sich im Ton, den wir wählen, im Umgang mit den Minderheiten, im Ernstnehmen anderer Positionen, auch dann, wenn sie der eigenen widersprechen. Respekt ermöglicht es uns, politische Auseinandersetzungen hart in der Sache zu führen, ohne persönlich zu werden, leidenschaftlich zu argumentieren, ohne Grenzen zu überschreiten, denn nur dort, wo Respekt gewahrt wird, bleibt auch der Raum für Kompromisse offen, bleibt Vertrauen möglich und bleibt unsere demokratische Kultur lebendig. Diese Haltung ist kein Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung dafür, dass unser Parlament handlungsfähig bleibt, heute, morgen und für kommende Generationen.

Mit diesem Mantra, mit dieser Haltung und mit grossem Respekt vor diesem Rat trete ich mein Präsidialjahr an. Mein Kommunikationsprinzip POET. Meine Kommunikation im Präsidialjahr folgt bewusst dem Akronym POET - proaktiv, offen, ehrlich und transparent. Diese vier Begriffe sind für mich kein theoretisches Modell, sondern eine praktische Richtschnur für Führung und Zusammenarbeit. Proaktiv bedeutet, Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, Themen anzusprechen und Verantwortung zu übernehmen, bevor Probleme eskalieren. Offen bedeutet, unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen und Dialog zuzulassen, auch dann, wenn er herausfordernd ist. Ehrlich bedeutet für mich, klar zu kommunizieren, auch wenn Antworten unbequem sind. Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Perfektion, sondern durch Verlässlichkeit. Transparent bedeutet, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und politische Prozesse verständlich zu erklären, denn Demokratie lebt davon, dass sie verstanden wird.

An dieser Stelle danke ich meinem Vorgänger Balz Herter von Herzen. Lieber Balz, du hast mich mit grosser Professionalität, Umsicht und Kollegialität in dieses Amt eingeführt. Du hast mir Sicherheit gegeben, mir Vertrauen geschenkt und mir stets den Rücken gestärkt. Dafür danke ich dir aufrichtig. Dank ist ein zentrales Stichwort an diesem Tag. Und so richte ich meinen Dank an jene Menschen und Institutionen, die mich auf meinem Weg begleitet haben. Liebe Familie, ich danke euch von Herzen. Ihr seid mein Rückhalt, meine Kraftquelle, mein sicherer Hafen. Das war schon immer so, ohne eure Unterstützung wäre dieser Weg nicht möglich gewesen. Ich danke meiner Partei, die mich getragen, gefördert und immer an mich geglaubt hat. Dieses Vertrauen ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich. Mein Dank gilt ebenso meinem Arbeitgeber, der mir grosses Verständnis entgegenbringt und mir dieses auch für das kommende Präsidialjahr zugesichert hat. Das ist in einer Funktion mit vielen Verpflichtungen alles andere als selbstverständlich. Ich danke dem Ratsbüro für die verlässliche Unterstützung. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit.



Dieses Präsidialjahr verstehe ich nicht als Einzelauftritt, ich verstehe es als Mannschaftsleistung, als gemeinsames Spiel mit klaren Regeln, gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Ziel, unseren Kanton Basel-Stadt verantwortungsvoll weiterzuentwickeln. Ich verspreche Ihnen, ich werde aufmerksam sein, ich werde zuhören, ich werde klar und fair führen, ich werde nahbar bleiben und mir den Humor nicht nehmen lassen. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Ich freue mich auf dieses Präsidialjahr, auf den Austausch, auf engagierte Debatten und auf das gemeinsame Gestalten unseres Kantons Basel-Stadt. Herzlichen Dank.

Hiermit eröffne ich das zweite Amtsjahr der 45. Legislatur (*Applaus*).

Herzlichen Dank. Wir kommen damit zu Traktandum 1, Mitteilung und Genehmigung der Tagesordnung.

Ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen.

Neue Ratsmitglieder: Ich habe die Freude, zwei neue Mitglieder in unserem Rat begrüßen zu dürfen und bitte die Angesprochenen, sich jeweils kurz von ihren Sitzen zu erheben. Marina Schai, Mitte/EVP, anstelle der zurückgetretenen Andrea Elisabeth Knellwolf (*Applaus*). Martin Leschhorn Strebelt, SP, anstelle der zurückgetretenen Franziska Roth (*Applaus*). Ich wünsche Ihnen beiden für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse Sie hier herzlich willkommen.

Neue Interpellationen: Es sind 13 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 1, 3, 5, 7, 8 und 12 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Es liegen keine Wortmitteilungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[04.02.26 09:17:05]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

## 3. Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

[04.02.26 09:17:31]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 10 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrers, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir starten die erste Abstimmung über offene Wahlen.

### 2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0008242, 04.02.26 09:18:53*]



### Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3-10.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 93 Ja-Stimmen für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP landen. Für die Wahl als Mitglied der GSK, von der Fraktion Mitte/EVP vorgeschlagen, wurde Marina Schai. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen also zur Wahl und stimmen nun ab.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008244, 04.02.26 09:20:05]

### Der Grosse Rat wählt

*Zu einem Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Marina Schai, Mitte-EVP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben Marina Schai mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme in die GSK gewählt. Ich gratuliere Marina Schai zur Wahl als Mitglied der GSK und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.  
(Applaus)

## 4. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

[04.02.26 09:20:31]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der WAK von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Daniel Albietz. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008247, 04.02.26 09:21:22]



**Der Grosse Rat wählt**

*Zu einem Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission*

**Daniel Albietz, Mitte-EVP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Daniel Albietz wurde mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung in die Wirtschafts- und Abgabekommission gewählt. Ich gratuliere Daniel Albietz zur Wahl als Mitglied der WAK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

**5. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission  
(Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)**

[04.02.26 09:21:49]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Präsident der WAK von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Daniel Albietz. Wählbar sind Mitglieder der WAK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008250, 04.02.26 09:23:13]

**Der Grosse Rat wählt**

*Zum Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission*

**Daniel Albietz, Mitte-EVP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben Daniel Albietz mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung als Präsident der WAK gewählt. Ich gratuliere auch hier Daniel Albietz zur Wahl als Präsident der WAK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

**6. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf,  
Mitte/EVP)**

[04.02.26 09:23:36]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Thomas Widmer-Huber. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008253, 04.02.26 09:24:30]

#### **Der Grosse Rat wählt**

*Zu einem Mitglied der Regiokommission*

**Thomas Widmer-Huber, Mitte-EVP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Thomas Widmer-Huber gewählt. Ich gratuliere Thomas Widmer-Huber zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (*Applaus*)

### **7. Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)**

[04.02.26 09:24:56]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der Petitionskommission von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurden Remo Gallacchi und Michael Graber. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion Mitte-EVP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl von Mitglied 1, Remo Gallacchi.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008256, 04.02.26 09:25:56]

#### **Der Grosse Rat wählt**

*Zu einem Mitglied der Petitionskommission*

**Remo Gallacchi, Mitte-EVP**



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung wird Remo Gallacchi gewählt. Ich gratuliere Remo Gallacchi zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0008258, 04.02.26 09:26:50]*

#### **Der Grosse Rat wählt**

Zu einem Mitglied der Petitionskommission

**Michael Graber, Mitte-EVP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Michael Graber gewählt. Ich gratuliere Michael Graber zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. *(Applaus)*

### **8. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)**

[04.02.26 09:27:15]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0008261, 04.02.26 09:28:05]*

#### **Der Grosse Rat wählt**

Zu einem Mitglied der Disziplinarkommission

**Mahir Kabakci, SP**



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Mahir Kabakci in die Disziplinarkommission gewählt. Ich gratuliere Mahir Kabakci zur Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (*Applaus*)

## **9. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)**

[04.02.26 09:28:35]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0008264, 04.02.26 09:29:24*]

### **Der Grosse Rat wählt**

*Zu einem Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission*

**Mahir Kabakci, SP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Enthaltung Mahir Kabakci gewählt. Ich gratuliere Mahir Kabakci zur Wahl als Mitglied der BKK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt (*Applaus*)

## **10. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)**

[04.02.26 09:29:51]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Präsidentin der BKK von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Micaela Seggiani. Wählbar sind Mitglieder der BKK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**



**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008267, 04.02.26 09:30:39]

### Der Grosse Rat wählt

Zur Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

**Michela Seggiani, SP**

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Michaela Seggiani gewählt. Ich gratuliere Michaela Seggiani zur Wahl als Präsidentin der BKK und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt. (Applaus)

## 11. «Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

[04.02.26 09:31:06, 25.1463.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen und die Finanzkommission beantragt ebenfalls, dem Nachtragskredit zuzustimmen. Das Wort für die Kommission der JSSK hat David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Als Folge des Wechsels des Präsidiums von Barbara Heer zu Hanna Bay, somit inter reginas, darf ich Ihnen als Vizepräsident der JSSK dieses Geschäft vorstellen. Es wurde in zwei Sitzungen beraten. Vorgestellt wurde es in der Kommission von der Departementsvorsteherin, der externen Fachexpertin des JSD, der Projektleitung und vom Leiter Projekte und Steuerung JSD.

Die JSSK beantragt Ihnen, die beiden vom Regierungsrat vorgeschlagenen Beschlüsse zu bewilligen. Worum geht es? Am 14. Juni 2023 haben Sie die Motion Messerli und Konsorten betreffend Ausgliederung der Kriminalpolizei aus der Staatsanwaltschaft dem Regierungsrat zur Erfüllung überwiesen. Als Folge davon legte der Regierungsrat uns am 3. Juli 2024 eine Ausgabenbewilligung für das Programm Reorganisation Strafverfolgung ReoS vor. Wir haben damals antragsgemäss 1,13 Mio. Franken für die Initialisierungsphase gesprochen.

Nun wurde die Initialisierungsphase abgeschlossen, mit Vorsprung und ohne Verzögerung. Verwendet wurden dafür etwa 0,9 Mio. Franken. Mit der nun zu behandelnden Ausgabenbewilligung sollen die Mittel für die Konzeptphase zur Verfügung gestellt werden. Dafür bedarf es einerseits der Ausgabenbewilligung von 1,36 Mio. Franken und andererseits eines Nachtragskredites für das diesjährige Budget von 524'000 Franken.

ReoS ist ein anspruchsvolles Projekt. Es fällt auch in eine Zeit, in der die Strafverfolgung sehr viele Herausforderungen zu bewältigen hat. Auf nationaler Ebene ist das Projekt Justitia 4.0 zu nennen. Weiter steht auch eine Ersatzbeschaffung der Fachapplikationen JURIS an. Die spezifischen Problemstellungen, die sich in unserer Strafverfolgung ergeben haben, muss ich hier nicht thematisieren. Es geht aber um die Reorganisation von zwei Organisationen, die mit einigen Belastungen zu kämpfen haben.

Im Ausgabenbericht findet sich das in der Initialisierungsphase erarbeitete Zielmodell Strafverfolgungsbehörden BS samt dessen elf Stossrichtungen. Sie haben das alle im Bericht gelesen. Hier nur so viel: Zentral ist, dass die Kriminalpolizei, die zurzeit Teil der Staatsanwaltschaft ist, künftig als Hauptabteilung innerhalb der Kantonspolizei geführt werden soll. Das Zielmodell entspricht dem allgemeinen schweizerischen Modell. Wir werden uns, mit oder ohne Tränen, vom Basler Modell der Strafverfolgung verabschieden. Der Handlungsbedarf ist gross. Rechtlich ist viel zu ändern. Die erforderliche Vorlage bezüglich Rechtsänderungen an den Grossen Rat soll Mitte 2027 vorgelegt werden. Das Inkrafttreten ist frühestens ab 2029 möglich.



In der neuen Projektphase soll auch ein detailliertes Organisationskonzept den vorgeschlagenen Lösungsansatz konkretisieren. So ist beispielsweise bei Fällen der kriminalpolizeilichen Spezialversorgung die federführende Staatsanwältin von Anfang an in das Verfahren einzubeziehen. Damit sind auch Anforderungen an laufende Digitalisierungsprojekte verbunden. Auf personeller Seite müssen zahlreiche Rollen und Aufgabenprofile neu definiert werden. Der Nachweis, wofür die begehrten Mittel benötigt werden, findet sich im Ausgabenbericht. Die grössten Posten sind externe Unterstützung, vor allem Projektleitung und interne Löhne und Arbeitsplätze. Schon budgetiert für dieses Jahr wurden 590'000 Franken. Für die Differenz ist der Nachtragskredit erforderlich.

In unserer Beratung fokussierten wir uns auf folgende Fragestellungen. Diskutiert wurde, ob und in welchem Umfang ReoS von den Führungen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft aktiv unterstützt wird. Es wurde auch die Frage in der Kommission gestellt, warum die Staatsanwaltschaft bei der Kommissionsberatung nicht vertreten sei. Hervorgehoben wurde, dass alle Staatsanwaltschaften in der ganzen Schweiz mit dem Pendenzenberg zu kämpfen haben und dies nicht nur ein Basler Problem sei. Die Kommission verzichtete aber auf eine Anhörung der Staatsanwaltschaft, auch im Sinne einer speditiven Behandlung dieses Geschäftes.

Weiter wurden Fragen gestellt bezüglich des Einsatzes externer Kräfte und der Möglichkeit, intern Change Management Know-how aufzubauen. Gemäss dem Departement seien die Kapazitäten des Generalsekretariats nicht ausreichend, um solche Projekte vollumfänglich zu bewältigen. Bezüglich des Teilprojektes Rechtsetzung kam das Departement zum Schluss, dass eine interne Stellenbesetzung sinnvoller sei. Dies ist Teil des aktuellen Angrags.

Die Kommission liess sich über viele weitere Fragen orientieren, so über die Rolle des aus vielen Mitarbeitenden aus unterschiedlichen Fachbereichen und Hierarchiestufen zusammengesetzten Thinktanks und über die Neuausgestaltung der Bearbeitung der organisierten Kriminalität sowie über die Rolle von verlässlichen Kennzahlen, die insbesondere bei der Staatsanwaltschaft von Nöten sei.

Trotz den vielen Fragen, die im Rahmen der Beratungen aufgeworfen wurden, war unbestritten, dass die beantragten Mittel notwendig seien, um ReoS zügig voranzutreiben. Die JSSK wird am Thema eng dranbleiben, sie ist sich aber auch bewusst, dass sie keine Oberaufsichtskommission ist und sie ist somit auch gespannt, was die GPK nach Presse morgen publizieren wird.

Die Kommission beschloss schlussendlich einstimmig die Ausgabenbewilligung, wie vom Regierungsrat beantragt. Daher wurde auf einen schriftlichen Bericht verzichtet. ReoS wird die JSSK und den gesamten Grossen Rat in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen. Insofern bin ich auch gespannt, welche Inputs für die zukünftigen Arbeiten an ReoS werden sich in der heutigen Debatte noch ergeben werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort für die Finanzkommission hat deren Präsident Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die Finanzkommission ist qua Gesetz für den Nachtragskredit zuständig, deshalb hat sich die Finanzkommission ebenfalls mit diesem Bericht beschäftigt. Die Finanzkommission hat allerdings darauf verzichtet, ergänzend zur JSSK selber Hearings durchzuführen. Wir schliessen uns entsprechend den Ausführungen des Sprechers der JSSK an.

Wir haben einstimmig beschlossen, diesen Nachtragskredit in der Höhe von 524'000 Franken für das Jahr 2024 zu bewilligen und dies ist auch unser Antrag.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Vielen Dank für die Berichterstattung des Vizepräsidenten der JSSK und für die konstruktive und gute Zusammenarbeit auch in diesem Geschäft. Es handelt sich hier wirklich um ein Schlüsselprojekt, ein Schlüsselprojekt des Departements, des JSD, aber auch ein Schlüsselprojekt für Basel-Stadt. Ich würde wirklich sagen, das ist für die Strafverfolgung ein sehr zentrales Projekt, aber auch ein nicht zu unterschätzendes Projekt. Es ist in der Dimension gross, wir haben das gehört, aber es ist enorm wichtig in Zeiten, in denen die Strafverfolgungsbehörden konstant überlastet sind. Das ist ein schweizerweiter Trend, wie wir gehört haben. Es ist aber eben auch essenziell wichtig, dass wir die eigenen Organisationen kritisch durchleuchten, schauen, ob wir richtig aufgestellt sind, ob wir überhaupt in dieser Organisationsform effizient arbeiten können.

Dieses traditionelle Modell, das wir haben seit wirklich vielen Jahren, hatte sicher mal seine Berechtigung, aber die Zeit hat weiter gedreht. Es gab weitere wegweisende Gesetzesrevisionen, wir erinnern uns an die eidgenössische Strafprozessordnung 2011, und ich denke, da ist es enorm wichtig, dass wir diesen Entwicklungen auch Rechnung tragen



und uns weiterentwickeln, dies bei anhaltend hohen Kriminalitätszahlen, das ist ein Fakt, aber auch Kriminalitätsfeldern, die zunehmend in Basel-Stadt auch sichtbar sind. Ich spreche von der organisierten Kriminalität, vom Menschenhandel, den wir auch schon hier in verschiedenen Vorstössen behandelt haben. Die Regierung hat ja auch organisierte Kriminalität als Schwerpunkt in der Legislatur definiert. Umso wichtiger ist es, dass die Organisationen, sprich die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft, auch bereit sind, solche Fälle bearbeiten zu können, die Falllast überhaupt bewältigen zu können und damit eben auch die Strafverfolgung so aufzustellen, dass sie für die Zukunft fit ist.

Wir haben es auch gehört, es ist ein komplexes Projekt, es ist mehr als einfach nur die Ausgliederung der Kriminalpolizei und die Integration in die Kantonspolizei. Wir müssen zwei Organisationen neu denken, wir müssen diese Reorganisation umfassend angehen, wir müssen Prozesse neu aufstellen. Es hat auch eine Change-Komponente, eine wesentliche Veränderung in beiden Organisationen zur Folge. Das ist alles aufgegleist. Wir haben gehört, die Phase Initialisierung ist abgeschlossen. Wir haben auch sehr Wert darauf gelegt, dass die Projektorganisation hierarchisch durchmischt ist, dass auch Mitarbeitende aus beiden Organisationen und Hierarchiestufen integriert sind. Ich denke, das ist enorm wichtig fürs Gelingen eines solchen grossen Projektes und für den Rückhalt der Mannschaft, um es etwas salopp zu sagen.

Aber wir wissen auch, die Fallbelastung ist so hoch. Und jetzt komme ich auf den eigentlichen Kern des heutigen Geschäfts, es ist ja eine Ausgabenbewilligung und ein Nachtragskredit. Es ist wichtig, dass wir hier, wo wir können, auch extern unterstützen und da eine Entlastung auch hinbekommen, weil die Strafverfolgung muss während dieses Projekts bis zur Umsetzung weiterhin funktionieren. Und deshalb ist heute diese finanzielle Optik vor allem im Zentrum, dass wir uns unterstützen lassen, sehr fachkompetent unterstützen lassen bei der nächsten Projektphase, der Phase Konzept, wo es jetzt eben, Sie haben es gesehen in der Ausgabenbewilligung und im Bericht, darum geht, die Zielmodelle auszuarbeiten. Wir haben elf Stossrichtungen definiert und da geht es jetzt wirklich um die Detailarbeit, die dann ermöglicht, auch dieses neue Modell umzusetzen.

Wir haben es auch gehört vom Vizepräsidenten der JSSK, im Zielmodell wird nicht irgendwie etwas ganz komplett Neues erarbeitet. Wir wollen uns angleichen an das Grundmodell der Restschweiz, das heisst, kriminalpolizeiliche Arbeit ist eben polizeiliche Arbeit und dementsprechend auch bei der Kantonspolizei anzusiedeln. Wir erachten es als enorm wichtig, dass polizeiliches Know-how, Wissenstransfer, aber auch Fallkenntnisse in der gleichen Organisationseinheit abgehandelt werden und dann die Schnittstelle zur Staatsanwaltschaft kommt, wenn es wirklich um die Strafverfolgung, um die Weiterungen geht – sprich Anklage, Strafbefehl, Einstellung, was auch immer als Verfahrensabschluss dann kommt. Es wichtig, den Wechsel dann zu machen, wenn diese Phase kommt.

An dem Modell arbeiten wir. Wir haben auch gehört, dass wir doch einen Zeithorizont haben, das Jahr 2029 wurde genannt. Mir ist noch wichtig zu sagen, dass es nicht die Meinung ist, ein solches grosses Projekt über so viele Jahre einfach aufrechtzuerhalten. Wir wollen, wo wir können, umsetzen Schritt für Schritt. Und deshalb auch ein kleiner Ausblick an dieser Stelle. Der nächste Schritt ist bereits in Erarbeitung. Wir wollen die Rechtsgrundlagen bereits heute anpassen, damit wir im Zielmodell schon arbeiten können, damit wir eben diese wichtige Arbeit des Transfers auch bereits umsetzen können.

Daran sind wir und das wird dann natürlich wiederum auch ein Geschäft sein, das ins Parlament kommt. Es ist jetzt also der erste oder zweite Bericht, den Sie heute erhalten mit der finanziellen Optik, aber es ist sicher nicht der letzte auf dem Weg bis zur definitiven Umsetzung von ReoS. Es ist für mich wirklich ein wichtiges Projekt, ein zukunftsweisendes Projekt. Ich bitte höflich, auch dieser Ausgabenbewilligung und dem Nachtragskredit zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die SP eingetragen hat sich Mahir Kabakci.

*Mahir Kabakci (SP):* Wir beraten heute das Geschäft zur Reorganisation der Strafverfolgung, konkret den Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase sowie die Ausgabenbewilligung und den Nachtragskredit für die Konzeptphase. Im Namen der SP-Fraktion möchte ich vorwegnehmen, wir stimmen diesem Geschäft zu, nicht aus blindem Vertrauen, sondern aus der Überzeugung, dass diese Reform notwendig ist und gleichzeitig kritisch, aufmerksam und konstruktiv begleitet werden muss.

Basel-Stadt steht vor grossen Herausforderungen in der Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft ist seit Jahren stark belastet, die Fallzahlen steigen, die Verfahren werden komplexer, die Digitalisierung fordert zusätzliche Ressourcen (Stichwort Justitia 4.0). Gleichzeitig besteht bei der Kantonspolizei ein struktureller Unterbestand. In diesem Spannungsfeld einfach weiterzumachen, wie bisher, wäre keine verantwortungsvolle Option.

Mit ReoS wird die Kriminalpolizei nach über 90 Jahren aus der Staatsanwaltschaft ausgegliedert und in die Kantonspolizei integriert. Das schafft Klarheit in den Zuständigkeiten. Die Polizei ermittelt, die Staatsanwaltschaft führt die Verfahren. Diese Trennung entspricht dem Modell der übrigen Kantone und stärkt die Professionalität beider Organisationen. Für uns ist zentral, dass dadurch Abläufe beschleunigt, Doppelspurigkeiten vermieden und Ressourcen besser eingesetzt werden.



Eine leistungsfähige Strafverfolgung ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaates und letztlich im Interesse der Gesamtbevölkerung. Der Bericht zeigt sehr deutlich, dass beide Institutionen an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Steigende Anzeigenzahlen, neue Kriminalitätsformen, internationale Verflechtungen, IT-Forensik und wachsende rechtliche Anforderungen verändern die Arbeit grundlegend. ReoS ist eine Antwort auf diese Realität. Die stärkere Spezialisierung innerhalb der Kriminalpolizei, die Standardisierung von Prozessen und die bessere Verzahnung mit der Staatsanwaltschaft können dazu beitragen, Verfahren qualitativ besser und schneller zu führen.

Wir sprechen heute über eine Ausgabenbewilligung von 1,36 Mio. Franken für die Konzeptphase und einen Nachtragskredit von ca. 500'000 Franken. Ja, das ist viel Geld, aber es ist Geld, das sinnvoll investiert wird, wenn es dazu dient, saubere Grundlagen zu schaffen, statt später teure Fehlentscheide korrigieren zu müssen. Wir unterstützen diese Mittel, erwarten aber im Gegenzug Transparenz, Controlling und eine regelmässige Information des Grossen Rates über Fortschritt, Risiken und Kostenentwicklung.

Neben diesen strukturellen Fragen möchte ich einen Punkt besonders betonen. ReoS ist nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine kulturelle Chance. Der Bericht Schefer hat klar aufgezeigt, wo in der Organisation der Strafverfolgungsbehörden Defizite bestehen: Bei der Führungskultur, beim Mitspracherecht der Angestellten, bei basisdemokratischen Entscheidungswegen, bei der Chancengleichheit sowie bei der konsequenten Bekämpfung von Rassismus und Sexismus. Diese Reorganisation darf sich deshalb nicht darauf beschränken, Organigramme neu zu zeichnen, sie muss auch einen Kulturwandel ermöglichen und absichern. Für uns heisst das, Mitspracherechte bei den Mitarbeitenden müssen gestärkt werden, Führungsstrukturen müssen transparent und verantwortungsvoll gestaltet sein, Chancengleichheit darf kein Schlagwort bleiben, sondern muss in der Rekrutierung, Beförderung und Ausbildung verbindlich verankert werden. Und Rassismus sowie Sexismus müssen konsequent strukturell und nicht nur fallweise bekämpft werden.

Ganz wichtig ist uns dabei, diese Werte und die Reorganisation dürfen nicht von einzelnen Personen abhängen. Organisationsentwicklung, die nur an Köpfen hängt, ist fragil. Kultur, die strukturell verankert ist, bleibt bestehen, auch wenn Personen wechseln. Wir erwarten deshalb, dass die Kompetenzen, die die externen Projektleitungen haben, langfristig in der Organisation aufgebaut und verankert werden. Ein nochmaliger Projektleitungswechsel, beispielsweise wenn die Personen dem noch neu zu bestimmenden Kommandanten nicht passen, ist zu vermeiden. Weiter erwarten wir, dass der Personaltransfer sozial verträglich erfolgt. Die Mitarbeitenden sind nicht einfach Verschiebemasse. Sie brauchen Sicherheit, Weiterbildung, Perspektiven und echte Einbindung in den Prozess. Eine Reform gelingt nur, wenn die Menschen, die sie umsetzen, mitgenommen werden.

Auch auf organisatorischer Ebene bei der Staatsanwaltschaft ist grosse Wachsamkeit erforderlich. Wir durften Einblick nehmen in unterschiedliche Projektstudien und haben zum Teil besorgniserregenden Handlungsbedarf bei der Staatsanwaltschaft dokumentiert. Die Geschäftsleitung sei nicht fähig, die Organisation mit einer übergeordneten Strategie zu führen. Es fehlt eine strategische Ressourcensteuerung und was aus finanzpolitischer Sicht grosse Sorgen macht, die Quantifizierung von Pendenzen ist über die Jahre und zwischen Abteilungen sehr mangelhaft und auch etwas zufällig. Aus unserer Sicht muss ReoS dringend auch Führungs- und Prozessfragen innerhalb der Staatsanwaltschaft einbeziehen. Es müssen dringend verlässliche Kennzahlen und Benchmarks mit anderen Kantonen entwickelt werden. Verlässliche Zahlen und Benchmarks sind für uns als SP-Fraktion Voraussetzung dafür, dass das Parlament verantwortungsvolle finanzpolitische Entscheidungen zur Staatsanwaltschaft treffen kann.

Nach der Lektüre der Projektstudie stellt sich die Frage, ob die Staatsanwaltschaft nicht ähnlich wie die Polizei eine grundsätzliche Reorganisation bräuchte. Die Staatsanwaltschaft ist gefordert, ihre Ressourcen künftig gezielter, transparenter und nachhaltiger einzusetzen. Instrumente für die strategische Ressourceneinsetzung müssen sofort eingeführt werden. Eine Reorganisation kann nur gelingen, wenn bestehende Strukturen bei der Staatsanwaltschaft kritisch hinterfragt und Führungsprozesse professionalisiert und Arbeitsprozesse effizienter gestaltet werden. Das fortlaufende Fordern nach zusätzlichem Personal allein kann dabei nicht die einzige Antwort sein. Vielmehr braucht es eine klare Priorisierung, nachvollziehbare Ressourceneinteilung und eine enge Abstimmung zwischen allen beteiligten Stellen. Die Reorganisation kann nur umgesetzt werden, wenn die Staatsanwaltschaft diese aktiv mitträgt und gemeinsam mit Partnerorganisationen am gleichen Strick zieht.

Dass der fehlende Support seitens der Staatsanwaltschaft weiterhin als Projektrisiko angeschaut wird, laut Projektstudie, ist aus Sicht der SP-Fraktion problematisch. Nur durch das aktive Mittragen von allen lässt sich sicherstellen, dass die neuen Strukturen wirksam greifen und die angestrebten Verbesserungen tatsächlich erreicht werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass schon die GPK-Fraktion im letzten Jahresbericht gefordert hat, dass im Rahmen von ReoS auch die ungelösten Aufsichtsthemen rund um die Staatsanwaltschaft angegangen werden müssen. Wir behalten uns vor, zu dieser Thematik Vorstösse einzureichen. Grundsätzlich stellen sich uns gewisse Fragen, ob die Aufsicht beziehungsweise das Parlament adäquat aufgestellt ist, um den Verlauf dieses Grossprogramms mit möglicherweise noch ungeahnten Kostenfolgen wirklich zu beaufsichtigen.

Zusammenfassend unterstützen wir als SP dieses Geschäft, weil Stillstand keine Lösung wäre. ReoS kann Effizienz, Qualität und Zusammenarbeit verbessern. Gleichzeitig begleiten wir die Umsetzung kritisch mit Fokus auf Transparenz,



Personalpolitik, Kulturwandel und Rechtsstaatlichkeit. Wir sagen Ja zu dieser Reorganisation, aber ebenso Ja zu Mitwirkung, klaren Strukturen und einer Strafverfolgung, die nicht nur funktioniert, sondern auch fair, modern und demokratisch organisiert ist.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP ist Bruno Lötscher.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich wollte mich eigentlich ganz kurz fassen und kann mich auch ganz kurz fassen, unsere Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag, ich bitte Sie, dies auch zu tun. Ich komme aber nicht umhin, zwei, drei Sätze zu sagen zu Reos.

Wie Sie wissen, habe ich mich eingesetzt für den Beibehalt der Kripo bei der Staatsanwaltschaft, weil dieses Basler Modell, anders als es immer wieder gesagt wird, an sich wissenschaftlich als das beste Modell für die Schweiz angeschaut wird. Auch wenn das immer wieder vergessen geht, hat auch der Bundesrat 2011 eben nicht das Modell, das wir jetzt einführen wollen, vorgeschlagen in der neuen Strafprozessordnung, sondern der Bundesrat wollte das Basler Modell. Und das Basler Modell war einzigartig, deshalb haben in der Vernehmlassung alle anderen Kantone Nein gesagt, aber eigentlich haben wir ein gutes Modell und das möchte ich Ihnen einfach mit auf den Weg geben.

Es ist nicht so, dass es bei uns am Modell liegt, sondern es liegt im Wesentlichen an den Ressourcen und an den Grundproblemen in der Strafverfolgung, und ich möchte Sie doch dringend bitten, das immer wieder mitzunehmen. Wir dürfen die Strafverfolgung nicht noch weiter schwächen. Die Strafverfolgung führt einen Sisyphuskampf gegen das Verbrechen. Wir haben die Pflicht und die Aufgabe, im Interesse unserer Gesellschaft diesen Kampf mitzutragen und mitzuunterstützen. Und ich bin jetzt doch schon etwas betrübt, Mahir Kabakci, wenn Sie hier die Staatsanwaltschaft öffentlich rügen, ohne dass die JSSK die Staatsanwaltschaft gebeten hat, in die Kommission zu kommen und sich mal zu erklären. Das finde ich grundlegend. Wenn wir schon nicht einverstanden wären mit dem, was die Staatsanwaltschaft macht, dann bitten wir Sie doch das nächste Mal, bevor wir sie öffentlich schlechtreden, zum Gespräch, denn die Stawa macht das vielleicht nicht so, wie jeder Polizist oder jeder Kripo-Mitarbeiter das wünscht, aber das heisst nicht, dass das besser ist, nur weil das von der Basis her kommt. Mich würde schon noch interessieren, was die Leitung dann dazu sagt.

Grundsätzlich, wir haben vom System her eigentlich eine gute Aufstellung, aber wir haben beschlossen, das zu ändern und wir sollen das jetzt ändern und wir müssen das jetzt ändern. Jetzt kommt eigentlich mein Hauptanliegen. Ich möchte dem JSD und Regierungsrätin Stephanie Eymann meinen Respekt aussprechen und danken für die unglaublich gute Arbeit, die in diesem Zusammenhang geleistet wird. Das ist nämlich eine Riesenkiste, die da gemacht wird, bei laufender Arbeit, bei so grossen Pendenzenbergen, bei so grossen Fallzahlen diese Reorganisation durchzuziehen, alle Mitarbeitenden mitzunehmen und den Betrieb aufrechterhalten zu können, das ist eine grossartige Leistung und das kann man nicht hoch genug einschätzen. Also mein voller Respekt, obwohl ich ursprünglich ja nicht Freund dieser Organisation gewesen bin und die deshalb auch kritisch begleite. Was bis jetzt geschehen ist, ist ausgezeichnet und lässt mich hoffen, dass das wirklich noch besser wird, als es zumindest wissenschaftlich, theoretisch in Basel sein könnte.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag zu unterstützen. Glauben Sie aber nicht, dass Reos das Allerheilmittel ist. ReoS ist nur das Instrument, um besser zu sein, die wirklichen Probleme sind eigentlich auf gesamtschweizerischer Ebene, ich habe das hier schon einmal gesagt. Wir müssten dafür sorgen, dass die Strafprozessordnung verbessert wird, denn die Täter haben es eigentlich bei uns in der Schweiz strafprozessual eher zu leicht und zu einfach, und das macht einen grossen Teil der Schwierigkeit für die Strafverfolgungsbehörden aus.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

*Felix Wehrli (SVP):* Ich bin jetzt doch noch froh, dass Bruno Lötscher nicht alles schlecht findet, was gemacht wird und ich weiss, er ist nicht für diese Umsetzung gewesen, hoffe aber, dass man ihn noch davon überzeugen kann. Ich habe im Basler Modell 27 Jahre gearbeitet auf der Kripo und kann Ihnen sagen, das Modell funktioniert nicht produktiv, es ist unproduktiv, es gibt zu viele Schnittstellen, man kommt nicht vorwärts, man hat keinen Zugriff auf die polizeilichen Datenbanken, usw. Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr denkbar, so weiterzuarbeiten.

Wir alle wollen, dass die Strafverfolgung effizient, rechtsstaatlich einwandfrei ist und vor allem auch organisatorisch so aufgestellt ist, dass sie den heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht wird. Dies haben wir mit der Überweisung der entsprechenden Motion in Auftrag gegeben. Genau hier setzt das Projekt ReoS ja auch an. Die nun beantragte Konzeptphase ist eine notwendige und verantwortungsvolle Investition, um die bestehenden Strukturen kritisch zu überprüfen, Schnittstellen zu klären oder besser noch zu verringern oder abzuschaffen sowie Abläufe zu optimieren. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Strafverfolgung ist es richtig, nicht vorschnell strukturelle Entscheidungen zu treffen,



sondern diese sorgfältig vorzubereiten und fundiert abzustützen. Hier werden öffentliche Mittel, also das Geld der Steuerzahlenden, gut und nachvollziehbar eingesetzt.

Auch finanziell ist dieser Antrag nachvollziehbar. Eine professionelle Konzeptphase, und dafür braucht es externe Personen, kann helfen, Fehlentscheide, Doppelspurigkeiten und ineffiziente Strukturen zu vermeiden. Das Projektteam ist aus meiner Sicht, so wie ich das beurteilen kann, sehr gut aufgestellt und macht eine hervorragende Arbeit. Langfristig kann es somit nicht nur die Qualität der Strafverfolgung verbessern, sondern auch, das ist meine Meinung, zu einer wirtschaftlichen Verbesserung führen.

Dann zu der Stawa, die Mahir Kabakci so angesprochen hat und etwas negativ bewertet hat. Da gebe ich Bruno Lötscher recht. Es ist tatsächlich schwierig, weil es noch immer Personen gibt, die sich gegen das ReoS wehren. Nur, da können die Regierung und das Projektteam nichts machen, diese wurden von uns gewählt.

Ich danke dem Regierungsrat ausserdem für den vorliegenden Bericht. Das Projekt ReoS bietet die Chance, die Strafverfolgung im Kanton Basel-Stadt zukunftsfähig aufzustellen im Interesse der Rechtsstaatlichkeit, der Mitarbeitenden – die haben das nötig – und letztlich der Bevölkerung. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprechende ist Fleur Weibel für die Fraktion GRÜNE/jgb.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Es wurde jetzt schon viel gesagt, ich kann mich deshalb kurz fassen. Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb ist die Ausgabenbewilligung und der Nachtragskredit für ReoS für die nächste Konzeptphase ebenfalls unbestritten. Ich glaube, darüber diskutieren wir auch nicht und ich kann mich auch nicht wirklich in die Debatte einbringen, ob jetzt das Basler Modell dann vielleicht trotzdem besser ist als das der 25 anderen Kantone. Das überlasse ich den Expert:innen, darüber zu sprechen.

Was aus meiner Sicht ein Punkt ist, über den wir vielleicht noch nicht so klar gesprochen haben, der aus unserer Sicht aber sehr wichtig ist, ist, dass es mit ReoS ja eine ganz klar definierte neue Zuständigkeitszuteilung gibt, indem die Kriminalpolizei jetzt in die Kantonspolizei überführt wird, und nicht nur das passiert, sondern dass gleichzeitig auch in dem Zielmodell, das jetzt aus der Initialisierungsphase herauskommt, eben auch darum geht zu unterscheiden zwischen der kriminalpolizeilichen Grundversorgung, die in die bisherige kantonspolizeiliche Arbeit integriert wird und der kriminalpolizeilichen Spezialversorgung, wo es besonders darum geht, die schwere organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Und das ist aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Punkt, dass es hier eine Fokussierung gibt auf diese organisierte schwere Kriminalität und diese effizient und stärker in den Fokus genommen werden kann, damit beispielsweise Themen wie Menschenhandel hoffnungsvollerweise Schritte vorwärtskommen durch die Reorganisation.

Uns ist auch klar, und da schliesse ich mich auch meinen Vorredner:innen an, dass es ein extrem komplexes, schwieriges Projekt ist, das eingebettet ist in zusätzliche Digitalisierungsprojekte, die gleichzeitig laufen. Ich bin aber jetzt angesichts der Kommissionsberatung und dessen, was wir immer wieder berichtet bekommen haben, überzeugt, dass das Projekt gut aufgestellt ist, auch wenn die Initialisierungsphase etwas holprig gestartet ist und es noch einen Wechsel in der Projektleitung gegeben hat. Ich finde auch den Punkt wichtig, dass das ganze externe Know-how professionell erscheint, dass das auch in die Organisationen hineinfließt über die Jahre und im besten Fall auch positive Effekte hat auf die Organisationen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft, weil, das haben wir auch gehört, diese beiden Organisationen massiv überlastet sind und im besten Fall sehen wir da auch positive Effekte.

Daher unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb, dass wir jetzt die Mittel sprechen, dass wir auch zügig vorwärtskommen in der Konzeptphase. Wir sind dann in der JSSK auch gespannt, wieder über den Projektfortschritt unterrichtet zu werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Mit 62 Jahren habe ich viel Erfahrung, seit über 42 Jahren bin ich Grossrat von Basel. Ich bin wöchentlich mit Polizei und Staatsanwaltschaft in Kontakt, darum kenne ich mich aus und ich kenne die Strukturen. Jetzt am Freitag zum Beispiel, in zwei Tagen, verabschiede ich als Mensch und Grossrat und Parteipräsident Urs Wicki von der Basler Polizeigeschäftsleitung in den Ruhestand. Ich gehe dorthin, ich bedanke mich. Er war Chef bei der Fahndung, er hat mir Hinweise gegeben, dass da Plakate hingen über mich, auf denen stand, man solle mich umbringen. Ich behandle einfach diese Leute freundlich und ich habe auch dem Polizisten der Geschäftsleitung mein Buch geschenkt «Jüngster Abgeordneter Europas».

Sie sehen, meine Damen und Herren, ich kümmere mich um gute Kontakte in diesem Stadtkanton. Wenn mein Vorredner Mahir Kabakci den Wunsch geäußert hat, dass die Staatsanwaltschaft mehr gegen Rassismus macht, darf ich auch sagen,



was ich mir wünsche von der Staatsanwaltschaft. Mit einem Trick ist mir das Handy Ende 2024 von der Staatsanwaltschaft weggenommen worden. Sie haben darauf aber nichts gefunden.

Mahir Kabakci, wenn es die Hauptaufgabe der Polizei und Staatsanwaltschaft ist, seit über 43 Jahren mich als Grossrat zu verhindern, bitte, ich freue mich, ein Prozess gegen mich ist die beste Werbung. Darum sage ich, eine neue Struktur wird nichts bringen von Polizei und Staatsanwaltschaft, weil Eric Weber bleibt Staatsfeind Nummer 1. Das bleibt ganz klar. Es ist so, in Diktaturen wird man weggesperrt, aber für Grossratssitzungen habe ich Freigang beantragt und ich darf bei euch sein, darum geniesse ich jede Minute, wenn ich hier reden kann.

Ich verbringe auch meine Ferien in Basel, jede Woche wegen der Polizei und Staatsanwaltschaft melde ich mich bei der Polizei, dass ich nicht geflüchtet bin im Freigang. Darum weiss ich vieles über den Kanton. Ich stelle, lieber Mahir Kabakci, ich stelle Antrag auf Rückweisung und nicht Eintreten.

Als Profi komme ich jetzt noch zu meinen Vorrednern, und ich wünsche mir, dass es mehr Diskussion gibt. David Jenny hat gesagt, die Strafverfolgung habe mit Belastungen zu kämpfen. Ja gut. Und so weiter. Der Mahir Kabakci vom Spannungsfeld gesprochen, man müsse Rassismus bekämpfen. Ich möchte einfach, dass die aufhören, mich zu bekämpfen und mich immer hier als Staatsfeind Nummer 1 zu erklären.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenfalls. Das Wort hat David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Nur ganz kurz *for the record*. Die Kommission ist in ihren Beratungen nicht zu offiziellen Feststellungen gekommen, wie enthusiastisch oder weniger enthusiastisch irgendeine Einheit in unserem Kanton ReoS vorantreibt, aber es ist natürlich jedem referierenden Kommissionsmitglied überlassen, seine eigenen Eindrücke hier vorzubringen. Aber diese Eindrücke sind nicht offizielle Feststellungen der Kommission.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen also zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0008270, 04.02.26 10:12:31*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Geschäft einzutreten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie sind mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 0 Enthaltungen auf das Geschäft eingetreten.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Eric Weber beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir starten die Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.



### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008272, 04.02.26 10:13:17]

### Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Ausgabenbericht nicht zurückgewiesen. Wir kommen zur Detailberatung Grossratsbeschluss 1 Gesamtausgaben, Seite 12 des Ausgabenberichts und zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

Grossratsbeschluss 1

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss , NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008274, 04.02.26 10:14:20]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die Konzeptphase des Projekts «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'360'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt. Detailberatung Grossratsbeschluss 2, Ausgaben 2026, Seite 13 des Ausgabenberichts und Schlussabstimmung.

### Abstimmung

Grossratsbeschluss 2

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss , NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008276, 04.02.26 10:15:15]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die Konzeptphase des Projekts «Reorganisation der Strafverfolgung ReoS» wird für das Jahr 2026 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 524'000 bewilligt (Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle Generalsekretariat, Kostenartengruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 91 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

## **12. Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB**

[04.02.26 10:15:29, 25.0542.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die IGPK UKBB beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission das Wort hat Lydia Isler-Christ.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Ich darf über den Bericht der IGPK des Universitätskinderspitals beider Basel zur Rechnung von 2024 zu Ihnen sprechen. Es ist schon ein Weichen her. Ich möchte nur die wichtigsten Punkte kurz ansprechen. Das meiste wurde bereits im Rahmen der Besprechungen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen hier im Rat thematisiert.

Das UKBB befindet sich trotz steigender Leistungszahlen in einer angespannten finanziellen Situation. Der ambulante Bereich weist mit einem Kostendeckungsgrad von lediglich 65% ein strukturelles Defizit auf und erstmals ist auch der stationäre Bereich aufgrund der unveränderten Tarife und steigenden Kosten defizitär mit einem Deckungsgrad von 92%. Die Jahresrechnung 2024 schliesst mit einem negativen Betriebsergebnis von 9,8 Millionen ab.

Eine externe Überprüfung der UKBB-Strategie bestätigt die grundsätzliche Ausrichtung, zeigt jedoch Optimierungspotenzial in Prozessen und Produktivität auf. Die GWL-Vorlagen von 2026 bis 2029 haben dies bereits aufgegriffen. Für die kommenden Jahre stehen Ertragssteigerungen, Kostenoptimierungen und Produktivitätsverbesserungen im Vordergrund. Insbesondere prüft das UKBB Kooperationen und eine Erweiterung des Einzugsgebiets. Zudem engagiert sich das UKBB für kostendeckende Tarife.

Die IGPK würdigt die transparente Zusammenarbeit mit den Regierungen und das Problembewusstsein des UKBB. Das Wichtigste aber zum Schluss, einmal mehr gebührt der Dank vor allem all jenen, welche sich täglich für das Wohl der Kinder einsetzen. Den Kommissionsmitgliedern danke ich für ihre Arbeit und bitte Sie, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Besten Dank. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich schliesse mich im Namen des Regierungsrats dem Dank an, den die Kommissionssprecherin bereits ausgesprochen hat. Er geht an die Mitarbeitenden des UKBB, die sich täglich und oft auch nachts für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen. Ebenso bedanke ich mich bei der Kommission für die produktive Zusammenarbeit im Interesse des UKBB.

Es liegt Ihnen die Rechnung 2024 zur Genehmigung vor. Sie haben gesehen, dass die Rechnung trotz eines Leistungswachstums mit einem negativen finanziellen Ergebnis von 9,8 Mio. Franken abschliesst. Das ausgewiesene Defizit ist unter anderem auf strukturelle Rahmenbedingungen zurückzuführen, die sich im Berichtsjahr weiter verfestigt haben. Besonders im ambulanten Bereich zeigt sich seit mehreren Jahren, dass Leistungen nicht kostendeckend abgegolten werden, das Leistungswachstum verbessert die Versorgung, spiegelt sich jedoch nicht in den Erträgen wieder.

Im Jahr 2024 war auch der stationäre Bereich nicht kostendeckend. Kostensteigerungen bei unveränderten Tarifen führten dazu, dass auch dort kein Ausgleich mehr erzielt werden konnte. Die finanzielle Belastung betraf damit sowohl den ambulanten als auch den stationären Bereich. Gleichzeitig hat das UKBB seine betriebliche Steuerung weiterentwickelt, die Aufenthaltsdauer der Patientinnen und Patienten konnte reduziert, Abläufe effizienter gestaltet und das Personalmanagement gezielt angepasst werden. Dies zeigt, dass das UKBB verantwortungsvoll mit seinen Ressourcen umgeht und aktiv Massnahmen zur Stabilisierung ergreift.



Jedoch war und ist das UKBB trotz Leistungswachstum weiterhin mit strukturellen Defiziten konfrontiert. Zusätzlich wirkten sich 2024 Faktoren wie Fachkräftemangel und Teuerung auf die Kostenentwicklung aus. Infolge des Defizits im Jahr 2024 fiel das Eigenkapital unter das Dotationskapital, was in den Jahresrechnungen der Trägerkantone dann für das entsprechende Jahr 2024 auch eine Wertberichtigung von je 1,5 Mio. Franken erforderlich machte. Angesichts dieser Entwicklung beauftragten das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft den Verwaltungsrat des Spitals mit einer externen Überprüfung der Unternehmensstrategie. Ziel war es, Ansatzpunkte zur finanziellen Stabilisierung zu finden und die bestehende Strategie unter den aktuellen Rahmenbedingungen zu beurteilen.

Das Ergebnis der Analyse bestätigte, dass die strategische Ausrichtung des UKBB grundsätzlich tragfähig ist und sie die Entwicklungen in der Pädiatrie korrekt adressiert. Gleichzeitig wurden operative Massnahmen zur Ergebnisverbesserung identifiziert, etwa durch Produktivitätssteigerungen, ein verbessertes Kapazitätsmanagement, die Weiterentwicklung von Kooperationen sowie Effizienzgewinne in unterstützenden Prozessen. Das UKBB wurde sodann verpflichtet, die Massnahmen konsequent umzusetzen, deren Wirkung eng zu begleiten und die Eignerkantone regelmässig über den Stand zu informieren. Ziel ist es, die finanzielle Situation so zu stabilisieren, dass zusätzliche Beiträge mittelfristig nicht mehr erforderlich sind. Eine spürbare finanzielle Wirkung der ergriffenen Massnahmen ist jedoch erst mittelfristig zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Herausforderungen wurden den Parlamenten beider Kantone im vergangenen Jahr in einer separaten Vorlage zusätzliche Beiträge zur Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten am UKBB beantragt. Sie haben diese Anträge genehmigt und ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal dafür danken. Diese zusätzlichen Mittel leisten einen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung des UKBB in einer schwierigen, aber wichtigen Übergangsphase. Sie sind verbunden mit der Erwartung, dass sich die finanziellen Verhältnisse am UKBB jetzt normalisieren werden, einerseits durch das neue Tarifsysteem für die ambulanten ärztlichen Leistungen, das ist inzwischen in Kraft getreten, andererseits auch durch strukturelle und betriebliche Verbesserungen, die in Arbeit sind.

Meine Damen und Herren, der Regierungsrat ist überzeugt, dass das UKBB auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der regionalen und teilweise überregionalen Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen einnehmen wird. Kooperationen, Innovation und die qualitative Weiterentwicklung bleiben wichtige Pfeiler. Gleichzeitig braucht es verlässliche und realistische finanzielle Rahmenbedingungen, um diese Leistungen des Spitals nachhaltig sicherzustellen. Ich danke Ihnen, wenn Sie die Rechnung zur Kenntnis nehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Kommissionspräsidentin verzichtet ebenfalls. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

## Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008278, 04.02.26 10:24:54]

## Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht des Regierungsrats betreffend Information über die Rechnung 2024 des Universitäts-Kinderspitals beider Basel wird gemäss § 11 Abs. 5 lit. a und b des Staatsvertrags über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 zur Kenntnis genommen.

2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 91 Ja-Stimmen und einer Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

### **13. Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR**

[04.02.26 10:25:07, 25.1393.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat deren Präsidentin Raffaella Hanauer das Wort.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Das vorliegende Geschäft wurde der UVEK im Dezember zur Vorberatung überwiesen. Die UVEK hat sich an einer ihrer Sitzungen im Januar damit auseinandergesetzt. Der Regierungsrat möchte den Fuhrpark der Stadtgärtnerei auf elektrisch umstellen, um den Klimazielen nachzukommen. Dies ist auch in der Strategie Klimaneutrale Verwaltung 2030 so vorgesehen. Dazu ist eine Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von 13,69 Mio. Franken beantragt. Zudem werden befristete Personalressourcen in der Höhe von 550'000 Franken für den Zeitraum 2027 bis 2031 bei der Stadtgärtnerei im Bereich Logistik beantragt. Es handelt sich dabei um eine befristete Headcount-Erhöhung um 60%.

Bisher wurden Ersatzbeschaffungen vom Abteilungsleiter direkt gemacht. Die Abteilungsleitung kann jedoch nicht in das bestehende Pensum die komplexen Beschaffungen von 58 Fahrzeugen sehr unterschiedlicher Art, teils auch mit Nischenprodukten, unterbringen. Es sind demnach auch 15 unterschiedliche Fahrzeugarten mit 20 unterschiedlichen Spezifikationen. Hinzu komme auch die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien. Es wird daher 20 Ausschreibungen geben müssen, wobei man mit einer Abbruchquote von 50% rechnet und daher von 30 Ausschreibungen ausgeht. Daher werden ebenfalls Personalressourcen in der Höhe von 200'000 Franken für den gleichen Zeitraum für die befristeten Mehraufwände bei der kantonalen Fachstelle für öffentliche Beschaffungen beantragt. Dies ist eine Erhöhung um 20 Stellenprozente befristet.

Mit den beantragten Geldern sollen, wo es auf dem Markt auch bereits Angebote gibt, die fossil betriebenen Fahrzeuge ersetzt werden. Dank vermehrter Nutzung von leichter E-Mobilität konnte die Stadtgärtnerei den Bedarf stärker motorisierter Fahrzeuge bis 2030 von 140 auf 126 Stück bereits reduzieren, wie dem Ratschlag zu entnehmen ist. Damit und mit der beantragten Ersatzbeschaffung können 79% der Fahrzeuge bis 2030 fossilfrei betrieben werden. Für die restlichen 21% ist der Markt noch nicht weit genug.

Die UVEK hörte sich für dieses Geschäft den Regierungsrat sowie die Stadtgärtnerei Abteilung Logistik an. Sie ist auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Grossen Rat einstimmig, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Sie hat sich für einen mündlichen Bericht entschieden und folgende Abklärungen getroffen und Diskussionen geführt.

Zuerst zu den Personalressourcen: In der UVEK hat man sich erkundigt, weshalb der Personalbedarf für die Beschaffung von Elektrofahrzeugen höher ist als bei den bisher fossil betriebenen, die ja auch ersetzt werden mussten, sobald sie end of life waren. Sie erhielt die Auskunft, dass bisher pro Jahr drei bis vier Ersatzbeschaffungen liefen, was sich im Rahmen des Pensums der Abteilungsleitung umsetzen liess. Die Menge der hier beantragten Ersatzbeschaffungen übersteige jedoch die Möglichkeiten der bisherigen Zuständigkeit und wie erwähnt, die Anzahl an notwendigen Ausschreibungen, die ich einleitend beschrieben habe, sowie die diversen Spezifikationen machen einen grösseren Umfang an Arbeit aus.

Auch zur Höhe der für die Stellen vorgesehenen Summen hat man sich in der UVEK erkundigt. Die 20-Prozent-Stelle würde hochgerechnet auf einen deutlich höheren jährlichen Betrag kommen als die 60-Prozent-Stelle. Zudem seien die Zahlen sehr hoch. Der UVEK wurde daraufhin erläutert, dass die Zahlen keine Lohnsummen darstellen, sondern Vollkosten inklusive Infrastruktur. Die UVEK liess sich versichern, dass die Zahlen korrekt auf Basis einer Vorlage des Finanzdepartements errechnet wurden. Sie nahm zudem zur Kenntnis, dass die Differenz der Kosten der beiden beantragten Stellen hochgerechnet auf 100% gar nicht allzu gross sei.

Zu den Abklärungen bezüglich Lifecycle-Kosten: Ebenfalls auseinandergesetzt hat sich die UVEK mit den berechneten Lifecycle-Kosten. Es wurde die Frage aufgeworfen, weshalb bei den E-Personenwagen nur 12 Jahre Nutzung eingetragen ist, während bei Dieselfahrzeugen mit 20 Jahren gerechnet wird im Ratschlag. Dies irritiere, da Elektrofahrzeuge oftmals länger nutzbar seien als dieselpetriebene und da im Ratschlag im Gegensatz zu den Personenwagen bei den Nutzfahrzeugen dieselbe Lebensdauer angenommen wurde bei den Berechnungen. Die Berechnung der Betriebskostenbilanz müsste demnach bei den Personenwagen noch positiver ausfallen. Die Verwaltung erläuterte der UVEK, dass die 20-jährige Dieselfahrzeugslebensdauer auf ein konkretes Beispiel eines bestehenden Fahrzeugs innerhalb



des Fuhrparks zurückzuführen sei. Sie sagte auch, dass es für die Elektrofahrzeuge keine entsprechenden vergleichbaren Erfahrungswerte gibt. Sie bestätigte jedoch auch, dass sich bei einer längeren Nutzung des Elektrofahrzeugs als angenommen im Ratschlag das Verhältnis nochmals verbessern würde.

Zum Verkauf der fossil betriebenen Fahrzeuge: Die UVEK hat darüber diskutiert, inwiefern ein Verkauf der noch brauchbaren fossil betriebenen Fahrzeuge ökologisch sinnvoll ist. Die Einnahmen aus dem Verkauf werden nicht mit den beantragten Ausgaben verrechnet, sondern werden dem Budget zugeschrieben. Es wurden in der UVEK Bedenken geäussert, dass wenn die Fahrzeuge nicht verschrottet werden, sie andernorts weiterhin CO<sub>2</sub> ausstossen würden. Es stand demnach die Frage im Raum, ob es nicht ökologischer wäre, die Fahrzeuge bis zu ihrem Lebensende zu nutzen und danach selbst zu verschrotten, statt sie frühzeitig zu verkaufen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die alten Fahrzeuge der Stadtgärtnerei andernorts wohl Fahrzeuge ersetzen würden, welche noch mehr Emissionen ausstossen. Zudem sei der vorzeitige Ersatz mit der Vorbildrolle der Verwaltung zu begründen und mit der Strategie Klimaneutrale Verwaltung 2030. Ziel sei dabei, durch Vorangehen des Kantons Betriebe und Unternehmen zu motivieren, auch umzustellen.

Dazu gab es in der Kommission unterschiedliche Ansichten, zumal auch die graue Energie der Fahrzeuge mitbilanziert werden müsste und zumal es im vorliegenden Antrag letztlich um die Erreichung des Netto-Null-Ziels für die Verwaltung geht, welches Gegenstand des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative war. Daher hat die Kommission sich nicht weiter mit der Frage der Auswirkungen des Verkaufs der noch funktionierenden fossil betriebenen Fahrzeuge befasst. Um sich damit zu befassen, bräuchte es eine genauere Ökobilanz, als dies die Kommissionsberatung zum vorliegenden Geschäft bieten könne.

Die UVEK hat sich auch mit der Höhe der beantragten Gelder für die Ersatzbeschaffungen auseinandergesetzt. Der UVEK wurde erläutert, dass die Höhe der tatsächlichen Kosten sich noch senken könnte, einerseits durch eventuelle Submissionserfolge und andererseits auch durch Preisveränderungen am Markt. Dieser Marktbereich entwickelt sich zurzeit rasch.

Für Rückfragen haben die hohen Anschaffungskosten vor allem bei Elektromäse Rasenmähern gesorgt. Die UVEK erhielt die Auskunft, dass es kaum günstigere Mäher gäbe in dieser Dimension und dass auch hier die Anzahl von insgesamt fünf Stück eventuell zu Vergünstigungen in der Submission führen kann. Der veranschlagte Mäher der Stadtgärtnerei sei zudem sehr gut getestet worden und es sei nicht ausgeschlossen, dass das Submissionsverfahren zeigt, dass es günstigere Modelle gebe. Der hohe Preis sei zudem damit zu begründen, dass die Stadtgärtnerei beim Unterhalt der Rasen auf eine Führerkabine angewiesen sei und nicht auf Mähroboter setzen könne, insbesondere in den Parks, anders sieht es auf den Sportflächen aus.

Zur Forschung und Entwicklung: In der UVEK hat man sich auch erkundigt, inwiefern die Stadtgärtnerei in Forschungsprojekte involviert sei zu solchen elektrisch betriebenen Fahrzeugen, zumal das Know-how der Stadtgärtnerei auch für Produzierende von Interesse wäre. Sie erhielt die Auskunft, dass Erfahrungsaustausche mit Städten und Gemeinden sowie mit der Rettung und der Feuerwehr stattfänden. Auch testet die Stadtgärtnerei Geräte von Herstellern, um Erfahrungen zu sammeln.

Abschliessend wollte die UVEK zudem wissen, ob es für die zahlreichen neuen Fahrzeuge neue Lademöglichkeiten braucht. Und sie erhielt die Auskunft, dass die Ladeinfrastruktur gemäss Verwaltung mehrheitlich vorhanden sei und in den bestehenden Magazinen, wo noch nicht vorhanden, nachgerüstet werden kann.

Gestützt auf diese Abklärungen hat die UVEK einstimmig sich dafür entschieden, die Gelder für die Ersatzbeschaffungen hier im Grossen Rat zu beantragen. Ein Änderungsantrag wurde in der Kommission nicht gestellt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort geht an die zuständige Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielen Dank an die Kommission für die Behandlung und den Bericht. Ich denke, hier ist wirklich auch nochmals festzuhalten, dass Sie vergleichbare Ratschläge auch schon gesehen haben. Ich kann auch festhalten, dass die Bevölkerung wirklich diese elektrischen Fahrzeuge schätzt, weil sie eben viel leiser sind. Ich denke, das ist noch eine wichtige Bemerkung, neben dem, dass man sich auch bewusst sein muss, dass wir doch eben das Netto-Null-Ziel haben, bei der Verwaltung machen die Fahrzeuge doch einiges an der CO<sub>2</sub>-Bilanz aus und deshalb ist es aus meiner Sicht auch wichtig, diesen Volksauftrag ernst zu nehmen. Wenn wir diese Fahrzeuge jetzt nicht schrittweise bis 2030 ersetzen können, dann werden sie sich logischerweise auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Kantons niederschlagen. Wir werden diese Ziele nicht erreichen können. Auch deshalb sind wir sehr dankbar, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zu den ersten Fraktionssprechenden. Johannes Barth hat das Wort für die FDP.



*Johannes Barth (FDP):* Die FDP-Fraktion anerkennt das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung bis 2037 und unterstützt den Weg hin bis zu weniger Emissionen. Auch die Stadtgärtnerei soll ihren Beitrag leisten, aber Klimaschutz muss wirksam, wirtschaftlich und vernünftig umgesetzt werden. Genau hier hat die FDP beim vorliegenden Ratschlag wesentliche Vorbehalte.

Keine Ersatzbeschaffung aus Prinzip. Der Ratschlag sieht vor, das Netto-Null-Ziel 2030 zu erreichen, indem in kurzer Zeit umfangreich auf elektrisch beziehungsweise emissionsärmer umgestellt wird, teilweise auch bevor Fahrzeuge ihr übliches Nutzungsende erreicht haben. Aus Sicht der FDP ist das weder ökologisch zwingend noch finanzpolitisch verantwortbar, denn der vorzeitige Ersatz verursacht hohe Zusatzkosten. Diese Mehrkosten werden mit Steuergeldern finanziert. Nachhaltigkeit heisst auch, bestehende, funktionierende Mittel sinnvoll weiterzunutzen.

Der Ratschlag beziffert die Differenz zwischen ökologisch und ökonomisch Ersatz erst bei Erreichen der durchschnittlichen Lebensdauer auf rund 5,1 Mio. Franken bis 2030. Diese 5,1 Mio. Franken sind aus FDP-Sicht genau der Betrag, den man vermeiden kann und muss, ohne den Klimapfad grundsätzlich zu verlassen, einfach zeitlich vernünftiger entlang des ordentlichen Ersatzzyklus.

Nun komme ich auf die Technologieentwicklung. Besser später gut kaufen als heute teuer früh kaufen. Ich glaube, jeder von euch, der ein Elektrofahrzeug gekauft hat in den letzten fünf Jahren, weiss dies genau. Selbst mein eigenes Fahrzeug, das ich vor drei Jahren gekauft habe, hat heute, wenn man es kaufen würde, die doppelte Reichweite. Also war es richtig, sofort zu kaufen, das erste Elektroauto? Natürlich, wenn man Spass und Freude und Geld hat, anscheinend wie der Kanton Basel-Stadt, dann kann man dies tun, macht aber vielleicht nicht immer Sinn, denn die hohen Erstgenerationspreise zahlt man, die geringere Auswahl ist da und die rasche technische Überholung. Das ist weder clever noch nachhaltig.

Darum stellen wir den Änderungsantrag, der den ordentlichen ökonomischen Ersatzpfad abbildet, im Ratschlag selbst darstellt und die unnötigen Mehrkosten eliminiert. Deshalb beantragen wir, die Investitionsrechnung BVD Stadtgärtnerei Investitionsbereich übrige Rahmenausgabe 4,845 Millionen statt 7,95 bei der Erfolgsrechnung Kleininvestition BVD Stadtgärtnerei die Rahmenausgabe zu kürzen auf 2,995 statt 5,015 Mio. Dies entspricht insgesamt der am beantragten Reduktion um rund 5,1 Mio. Franken im Sinne der im Ratschlag ausgewiesenen Differenz zwischen ökologisch und ökonomisch.

Befristete Personalressourcen können auf 440'000 Franken anstatt von 550'000 Franken reduziert werden und die befristeten Personalressourcen Fachstelle öffentliche Beschaffungen auch auf 160'000 Franken statt 200'000 Franken. Wir begründen diese Kürzung damit, dass bei der Schaffung entlang der ökonomischen Variante die Komplexität sinkt und damit auch der Personalmehrbedarf.

Klimaziel ja, aber mit Augenmass, Wirtschaftlichkeit und Glaubwürdigkeit. Die FDP ist nicht gegen Klimaschutz, nicht gegen die Elektrifizierung dort, wo sie einsatzfähig und wirtschaftlich ist. Natürlich kann man Geräte austauschen und natürlich findet man es angenehmer, wenn ein Elektrofahrzeug vor einem steht, aber man soll dies bitte mit Mass tun und nicht ein selbstgestecktes Ziel, das sich die Regierung auf 2030 gesetzt hat, in eine Rolls-Royce-Variante von 5,1 Millionen, die mit Steuergeldern zu zahlen sind, umsetzen.

Darum beantragen wir die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag gemäss den genannten Beträgen, Orientierung an der ökonomischen Ersatzstrategie, das heisst Ersatz bei Erreichung der Lebensdauer der Geräte, Klimapolitik mit Sachverstand statt mit Symbolik.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Remo Gallacchi für die Mitte-EVP.

*Remo Gallacchi (Mitte-EVP):* Die grosse Mehrheit der Fraktion Mitte-EVP unterstützt den Antrag der FDP. Ich fasse nur kurz zusammen. Netto Null ist ja okay, das können wir machen. Fossilfrei ist ja okay, das können wir machen. Ist uns das 5 Millionen Mehrausgaben wert? Darüber kann man streiten. Wenn dem so wäre, es ist aber nicht so. Wir verkaufen unsere CO<sub>2</sub>-Brenner woanders hin, oft in den Osten, aber muss ja nicht zwingend sein, sondern der am heissen bietet.

Somit klopfen wir uns auf die Schulter für 5,1 Millionen und sagen, jawohl, wir sind CO<sub>2</sub>-frei, zeigen aber gleichzeitig mit dem Finger auf die anderen und sagen, ihr müsst auch und zeigen eigentlich auf die Fahrzeuge, die wir denen verkauft haben. Das ist eigentlich nicht ehrlich. Man könnte auch sagen, die 5,1 Millionen Mehrausgaben sind es uns wert und wir verschrotten noch gängige Fahrzeuge, aber der CO<sub>2</sub>-Ausstoss von diesen Fahrzeugen wird auf null gesetzt und nicht irgendwo anders produziert.

Somit komme ich zur Aussage von Regierungsrätin Esther Keller, die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Kantons ist ja schön und gut, aber wenn der Wind dreht, kommt der Wind von Osten hierher und spült quasi das CO<sub>2</sub>, das wir dorthin exportiert haben, wieder



zu uns zurück. Es ist eben nicht ein Problem des Kantons, das Klimaproblem. Wir können es nicht retten, wir können Beitrag dazu leisten, aber in einem vernünftigen Mass. Und wollen wir wirklich 5,1 Millionen mehr ausgeben, wie Regierungsrätin Esther Keller gesagt hat, damit wir leisere Fahrzeuge haben? Ich glaube, das ist doch eher unsinnig.

Aus diesen hauptsächlichen Gründen, da die CO<sub>2</sub>-Bilanz, ein bisschen über den Tellerrand hinaus gesehen, gar nicht besser wird, unterstützen wir den Antrag der FDP.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe eine Zwischenfrage von Leoni Bolz. Sie wird entgegengenommen.

*Leoni Bolz (SP):* Meinen Sie nicht, dass Emissionen eingespart werden können, wenn andere Länder anstatt Neuanschaffungen unsere alten Autos beziehen?

*Remo Gallacchi (Mitte-EVP):* Also wenn die anderen Länder Neuanschaffungen machen, dann produzieren die schon mal grundsätzlich weniger CO<sub>2</sub> als unsere alten und zweitens überlegen die sich vielleicht auch elektrisch.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy für die LDP.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Eigentlich sollten wir über jedes Geschäft eine Nacht schlafen können. Dieses Geschäft haben wir «Hopplahopp» verabschiedet, ohne sogar den Bericht dazu verabschiedet zu haben. Und deshalb ist es heute wahrscheinlich nicht mehr einstimmig.

Klimaschutz ist mit erheblichen Investitionen verbunden, am meisten kostet es aber, wenn wir nichts tun. Aber wie schnell und wie radikal soll man vorwärtsgehen? Der Regierungsrat hat sich entschieden und nicht als Volksentscheid. Sein Ziel ist, dass die kantonale Verwaltung ihr Netto-Null-Ziel bereits bis 2030 erreichen will und soll. Das heisst, die kantonale CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber 2022 ist um mindestens 85% zu senken. Bei diesem Beschluss wurden weder die konkreten zukünftigen Kosten noch die notwendigen Massnahmen transparent benannt. Dies ist eigentlich unseriös und bedeutet eine totale Intransparenz für die nächsten Jahre und eine finanzpolitische Salamtaktik im Deckmantel Netto Null 2030.

Wir haben bereits viel Gutes über die gewünschten neuen E-Fahrzeuge gehört und ich kann auch sehr vieles guteheissen. Aber der Mut für neue Technologien oder der Wille zu einer tiefgreifenden Innovation in der Beschaffung ist meines Erachtens in diesem Antrag nicht gerade sehr spürbar, heisst, ist nicht wirklich berücksichtigt worden. Mein gewünschtes Ziel wäre, vielleicht nicht alle Fahrzeuge auf einmal, so wie bei einer Schoggi-Tafel im Januar. Eine weniger ambitionierte ökologische Variante mit einem Ersatz der noch vorhandenen Fahrzeuge erst nach ihrer technischen Lebensdauer käme mit knapp 8 Mio. Franken aus, was dem Antrag der FDP entspräche. Und es bliebe immer noch ein Anteil emissionsfreier Fahrzeuge 2030 von rund 53% statt der angestrebten 79%, was aber immer noch einer Verdoppelung zu heute gleichkäme. Und es müssten keine funktionsfähigen Dieselfahrzeuge vorzeitig weiterverkauft oder verschrottet werden.

Von einer schnellen totalen Umstellung zu einer E-Fahrzeugflotte, davon profitiert kurzfristig ja nur Basel-Stadt durch geringere lokale Emissionen. Unsere globale Klimaverantwortung nehmen wir damit jedoch nicht wahr. Statt einer tatsächlichen Reduktion der Emissionen, das haben wir alle schon gehört, findet lediglich eine Verlagerung statt. Fahrzeuge werden aus einem Land mit strengen Klimavorschriften in Länder mit deutlich tieferen oder gar keinen Auflagen exportiert. Das ist nichts anderes als ausgelagerte Verschwendung grauer Energie. Den Vorteil eines Auslandverkaufs unserer Fahrzeuge sehe ich deshalb gespalten. Auch wenn ich sehe, dass unsere Fahrzeuge meist deutlich moderner, sicherer und sehr gut gewartet sind und dass sie ältere, deutlich emissionsintensivere Autos im Ausland ersetzen könnten, wäre eine klassische Win-Win-Situation auch im Sinne der CO<sub>2</sub>-Reduktion.

Aber eben, die entscheidende philosophische Bewusstseinsfrage bleibt deshalb nur, wie wir Netto-Null erreichen wollen. Emissionen einfach auszulagern, kann nicht Teil unserer Lösung sein. Der Netto-Null-Kurs unseres Kantons erfordert klare Massnahmen, doch er sollte auch gegen Effizienz- und Ressourcengesichtspunkte abgewogen werden. In unserem Kanton gelten im Moment ökologische Vorteile ohne einen sorgsameren Umgang mit grauer Energie. Letztlich müssen wir alle hier im Saal entscheiden, ob die kurzfristigen lokalen Klimavorteile, die Abschreibung oder einfach eine Missachtung von grauer Energie rechtfertigen oder ob modifizierte, kostengünstigere, langfristige, innovativere Modalitäten zukünftig nicht sinnvoller wären.

Wir, die Fraktion LDP, bevorzugen in diesem Geschäft eine langfristige Beschaffungsvariante und deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag der FDP trotz unserem Plus in der Kreuztabelle - eine veränderte Ausgangslage.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Ich spreche hier für die GRÜNEN/jgb und für die BastA.

Was haben wir? Wir haben auf der einen Seite jetzt hier eine Regierung, die wirklich alles versucht, ihr Versprechen einzulösen, bis 2030 ihre Fahrzeugflotte gänzlich zu dekarbonisieren. Wir konnten auch in der UVEK lernen und wir haben es auch von Raffaella Hanauer gehört, dass es hier wirklich darum geht, auch Innovation und Pionierarbeit zu leisten, weil wir gesehen haben, dass bei vielen Fahrzeugtypen, die jetzt zur Disposition sind, nicht alle wirklich heute schon elektrisch zur Verfügung stehen. Das heisst, bei der Neubeschaffung wird man auch auf ältere Technologien zurückgreifen müssen, weil die neuen eben noch nicht da sind. Aber dort, wo sie verfügbar sind, dort haben wir lernen können, dass die Stadtgärtnerei auch wirklich sich da aktiv in die Innovationsarbeit hineingibt und da Pionierarbeit macht und und zusieht, dass dieses Know-how in der Wirtschaft um uns herum in der Schweiz bleibt bei der Weiterentwicklung der E-Mobilität, was wir sehr begrüssen und was in der Stadtgärtnerei sicher auch zu Mehraufwand führt. Aber wir sind auch wirklich vorne dabei, wenn es um Innovation und technischen Fortschritt geht in der E-Mobilität. Und gleichzeitig könnte man fast von einer Wirtschaftsförderung reden, was der Kanton hier macht, weil eben diese Innovation auch bei uns bleibt.

Was wir jetzt aber komischerweise von Seiten der FDP sehen, ist eigentlich ein interessantes Erbsenzählen und ein ängstliches Zögern, Unentschlossenheit und immer wieder das Gleiche, dass wir doch lieber abwarten, bis eine bessere Lösung kommt. Das ist eine Geisteshaltung, die immer wieder dazu führt, dass wir eigentlich Innovation und technischen Fortschritt mehr oder weniger aus dem Land heraustreiben und in andere Länder verlagern. Und in diesem Fall hier könnten wir wirklich mutig vorgehen und sagen, wir wollen in dieser Innovation und in diesem technischen Fortschritt dabei sein und wollen mit unserem Praxiswissen, das wir in der Stadtgärtnerei haben mit dazu beitragen, damit wir nachher nicht von irgendwoher aus dem fernen Osten und aus Asien diese Geräte nachher bei uns wieder kaufen müssen. Diesen Gestaltungswillen, der auch aus dem Ratschlag herauskommt, möchte ich doch sehr unterstützen.

Gerade beim Klimaschutz wissen wir doch, dass wir doch nicht immer nur mitschwimmen sollten, sondern wir sollten auch mal den Mut haben, auch vorausgehen zu können. Und wie wir das im Marketing sagen, wir könnten ja auch hier mal ein Early Adapter sein und nicht einfach nur ein Abwarter, bis da bessere Technologien kommen. Wir haben die Möglichkeit, wir haben auch das Wissen in der Stadtgärtnerei und wir können das weitergeben. Ich hätte jetzt am liebsten vorgeschlagen, daraus ein Nationalfondsprojekt zu machen, damit wir auch die Universitäten und das technische Know-how weiterentwickeln können und wir das auch in der Wissenschaft verbreiten können. Wir sollten hier wirklich vorgehen.

Dann zur Botschaft, die wir auch hören, dass jetzt die FDP plötzlich ihr ökologisches Herz findet und da von End of Life und von grauer Energie spricht: Ich gehe sehr davon aus, dass wir, wenn wir unsere sehr gut gewarteten und auch auf dem höchsten Standard befindlichen Fahrzeuge in andere Länder geben, unter dem Strich in der Klimabilanz und in der Ökobilanz sicher einen positiven Effekt erzielen. Darum finde ich das gar keine schlechte Sache, wenn wir auch in anderen Ländern diesen Fortschritt und diese Weiterentwicklung der Erreichung des Klimaziels vorantreiben.

Ich weiss, wir können mit einem solchen Vorgehen in Basel nicht die Welt retten, aber wir können wichtige und zielführende Impulse setzen und ich bin deshalb sehr erfreut über den Mut, den die Stadtgärtnerei hier auch beweist und ihr Wissen auch in neue Technologien hineinbringt und auch auf diese Technologien setzt. Wir hoffen, dass der Kanton diesen Vorbildcharakter über die Grenzen hinaus in andere Städte bringen kann. Deshalb sind wir sehr für diesen Ratschlag und für Überweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich habe sehr viel Respekt für die Stadtgärtnerei, ich arbeite in anderer Funktion sehr gut mit ihnen zusammen. Aber haben Sie jetzt wirklich das Gefühl, unsere Stadtgärtnerei sei eine *Innovation Lab* und könnte da Technologien entwickeln? Das ist völlig realitätsfremd.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Sie sind die Praktiker und Sie wissen, wie die Maschinen vor Ort sind und Sie können ein Feedback geben. Es ist in jeder Wissenschaft, in jeder Innovation so, dass man in die Praxis geht und schaut, ob das funktioniert und dann das Feedback wieder einbauen kann. Das ist die Funktion der Stadtgärtnerei in diesem Bereich.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin für die SP.



*Stefan Wittlin (SP):* Die SP-Fraktion kann sich vollumfänglich den Worten meines Vorredners anschliessen. Ich bin sehr froh um diese Gegendarstellung. Ich möchte gerne noch ein paar Ergänzungen machen und ich denke, die ganze Beratung hier dreht sich um die Frage nach der Vorbildfunktion des Kantons. Diese setzen wir sehr hoch an.

Ich möchte zuerst zu den ökologischen Argumenten etwas sagen, vor allem auch auf die Argumente, die Remo Gallacchi hervorgebracht hat. Die Maschinen und Fahrzeuge, die jetzt vor Ablauf der Nutzungsdauer ersetzt werden sollen, sollen verkauft werden und kommen an einem anderen Ort zum Einsatz. Das ist ökologisch sinnvoll. Verschrotten wäre total unsinnig, aber ich glaube, niemand hier möchte funktionstüchtige Fahrzeuge verschrotten, nur damit sie nicht mehr woanders CO<sub>2</sub> ausstossen. Realität ist, dass, wenn ein ein Basler Diesel-Fahrzeug woanders zum Einsatz kommt, es da ein altes, wahrscheinlich noch klimaschädlicheres Diesel-Fahrzeug ersetzt und deshalb ist es eben sinnvoll. Wenn wir also die ökologische Neubeschaffung machen, dann ist hier in Basel ein elektrisches Fahrzeug in Betrieb oder eine Maschine und woanders ein Diesel-Fahrzeug. Wenn wir die ökologische Beschaffung nicht machen, dann sind einfach bis auf weiteres zwei Diesel-Fahrzeuge im Einsatz. So einfach ist diese Rechnung.

Und dann zu den Argumenten der Wirtschaftlichkeit. Bei den Personenfahrzeugen stellt sich diese Frage nicht, da sind Elektrofahrzeuge heute schon wirtschaftlicher. Der Regierungsrat ist hier ein bisschen pessimistisch und rechnet mit einer Nutzungsdauer von nur 12 Jahren bei Elektrofahrzeugen, während fossil betriebene 20 Jahre genutzt werden können. Das verstehen wir nicht ganz, wieso hier unterschieden wird in der Gesamtnutzungsdauer. Ich glaube, da ist die Entwicklung jetzt wirklich so weit, dass wir mit einer gleichen Nutzungsdauer rechnen können. Dann hätten wir rund 30% weniger Kosten auf den gesamten Lebenszyklus.

Nun, in diesem Geschäft sind die Personenwagen fast vernachlässigbar. Wir sprechen von rund 1,5% der gesamten Neubeschaffung, was die Personenwagen angeht. Konzentrieren wir uns also auf die Nutzfahrzeuge und Maschinen. Da rechnen wir jetzt mit rund 30% höheren Lebenszykluskosten. Das ist der Preis für die ökologische Neubeschaffung, da möchten wir Ihnen auch nicht widersprechen. Aber da kommt eben unsere Rolle als Vorbild zum Tragen, da wollen wir diese Vorbildfunktion einnehmen und dafür sind uns diese Mehrkosten eben auch wert. Es kommt das Lärmargument hinzu, das Regierungsrätin Esther Keller schon angesprochen hat. Nun, diese 15 Jahre Nutzungsdauer der Maschinen und Nutzfahrzeuge ist doch relativ kurz und aus meiner Sicht sehr konservativ gerechnet. Vielleicht sind ja diese Geräte länger im Einsatz und dann verringern sich diese Mehrkosten, dann sieht diese Bilanz plötzlich gar nicht mehr so schlecht aus.

Wir wollen am Ziel der klimaneutralen Verwaltung bis 2030 festhalten und mit diesen Investitionen tragen wir entscheidend dazu bei. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, den Änderungsantrag der FDP abzulehnen und den Rahmenausgaben im vom Regierungsrat beantragten Umfang zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Strahm. Sie wird entgegengenommen.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Was gehört aus Ihrer Sicht allgemein zum Klimaziel 2030, die Vorbildfunktion, die Vorreiterrolle und steuerzahlende Kosten?

*Stefan Wittlin (SP):* Heute haben wir einen konkreten Betrag auf dem Tisch, das ist doch super. Jetzt können wir über diesen Betrag sprechen. Insgesamt glaube ich, ist es sehr schwierig, das finanziell festzuhalten. Wir haben aus zwei Gründen diese Vorbildfunktion. Wir sind die öffentliche Hand, wir können gegenüber den Privaten eine Vorbildfunktion einnehmen und wir sind Basel, wir sind die Schweiz und da können wir gegenüber anderen Ländern, die vielleicht weniger finanzielle Mittel haben, eine Vorreiterrolle einnehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine zweite Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird ebenfalls entgegengenommen.

*David Jenny (FDP):* Wo finde ich die Rechtsnorm? Der Kanton Basel-Stadt übt immer eine Vorbildfunktion aus, koste es, was es wolle.

*Stefan Wittlin (SP):* Es kostet nicht, was es wolle, es kostet hier 5 Mio. Franken und das war in der Abstimmungsvorlage zur Klimagerechtigkeitsinitiative beziehungsweise zum Gegenvorschlag ein Bestandteil. Es steht zwar nicht in der Verfassung, aber die Bevölkerung hat dieses Ziel auch zur Kenntnis genommen und wir möchten an diesem Ziel festhalten.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

*Brigitte Kühne (GLP):* Kurz, wir Grünliberalen begrüssen die Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Elektrofahrzeuge für die Stadtgärtnerei klar, gerade im Hinblick auf das Ziel der Verwaltung und des Regierungsrates, Netto-Null 2030 zu erreichen. Den Änderungsantrag lehnen wir ab. Wir möchten darauf hinweisen, dass Änderungsanträge in der UVEK hätten eingebracht und diskutiert werden können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Felix Wehrli für die SVP.

*Felix Wehrli (SVP):* Ich bin jetzt schon etwas erstaunt über die verschiedenen Voten der UVEK-Mitglieder. Ich bin nicht in der UVEK, aber offensichtlich sind neue Erkenntnisse dazugekommen, und im Prinzip sollte man das Geschäft eigentlich an die UVEK zurückweisen.

Die Fraktion der SVP ist nicht generell gegen die Neuanschaffung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen und Maschinen, sie darf aber nicht ideologisch, wie letztlich beim Feuerwehrfahrzeug erfolgen. Diesmal werden Fahrzeuge und Maschinen vor dem Ende ihrer Lebensdauer, also vor der Abschreibung, ersetzt und dabei wird noch auf die Klimaneutralität hingewiesen. Glauben Sie denn wirklich, dass diese Fahrzeuge, welche mal verkauft werden, nicht mehr betrieben werden? Nein, das glauben Sie selber auch nicht, wie ich von allen gehört habe. Jetzt habe ich gehört, dass diese ins Ausland verkauft werden. Vielleicht, sie werden aber vielleicht auch von Gartenbetrieben günstig gekauft, die hier tätig sind oder ich weiss nicht, ob das die Regierung verboten hat und sicher zum Teil weiterhin in Basel benutzt, vielleicht sogar im Auftrag der Stadtgärtnerei oder der Gemeindegärtnerei von Riehen.

Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn Sie nun behaupten, dass wir dadurch klimaneutraler sind, das Gegenteil ist der Fall, weil die elektrisch betriebenen Fahrzeuge vielleicht in vier Jahren, wenn die Abschreibung der jetzigen Fahrzeuge tatsächlich das Ende erreicht haben, noch besser werden als die, die wir jetzt beschaffen. Also wie es auch gesagt wurde, wenn man vor drei Jahren ein Elektrofahrzeug gekauft hat, hätte man, wenn man es heute kaufen würde, die doppelte Leistung.

Dann habe ich gehört heute im Regionaljournal vom Leiter Logistik der Stadtgärtnerei, dass man Fahrzeuge kauft, welche es noch nicht als Massenware gibt, also Prototypen, und er hat gesagt, dass diese deshalb sehr hohe Anschaffungskosten verursachen, um das Klimaziel zu erreichen. Ja gut, das ist mir nicht schlüssig. Diese neuen Fahrzeuge sind alles andere als klimaneutral, das wissen Sie auch, was Studien eindrücklich belegen. Die Herstellung der Batterien und deren Entsorgung sind klimaschädlich, einfach nicht bei uns. Wir wollen das nicht, genauso wie die Herstellung der Fahrzeuge, mit all den Komponenten, die es dafür benötigt. Sie kaufen also elektrische, nicht klimaneutrale Fahrzeuge und Maschinen, zum Teil extrem teuer, weil Einzelanfertigungen, obwohl die vorhandenen noch jahrelang benutzt werden könnten. Ich habe vorher gehört, die seien sehr gut gewartet und auf höchstem Niveau. Aber warum geben wir die dann weg?

In diesem Sinn wird die Fraktion der SVP den Anträgen der FDP zustimmen, weil diese nicht nur die Kosten, also Steuergelder, einsparen, sondern auch tatsächlich positive Effekte für unser Klima haben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Wird diese angenommen?

*Daniel Seiler (FDP):* Sie haben die Stadtgärtnerei erwähnt und im Bericht steht ja sehr viel über diese ökologische versus diese ökonomische Variante. Leider wurde das wenig debattiert vorher. Können Sie sich vorstellen, dass die Stadtgärtnerei eher diese ökonomische Variante, eben die Verlängerung, bevorzugen würde?

*Felix Wehrli (SVP):* Ich kann hier nicht für die Stadtgärtnerei sprechen, aber als Verantwortlicher für alle Fahrzeuge in Riehen würde ich das sicher machen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen nun zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe die Radiosendung heute Morgen auch gehört über unsere Debatte. Danke, dass Sie diese erwähnt haben. Ich bin auch erschrocken wie Sie, als man gesagt hat, das seien Prototypen, die es noch gar noch nicht gibt in der Produktion, darum sind sie sehr teuer. Aber Felix Wehrli, Sie haben noch etwas vergessen, der Chef der



Stadtgärtnerei hat gesagt, wir wollen neue Fahrzeuge, weil die alten Fahrzeuge stinken. Meine Damen und Herren, jetzt kommt es und jetzt wird es sprudeln. Grossrat Eric Weber war fest angestellter Mitarbeiter der Stadtgärtnerei Basel. Ich war der Liebling der Stadtgärtnerei. Darum weiss ich jetzt Details. 80% sind dort gute Menschen aus dem Elsass. Meine Kollegen sind alle aus dem Elsass. Ich sagte jeden Morgen zu meinen Kollegen, Vive la France, Le Pen Président. Ich bin der einzige Grossrat. Der bei der Stadtgärtnerei Basel in fester Einstellung mit festem Lohn tätig war, über mehrere Monate hinweg. Ich bekam 2'100 Franken.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber, sprechen Sie bitte zum Thema, es geht nicht um Sie, sondern um die Beschaffung von neuen Fahrzeugen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Das ist richtig, aber bitte gestatten Sie mir, als einziger Grossrat, der längerfristig bei der Stadtgärtnerei Basel angestellt war, kenne ich die Hintergründe und ich weiss, was wir von der Stadtgärtnerei wollen. Wären wir in Russland oder in Belarus, die Tribünen wären voll mit einer Abordnung von 110 Leuten von der Stadtgärtnerei. Ich sehe niemanden von der Stadtgärtnerei.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bitte um Rücksicht, als ehemaliger festangestellter Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt bei der Stadtgärtnerei Basel kenne ich mich aus, weil ich dort mehrere Monate gearbeitet habe, und ich kenne mich mit den Fahrzeugen aus und das möchte ich jetzt erklären, warum wir von der Stadtgärtnerei diese Fahrzeuge nicht wollen. Also, eine Zecke stach mich beim Heckenschneiden. Ich weinte, ich hatte Angst vor dem Tod bei der Stadtgärtnerei Basel.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das hat nichts mit der Beschaffung von Fahrzeugen zu tun, das ist der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Was ist wichtig für die Mitarbeiter der Stadtgärtnerei? Wenn sie von einer Zecke gestochen werden, wollen sie gute Arbeitskleidung, und ich hatte keine Arbeitskleidung und die Zecke hat mich in den Fuss gestochen bei diesen Schuhen. Und wenn ich Mitarbeiter bin, mehrere Monate in der Stadtgärtnerei, darf ich hier sagen, wir wollen keine Elektrofahrzeuge, wir wollen richtige Arbeitskleidung, die uns schützt vor Zeckenbissen. Ich wäre fast gestorben am Zeckenbiss 1970. Im Kinderspital hat man mich gerettet, und dann war ich bei der Stadtgärtnerei und stand noch einmal kurz vor dem Tod. Ich möchte das sagen und wie ich gearbeitet habe bei der Stadtgärtnerei am nächsten Tag.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir von der Basler Stadtgärtnerei wollen nicht diese Fahrzeuge, das geht am Problem vorbei. Als ehemaliger Mitarbeiter der Stadtgärtnerei Basel durfte ich das nicht auf den Wahlzettel der Grossratswahlen schreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das war der zweite Ordnungsaufruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir bei der Stadtgärtnerei fordern bessere Arbeitskleidung, die uns vor Angriffen vor Zecken und Insekten und sonstigen Sachen schützt. Das ist wichtig und nicht neue Fahrzeuge, die von der Mehrheit der Mitarbeiter abgelehnt werden. Ich war mit einem Brennerstab unterwegs und habe Unkraut entfernt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es reicht, ich bitte Sie, das Pult zu verlassen. Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Es ist jetzt relativ einfach, etwas Gehaltvolleres zu sagen, ich versuche es. Ich möchte einige Sachen, die vorher genannt wurden und nicht stehen gelassen werden können aus meiner Sicht, ansprechen. Ich möchte auf Luzi Burkhardt verweisen, der mal vom geringstmöglichen Eingriff gesprochen hat. Das ist das Wichtigste. Und was hier vorhin gesagt wurde, dass Elektroautos auch schlimme seien. Ja, auch die Produktion von Elektroautos ist ein Eingriff in die Natur, das bedingt einen Eingriff in die Natur, aber es ist halt viel weniger tiefgreifend. Schon nur wenn Sie den Wirkungsgrad eines Elektromotors anschauen und den eines Verbrenners, dann sehen Sie, dass dazwischen Welten sind. Die Beschaffung eines Elektrofahrzeugs ist in jedem Fall sinnvoll.



Dann wurde mehrfach gesagt, dass wir das nicht machen müssen, dass die nächste Generation von Elektroautos dann viel besser werde. Ja, wenn niemand ein Elektroauto kauft, wird es keine nächste Generation geben. So einfach ist das, und deswegen ist es unsere Pionieraufgabe, hier den Markt zu bereichern und unter anderen ein Vorbild zu sein, wie das Béla Bartha gesagt hat, auch das Fachwissen zu schaffen in der Praxis.

Und der dritte Punkt, den ich auch noch anmerken möchte: Jede Einsparung von klimawirksamen Gasen ist sinnvoll im Moment. Wir steuern auf eine Erde mit mindestens drei Grad Erwärmung zu, und das ist kein Spass und jede Tonne CO<sub>2</sub>, die wir einsparen, ist sinnvoll.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort geht zurück an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Oliver Thommen hat mit seinem letzten Votum mir schon einige Argumente und Dinge, die ich noch sagen wollte, vorweggenommen. Ich möchte mich deshalb fokussieren, vielleicht nochmals zum Thema Wiederverkauf.

Ja, natürlich verschrotten wir diese Fahrzeuge nicht. Ich glaube, das wäre aus Sicht der grauen Emissionen das Falscheste, was man tun könnte. Sie ersetzen anderswo, an anderen Orten, sei es in der Schweiz oder im Ausland, ältere Fahrzeuge, die noch mehr Schadstoffe ausstossen, die von der CO<sub>2</sub>-Bilanz meistens problematischer sind. Ich glaube, wenn jemand auf dem Occasionenmarkt ein Altfahrzeug sucht, dann ist die Alternative dazu wahrscheinlich kein neues Elektrofahrzeug. Also die Wahrscheinlichkeit, dass wir mit unseren Occasionen etwas torpedieren, wo jemand auf eine noch viel umweltfreundlichere Lösung setzen wollte, ist relativ klein. Also das macht Sinn.

Wir reduzieren hier in Basel nicht nur das CO<sub>2</sub>, sondern eben auch die Schadstoffe hier in der Luft und wir haben immer noch einige Strassen, die von Schadstoffen stark belastet sind. Es geht auch um Feinstaub, Abgase. Und das Argument, dass sie leiser sind, ist nicht zu unterschätzen, einerseits für die Mitarbeitenden selbst, die sonst den ganzen Tag dem Lärm ausgesetzt sind, aber natürlich auch für die Anwohnenden. Die Stadtgärtnerei startet früh am Morgen und es kann über längere Zeit dann doch wirklich auch eine Belastung sein, wenn die Anwohnenden Lärm ausgesetzt sind.

Und dann noch die Frage nach den Prototypen. Ja, das sind zum Teil Geräte, die nicht standardmässig am Markt vorhanden sind, aber ja, wir haben uns hier in Basel ambitionierte Klimaziele gesetzt, und zwar nicht bis 2037, Johannes Barth, wie Sie erwähnt haben, sondern es war, wenn auch nicht in der Verfassung verankert, doch Teil des Abstimmungskampfes rund um die Klimagerechtigkeitsinitiative, dass man gesagt hat, 2037 für den Gesamtkanton, aber für die Verwaltung eben das frühere Ziel 2030. Und das ist eine ambitionierte Zielsetzung und es reicht eben nicht nur zum Ziel Ja zu sagen, sondern man muss auch zu den Massnahmen Ja sagen. Und der Fahrzeugpark des Kantons ist einer der wesentlichen Hebel, die wir in der Hand haben. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesem Ausgabenbericht zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Felix Wehrli hat das Wort.

*Felix Wehrli (SVP):* Sie haben jetzt gesagt, dass diese noch ältere Fahrzeuge ersetzen. Können Sie mir sagen, welche Firma diese Fahrzeuge kauft und welche Fahrzeuge ersetzt werden? Können Sie das garantieren? Es können ja auch zusätzliche Fahrzeuge sein.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich kann Ihnen natürlich noch nicht sagen, wer jetzt diese Fahrzeuge kaufen wird, aber ich kann Ihnen sagen, wie das in der Vergangenheit war. Es war eben so, dass diese Fahrzeuge an anderen Orten ältere ersetzt haben. Nochmals, es ist nicht der erste Ratschlag in diese Richtung, der Ihnen vorliegt. Wir hatten schon vergleichbare Ratschläge und damals haben wir diese Erfahrung machen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort geht an die Kommissionssprecherin Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Besten Dank für die angeregte Debatte. Ich möchte ein paar wenige Punkte noch ergänzen und darauf eingehen. Zuerst zur Vorreiterrolle: Es wurde gefragt, ob der Kanton überhaupt zur Innovation beitragen könne. Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass im Ratschlag steht und in der UVEK von Seiten Verwaltung auch explizit betont wurde, dass wir hier schweizweit den ersten vollelektrischen Lastwagen mit Kippbrücke und Ladekran haben in unserem



Fuhrpark, dass die Erfahrungen durchwegs positiv sind und die Stadtgärtnerei sehr gute Erfahrungen mit diesem Gerät macht. Das wurde uns erläutert.

Dann eine Klarstellung zur klimaneutralen Verwaltung: Das Ziel ist 2030. Der Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative wurde ja auch in der UVEK beraten. Diese klimaneutrale Verwaltung 2030 war Bestandteil der UVEK. Sie war Bestandteil des Kompromisses und ich denke, dass die Debatte klar sowohl im Abstimmungskampf als auch hier im Rat anders verlaufen wäre, wären diese Klimaziele für die Verwaltung nicht gesetzt worden.

Die 5,1 Millionen: Es wurde mehrfach gesagt, dass es uns so viel kosten würde. Hier möchte ich präzisieren. Ja, es sind jetzt 5,1 Millionen mehr, es steht aber auch klar im Ratschlag, dass der Kapitalbedarf sich um 5,1 Millionen auf die Folgejahre verschiebt, das heisst, es ist nicht ganz korrekt, wenn man einfach nur «mehr» sagt, sondern es ist teilweise auch eine Verschiebung. Klar, aus heutiger Perspektive ist es mehr. In der UVEK wurde erläutert, dass durch Submissionsverfolge und durch die schnelle Marktentwicklung sich die Kosten der Ersatzbeschaffungen eher effektiv reduzieren würden, also dass man schon ein bisschen auch dieses Potenzial sieht dafür, dass es dann weniger kostet.

Dann zur CO<sub>2</sub>-Bilanz. Diese war Debatte in der Kommission und war auch nicht anders als heute hier im Saal. Wichtig waren all diese unterschiedlichen Argumente. Letztlich kam in der Kommission jedoch kein Antrag, diese Finanzen nicht zu sprechen oder abzuändern, weil unter anderem die Herstellung der Fahrzeuge, der Energieausstoss dort mitberücksichtigt werden muss und weil auch der Nachweis fehlt, dass andere Länder elektrisch betriebene Fahrzeuge beschaffen würden, wenn wir ihnen unsere alten Fahrzeuge nicht verkaufen. Daher haben wir davon abgesehen. Zudem ist auch der Verkauf nicht direkt Gegenstand dieses Geschäfts, weil der Gewinn ins Budget verbucht wird und wir nicht über den Verkauf beraten, sondern über die Ersatzbeschaffung. Die Debatte ökonomisch versus ökologisch war kein Bestandteil der Kommissionsberatung. Ich möchte hier transparent darauf hinweisen, dass gemäss Ratschlag die Konsequenz in der Klimabilanz wäre, dass bis 2030 mit dem Antrag der UVEK 79% des Fuhrparks elektrisch wären und mit dem Änderungsantrag 53%.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Ratschlags.

Titel und Ingress

Rahmenausgaben zu Lasten der Investitionsrechnung.

Hier und für die weiteren Ziffern liegt ein Änderungsantrag der FDP vor. Ich schlage vor, dass wir über alle Änderungen nur einmal abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**38 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008282, 04.02.26 11:24:46]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Änderungsantrag abzulehnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Änderungsantrag der FDP mit 50 Stimmen abgelehnt bei 38 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Schlussabstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**57 Ja, 31 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008284, 04.02.26 11:25:52]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Es wird eine Rahmenausgabe über gesamthaft Fr. 7'925'000 für die ökologische Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» (Pos. 6140.200.20000-1000) bewilligt.

2. Es wird eine Rahmenausgabe über gesamthaft Fr. 5'015'000 für die ökologische Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Kleininvestitionen Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei (Pos. 6140.200.20000-2000) bewilligt.

3. Es werden die Mittel für die befristeten Personalressourcen über gesamthaft Fr. 550'000 zur Umsetzung der Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Logistik bewilligt.

4. Es werden die Mittel für die befristeten Personalressourcen über gesamthaft Fr. 200'000 zur Umsetzung der Wiederbeschaffung der Fahrzeuge zu Lasten der Erfolgsrechnung, Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat, Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 57 Ja-Stimmen bei 31 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.

## 15. Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers)

[04.02.26 11:26:13, 25.5579.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Jessica Brandenburger.

*Jessica Brandenburger (SP):* Young Carers sind Kinder und Jugendliche, die im familiären Umfeld Aufgaben übernehmen, um die sich normalerweise Erwachsene kümmern würden. Wir reden von einer Anzahl von 3'200 Betroffenen in Basel-Stadt, das sind etwa 15% der 16- bis 25-Jährigen und 8% der 10- bis 15-Jährigen, also ziemlich viele Kinder und Jugendliche, die hier Aufgaben übernehmen müssen.

Das sind auch nicht Aufgaben, die sie freiwillig übernehmen, weil sie das unbedingt wollen, sondern weil Dinge passieren in den Biografien dieser jungen Menschen, die sie dazu zwingen. Eltern werden krank oder versterben im schlimmsten Fall und es entsteht eine Betreuungslücke, und diese wird dann von diesen Kindern und Jugendlichen gefüllt. Es lastet extrem viel Last auf diesen schmalen Schultern. Zu Hause so gebraucht werden, das bedeutet keine Zeit zum Spielen, keine Zeit, um Freund:innen zu treffen, keine Zeit für Hobbys und keine Zeit zum Lernen. Es bedeutet auch viel Sorgen und Angst.

Diese Kinder brauchen Unterstützung. Das Schweizerische Rote Kreuz hat sich diesem Thema angenommen und in den letzten drei Jahren extrem viel Expertise in diesem Bereich generiert. Jetzt geht es darum, dass wir dieses Thema weiterhin bearbeiten können, dass das Projekt in feste Strukturen übergeht und dazu braucht es jetzt einen finanziellen Beitrag. Ich



glaube, es ist wichtig, dass wir als Kanton mithelfen, dieses Angebot in Regelstrukturen zu überweisen und dass wir diesen Kindern und Jugendlichen da Entlastung bieten können, wo sie es brauchen, und darum möchten wir gerne dieses vorgezogene Budgetpostulat überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Niemand in diesem Saal – ich gehe jedenfalls davon aus – stellt in Frage, dass junge Menschen, die als Young Carer Verantwortung übernehmen, Unterstützung verdienen. Allerdings ist dies auch eine kleine Lebensschule, welche in anderen Ländern das soziale Zusammensein stärkt, hier aber nicht gewünscht wird.

Die heute beantragte Erhöhung überzeugt jedoch nicht. Das Pilotprojekt des SRK Basel-Stadt hat wertvolle Erkenntnisse geliefert, das ist richtig. Genau dafür sind Pilotprojekte ja da. Nun gilt es aber, diese Erkenntnisse in bestehende Strukturen zu integrieren, statt ein Projekt dauerhaft weiterzuführen und zusätzliche Mittel zu sprechen. Insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer, also Pädagogen, sowie die Sozialpädagog:innen in den heutigen Schulzimmern und die Schulsozialarbeit stehen bereits heute in engem Kontakt mit den betroffenen Jugendlichen und verfügen über den nötigen Zugang sowie die fachliche Kompetenz. Anstatt neue parallele Strukturen zu finanzieren und Schnittstellen zu schaffen, welche für Kinder nur schwer erkennbar sind, sollten wir vorhandene Angebote gezielt stärken und besser vernetzen.

Aus Kostengründen, der Zuständigkeit und der nachhaltigen Wirkung lehnt die Fraktion der SVP diese Budgeterhöhung ab und bittet Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprechender ist Oliver Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Ich würde gerne für die nächsten drei Geschäfte einmal sprechen und auch erklären, wieso wir jetzt zum Beispiel beim ersten Geschäft ein Offen eingetragen haben.

Das vorgezogene Budgetpostulat Young Carers ist durchaus ein Thema, das auch die LDP als wichtig empfindet, nur über das Verfahren und wie man das macht waren wir uns uneinig. Wir reden hier von 53'000 Franken, die im Rahmen eines ordentlichen Budgets reinkommen könnten aber nicht reingekommen sind. Gehört das jetzt in ein vorgezogenes Budgetpostulat oder müsste das in einem ordentlichen Budget aufgenommen werden? Da geht es wirklich darum, dass die einen von uns gesagt haben, ja, es ist gut, wenn wir das als vorgezogenes Budgetpostulat aufnehmen, dann wird es im Rahmen des nächsten Budgets für das Jahr 2027 auch entsprechend behandelt und berichtet. Die andere Seite hat gesagt, dass wir das im normalen Budget auch im Rahmen der Hearings anfragen können und dann hätten wir im Prinzip das gleiche Resultat.

Die Fragestellung war einerseits beim ersten Geschäft: 53'000 Franken, ist das nicht auch etwas, was man in den Reserven einer Direktion noch hätte, um so was vornehmen zu können? Denn das ist wirklich unter jedem Bereich finanzieller Wesentlichkeit.

Vielleicht noch zum zweiten vorgezogenen Budgetpostulat von Béla Bartha. Ich wäre froh, wenn er sich das nächste Mal ein bisschen mehr Mühe gibt bei der Formulierung, denn da war ein grosses Fragezeichen. Ist das jetzt eine Sofortmassnahme? Wenn es eine Sofortmassnahme ist, kann es kein vorgezogenes Budgetpostulat sein. Also in dem Fall auch hier, mit 123'000 Franken plädieren wir dafür, dass es im ordentlichen Budget Platz finden sollte.

Und zum dritten vorgezogenen Budgetpostulat genau das gleiche. Wir haben dazu noch Anzüge hängig. Auch dort sagen wir, dass das Ganze in einem ordentlichen Budget und nicht in einem vorgezogenen Budgetpostulat seinen Platz finden müsste.

Für das erste vorgezogene Budgetpostulat haben wir ein Offen eingegeben und die anderen zwei lehnen wir ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Die Problematik der Young Carer ist unbestritten von grosser Bedeutung. Wie Sie wissen, ist eines meiner grossen Ziele, die Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche zu stärken. Gerade Kinder und Jugendliche, die so grosse Lasten tragen wie die Young Carers, sollten unsere volle Unterstützung erhalten. Aus Sicht des Regierungsrats ist es jedoch die Schulsozialarbeit an allen Volksschulstandorten für die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Eltern, die erste Anlaufstelle bei sozialen Problemen ist.



Die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit stehen in direktem Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen. Sie unterstützen und beraten. Wenn es nötig ist, verweisen Sie die Betroffenen an weitere Dienst- und Fachstellen. Das Pilotprojekt des SRK hat aus Sicht des Regierungsrats sehr gut zu einer erneuten Sensibilisierung in diesem Bereich beigetragen. Es muss aber nicht weitergeführt werden, denn wir haben die nötigen Fachleute und das Fachwissen an den Schulstandorten.

Deshalb lehnt der Regierungsrat das Budgetpostulat ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat der Postulant Claudio Miozzari.

*Claudio Miozzari (SP):* Mir ist es wichtig, über Young Carers zu sprechen. Wussten Sie, was das genau heisst und sind Sie sicher, dass Sie das nicht mit den Care Leavern verwechselt haben? Das Thema hat definitiv mehr Aufmerksamkeit verdient und ich bin froh, dass wir heute darüber diskutieren dürfen. Ich danke Ihnen für die guten Beiträge.

Jessica Brandenburger hat sehr gut erklärt, was Young Carer sind. Ich erlaube mir, es nochmals ganz kurz zu wiederholen. Das sind Kinder und Jugendliche, die in ihren Familien eine grosse Last tragen. Sie pflegen beispielsweise Eltern, die von Krankheit oder Sucht betroffen sind, sie kümmern sich täglich um ihre kleinen Geschwister oder übernehmen vielleicht im Heimlichen die Korrespondenz ihrer Familie gegenüber diversen Behörden. Oft geschieht dies im Verborgenen, aber die grosse Verantwortung, die hier gerade von Kindern getragen wird, hinterlässt Spuren. Während andere Schülerinnen und Schüler von ihren Eltern bei den Hausaufgaben begleitet werden, sind es die Young Carers, die damit alleine sind, wenn sie denn überhaupt Zeit und Raum finden, sich mit ihren altersgerechten Aufgaben zu beschäftigen.

Wir schulden diesen Kindern und Jugendlichen Unterstützung und es ist gar nicht so einfach, ihnen diese zukommen zu lassen, eben weil sie oft im Verborgenen sind. Und zum Glück hat hier das Rote Kreuz ein Pilotprojekt lanciert in Basel-Stadt, das sich genau dieser Thematik angenommen hat und das erfolgreich aufgezeigt hat, was man bewirken kann und was es vielleicht noch zusätzlich alles zu bewirken gäbe.

Es wurde gesagt, dass dieser Betrag, den wir hier fordern, gar nicht finanzpolitisch relevant ist. Das kann man mit dieser Brille natürlich so vertreten, aber wenn man es mit der inhaltlichen Brille anschaut, ist es eben sehr, sehr wichtig, ob man diese Forderung stellt oder nicht. Es ist auch nicht so, dass man sich einfach darauf verlassen könnte, dass dieser Betrag eingestellt wird, wenn man kein vorgezogenes Budgetpostulat überweist, Sie haben den Regierungsrat gehört, er möchte das eben gar nicht.

Und da muss ich dann schon auch widersprechen, wenn gesagt wird, dass es dieses Projekt des Roten Kreuzes Basel-Stadt nicht braucht. Ich will überhaupt nicht die Schulsozialarbeit kleinreden, die ist enorm wichtig und enorm gefordert, aber all die Sachen, die da auf die Schulsozialarbeit einprasseln, sind kaum bewältigbar. Wir haben in der Budgetdebatte eine entsprechende Erhöhung gestellt, dass wenigstens den wichtigen Sachen nachgekommen werden kann. Es wäre komplett vermessen zu erwarten, dass die Schulsozialarbeit noch so ein Programm bietet, wie es das Schweizerische Rote Kreuz Basel-Stadt eben tut, und ich bin auch überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und diesem Projekt beiden Seiten und zuletzt natürlich den betroffenen Kindern und Jugendlichen nur nützen kann, dass das ein grosser Gewinn wäre.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn Sie das vorgezogene Budgetpostulat überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008287, 04.02.26 11:39:16]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 77 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen das Budgetpostulat überwiesen.

## **16. Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen)**

[04.02.26 11:39:30, 25.5571.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Das Wort hat Béla Bartha.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Wir haben jetzt oft genug gehört, dass es im Sommer sehr heiss wird und in den Klassenzimmern unerträgliche Temperaturen herrschen, die einen geregelten Unterricht verunmöglichen. Wäre das Budgetpostulat von Sandra Bothe für ein regelmässiges Lüften nicht bewilligt worden, dann wäre wohl wieder ein Sommer verstrichen, ohne dass eine grundsätzliche Verbesserung der Situation in Aussicht wäre. Vergangenes Jahr haben wir den Anzug zur vereinfachten Installation von Klimaanlage in Verbindung mit PV-Anlagen überwiesen und nun wäre es doch interessant gewesen, wenn sich irgendeine Verbesserungsbemühung auch im Budget 2026 niedergeschlagen hätte. Das ist aber nicht der Fall und daher kommt es nun zu diesen Anträgen.

Weil wir das Budget 2026 nicht überfrachten möchten und in vorausgehenden Vorstössen auch erst einmal ein übergeordnetes Konzept zur Verbesserung des Raumklimas in Schulen gefordert wird, kommt hier ein vorgezogenes Budgetpostulat für 2027 zur Einrichtung von Messgeräten, die uns Grundlagen liefern sollen, wo und welche Massnahmen sinnvoll sind und wo vielleicht eher nicht. Besonders vor allfälligen baulichen Verbesserungsmassnahmen, die grössere Investitionen erfordern, machen vorausgehende Messdaten Sinn, um Fehlinvestitionen später zu verhindern.

Tatsache ist, dass wir Schulgebäude haben, die sich schlicht und ergreifend schlecht durchlüften lassen und sich daher ein schneller Einbau von Klimageräten aufdrängt, sofern es die Klima- und Luftqualitätsdaten erfordern. Weiter haben wir Gebäude mit Klimatechnik, die aber, wie es sich während Corona gezeigt hat, nicht gut eingestellt sind und CO<sub>2</sub>- und Monoxidkonzentration nicht steuern können. Und wir haben keine standortspezifischen Messdaten, die uns die Grundlagen dazu liefern, nicht nur die Temperatur, sondern auch die Luftschadstoffe an einem bestimmten Standort zu berücksichtigen.

Deshalb drängt sich der Einbau von Messgeräten auf, die nicht nur die Temperatur, sondern das Raumklima insgesamt messen und die sich auch dann noch einsetzen lassen, wenn Klimaanlage eingebaut werden sollen. Dafür benötigt es umfassende Abklärungen und damit kann man auch gerne schon in diesem Jahr beginnen, bevor es zur Anschaffung der Geräte 2027 kommt. Mit dem vorgezogenen Budgetpostulat geben wir der Regierung nochmals einen Anstoss, möglichst schnell mit einem Massnahmenpaket loszulegen und dessen gezielte Umsetzung basierend auf Messdaten für 2027 an die Hand zu nehmen. Denn wie so oft in solchen Fällen gilt auch hier der Grundsatz, besser frühzeitig und richtig planen und investieren, um nicht später für unser Nichtstun die Zeche zahlen zu müssen. Ich danke Ihnen für die Bewilligung dieses vorgezogenen Budgetpostulats.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

*David Jenny (FDP):* Wie wollen Sie mit einem vorgezogenen Budgetpostulat für das Budget 2027 20'000 Franken freibekommen, die im Sommer 2026 anfallen?

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Darum habe ich in meiner Rede jetzt einige Male von einem vorgezogenen Budgetpostulat 2027 gesprochen, das ist ein Fehler, das tut mir leid.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Regierungsrat anerkennt, dass der Hitzeschutz an Schulen von grosser Bedeutung ist. Mit dem vorgezogenen Budgetpostulat soll die Installation von Messgeräten an den Schulstandorten finanziert werden. Mit den Messungen sollen objektive Daten für den Handlungsbedarf gewonnen werden.

Die FHNW erhebt derzeit im Rahmen einer Studie diverse Daten an ausgewählten Schulstandorten. Parallel dazu wird eine Portfolioanalyse hinsichtlich des Wärmeschutzes durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie fliessen in die Empfehlungen der Portfolioanalyse mit ein. Die Ergebnisse erwartet der Regierungsrat im Herbst 2026. Die Installation von Messgeräten im Jahr 2027 würde damit den gewünschten Nutzen verfehlen. Daher lehnt der Regierungsrat das vorgezogene Budgetpostulat ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Dass es in den Räumlichkeiten an den Schulen im Sommer heiss werden kann, wissen wir, das ist an sich unbestritten, so votieren immerhin auch alle, die Vorstösse einreichen bezüglich Lüftungskonzepte und Klimaanlageanlagen. Jedoch sollte man nicht vergessen, dass schlussendlich diese heissen Tage nicht ewig dauern. Es handelt sich eigentlich um eine sehr kurze Zeitspanne, die anspruchsvoll sein kann, da sind wir einverstanden, aber es ist nicht über einen längeren Zeitraum. Hier jetzt teure Messgeräte, notabene 280 Stück einzubauen, um etwas zu messen, was uns eigentlich bekannt ist, erscheint uns völlig unnötig. Messgeräte sind eine Massnahme, um Erkenntnisse bezüglich Raumtemperaturen zu gewinnen, die wir aber eigentlich auch schon kennen, jedoch gehen sie das Problem nicht sofort an und den Temperaturschwankungen wird somit nicht direkt begegnet. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Budgetpostulat ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Postulant Béla Bartha.

Béla Bartha: Ich höre die Worte Regierungsrat Mustafa Atici, aber wenn man diese Messgeräte in den Schulklassen hat, dann ist es eben so, dass man auch aktuelle Daten hat und dann reagieren kann. Es geht ja nicht nur darum, Massnahmen zu ergreifen, sondern diese Messgeräte regulieren ja auch das Klima dann ganz praktisch in der Schulklasse und im Schulraum. Es sollen eben Messgeräte sein, die nachher auch in Kombination mit Klimaanlageanlagen noch weiter funktionieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008289, 04.02.26 11:48:48]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 53 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung das Budgetpostulat überwiesen.



## 17. Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäsch)

[04.02.26 11:49:04, 26.5003.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Eingetragen als erste Sprecherin hat sich Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dieses vorgezogene Budgetpostulat der Regierung zu überweisen. Das Kindernest ist eines der politischen Themen, auf das ich in den letzten Monaten sehr häufig angesprochen wurde. Viele Beispiele wurden an mich herangetragen. Zum Beispiel sagte ein Elternteil zu mir: «Ich habe die Kinder zu 100% betreut selbst und wenn ich zum Arzt musste, hätte ich nicht gewusst, was tun, wenn ich sie nicht ins Kindernest hätte bringen können.» Eine andere Person sagte mir: «Ich bin alleinerziehend. Das Kindernest war für mich überlebenswichtig bei unvorhergesehenen Betreuungslücken, mal am Samstag oder wenn ich krank war.» Dann die dritte Person hat zu mir gesagt: «Ich habe mein Kind nicht häufig dahingebbracht, aber zu wissen, dass das Kindernest existiert, war für mich wichtig, weil ich wusste, es gibt ein Auffangnetz, wenn alle Stricke reissen. Das hat für mich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Schichtarbeit überhaupt erst möglich gemacht.»

Mit Blick auf die Relevanz dieser Institution für die Familien im Raum Basel ist es dann auch nicht erstaunlich, dass die angekündigte Schliessung im letzten Sommer eine beispielslose Welle der Solidarität ausgelöst hat und so auch durch private Spenden die Schliessung abgewendet und die Finanzierung für 2026 sichergestellt werden konnte. Jetzt geht es darum, die Finanzierung übergangsmässig auch für 2027 sicherzustellen, damit die Institution sich auch wieder auf den Alltag konzentrieren kann und nicht nur auf das Überleben. Wichtig zu wissen ist, dass es hier natürlich auch um langfristige Fragen geht. Im nächsten Monat werden wir dann auch einen Anzug von Edibe Gölgeli und Andrea Strahm hier beraten, der die langfristigen Fragen klären soll, also wie langfristig die finanzielle und strukturelle Absicherung des Kindernestes aussehen soll.

Dieses Budgetpostulat ist jetzt eben ganz wichtig, dann ist diese Institution, bis diese Fragen fundiert geklärt sind, weiter existiert. Es wäre ja absurd, dass dann nach zwei Jahren, wenn der Anzug beantwortet wird und klar ist, es braucht diese Institution, diese bis dahin eingegangen ist und man wieder von vorne anfangen würde. Das wäre ein grosser Verschleiss von Ressourcen und von Expertisen. Deshalb ist diese Übergangsfinanzierung, die wir jetzt heute hier beantragen, auch so wichtig.

Das Kindernest besteht seit über 25 Jahren, seit 2015 erhält es jährlich einen Beitrag über das WSU, auch weil es damals hätte schliessen müssen und pragmatische Lösungen gefunden werden mussten. In der Zeit hat sich die Kinderbetreuung stark professionalisiert, wir haben ein solides Tagesbetreuungsgesetz, aber diese Lücken bleiben weiterhin bestehen, die Angebote für Familien, für die die Kita eben nicht das passende Modell ist, sind weiterhin sehr prekär und wurden weiterhin nur teilweise reguliert. Wichtig ist auch zu wissen, dass auch die Zahl der Tagesfamilien, die ja auch in diesem Lückenfeld sich bewegen, in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen ist. Es gibt also weiterhin einen ganz grossen Bedarf.

Es ist auch nicht zu ersetzen durch den Babysitter-Service, wie er zum Beispiel vom Roten Kreuz zur Verfügung gestellt wird. Das ist sehr wichtig, aber auch dort ist es nicht immer so einfach, Personen zu finden und wichtig zu wissen für den Alltag ist auch, für Familien macht es einen Unterschied, ob ich ganz viele Babysitter-Kontakte anfrage und aufwendig einen Einsatz organisiere oder ob ich das Kind einfach spontan ins Kindernest bringen kann. Das ist vom Organisationsaufwand und Mental Load, den die Frauen wiederum tragen, ein riesengrosser Unterschied.

Ja, es ist auch so, dass ein Teil der Eltern, die das Kindernest nutzen, ausserhalb vom Kanton wohnen. Das könnte aber natürlich auch durch die Einführung unterschiedlicher Tarife gelöst werden. Die Qualitätsfragen, die dahinterstehen, sind aus unserer Sicht Vorwände. Das Kindernest ist eine Institution, bei der dann auch adäquate qualitative Standards geklärt werden können. Diese konzeptionelle Arbeit muss im ED geleistet werden und wir sind sicher, sie werden es dann auch angemessen machen. In dem Sinne bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das nächste Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Kanton Basel-Stadt investiert viel in eine gute und bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung. Er setzt dabei auf die regelmässige Betreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien gemäss Tagesbetreuungsgesetz. Diese Angebote unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern die Kinder in



ihrer Entwicklung. Sie haben hohe Anforderungen an die Qualität der Betreuung, das Personal und die Räumlichkeiten zu erfüllen.

Kanton und Gemeinden gewähren ausschliesslich einkommens- und vermögensabhängige Beiträge, sogenannte Betreuungsbeiträge, an die Tagesbetreuung von Kindern, die im Kanton Basel-Stadt ihren Wohnsitz haben und mindestens 40% in ihrer Kindertagesstätte mit Betreuungsbeiträgen betreut werden. Bei kurzfristigem oder notfallmässigem Betreuungsbedarf stehen den Eltern Angebote wie Nannys, Babysitterdienste oder der Hütedienst für kranke Kinder des Roten Kreuzes des Kantons Basel-Stadt zur Verfügung. Diese ergänzenden Betreuungsangebote sind wichtig für Eltern, die keine Unterstützung durch Familie, Nachbarschaft oder den Freundeskreis organisieren können.

Beim Basler Kindernest handelt es sich nicht um ein Angebot, das den Anforderungen des Tagesbetreuungsgesetzes entspricht. Dementsprechend kann das Basler Kindernest auch nicht auf Grundlage des Tagesbetreuungsgesetzes finanziert werden. Der Regierungsrat möchte mit Blick auf das Kindeswohl ausschliesslich Betreuungsangebote unterstützen, die den geltenden Voraussetzungen des Tagesbetreuungsgesetzes entsprechen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat dieses Budgetpostulat ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Roger Stalder.

*Roger Stalder (SVP):* Wir respektieren das Kindernest. Das ist kein Thema. Sie machen sicher eine sehr gute Arbeit, aber wir können nicht nachvollziehen, wie man nach 20 Jahren die Finanzen nicht in den Griff bekommen kann und das selbes finanzieren kann. Und wenn es ja so wichtig ist, wie vorhin gesagt worden ist, dann müssen halt die Familien mehr zahlen. Das ist so. Und jetzt soll ein weiteres Mal, wie es halt so ist, wenn man kein Geld mehr hat, der Kanton einspringen mit Steuergeldern. Dem können wir nicht zustimmen und darum bitten wir, das Budgetpostulat abzulehnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Wer Kinder hat, kennt diese Situationen gut. Im durchgetakteten Alltag kommt ein unvorhergesehenes Ereignis dazwischen, vielleicht akute Zahnschmerzen, die einen dringlichen Zahnarzttermin erfordern oder ein Notfall in der Familie, oder der Ausfall der regulären Betreuung durch die Grosseltern. Oder, ich hatte diesen Montagmorgen sogar einen Anruf von der Kita, die gesagt haben, eigentlich sind alle Betreuenden krank – Notfallbetreuung. Dies bringt die ganze Organisation einer Familie rasch durcheinander. Wenn der andere Elternteil unpässlich ist, wenn vielleicht gar kein anderer Elternteil in die Betreuung einbezogen werden kann, kein Umfeld da ist, das einspringen kann oder dieses nicht so flexibel reagieren kann, stehen Eltern rasch vor grossen Herausforderungen.

Das Kindernest füllt hier eine wichtige Lücke. Es ist die einzige Betreuungseinrichtung für Kinder, wo kurzfristig und ohne Voranmeldung, das heisst auch ohne vorgängiges Abklappern von Nanny- oder Babysittingdiensten, spontan stundenweise Betreuung in Anspruch genommen werden kann. Ich selbst habe dort auch schon Kinder von Freund:innen abgeholt, die kurzfristig eine Lösung gebraucht haben und das Umfeld nicht so rasch einspringen konnte und etwa ich als Unterstützende nicht kurzfristig verfügbar war.

Es ist begrüssenswert, dass in den vergangenen Jahren viel unternommen wurde, um die Tagesbetreuung von Kindern im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Diese sind aber, wie wir schon gehört haben, nicht für alle Familien das richtige und eben auch nicht da für kurzfristige Lösungen bei Betreuungsengpässen. Meine Vorrednerin Barbara Heer hat gut ausgeführt, weshalb eben hier Nanny- oder Babysittingdienste nicht immer eine gute Lösung sein können. Die Sammelaktion von «Gärngschee» im letzten Oktober hat gezeigt, das Bedürfnis und die Nachfrage nach diesem Angebot sind da. Innerhalb von knapp 30 Tagen sind über 80'000 Franken Spenden eingegangen. Die Finanzierung ist somit für dieses Jahr gesichert.

Nun braucht es aber die Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung. Ich bitte Sie daher, das vorgezogene Budgetpostulat für die Übergangsfinanzierung im Jahr 2027 zu überweisen. Damit haben wir Zeit, um gründlich zu prüfen, wie das Angebot auch in Zukunft für Basel erhalten werden kann.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit werden wir mit diesem Traktandum um 15 Uhr weiterfahren, bevor wir dann mit den Interpellationen weitermachen. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

## Schluss der 1. Sitzung

12:00 Uhr





# Protokoll

der 2. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 4. Februar 2026, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Zaira Esposito (SP); Melanie Eberhard (SP), Erich Bucher (FDP), Salome Bessenich (SP), Anouk Feuerer (Grüne/jgb), Sandra Bothe-Wenk (GLP).</i>

## Verhandlungsgegenstände:

17.	Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäsch) .....	2
14.	Neue Interpellationen.....	3
14.1.	Interpellation Nr. 1 Alex Ebi betreffend unqualifizierte und berufsfremde Stellvertretungen für erkrankte und/oder fehlende Lehrpersonen an den Primarschulen Basel-Stadt .....	3
14.2.	Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028 .....	6
14.3.	Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend mehr Reisende auf die provisorische Passerelle am Bahnhof SBB bringen.....	6
14.4.	Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR?.....	8
14.5.	Interpellation Nr. 5 Oliver Bolliger betreffend WEF Basel Morning und Teilnahme der Regierung Basel-Stadt am WEF .....	8
14.6.	Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf .....	10
14.7.	Interpellation Nr. 7 Georg Mattmüller betreffend Bewegungsangebot für Senior:innen auf der Claramatte 11	
14.8.	Interpellation Nr. 8 Catherine Alioth betreffend Steuerverwaltung löst Kunstbestand auf: Öffentlicher Depotverkauf von Kunstgegenständen Ende November 2025 .....	12
14.9.	Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal .....	13
14.10.	Interpellation Nr. 10 Pascal Messerli betreffend Basel verlottert sicherheitspolitisch: Illegale Demonstrationen und Kostenabwälzung. Zahlen und Fakten jetzt! .....	14
14.11.	Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons.....	15
14.12.	Interpellation Nr. 12 Jo Vergeat betreffend Brandschutz Basler Fasnacht .....	15
14.13.	Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen.....	18
18.	Motion 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Polizeiarbeit und effizientere Bekämpfung und Aufklärung von Velo- und E-Bike-Diebstählen .....	19
19.	Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport .....	19
20.	Motion 3 Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft .....	24
21.	Motion 4 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln .....	28
22.	Motion 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt .....	32



## Beginn der 2. Sitzung

Mittwoch, 4. Februar 2026, 15:00 Uhr

### 17. Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gölgele und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäscht)

[04.02.26 15:00:08, 26.5003.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 17. Als Erste heute Nachmittag spricht Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Wir reden heute vom Kindernäscht und von einer Unterstützung dieses Kindernäschts von 80'000 Franken. Das Kindernäscht wird unterstützt seit 16 Jahren vom Kanton, und zwar vom WSU. 2024 hat es über 6'700 Betreuungsstunden geleistet. Das Kindernäscht bietet eine kurzfristige, unkomplizierte Möglichkeit an, Kinder beaufsichtigen zu lassen und dies nicht nur für Eltern, sondern auch für Grosseltern, Betreuungspersonen, die unverhofft irgendwie zum Zahnarzt müssen, einen Termin einhalten müssen, wo das Kind nicht gut mitgenommen werden kann. Man bezahlt pro Kind pro Stunde 12 Franken in der ersten Stunde, danach pro halbe Stunde 6 Franken, wer den Familienpass hat, zahlt 10% weniger. Das ist nicht viel, besonders wenn man zwei oder drei Kinder beaufsichtigen lassen muss, ist es aber viel. Für das Kindernäscht aber reicht es nicht zur Verfügungstellung der Infrastruktur, das dürfte auf der Hand liegen.

Der Bedarf ist anerkannt, wurde von der Regierung auch nicht bestritten, eine Alternative gibt es nicht in dieser Form. Nun, weshalb möchte die Regierung nun diese Zahlungen einstellen? Das WSU, so wird gesagt, sei nicht mehr verantwortlich, sei nicht seine Sache. Sie hätten das übernommen, weil davor Unternehmen das finanziert hatten, aber das sei eigentlich nicht in ihrem Gebiet, zuständig wäre das ED. Nun ist das ED aber nicht bereit, diese Bezahlung zu übernehmen. Die Argumentation liest sich etwas seltsam, man könne ja Nannys, Babysitter oder Notfall-Hütendienste für kranke Kinder mobilisieren. Ja, wie soll das gehen? Ich meine, das ist ja restlos naiv. Ich kann doch nicht, wenn ich einen Termin habe, schnell so machen und dann kommt Mary Poppins geflogen mit dem Regenschirm. Eine Nanny muss man anstellen, Babysitter muss man engagieren, bei den Tagesstrukturen, Kinderkrippen muss man sich anmelden, man muss fixe Stunden buchen. Man kann nicht einfach stundenweise mal rasch das Kind bringen, wenn man in den Grossen Rat muss zum Beispiel. Es soll scheinbar Grossräte gegeben haben, die dieses Kindernäscht auch schon genutzt haben.

Dann stört sich das ED daran, dass es einkommensunabhängig ist. Ja natürlich, ich gehe ja nicht mit der Steuererklärung von meiner Tochter und meinem Schwiegersohn ins Kindernäscht, wenn ich einmal schnell zwei Stunden meine Nichte oder meinen Neffen abgeben muss, weil ich einen Termin habe. Deswegen sind die Ansätze so gewählt, dass sie zwar nicht von allen Leuten einfach bezahlt werden können, aber doch nicht so, dass man es sich nicht leisten kann im Notfall. Es ist nicht möglich, das einkommensabhängig zu machen in einer derart niederschweligen Institution.

Dann seien, so wurde gesagt heute Morgen und auch in der Beantwortung der Interpellation, die Vorschriften von Kitas und Tagesstrukturen nicht anwendbar. Natürlich nicht, es ist ja nicht das Gleiche. Wenn aber ein Bedürfnis da sein sollte, diese Strukturen besser zu kontrollieren, das Kindernäscht zu kontrollieren, dann kann man das ja machen, da muss man halt die nötige Grundlage schaffen. Aber wenn man nun 16 Jahre lang das Kindernäscht unterstützt hat und es ist 16 Jahre lang kein Problem gewesen, dann sehe ich nicht ein, warum das jetzt plötzlich ein Problem sein soll, wo das ED übernehmen sollte.

Ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Vorgezogenen Budgetpostulat für das Jahr 2027 zustimmen. Das gibt der Institution Rechtssicherheit.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist die Postulantin, Edibe Gölgele.

*Edibe Gölgele (SP):* Ich danke Ihnen allen, meinen Vorredner\*innen, für ihre Voten und auch meiner Kollegin Andrea Strahm für ihr Votum, wo sie nochmal unterstrichen hat, wo das Problem genau liegt. Auch gemäss dem «Chrüzlistich» sehe ich eine



breite Unterstützung und es zeigt wirklich deutlich, dieses Anliegen trifft einen realen Bedarf. Nämlich, wir können es wirklich sagen, das Basler Kindernäscht steht seit über 24 Jahren für Solidarität im Alltag. Es ist niederschwellig und flexibel da bei akuten Betreuungsempässen für Familien, unabhängig davon, in welcher Form sie leben oder aus welchem Grund sie Unterstützung brauchen, insbesondere dann, wenn die regulären Strukturen eben nicht reichen, das haben wir mehrfach gehört.

Meine Vorredner\*innen haben es betont, der reale Bedarf hat auch die Aktion von «gärngschee» eindrücklich gezeigt, wie gross der Rückhalt in der Bevölkerung ist. Dank vielen Spendengeldern konnten wir verhindern, dass das Kindernäscht Ende 2025 schliessen musste und mit diesen Geldern konnte das Jahr 2026 gesichert werden. Und jetzt mit dem Vorgezogene Budgetpostulat 2027 können wir nun auch eine Übergangsfinanzierung sichern. Mit diesen genannten 80'000 Franken werden wir den Weiterbetrieb gewinnen und die notwendige Zeit, weil wir auch einen Anzug geschrieben haben und nochmals darüber befinden werden in der März-Session, damit auch das ED eine tragfähige Lösung für die Zukunft erarbeiten kann.

Für uns ist ganz klar, Basel braucht mindestens einen Ort in unserem Kanton wie das Kindernäscht, einen niederschwelligen und flexiblen Ort, der da ist, wenn Betreuung sonst nicht aufgeht. Ich bitte Sie deshalb, diesem Budgetpostulat zuzustimmen und damit sorgen Sie auch dafür, dass Familie und Vereinbarkeit weiterhin in unserem Kanton möglich ist.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008292, 04.02.26 15:08:14]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

das vorgezogene Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 59 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Vorgezogene Budgetpostulat überwiesen.

## **14. Neue Interpellationen**

[04.02.26 15:08:28]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den Interpellationen.

### **14.1. Interpellation Nr. 1 Alex Ebi betreffend unqualifizierte und berufsfremde Stellvertretungen für erkrankte und/oder fehlende Lehrpersonen an den Primarschulen Basel-Stadt**

[04.02.26 15:08:33, 26.5010.01]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitend möchte ich zwei wichtige Punkte festhalten. Erstens, die Volksschulleitung toleriert WhatsApp-Chats als Instrument zur Suche von Stellvertretungen nicht. Die Verantwortung von WhatsApp für geschäftliche Zwecke ist nicht erlaubt. Und zweitens, die Suche und Anstellung von Stellvertretungen liegt in der Verantwortung der Schulleitungen. Das Erziehungsdepartement unterstützt sie dabei. Die Schulleitungen überprüfen die Qualifikation und Eignung einer Person, die sich als Stellvertretung bewirbt. Nur wenn eine Bestätigung der Schulleitung vorliegt, kann diese Person als Stellvertretung an einer Basler Schule eingesetzt werden.

Zu Frage 1. Der Regierungsrat und die Volksschulleitung haben Ende 2025 von dem WhatsApp-Chat erfahren.

Zu Frage 2. Die Person, die den Chat betreibt, war dem Regierungsrat und der Volksschulleitung nicht bekannt.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat hatte keine Kenntnis vom genannten Chat.

Zu den Fragen 4, 5 und 6. Private WhatsApp-Gruppen zur Stellvertretungssuche werden vom Erziehungsdepartement weder betrieben noch unterstützt. Die Zugangsbedingungen und Konditionen werden von den Personen, welche die WhatsApp-Gruppe aus eigener Initiative betreiben, festgelegt. Die Entscheidung, ob eine Person als Stellvertretung eingesetzt wird, liegt bei der Schulleitung. Dazu gehört die Prüfung von Qualifikationen, Berufserfahrungen sowie die Einhaltung der geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Einschätzung kann aufgrund eines Bewerbungsgesprächs oder einer Probelektion erfolgen. Wenn eine Bestätigung der Schulleitung und ein Sonderprivatauszug aus dem Strafregister vorliegen, kann die Person an allen Schulen in Basel eingesetzt werden.

Zu den Fragen 7 und 10. Bei kurzfristigen Stellvertretungen kann die kontinuierliche Weiterführung des Unterrichts eine anspruchsvolle Aufgabe sein. Die Schulleitung ist darum besorgt, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst nahtlos an der Unterrichtseinheit weiterarbeiten können, die auch im Regelunterricht Thema ist. Häufig arbeiten die Schülerinnen und Schüler an Wochenplänen oder Planarbeiten, womit Kontinuität gewährleistet ist. Sollte dies nicht möglich sein oder ist eine Stellvertretung derart kurzfristig nötig, dass eine sorgfältige Übergabe des aktuellen Unterrichtsthemas nicht möglich ist, wird erwartet, dass die Stellvertretung entsprechende Unterrichtsvorbereitungen getroffen hat, um einen qualitativen, in sich abgeschlossenen Unterricht bieten zu können. Für die Kontrolle ist wiederum die Schulleitung vor Ort zuständig. Bei Nichterfüllung der Ansprüche tritt sie mit der Stellvertretung in Dialog und berücksichtigt diese unter Umständen künftig nicht mehr.

Zu Frage 8. Die Entschädigung von Stellvertretungen an der Primarschule ist in der Verordnung betreffend Festlegung der Löhne von Lehrpersonen als Aushilfen sowie für Stellvertretungen geregelt. Lehrpersonen mit einer Ausbildung als Primarlehrperson erhalten pro Lektion je nach Alter einen Bruttolohn zwischen 55,70 Franken, 78,15 Franken. Primarlehrpersonen in Ausbildung oder ohne entsprechende Ausbildung erhalten pro Lektion einen Bruttolohn von 43,60 Franken.

Zur Frage 9. Stellvertretungen im Stundenlohn gelten als freie Vikarinnen und Vikare. Sie erhalten keine schriftlichen Arbeitsverträge.

Zur Frage 11. Gemäss Weisung der Volksschulleitung ist die Kommunikation im geschäftlichen Bereich per WhatsApp ausdrücklich untersagt.

Frage 12 wird zusammen mit der Frage 16 beantwortet.

Zu Frage 13. Die Schulen können aufgrund ihrer standortspezifischen Situationen in Absprache mit der Volksschulleitung ihre Ressourcen für Springerinnen und Springer definieren. Der Stellvertretungsbedarf ist über das Jahr verteilt sehr unterschiedlich. Ein Pool von Springerinnen und Springern zentral an einzelnen Schulen kann diese Schwankungen allein nicht abdecken. Die Schulleitungen müssen deshalb über ein mehrstufiges Konzept verfügen. Die Schulen haben einerseits einen Notfallplan, der festhält, wer intern kurzfristige Stellvertretungen übernehmen kann. Zudem haben viele Schulen einen funktionierenden schuleigenen Pool von Springerinnen und Springern oder haben sich diesbezüglich mit einer Partnerschule zusammengeschlossen. Des Weiteren bauen sich Schulen Netzwerke mit freien Vikarinnen und Vikaren auf, die immer wieder kurzfristig Stellvertretungen übernehmen oder auch für planbare längere Stellvertretungen angefragt werden können. Bei sehr hohem Bedarf helfen sich Standorte gegenseitig mit Springerinnen und Springern aus oder können auf die zentralen von den Volksschulen geführten Stellvertretungslisten zurückgreifen. So entsteht ein Netzwerk, in dem sich Schule und Stellvertretungen kennen.



Zu Frage 14. Wenn eine Lehrperson keine geordnete telefonische Übergabe gewährleisten kann, beispielweise aufgrund ihres Gesundheitszustands, werden die Stellvertretungen von Lehrpersonen aus dem pädagogischen Team oder der Schulleitung angeleitet oder sie greifen auf eigene Unterrichtseinheiten und Vorbereitungen zurück.

Zu Frage 15. Der Regierungsrat stellt keinen Abbau der Qualität fest. Der Einsatz einer Stellvertretung bringt immer eine Umstellung mit sich und zeigt, wie zentral die Rolle der Lehrpersonen und wie wichtig Stabilität im Klassenzimmer ist. Der Anspruch des Regierungsrats ist es, die Rahmenbedingungen für die Lehr- und Fachpersonen und die Förderung der Gesundheit der Mitarbeitenden an den Schulen dahingehend zu verbessern, dass die Ausfallquote nicht aufgrund von Überlastung und anderen beeinflussbaren Faktoren steigt.

Zu den Fragen 12 und 16. Eine Arbeitsgruppe mit Schulleitungen hat sich 2023 im Auftrag der Volksschulleitung intensiv mit geeigneten Lösungen rund um die Stellvertretungsorganisationen beschäftigt. Ihre Abklärungen haben ergeben, dass sich die Herausforderungen der Suche kurzfristiger Stellvertretungen und in Zeiten mit hohen Krankheitsfällen, beispielsweise in der Grippezeit, nicht zentral lösen lässt. Es wurden verschiedene Plattformen, die in anderen Kantonen zum Einsatz kommen, analysiert und eine Aufwand-Nutzen-Abschätzung vorgenommen. Für planbare längere Absenzen kann eine Plattform unterstützend sein, für kurzfristige Krankheitsausfälle ist ein solches System zu träge.

Das System mit standorteigenen Springerinnen und Springern wird an den Sekundarschulen bereits seit Jahren erfolgreich praktiziert. Vor zwei Jahren wurde dieses an den Primarschulen ebenfalls eingeführt. Grossmehrwertlich werden damit gute Erfahrungen gemacht. Die Zentrale unterstützt die Schulen bei der Administration. Im Sinne einer Bestandsaufnahme des bestehenden Systems wird die Volksschulleitung die Arbeitsgruppe reaktivieren und erneut analysieren, ob allenfalls Anpassungen vorgenommen werden müssen, damit die Qualitätsanforderungen an das Personal und den Unterricht auch in Stellvertretungssituationen eingehalten werden können. Der Regierungsrat wird im Rahmen der Stellungnahme zur Motion Andrea Strahm und Konsorten betreffend die Regelung der Stellvertretungen an den Schulen dazu berichten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Alex Ebi (LDP):* Besten Dank für die Antwort. Ich habe viele Fragen gestellt zu diesem Thema und es sind auch ausführliche Antworten gekommen. Die Antworten, die haben hervorragend getönt, so sollte es möglicherweise auch sein, aber von den Schulhäusern hört man natürlich schon, dass es nicht an jedem Schulhaus offensichtlich gleich läuft. Das ist möglicherweise auch ein bisschen dieser teilautonomen Angelegenheit geschuldet, dass halt jedes Schulhaus zu einem grossen Teil auch eine grosse Freiheit hat, um Sachen koordinieren und planen zu können, aber in einem solchen Fall glaube ich, was man hört. Ich glaube, das sind Menschen, ganz viele Lehrerinnen und Lehrer, die schon seit Jahrzehnten Schule geben. Sie stellen einfach fest, dass oftmals sehr kurzfristig auch Absenzen auftauchen, am Morgen um halb 8 Uhr ruft eine Lehrerin an und sagt, ja, ich kann leider nicht kommen und dann funktioniert das natürlich schon nicht so einfach, dass man sofort jemanden hat, der blendend ausgebildet ist. Die kommen am Morgen und dann fehlt das und die Schulleitungen müssen nachhaken und dann ist es natürlich sehr schwierig, dass man da auch Personen findet, die wirklich fachlich hervorragend ausgebildet sind. Das leuchtet auch allen ein, aber dass es keine Möglichkeit gibt, dass man auf den Pool zurückgreifen kann, wie das hier beschrieben ist, wie es funktionieren sollte oder wie es offensichtlich an ein paar Schulhäusern funktioniert, das wird bedauert.

Ich glaube, und da freue ich mich darauf, wenn dann der Regierungsrat das aufnimmt und wirklich eine richtige Analyse und einen Plan macht für alle Schulhäuser, mir scheint, es kann nicht sein, dass ein paar Schulhäuser das gut organisiert haben, auch genug vielleicht ältere Lehrkräfte haben, die spontan am Morgen um halb 8 Uhr auftauchen können, und andere Schulhäuser können nicht auf das zugreifen und stehen dann da und müssen eben das WhatsApp nehmen, wo natürlich dann, wie das auch von mir beschrieben wurde und auch unterdessen in den Medien ist, auch sehr unqualifizierte Personen auftauchen können, natürlich aus der Not heraus geboren.

Ich freue mich sehr, wenn der Regierungsrat das Thema sehr ernst nimmt, auch weiterhin schaut, dass da ein Unterschied ist zwischen den bestehenden Lehrkräften, die eine Ausbildung gemacht haben und eine grosse Verantwortung haben für unseren Nachwuchs, der ja irgendwann einmal auch Kern unserer Gesellschaft sein wird, und den anderen, die kurzfristig einspringen kommen, möglichst wirklich vorher auch schon gebrieft werden, dass sie einen Plan haben, wenn sie dann die erste Schulstunde antreten und nicht einfach um 7.45 Uhr aufstehen und um 8 Uhr vor der Klasse stehen und keine Ahnung haben, was sie jetzt machen sollen, auch wenn es kurzfristig ist. Ich freue mich darauf.

Befriedigt bin ich von der Antwort insofern, dass ich spüre, dass das Thema ernst genommen wird. Danke vielmals, das finde ich super und alles andere wird sich zeigen. Wir haben ja auch noch eine Motion im Raum. Ich bin ganz gespannt, wie die Antwort sein wird.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **14.2. Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028**

[04.02.26 15:21:36, 26.5022.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe schon oft gesagt, Wahltag ist Zahntag. Und so ist es für uns alle, am 22. Oktober 2028 ist unsere Wahl, Wahltag ist Zahntag. In zwei Jahren haben wir schon wieder Grossratswahlen, also in zweieinhalb Jahren. Die Interpellation habe ich gemacht, weil vieles unklar ist bei den Unterschriften, was muss von Hand selbst geschrieben werden, was kann der Parteisekretär ausfüllen. Ich selber, darum habe ich die Interpellation gemacht, bin voll konzentriert ab sofort auf die Grossratswahlen. Ich habe kein Problem, wenn ich die verliere, dann lebe ich ruhiger, aber darum die Interpellation, ich will als Profi alles richtig machen, denn es gibt eine Gesetzesänderung für die nächste Grossratswahl.

Bei mir geht es nur um zwei Unterschriften. Als Grossrat seit 42 Jahren bin ich von der Abgabe der Unterschriftenliste befreit. Die Interpellation, die ich jetzt eingereicht habe, ist ja eine schriftliche Anfrage. Ich habe dort gesagt zu den Unterschriften, in der Schweiz ist das Unterschriften sammeln grosse Tradition, aber leider gibt es deswegen viele Unsicherheiten. Oftmals heisst es, die Unterschrift muss eigenhändig erfolgen, das ist auch richtig so. Wie ist es aber bei der Hilfe beim Ausfüllen von Vornahme, Name und Adresse? Darf durch die Unterschriftensammler geholfen werden, Vornamen, Namen und Adresse auszufüllen? Oftmals sagen, und das muss man wissen, ältere Leute, dass man es für sie ausfüllen soll, sie würden dann nur noch unterschreiben.

Die Antwort der Regierung war, die Stimmberechtigten müssen Namen, Vornamen und Unterschrift eigenhändig in den Unterschriftenbogen eintragen. Wo steht das, dass die Leute den Namen und Vornamen eigenhändig ausfüllen müssen? Es wurde bisher anders gehandhabt, auch bei meiner Wahlliste, bei meiner Liste Ausländer Stopp, musste einfach die Unterschrift echt sein, aber alles andere wie Namen und Vornamen darf der Parteisekretär ausfüllen und da ist jetzt die grosse Unklarheit, was zählt. Plötzlich heisst es, es zählt nicht mehr und dann können die ganzen Listen ungültig sein. Darum habe ich diese Interpellation gemacht. Ich möchte einfach wissen, was jetzt richtig ist. Ich will wissen, wo das geschrieben steht, dass man nicht mehr für seine Freunde Namen und Vornamen ausfüllen darf. Und wie ist es bei alten Leuten? Die alten Leute sagen, bitte füllen Sie das für mich aus.

#### **14.3. Interpellation Nr. 3 Lisa Mathys betreffend mehr Reisende auf die provisorische Passerelle am Bahnhof SBB bringen**

[04.02.26 15:26:36, 26.5026.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 bezüglich Kontakt. Ja, der Kanton tauscht sich regelmässig mit der SBB aus. Diese beobachtet, dass die Frequenzen auf der Passerelle steigen. Es sei üblich, dass es eine gewisse Zeit dauert, bis neue Wege angenommen werden, vor allem wenn die bisher genutzten Verbindungen, wie die Hauptpasserelle, weiterhin vorhanden sind. Das entspricht den Erfahrungen am Badischen Bahnhof. Der Ausgang Süd, der vor rund zehn Jahren eröffnet wurde, wurde auch erst mit der Zeit von den Fahrgästen genutzt.



Zu Frage 2 bezüglich Ausschilderung. Der Kanton hat die SBB wegen einer besseren Beschilderung im Bahnhof angesprochen. Die Abklärungen ergaben, dass die Signaletik im Westflügel und an der Südseite noch nicht vollständig umgesetzt ist und noch erfolgt.

Zu Frage 3, ob es kleinere bauliche oder organisatorische Massnahmen gibt, um den Zugang zu verbessern. Der Regierungsrat hat bereits im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens einen Zugang zwischen dem Elsässertor und dem Westflügel gefordert. Hier kann man vielleicht das Bild zeigen, damit man sich nochmal kurz vergegenwärtigen kann, wo wir uns hier befinden. Der Regierungsrat hat dieses schon gefordert, das Bundesamt für Verkehr hat diesen Antrag aber abgelehnt. Das ist der Weg, der jetzt auf den ersten Blick danach aussieht, als würde er sich eignen. Grund, weshalb das aber abgelehnt wurde, ist einerseits die Zufahrt dort zur Tiefgarage des Elsässertors, das sich auf der rechten Seite befindet, und dann, das sieht man nicht gut, im hinteren Bereich ist natürlich der französisch-schweizerische Zoll und auch da kommt es zu Konflikten und darüber hinausgehend die Notfallzufahrt.

Wichtig zu erwähnen ist, der Kanton führt zurzeit Gespräche mit den Eigentümern des Elsässertors, also des Gebäudes, das Sie jetzt nicht sehen, auf der rechten Seite. Dabei geht es um die Möglichkeit, durch das Gebäude hindurch einen direkten Zugang zur Passerelle zu schaffen. Zudem wird sich die Erreichbarkeit von Süden her verbessern, sobald die laufenden Bauarbeiten abgeschlossen sind. Der Regierungsrat wird die Situation weiter beobachten und mit der SBB in Kontakt bleiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Lisa Mathys (SP):* Ich möchte es gleich vornewegnehmen, dass ich ziemlich zufrieden bin mit der Beantwortung. Ich möchte trotzdem einfach an dieser Stelle hier meinem Befremden Ausdruck verleihen und das hat gar nichts mit der Regierung oder mit dem Handeln unseres Kantons zu tun, aber ich verstehe nicht, dass man für 50 bis 60 Mio. Franken eine provisorische Passerelle erstellt und diese einweihet und die Signaletik ist noch nicht umgesetzt. Ich finde das wirklich ein schlechtes Bild, das man da gegen aussen abgibt und es ist auch wirklich sehr schade, wenn diese provisorische Passerelle, die errichtet wurde, auch um die Hauptpasserelle zu entlasten, dermassen unternutzt ist zurzeit. Es ist mir sehr bewusst, dass die Signaletik, die Anbringung dort nicht in der Zuständigkeit des Regierungsrates ist. Ich möchte deshalb wirklich nur einfach meinem Erstaunen und meinem Befremden hier Ausdruck verleihen, dass die SBB mit einem so teuren Bauwerk das so organisiert.

Meiner Meinung nach ist es sehr wichtig, im Auge zu behalten, dass unser Kanton ein vitales Interesse daran hat, dass diese Passerelle besser genutzt wird, weil es in unserem Interesse ist, dass die Pendlerinnen und Pendler, die nach Basel kommen oder von Basel irgendwo hin pendeln, auch wirklich gut zu den Zügen kommen. Wir wollen, dass die Pendler\*innen mit dem ÖV pendeln können und nicht, weil sie regelmässig quasi stecken bleiben auf der Rolltreppe vom Hauptzugang vom Centralbahnplatz her stecken bleiben, ihren Zug verpassen und deswegen wieder auf ein anderes Pendelfahrzeug wechseln. Und deshalb glaube ich, dass es doch auch im Interesse des Kantons ist, das weiter zu verfolgen. Ich habe aber von Esther Keller gehört, dass die Gespräche sowohl mit der SBB als auch mit der Eigentümerschaft des Elsässertors laufen. Das ist meine grosse Hoffnung, dass man dort also dann doch noch eine Zugänglichkeit schaffen kann, die es bisher nicht gibt.

Zur Situation beim Zollbereich, ich kenne mich natürlich nicht juristisch mit diesen Gegebenheiten aus, aber es dünkt mich schade, dass man nicht da eine kreative, unkomplizierte Lösung finden kann, um das irgendwie ein bisschen anders zu platzieren oder einen kleinen Durchgang zu machen oder irgendwie so etwas, schade, dass das nicht möglich ist. Ich nehme es zur Kenntnis und bin auch froh, wenn dann die Bauarbeiten auf der Gundeli-Seite fertig sind und auch dort dann diese Signaletik besser zum Tragen kommt.

Aber in diesem Sinne von Seite Regierungsrat viel Erfolg bei der Verhandlung mit den Eigentümer\*innen des Elsässertors und besten Dank für die Beantwortung der Interpellation.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



#### **14.4. Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR?**

[04.02.26 15:32:27, 26.5027.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

#### **14.5. Interpellation Nr. 5 Oliver Bolliger betreffend WEF Basel Morning und Teilnahme der Regierung Basel-Stadt am WEF**

[04.02.26 15:32:49, 26.5039.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er will.

*Oliver Bolliger (BastA):* Hiermit begründe ich meine Interpellation, dies unter anderem auch deswegen, weil ich den Eindruck habe, dass die Bedeutung der Teilnahme von zwei unserer Regierungsräte an einem Anlass wie dem World Economic Forum viel zu wenig kritisch hinterfragt wird. Dabei geht es mir weder darum, dass ich den beiden Regierungsräten nicht die zwei Tage im Schnee gönne würde, und es geht auch nicht darum, dass diese Morgenlobby-Veranstaltung 12'000 Franken gekostet hat. Es geht uns um viel Grundsätzlicheres und ich bin wirklich überrascht und finde es sehr bedenklich, wie unkritisch sich die Basler Regierung gegenüber einem WEF positioniert. Die gesellschaftliche Kritik an diesem Forum, dass notabene über keinerlei demokratische Legitimation verfügt, gibt es nun auch nicht erst seit gestern. Gegen das WEF und das Schaulaufen der mächtigsten und reichsten Männer dieser Welt wird seit Jahren protestiert und dies meines Erachtens völlig zu recht.

Deshalb kann ich es nicht nachvollziehen, dass der Regierungsrat im Jahr 2026 auf die Idee kommt, erstmalig eine eigene Morgenveranstaltung durchzuführen und damit dem Forum eine zusätzliche Legitimation zu verschaffen. Auch die Idee, mit einem Lobbying vor Ort die grossen Pharmakonzerne irgendwie milde zu stimmen, obwohl diese mit der US-Regierung geheim am Verhandeln sind, finde ich ein wenig befremdlich oder naiv. Von mir aus kann durchaus mit den globalen Pharmakonzernen über die zukünftigen Herausforderungen beraten, diskutiert ja auch gar verhandelt werden, aber dann bitte schön an einem Fachkongress in Basel und nicht am WEF in Davos. Das WEF steht unter einem ganz anderen Stern. Das Wirtschaftsforum lädt den US-Präsidenten Trump ein, immer wieder auch, um ihn für sich zu gewinnen, obwohl seine imperialistische Politik täglich die internationale Rechtsordnung mit Füßen tritt, dieser offen ein paar Tage zuvor die Drohung einer Einverleibung von Grönland ausgesprochen hat und innenpolitisch die Zivilbevölkerung in den USA durch seine ausgrenzende Gewaltpolitik von einem Abdriften in eine Autokratie bedroht ist.

Meine Damen und Herren, dies müssen wir doch kritisch bewerten. Haltung zeigen heisst, dem selbst ernannten König nicht zu horfieren. Deshalb bin ich froh über die klaren Worte am WEF vom kanadischen Premierminister Mark Corny, übrigens ein bürgerlicher Politiker, und die des kalifornischen Gouverneurs. Die Teilnehmerliste dieses Forums erzeugt in keiner Weise Hoffnung für eine menschlichere, krisenresistentere oder sozialgerechtere Welt. Das schmückt sich zwar mit einem Geist von Dialog, in Wirklichkeit, und ich glaube, das wissen wir alle hier drin auch, dreht sich alles um intransparente Wirtschafts- und Machtpolitik der Mächtigsten und Reichsten. Das sieht auch die eidgenössische Stiftungsaufsicht, nicht deswegen, aber macht sich trotzdem auch grosse Sorgen über die Strukturen des Stiftungsrats und über die Vergütungen an das WEF-Management. Die Führungsverantwortlichen des WEF lassen sich riesige Summen vergüten, eine gemeinnützige Stiftung sozusagen als Selbstbedienungsladen.

Und auch das als alternativlos immer wieder mal dargestellte Argument, dass wir nicht darum herumkommen, unsere Pharmakonzerne mit allen Mitteln bei Laune zu halten, koste es, was es wolle, kann ich so nicht akzeptieren, anstatt dass die Konzerne von selber ihre Medikamentenpreise in den USA senken, werden jetzt Abkommen erzielt, welche die Medikamentenpreise in der Schweiz ansteigen lassen werden, nur um die Wahnsinns-Profitmarge der Konzerne weiter hochzuhalten. Ja, es ist vielleicht so, dass ich das ein bisschen anders sehe. Basel ist weit mehr als nur ein Standort, wir sollten aus diesem Konkurrenzdenken wirklich irgendwann mal auch wieder ausbrechen. Basel ist zuallererst mal eine Stadt



mit einer Bevölkerung, die sich als Teil von Europa und dieser Welt versteht. Solidarität und faire Bedingungen müssen auch unsere Antworten sein.

Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung und ja, vielleicht tue ich dem Regierungsrat auch Unrecht und er konnte an der Morgenveranstaltung Namhaftes für die Bevölkerung wie beispielsweise tiefere Medikamentenpreise und gegen die Antibiotikakrise erwirken, das würde mich sehr freuen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat nimmt die Kritik des Interpellanten zur Kenntnis. Er hält fest, dass seine Teilnahme an internationalen Anlässen jeweils im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben erfolgt und sich an den Interessen des Kantons Basel-Stadt als Wirtschafts-, Forschungs- und Lebensstandort orientiert. Der Regierungsrat vertritt klar die Meinung, dass es in einer Welt mit steigender Polarisierung, einer Vielzahl von Kriegen und der Klimakrise wichtig ist, dass sich Entscheidungsträgerinnen und -träger treffen. Dies bedeutet in keinem Fall, dass man mit allen am WEF geäusserten Meinungen und Haltungen einverstanden ist.

Zu Frage 1. Das WEF ist eine global anerkannte Plattform zum Austausch über wirtschaftliche Themen. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass auch demokratisch gewählte Regierungen an diesem Anlass dabei sind. Der Regierungsrat war am WEF vertreten, um insbesondere den Standort Basel zu positionieren und die Debatte um die Life Sciences-Branche in der veränderten globalen Rahmenbedingung zu führen.

Zur Frage 2. 2025 war Basel-Stadt als Gast der Kantone Graubünden und Zürich eingeladen. Im Nachgang dazu wurde entschieden, für die WEF-Ausgabe 2026 einen eigenständigen Auftritt zu planen.

Zu Frage 3. Beim Entscheid, am WEF teilzunehmen, wurde diese Überlegungen bereits gemacht. Der Kanton setzt sich für die direkte Demokratie und freie Meinungsäusserung ein. Der Regierungsrat erachtet es als wichtig, dass auch demokratisch gewählte Regierungsvertretende am WEF präsent sind.

Zu Frage 4. Der Kanton pflegt diverse Instrumente zur Standortförderung. Firmengespräche, eigene Anlässe, Innovationsförderprogramme sowie andere Formate. Das WEF wurde als eine geeignete Plattform identifiziert, um die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons voranzutreiben und den Kontakt zu anderen Stakeholdern zu pflegen. Am vom Kanton organisierten Panel waren neben Branchenvertretern auch die Wissenschaft, der Bund und der Kanton vertreten.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat verfolgt mit der Durchführung des WEF Basel Morning keine kurzfristigen Einzelmassnahmen, sondern das Ziel, den Life Sciences-Standort Basel-Stadt in einem zunehmend internationalen Wettbewerbsumfeld zu positionieren. Basel ist ein globales Zentrum der Life Sciences-Industrie und steht im Wettbewerb mit anderen Standorten. Vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels der Pharmaindustrie setzt sich der Kanton für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Standorts ein, um Wertschöpfung, Arbeitsplätze sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung hier langfristig zu sichern. Davon profitiert die Bevölkerung in Basel-Stadt insbesondere durch stabile Beschäftigung, Steuereinnahmen und die Stärkung des Innovationsumfeldes.

Zu Frage 6. Der Regierungsrat hat sich für den Standort Basel eingesetzt. Dies beinhaltet die Sicherstellung der Medikamentenversorgung für die Schweizer Bevölkerung sowie die Preisgestaltung, aber auch den Weiterbestand der Wertschöpfung in unserem Kanton.

Zu Frage 7. Am WEF Basel Morning wurde im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion Fragen der globalen pharmazeutischen Wertschöpfungskette, der internationalen Zusammenarbeit sowie der Bedeutung leistungsfähiger Innovationsökosysteme thematisiert. Die Diskussion machte deutlich, dass eine nachhaltige Entwicklung der Life Sciences auf Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat angewiesen ist. Der Anlass diente dem fachlichen Austausch. Es wurden weder Vereinbarungen noch Absichtserklärungen abgeschlossen. Über das Podium wurde unmittelbar im Anschluss in einer Medienmitteilung informiert. Die Podiumsdiskussion war für die Medien zugänglich, mehrere Journalistinnen und Journalisten waren anwesend und haben über den Anlass berichtet. Die Veröffentlichung eines vollständigen Protokolls oder Berichts ist nicht vorgesehen.

Zu Frage 8. Es wurden keine Zusagen gemacht.

Zu Frage 9. Der Regierungsrat nahm am WEF in seiner Funktion als Exekutive des Kantons Basel-Stadt teil und vertrat die Interessen des Kantons als Ganzes. Dabei berücksichtigt er neben wirtschaftlichen Aspekten auch Anliegen der Arbeitnehmenden, der Bevölkerung, der Wissenschaft und der öffentlichen Gesundheit.



Zu Frage 10. Es haben rund 50 Personen teilgenommen, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundesverwaltung, Interessensverbände, Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Forschung. Ebenfalls anwesend waren rund 15 Medienvertreterinnen und -vertreter.

Zu Frage 11. Die Teilnahme am WEF unterscheidet sich in Zielsetzung und Ausgestaltung nicht grundsätzlich von anderen diplomatischen oder wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Kantons. Der Kanton Basel-Stadt unterhält eine Vielzahl von Austausch- und Informationsformaten für unterschiedliche Zielgruppen, die je nach Kontext öffentlich oder fachlich fokussiert ausgestaltet sind.

Zu Frage 12. Die Kosten für den Anlass, rund 12'000 Franken, wurden vom Amt für Wirtschaft und Arbeit im normalen Rahmen der Standortförderung getragen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Oliver Bolliger (BastA):* Vielen Dank für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Die Fragen wurden beantwortet, das ist so, aber es ist offensichtlich, dass der Regierungsrat, vielleicht war das auch nicht sehr erstaunlich, das World Economic Forum deutlich weniger problematisch beurteilt, als dass wir dies von BastA tun. Nun, ich muss das so auch ebenfalls zur Kenntnis nehmen und hoffe, dass das kritische Nachdenken über diesen Anlass sich in den kommenden Jahren vielleicht noch ein wenig entwickeln wird und somit auch die Antwort auf die Frage nach möglicher politischer Legitimation für eine Durchführung eines eigenen Panels. Ich denke schon, dass das noch eine Unterscheidung ausmacht, ob man daran teilnimmt als gewählter Regierungsvertreter oder ob wir als Kanton selber ein Panel bedienen. Das ist dann für mich schon noch ein Unterschied.

Und wenn die Welt sich so weiter in diese Richtung dreht, wie sie jetzt momentan sich dreht, kann es eben halt gut sein, dass wir in Zukunft uns irgendwann mal zwischen wirtschaftlicher Standortförderung für die Konzerne und der Sicherstellung einer bezahlbaren Medikamentenversorgung für die Bevölkerung entscheiden müssen, denn aktuell, meine Damen und Herren, brechen hier grundsätzliche Widersprüche auf, die sich irgendwann auch dann nicht mehr einfach miteinander verbinden lassen und sich somit gegenseitig ausschliessen. Wenn wir heute in die Basler Zeitung schauen mit der Information, dass der CEO von Novartis 25 Mio. Franken im Jahr verdient und dieser Lohn auch gekoppelt ist mit der Preispolitik in den USA, dann hat das direkten Einfluss auf die Preisgestaltung hier in der Schweiz. Ich denke, da können wir diese Widersprüche nicht ganz aufheben, auch mit guten Gesprächen nicht.

Für die zukünftige Teilnahme, ich denke, es wird vielleicht auch weitere Teilnahmen geben am WEF, wünsche ich mir dann aber einen Regierungsrat, der dann mit der Zeit auch wirklich den Mut aufbringt, heikle Dinge, falls die notwendig sind, auch in aller Deutlichkeit auszusprechen und sich vor dieser Idee einer Standortangst nicht zu stark verbeugt.

Ich bin mit dem Inhalt der Antwort nicht zufrieden, aber ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **14.6. Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf**

[04.02.26 15:44:50, 26.5040.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.



## 14.7. Interpellation Nr. 7 Georg Mattmüller betreffend Bewegungsangebot für Senior:innen auf der Claramatte

[04.02.26 15:45:07, 26.5041.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten:

Zu Frage 1. Der Regierungsrat schätzt das Engagement der Quartierbevölkerung sehr und anerkennt die Bedeutung niederschwelliger Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren. Im Kleinbasel bestehen bereits heute mehrere gut erreichbare und niederschwellige Angebote, welche vom Kanton angeboten oder unterstützt werden. Beispielsweise die Angebote von Gsünder Basel mit den aktiv im Sommer Standorten Horburgpark und Erlenmattpark oder die Kurse Vital fit 50+ oder Vital Fit plus in der Turnhalle des Clara-Schulhauses. Auch die Pro Senectute resp. das Akzent Forum bieten verschiedene Bewegungskurse für ältere Menschen im Kleinbasel an, beispielsweise beim Theodorskirchplatz oder der Schorenmatte. Das Café Balance bietet im Quartierzentrum Union an der Klybeckstrasse, im Quartiertreffpunkt KLÏCK an der Kleinhüningerstrasse oder im Quartiertreffpunkt Wettstein Kurse an. Der Bewegungstreff Basel findet jeweils in den Langen Erlen statt. Über das Jahr hinweg gehen beim Gesundheitsdepartement zahlreiche weitere Anfragen zur finanziellen Unterstützung privat initiiert Präventionsangebote ein, das ist so. Aufgrund des begrenzten Budgets müssen diese halt priorisiert werden und können wir nicht alle berücksichtigen und mitfinanzieren.

Zu Frage 2. Nein, es geht nicht darum, dass wir ein eigenes Angebot nicht konkurrenzieren wollten.

Die Fragen 3 und 4 möchte ich dann gemeinsam beantworten. Der Regierungsrat würdigt und anerkennt den Einsatz der Quartierbevölkerung im Bereich präventiver Massnahmen ausdrücklich. Das vorgeschlagene Angebot ist kostengünstig und preislich vergleichbar mit den bestehenden Bewegungstreffs. Der Regierungsrat bewertet ein zusätzliches Angebot in unmittelbarer Nähe zu den bereits bestehenden Angeboten jedoch zurzeit als nicht unbedingt erforderlich und möchte dafür deshalb nicht zusätzliche finanzielle Mittel aufwenden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Georg Mattmüller (SP):* Ich kann vorwegnehmen, ich bin nicht zufrieden mit der Antwort. Ich bedanke mich aber dennoch für die schriftliche Beantwortung im Vorfeld, so kann ich kurz Stellung nehmen. Mir ist bewusst, dass der Kanton in der Gesundheitsprävention verschiedene Angebote mit Leistungsvereinbarungen finanziert. Damit sind Kurskosten verbunden bei den Angeboten, das ist ein Unterschied, ein zweiter Unterschied ist, dass viele der Angebote, die eben aufgezählt wurden, Indoor-Veranstaltungen sind und im Bereich der Outdoor-Veranstaltungen gibt es eben jene am Birsköpfli, jene im Kannenfeldpark und jene der Langen Erlen. Ein weiteres kleineres Angebot auf der Claramatte hätte zwei grosse Vorteile. Im Gegensatz zu den anderen ist es ein zentrales Angebot, es bedient ein Quartier, das in vielerlei Hinsicht von Angeboten in diese Richtung nicht unbedingt bevorteilt wird. Der Kanton selber anerkennt den Einsatz der Quartierbevölkerung, hält aber trotzdem das Angebot für nicht unbedingt erforderlich. Es ist aber gewünscht aus der Quartierbevölkerung. Die Kosten sind mit 5'000 Franken in einer Art überschaubar, dass ich das nicht verstehen kann, dass man da dem Wunsch der Quartierbevölkerung nicht nachkommt und dieses Angebot mitfinanziert im Bereich eines Angebotes, das grundsätzlich vom Kanton im Rahmen der Gesundheitsprävention ja nicht bestritten ist. Wie gesagt, ich bin nicht zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## 14.8. Interpellation Nr. 8 Catherine Alioth betreffend Steuerverwaltung löst Kunstbestand auf: Öffentlicher Depotverkauf von Kunstgegenständen Ende November 2025

[04.02.26 15:49:59, 26.5042.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Das Finanzdepartement hat den Verkauf des Kunstbestands der Steuerverwaltung veranlasst, weil weder der Auftrag noch das Knowhow zur professionellen Pflege, Vermittlung und Dokumentation besteht. Eine fachgerechte Erhaltung der Kunstgegenstände oder deren Zugänglichkeit war nicht gegeben. Der Depotverkauf schafft Klarheit in Bezug auf die kantonale Verantwortlichkeit in Sachen Kunst. Der Auftrag, bildende Künstlerinnen und Künstler mit dem Ankauf von Werken zu fördern, liegt beim Kunstcredit im Präsidialdepartement.

Zu den einzelnen Fragen, zu Frage 1. Die Steuerverwaltung wurde beim Projekt Kunstverkauf, einer sogenannten Deakzession, von zwei Kunstexpertinnen und -experten unterstützt. Diese haben die Preise aufgrund der eigenen Expertise und entsprechenden Recherchen festgelegt. Das Ziel war es, angemessene Preise festzulegen. Die Kunstschaftenden, deren Nachfahren oder Galerien, welche sich mit dem künstlerischen Erbe der Kunstschaftenden auseinandersetzen, wurden im Rahmen der Möglichkeiten kontaktiert und über den anstehenden Verkauf der betreffenden Werke informiert. Mit gewissen Kunstschaftenden wurde der direkte Kontakt gesucht, um die Preise abzustimmen.

Zu Frage 2. Der Verkauf mit Fixpreisen wurde gewählt, weil der Kanton bereits bei einer früheren Auflösung einer Kunstsammlung eines anderen Departements gute Erfahrung gemacht hat. Der Kanton ist nicht im Kunsthandel tätig und das Ziel war die Auflösung des Bestandes. Eine Auktion mit gut 330 Werken wäre deutlich aufwendiger gewesen. Zudem ging es nicht darum, einen möglichst hohen Betrag zu erzielen, sondern um einen angemessenen Erlös und darum, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ein Werk zu einem moderaten Fixpreis zu erwerben.

Zu Frage 3a. Der Erlös des Depotverkaufs betrug 64'785 Franken.

Zu Frage 3b. Der Erlös wird beim Kanton als Einnahme verbucht. Mit dem Erlös werden in erster Linie die Kosten des Depotverkaufs, der Transporte und der Vermittlungsarbeit gedeckt.

Zu Frage 4a. Das Finanzdepartement machte mit zwei Medienmitteilungen am 22. September 2025 und 18. November 2025 auf den Kunstverkauf aufmerksam. Es fand eine breite Medienberichterstattung statt, sowohl in den Wochen vor dem Verkauf wie auch über den Depotverkauf selbst. Weiter informierte der Kanton Basel-Stadt auf seinen Social-Media-Kanälen sowie auf der Webseite über den öffentlichen Depotverkauf. Ebenso wurde Werbung mit einem Flyer gemacht.

Zu Frage 4b. Der öffentliche Depotverkauf startete am Freitag, 28. November 2025 um 15 Uhr. Viele Interessierte warteten schon lange vor der Türöffnung auf den Einlass. Es galt das Prinzip, wer zuerst kam, durfte zuerst in den Verkaufsraum. Ein Angestellter einer Sicherheitsfirma stellte den geordneten Zugang sicher.

Zu Frage 4c. Nein, es wurde keiner Personengruppe ein Vorkaufsrecht gewährt. Die Kunstschaftenden, deren Nachfahren oder Galerien, welche sich mit dem künstlerischen Erbe der Kunstschaftenden auseinandersetzen, wurden vorgängig im Rahmen der Möglichkeiten über den Verkauf informiert. Sie erhielten auf Anfrage detailliertere Informationen zu den Kunstwerken, zu welchen sie eine Verbindung hatten. Anhand dieser Informationen konnten sie entscheiden, ob sie den öffentlichen Kunstverkauf besuchen möchten. Vor dem öffentlichen Depotverkauf erfolgte die Kontaktaufnahme zum Kunstcredit sowie zu kantonalen Museen und Institutionen sowie öffentliche Sammlungen mit einem Kunstauftrag. Sie erhielten vor dem Verkauf die Möglichkeit, Kunstwerke zu übernehmen.

Zu Frage 5. Nach der Aktion wurden insgesamt 24 Werke kostenlos an eine Brockenstube abgegeben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich bedanke mich sehr für die Antwort der Interpellation, dass die heute mündlich erfolgen kann und dass ich vorgängig die Verfügungstellung der schriftlichen Antwort habe. Im Nachgang zum öffentlichen Depotverkauf von Kunstgegenständen, die über mehrere Jahrzehnte in der Steuerverwaltung zusammengekommen sind und der Ende November stattfand, wurde mir mehrfach zugetragen, dass bei der Abwicklung nicht mit gleichen Spiessen gearbeitet wurde.



Ziel dieser Interpellation ist zu klären, ob dieser Verkauf für alle Kunst- und Kaufinteressierten fair und transparent abgelaufen ist. Die Interpellation kommt auch erst jetzt, jetzt wo das Projekt abgeschlossen und ausgewertet ist.

Das Anliegen eines solchen Verkaufs ist grundsätzlich nachvollziehbar und auch gerechtfertigt. Die Frage ist, ob er nach anerkannten Standards und in transparenten Fragenverfahren durchgeführt wurde. Was ich gehört habe, war dies nicht der Fall. Es scheint keine Gleichbehandlung aller Interessenten gegeben zu haben und dass bestimmte Käufer bevorzugt wurden. Zudem wurde beschlossen, die Kunstgegenstände zu moderaten Fixpreisen anzubieten, statt sie in einer Auktion zu versteigern. Eine Auktion hätte den tatsächlichen Wert der Werke besser ermittelt. Schliesslich handelt es sich um das wertvolle Vermächtnis regionaler Künstlerinnen und Künstler, das es zu bewahren gilt. Dieses kulturelle Erbe verdient Respekt und eine verantwortungsbewusste Behandlung. Das sind wir diesen Künstlerinnen und Künstlern schuldig.

Die Antworten des Regierungsrates decken sich nicht mit den Ausführungen, die mir zugetragen wurden. Sie sind sicher korrekt, aber irgendwie viel schlauer bin ich nicht geworden aus diesen Antworten. Ich erkläre mich deshalb als teilweise zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **14.9. Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal**

[04.02.26 15:57:56, 26.5043.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich habe diese Interpellation eingereicht, weil mich die Rückmeldungen von Lehrpersonen, also Menschen aus der Praxis, zum neuen Lehrpersonenportal seit dessen Einführung im Schuljahr 2025/2026 stark beschäftigt. Digitale Fachsysteme sind heute ein zentraler Bestandteil auch des schulischen Alltags. Es sind keine Zusatzangebote, sondern verbindliche Arbeitsinstrumente. Umso höher ist der Anspruch an ihre Qualität. Es muss einfach bedienbar sein, logisch aufgebaut, verständlich und technisch zuverlässig und es muss so gestaltet sein, dass Fehler erkennbar und Prozesse tatsächlich vereinfacht werden.

Dies erscheint Ihnen jetzt logisch, aber genau darin bestehen im Moment bei diesem Tool erhebliche Zweifel. Ganz abgesehen vom Look und viel, das an die 90er-Jahre erinnert. Lehrpersonen erleben das neue Portal als kompliziert, wenig intuitiv und in Teilen als technisch unausgereift. Der administrative Aufwand hat sich für viele nicht reduziert, im Gegenteil, teilweise ist er sogar gestiegen. Obwohl es nur ein paar tausend Menschen, die für den Kanton arbeiten, betrifft, ist es kein Randthema, denn jede zusätzliche administrative Hürde bedeutet am Ende weniger Zeit für Unterrichtsvorbereitung, für pädagogische Arbeit, für Elterngespräche und für die Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Mit der Interpellation stelle ich deshalb eine zentrale Frage. Entspricht das neue Lehrpersonenportal den heutigen Anforderungen an ein digitales Fachsystem im Bildungsbereich? Dabei geht es mir nicht um einzelne Funktionen, es geht ganz grundsätzlich um die Qualität der Konzeption. Nach welchen Usability- und Qualitätsstandards wurde dieses Portal eigentlich entwickelt? Ebenso wichtig die Frage, wie ist es überhaupt zur Vergabe dieses Projektes gekommen? Nach welchen Kriterien wurde entschieden?

Ein weiterer Punkt ist die Einbindung der Lehrpersonen. Wer täglich mit einem System arbeiten muss, weiss am besten, wo und wie Abläufe funktionieren sollten und wo sie nicht funktionieren. Interessant für uns Lehrpersonen, wie wird das bisherige Feedback der Lehrpersonen systematisch erhoben, ausgewertet und priorisiert? Und wie sieht es aus mit den laufenden Qualitätssicherungen? Ein digitales Fachsystem ist kein fertiges Produkt. Es braucht kontinuierliche Weiterentwicklung, klare Zuständigkeit und transparente Prozesse.

Diese Interpellation ist Ausdruck eines berechtigten Anspruchs der Schulen an ein professionelles, zeitgemässes und praxistaugliches Arbeitsinstrument und wird von einer gleichnamigen schriftlichen Anfrage begleitet mit weiteren etwas detaillierteren Fragen. Es ist wichtig, dass das Schulwesen allgemein in den verschiedenen Bereichen digital fit gemacht wird. Es würde mittelfristig Ressourcen sparen und Effizienz steigern. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierung eine



sorgfältige und transparente Beantwortung geben wird und dieses Anliegen aufnimmt und bedanke mich im Voraus für die Beantwortung der Interpellation und der schriftlichen Anfrage.

#### **14.10. Interpellation Nr. 10 Pascal Messerli betreffend Basel verlottert sicherheitspolitisch: Illegale Demonstrationen und Kostenabwälzung. Zahlen und Fakten jetzt!**

[04.02.26 16:01:47, 26.5044.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

*Pascal Messerli (SVP):* Ja, es sind viele Fragen, welche ich dem Regierungsrat stelle, aber es ist auch so, dass die sicherheitspolitische Verlotterung der Stadt zügig voranschreitet. Wir haben im Kanton Basel-Stadt ein massives Problem mit nicht bewilligten Kundgebungen und Demonstrationen. Letzte Woche hatten wir jeden Abend unter der Woche eine Demonstration, die meisten davon waren unbewilligt, bei denen auch der öffentliche Verkehr lahmgelegt wurde. Die Anzahl von nicht bewilligten Demonstrationen im Vergleich zum Jahr 2023 ist um 54% gestiegen.

Die Bevölkerung hat langsam, aber sicher die Nase gestrichen voll. Lesen Sie einmal die Online-Kommentare oder sprechen Sie doch einmal mit betagten Menschen an den Tramstationen während den Demonstrationen, die nicht gut zu Fuss sind und nicht wissen, wann und ob sie nach Hause kommen und ich bin wirklich auch nicht mehr bereit, diesen Missstand und diese Zustände in dieser Stadt noch länger zu akzeptieren. Es kann nicht sein, dass drei Dutzend Nasen gefühlt jeden Tag den gesamten öffentlichen Verkehr lahmlegen und eine ganze Stadt drangsalieren.

Nicht nur die nicht bewilligten Demonstrationen gehen den Menschen zunehmend auf den Keks, sondern auch die Haltung des Regierungsrates, welcher hier überhaupt nicht gewillt ist, auch nur ansatzweise etwas zu unternehmen. Die Argumentation der JSD-Vorsteherin, man greife nicht ein, weil man nicht weiter eskalieren möchte, ist eine komplette Bankrotterklärung gegenüber dem Rechtsstaat. Wieso sollte man eine Bewilligung zukünftig einholen, wenn man ohnehin machen kann, was man will? Zudem sind auch solche Lippenbekenntnisse zu diesem Thema relativ unglaubwürdig. Der Regierungsrat hätte in den letzten Jahren genügend Zeit gehabt und genügend Möglichkeiten gehabt, einen eigenen Ratschlag zu bringen oder eine eigene Strategie dem Grossen Rat vorzulegen, wie man konkret gegen unbewilligte Demonstrationen vorgehen möchte oder wie man diese zumindest eindämmen könnte. Das wurde alles nicht getan. Man hätte im Rahmen der Anti-Chaoten-Initiative einen Gegenvorschlag mit eigenen Ansätzen bringen können, auch das wurde nicht getan.

Fakt ist also, man macht nichts und man will nichts machen und man will die Situation effektiv nicht verbessern, dann sind Sie doch zumindest so ehrlich und hören mit diesen Lippenbekenntnissen auf. Stattdessen lehnt man sämtliche Vorstösse ab, welche zur Verbesserung der Situation konstruktiv beitragen könnten. Ich erinnere an die Motion Roger Stalder vor ein paar Jahren mit dem Anliegen einer besseren Routenplanung, das wurde auch verworfen. Man verwirft die Anti-Chaoten-Initiative mit der Behauptung, dass es ja heute schon angeblich Möglichkeiten gäbe, Störern Polizeieinsätze in Rechnung zu stellen, ohne dass man sich konkret äussert, ob und wann das jemals getan wurde und entsprechend ist auch das nicht wirklich glaubwürdig.

Ich stelle deshalb nicht nur allgemeine Fragen in meiner Interpellation, sondern ich habe jetzt auch zehn konkrete Beispiele aufgezählt und frage dort nach, ob und wann Störern effektiv auch diese Kosten in Rechnung gestellt werden und ob sie für dieses Verhalten auch effektiv zur Kasse gebeten wurden. Nun muss der Regierungsrat sein konkretes Handeln auch einmal offenlegen. Es sind jetzt Fragen, die man nicht einfach nur mit ja oder nein oder wir machen beantworten kann, sondern er muss konkret sagen, ja oder nein, im Fall A, B, wurden dort gewisse Chaoten zur Kasse gebeten und wurden dort auch Rechnungen gestellt und wurden die Rechnungen auch bezahlt. Hier muss der Regierungsrat jetzt auch einen Leistungsausweis offenlegen und dieser Leistungsausweis dürfte auch dann im Abstimmungskampf zur Anti-Chaoten-Initiative relativ relevant werden und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, ich freue mich eigentlich auf diese Antworten und bin dann sehr gespannt, was denn auch diese Antworten sind. Meine Vermutung ist, dass wahrscheinlich nie bei diesen Beispielen irgendjemandem diese Kosten in Rechnung gestellt wurden.

Dann ebenfalls, um es kurz zu machen, in der Interpellation ein wichtiges Thema, aber auch in der Anti-Chaoten-Initiative das Thema Antisemitismus. Auch hier haben wir sehr viele Lippenbekenntnisse seit dem 7. Oktober 2023, Fakt ist aber, auch die Pro-Palästina-Bewegung tanzt den Behörden seit Monaten auf der Nase herum, die Aggressoren haben kaum Konsequenzen zu befürchten. Ich erinnere beispielsweise an die widerliche Kopf-ab-Geste gegen die israelische Sängerin



während dem Eurovision Song Contest an dieser Parade. Auch hier habe ich konkrete Fragen gestellt, um den zunehmenden Antisemitismus zu bekämpfen und ich bedanke mich für die Beantwortung.

#### **14.11. Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons**

[04.02.26 16:06:53, 26.5045.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich möchte gerne kurz begründen. Ich spreche zwei Themen an in meiner Interpellation. Einerseits die Tonalität, die in Schreiben vom Kanton oft stattfindet oder eben nicht stattfindet, andererseits die Portopolitik, die verfolgt wird, also ob etwas per Einschreiben, A-Post oder B-Post versendet wird. Und zwar geht es mir vor allem darum beim Thema eins, man kann alles sagen, die Frage ist wie und ich bin auch sicher, dass der Kanton in gewissen Angelegenheiten mit anderer Wortwahl genau das gleiche Ziel erreichen und den Zweck erfüllen könnte. Insbesondere geht es dort um Schreiben rund um Todesfälle, die unter anderem die Stadtgärtnerei versendet, es geht aber auch um Schreiben der Bevölkerungsdienste rund um Geburten- und Adoptionsverfahren oder auch rund um Schreiben betreffend Fahrtüchtigkeit ab einem gewissen Alter. Das sind alles Beispiele, die mir im letzten halben Jahr zugetragen wurden und die ich jetzt zu einer Interpellation verarbeitet habe.

Das zweite Thema ist, wann wird welches Porto ausgewählt beim Kanton. Das kann vielleicht kleinlich wirken, ich denke aber, bei der Menge von Korrespondenz, die der Kanton analog versendet, fallen diese 20 Rappen irgendwann dann eben doch auch ins Gewicht und da nimmt es mich einfach Wunder, mehr dazu zu erfahren, gerade weil es sich beim Kanton um eine sehr grosse und dezentrale Institution handelt. Ich hoffe sehr, dass die schriftliche Beantwortung dazu führt, dass da wirklich Zahlen geliefert werden können und auch gewisse Einsichten in die Praxis rund um die Wortwahl und den Ton, der gewählt wird bei verschiedenen Schreiben.

Von dem her freue ich mich sehr auf die Beantwortung und hoffe, dass diese irgendwann im Frühjahr dann auch mit einer Stellungnahme versehen werden kann, je nachdem, wie schnell wir mit der Traktandenliste vorankommen.

#### **14.12. Interpellation Nr. 12 Jo Vergeat betreffend Brandschutz Basler Fasnacht**

[04.02.26 16:08:55, 26.5046.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie möchte,

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Ich habe mir tatsächlich relativ lange überlegt, ob ich die Interpellation wirklich schreiben soll, weil man so merkt, dass es ein Thema ist, das extrem schwierig ist, um etwas dazu zu sagen, und darum möchte ich es auch schnell begründen. Die Brandkatastrophe in Crans-Montana hat uns alle in der Schweiz und darüber hinaus zutiefst erschüttert, ich glaube, das kann man so sagen, und ich möchte darum vorneweg ganz deutlich machen, dass ich es richtig und wichtig finde, dass die Regierung zusammen mit der Verwaltung und der Gebäudeversicherung reagiert hat und da schaut, dass man hinschaut, dass man sich überlegt, wo man besser sensibilisieren kann und wo man etwas verbessern kann. Das ist nicht einfach und das braucht gerade in dieser Situation jetzt drei Wochen vor der Fasnacht sehr viel Fingerspitzengefühl. Das hat sich auch gezeigt im Rumoren, das hinter den hervorgehaltenen Händen durch die Leute ein bisschen durchgeht.

Ich finde es auch wichtig zu sagen, dass ganz viele Fasnächtler\*innen, Leute, die engagiert sind, sich schon weit vor der Bekanntgabe dieser Massnahme stark engagiert haben, von alleine begonnen haben zu überlegen, wie man die Lokale sicherer machen kann, Fasnachts-Bändeli getestet haben, Elektrik kontrolliert haben und Feuerlöscher ersetzt haben. Und was für mich ganz deutlich herausgekommen ist, ist, dass mit der Kommunikation in den letzten zwei Wochen sehr viele



Unsicherheiten entstanden sind. Teilweise kann man fast ein bisschen von Verzweiflung reden von einzelnen Zuständigen von diesen Kellern, die das meistens ehrenamtlich machen, die jetzt da mit einer ganz grossen neuen Herausforderung konfrontiert worden sind. Was gilt, was gilt eigentlich nicht, manchmal liest man es in der Zeitung, manchmal hat man es vielleicht an einer Sitzung erfahren. Meint man das ernst mit dem Anzünden von Laternen und Larven, gilt das auch alles gleich streng unter dem Jahr, was bedeutet das für das Vereinsleben bei diesen Kellern, für die Räumlichkeiten, aber auch, was bedeutet das eigentlich für die Räumlichkeiten sonst in dieser Stadt, die ja nicht nur Fasnachtsräume sind, die vielleicht solche Voraussetzungen haben.

Jetzt haben die Begehungen gestartet, ich glaube, das hilft, das hilft durch den direkten Kontakt. Vielleicht wäre es auch gut gewesen, das umgekehrt zu machen, falls es in Zukunft mal wieder so etwas braucht. Ich finde es aber einfach auch wichtig, dass man sich bewusst ist, ja, wir müssen jetzt hier Sicherheit kontrollieren, wir müssen schauen, dass man die Fasnacht sicherer machen kann, dass man so eine Brandschutzkatastrophe reduzieren kann, die Wahrscheinlichkeit von so etwas. Ich finde es aber auch wichtig und vor allem in der Kommunikation extrem wichtig, dass man im Bewusstsein hat, dass man jetzt eigentlich drei Wochen vor der Fasnacht einen ganz grossen Teil von diesen Menschen, die mit Herzblut Fasnacht machen, den Cliques, den Vereinen, auf einen «Dätsch» etwas über den Haufen wirft, das halt eben schon auch jahrzehntlang ein grosser und wichtiger Teil dieser Tradition war.

Und das beinhaltet eben gerade auch die Keller, die natürlich nicht super sicher sind, das hat man aber auch schon lange gewusst, die umgebaut worden sind von Mitgliedern über Generationen, wo Bilder und Dekorationen hängen, die es gemütlich machen, die eine Geschichte erzählen. Und an diesen Sachen hängen die Leute, auch wenn vielleicht die Menschen im Aargau oder so auch sagen, was ist jetzt das, macht doch einfach die Deko weg und dann ist es erledigt. Ich glaube, mit dem Blick und auch mit dem Bewusstsein darüber, dass man jetzt jahrelang an der Fasnacht die Augen zugeedrückt hat in diesen Situationen, ist es extrem wichtig, dass die Kommunikation, die jetzt am Laufen ist, die noch läuft und die Kontrollen auf Augenhöhe stattfinden, aber insbesondere, und das möchte ich einfach auch betonen, dass man das nach der Fasnacht noch einmal evaluiert und sich die Auswirkungen, die wir alle nicht wissen, die es haben wird, vielleicht hatten wir eine Fasnacht und alle sagen, ah ja, das war überhaupt nicht tragisch und man hat es gar nicht gemerkt, dann kann man das gut umsetzen. Und wenn nicht, dass man Raum hat für das und dass man dort Lösungen sucht.

Und zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich aber wirklich auch nachvollziehen kann, dass es eine grosse Aufgabe ist, die der Kanton hier wahrnehmen muss, vor allem wenn man schaut, wer nach diesem schlimmen Unglück in Crans-Montana in Konsequenzen gezogen wird und wie man dort im Zentrum steht und sich verteidigen und auch plausibel erklären muss, was man für Sachen vorgenommen hat. Und jetzt freue ich mich auf die Antwort.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Die Ereignisse in Crans-Montana haben die Bedeutung des Brandschutzes deutlich gemacht. Im Hinblick auf die nahende Fasnacht hat der Regierungsrat deshalb zusammen mit der Gebäudeversicherung Basel-Stadt, bei welcher die Feuerpolizei angesiedelt ist, entschieden. Den Vollzug der bestehenden Brandschutzvorgaben für die Fasnacht 2026 gezielt zu verstärken und Betreiberinnen und Betreiber besser dabei zu unterstützen, die vorhandenen Vorschriften einzuhalten. Ziel dabei ist eine sichere Fasnacht.

Im Fokus stehen insbesondere Cliqueskeller und Vereinslokale mit öffentlicher Bewirtung. Dazu gilt es festzuhalten, dass es sich bei den Brandschutzvorgaben mit Ausnahme des strikten Feuerverbots nicht um eine neue Regelung handelt, sondern um bestehende Vorgaben, deren Einhaltung in der Verantwortung der Betreiberinnen und Betreiber der Cliqueskeller liegt. Die Feuerpolizei hat letzten Montag mit den Begehungen begonnen, um die aktuelle Situation in den öffentlichen Cliqueskeller zu überprüfen, zu informieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Den Cliques werden verschiedene Informationsmaterialien abgegeben, um die Sicherheit zu stärken. Für die Fasnachtsbesuchenden wird eine Sensibilisierungskampagne lanciert.

Zu den einzelnen Fragen, zu Frage 1. Bis Dienstagabend hat die Feuerpolizei 22 Begehungen durchgeführt.

Zu Frage 2. Das ist noch offen. Eine allfällige Anpassung der maximalen Personenzahl ist abhängig von den Resultaten der Begehungen und von der Umsetzung der notwendigen Massnahmen zur Einhaltung der Brandschutzvorgaben.

Zu Frage 3. Dazu kann derzeit noch keine Aussage gemacht werden. Zu betonen ist, dass die allgemeinen Brandschutzvorschriften auch bei einer rein cliquesinternen Nutzung gelten. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der maximal zulässigen Personenzahl, das jederzeitige Freihalten der Fluchtwege und Ausgänge, die Verwendung von nicht oder nur schwer entflammbar Materialen sowie das Vorhandensein geeigneter Löschmittel. Diese Vorgaben sind



unverändert und gelten unabhängig davon, ob ein Keller öffentlich zugänglich ist oder ausschliesslich vereinsintern genutzt wird.

Zu Frage 4. Grundsätzlich werden die Risikoinpektoren wohlwollend empfangen und die Betreiberinnen und Betreiber sind dankbar für Tipps und Informationen. Das schwerwiegende Ereignis in Crans-Montana hat den Blick auf Risiken spürbar verändert. Bei der über 80% der bis jetzt besuchten Keller scheint die Einhaltung der Vorgaben umsetzbar zu sein. Allenfalls bedarf es zusätzlicher Massnahmen. Grossflächige Dekorationen aus potenziell brennbarem Material sind in Einzelfällen ein Thema. Diese Materialien stellen eine Gefahrenquelle dar, auch wenn sich keine Feuerquelle im Keller befindet. Feuer kann beispielsweise auch durch einen elektrischen Kurzschluss, durch Fehlverhalten von Gästen oder durch Wärme entstehen.

Zu Frage 5. Regierungsrat und die Gebäudeversicherung legen grossen Wert auf eine klare und transparente Kommunikation. Derzeit liegt der Fokus auf einer sicheren Fasnacht nach 2026. Das bedingt ein rasches und pragmatisches Vorgehen. Der Kanton hat eine Webseite mit Informationsmaterialien für eine sichere Fasnacht aufgeschaltet. Neben einem Schreiben an alle Cliquenobleute sowie einer Informationsveranstaltung liegt der Fokus auf den Begehungen und der konkreten Risikosituation vor Ort. Die Risikoinpektoren beantworten konkrete Fragen und sind bemüht, gemeinsam mit den Betreiberinnen und Betreibern der Lokale Lösungen zu finden.

Zu Frage 6. Die Voraussetzungen für die verschiedenen Betriebsbewilligungen sind im Gastgewerbegesetz festgelegt. Zu den wichtigsten Sicherheitsmassnahmen gehören die Einhaltung der maximalen Personenzahl, die Freihaltung der Fluchtwege und die Beschränkung der Dekoration aus Material, das schwer entflammbar oder feuerhemmend imprägniert ist, damit es die Brandschutzanforderungen erfüllt. Diese und weitere allgemeine Regelungen sind bekannt und gelten schon lange. Mit Blick auf die spezifischen Anforderungen in Cliquenkellern sind auch leicht brennbare Materialien oder Materialien mit unbekanntem Brandverhalten erlaubt, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Die Dekorationsmaterialien dürfen eine definierte Fläche nicht überschreiten und müssen einen Mindestabstand zueinander einhalten. Die Feuerpolizei bietet auch einen Brandtest für Materialien an. Das Brandverhalten muss bei grossflächiger Dekoration bekannt sein, sonst kann das Risiko nicht abgeschätzt werden. Die Begehungen dienen dazu, die Situationen und Gegebenheiten individuell zu analysieren und wo immer möglich rasch Lösungen zu finden.

Zu Frage 7. Beim Bau- und Gewerbeinspektorat sind innerhalb der gesetzten Antragsfrist bis zum 30. Januar 2026 15 Gesuche um Gelegenheits- und Festwirtschaftsbewilligung auf Allmend gestellt worden, die auch bewilligt wurden. Das sind etwa gleich viele wie in den Vorjahren. Für die Fasnacht werden analog zum Vorjahr 40 zusätzliche öffentliche Toiletten auf Allmend aufgestellt. Erfahrungsgemäss ist während den drei Nachmittagen die Nutzung der zusätzlichen Anlagen am höchsten. Das Aufgebot der Polizei während der Fasnacht entspricht der üblichen Planung und wird bei Bedarf angepasst.

Zu Frage 8. Die Brandschutzvorgaben für Restaurant und Bars gelten auch während der Fasnacht und haben sich nicht geändert. Auch hier handelt es sich um bestehende Regeln. Während der Fasnacht finden auch Stichkontrollen in Gastronomielokalen statt.

Zu Frage 9. Die Cliquen haben Zugriff auf umfangreiches Informationsmaterial. Darunter Plakate zum Aufhängen oder Broschüren zum Auflegen. Unterstützung erfolgt auch durch die Risikoinpektoren der Feuerpolizei in Form von persönlicher Beratung und möglichen konkreten Lösungsvorschlägen.

Zu Frage 10. Selbstverständlich findet nach der Fasnacht 2026 eine entsprechende Evaluation statt. Das ist wichtig, auch mit Blick auf die Fasnacht 2027 und folgende. Ebenso wird der Regierungsrat auch die nationalen Entwicklungen in Sachen Brandschutz genau verfolgen und die Praxis im Kanton Basel-Stadt überprüfen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Vielen Dank für die Antwort und auch für die Arbeit bis hierhin. Ich kann jetzt schon sagen, ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort. Für mich ist ein ganz grosser Punkt, natürlich sind das geltende Regeln, ich glaube, man darf aber nicht ausser Acht lassen, dass es kontrollierte Regeln werden jetzt. Also wir wissen wirklich alle, dass da ein bisschen mehr Spielraum vorhanden gewesen ist, als es jetzt vorhanden sein wird an dieser Fasnacht. Und das hat eine grosse Auswirkung darauf, ich weiss nicht, wer schon einmal unterwegs war am Nadelberg oder im Pfeffergässlein, dort wird es eine sehr grosse Herausforderung sein, nicht nur jetzt die Massnahmen im Vorfeld zu treffen, ich glaube, dort gibt es sehr viele und gute Lösungsmöglichkeiten, aber schon das Umsetzen des Freihaltens dieser ganzen Fluchtwege, wenn dann dort noch die WC-Schlange ist und dann darf man eigentlich nicht vor dem WC anstehen, aber man sollte jetzt halt dort dringend durch und dort darf niemand hinstehen und gleichzeitig muss eine Person noch zählen, wie viele Leute reinkommen, also ich sehe dort schon auch sehr viele Herausforderungen, die jetzt halt ganz kurz vor der Fasnacht auftauchen.



Die Auswirkung der Personenzahl auf vereinsinterne Anlässe auch unter dem Jahr, die ist jetzt hier drin in dieser Interpellation so bestätigt, ist aus meiner Sicht sehr relevant. Auch wenn vielleicht die 50 Personen schon so gegolten haben an gewissen Orten, ist es in meinem Verständnis so, dass die Stammvereine ihre Keller nutzen und die mit ihren ganzen Mitgliedern nutzen und nicht 50 Billette verkaufen müssen. Das ist vielleicht so nicht rechtens, aber es hat einen sehr grossen Einfluss und eine Auswirkung und wir legen das jetzt sehr, sehr streng aus, was halt bis jetzt nicht der Fall war. Ich glaube, diesen grossen Einfluss, den muss man einfach mitdenken und schauen, gibt es da noch weitere Lösungen, kann man Lösungen schaffen.

Dass die leicht und schwer brennbaren Sachen schon immer nicht in den Kellern und in diesen Orten hätten hängen sollen, auch das ist jetzt etwas, das in den Fokus gerät. Aus meiner Sicht war das eigentlich nicht bekannt, dass Laternenwände nicht aufgehängt werden sollen. Das mit diesen zwei Metern Abstand, das ist eine gute Lösung. Viele haben einfach nicht so grosse Keller, dementsprechend ist auch das wieder eine grosse Herausforderung.

Ich glaube, was auch ein wichtiger Punkt ist, den ich schon sagen möchte, ist, dass die Kommunikation jetzt bis zu diesen Begehungen wirklich sehr schwierig wahrgenommen wurde und dass jetzt die Begehungen zu einem positiven Austausch führen, das begrüsse ich. Ich würde mir einfach wünschen, nicht einmal nur für die Fasnacht, sondern auch in Zukunft, wenn es einmal andere Sachen trifft, die halt sehr emotional belastet sind, dass man sich noch ein bisschen mehr überlegt, wenn man hinschickt, wer kommuniziert, der auch ein Verständnis dafür hat, wer da einem gegenüber sitzt und welche Gefühle das vielleicht auslöst.

Dann das Antizipieren dieser Auswirkungen. Ja, vielleicht antizipiere ich das jetzt schon ein bisschen stark, dass das Auswirkungen haben wird. Vielleicht, wie gesagt, hat es diese nicht, aber gerade die Frage der WC, dass es die vor allem am Nachmittag braucht, dass ich gerne rückmelden kann, dass es zu wenig WC hat in der Altstadt, am Berg oben zumindest, also Nadelberg, Gernsbach, Pfeffergässlein, dort schiffen die Leute einfach an die Wand. Aber das ist halt auch etwas, wo man jetzt vielleicht einfach noch ein bisschen mehr machen muss.

Ich hätte mir eigentlich auch gewünscht oder gehofft, dass es eben auch Unterstützung gibt, die über die Kommunikation hinausgeht. Ich finde es wichtig und gut, hat man die Sensibilisierungsmassnahmen, ich finde es auch richtig, geht man in die Kommunikation. Ich höre auch, dass wirklich Lösungen gesucht werden, die dann vielleicht nächstes Jahr auf die nächste Fasnacht schon besser getroffen werden können, aber gerade Unterstützung, gerade in der Umsetzung zum Beispiel von diesen Personenkontrollen, in der Schulung der Leute, ich habe das Gefühl, da könnte noch ein bisschen etwas auf uns zukommen.

Etwas, das mir einfach auch noch wichtig ist, auch wenn das vielleicht ein ganz kleines Rädchen ist jetzt in dem allem, es gibt so viele junge Garden, aber auch Vereine, die jetzt neue Lösungen suchen müssen für Räumlichkeiten, weil sie die wichtigen Austausche, die die Stammvereine zusammen mit den alten Garden, zusammen mit den jungen Garden machen, nicht mehr dort und nicht mehr so machen können, wie sie es gemacht haben, oder weil junge Garden eben dann doch grösser sind als 50 und gar nicht essen gehen können, dass man sich als Kanton vielleicht dort auch noch überlegt, hat man Räumlichkeiten, die man jetzt noch kurzfristig zur Verfügung stellen könnte, um so etwas zu ermöglichen, Aulen oder so, um ein bisschen zu unterstützen. Wir können nämlich einfach alle hoffen, dass es nicht regnet oder minus 10 Grad hat an dieser Fasnacht, aber wer weiss.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **14.13. Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen**

[04.02.26 16:26:21, 26.5047.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Wir sind damit am Ende der Interpellationen.



## 18. Motion 1 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend grenzüberschreitende Polizeiarbeit und effizientere Bekämpfung und Aufklärung von Velo- und E-Bike-Diebstählen

[04.02.26 16:26:46, 25.5529.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

## 19. Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport

[04.02.26 16:27:17, 25.5543.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Als Grundsatzbemerkung möchten wir gerne festhalten, dass in den letzten Monaten und Jahren zu diesem Thema verschiedene Vorstösse eingereicht wurden und man doch auch mal einen Vorstoss wirken lassen könnte. Mehrere Motionen und Anzüge in unterschiedlichen Prozessschritten und Stadien erachten wir als nicht sinnvoll und führen zu Unsicherheit, nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch bei den betroffenen Fahrern.

Wie die SVP-Fraktion bereits schon mehrfach in diesen Debatten klargestellt hat, lösen wir die sozialversicherungsrechtlichen und die arbeitsrechtlichen Fragen nicht im kantonalen Taxigesetz, daran hat sich auch nichts geändert. Es stimmt, es gibt diese bundesgerichtliche Rechtsprechung, welche bei Uber eine arbeitgeberähnliche Stellung sieht, jedoch schreibt das Bundesgericht den Kantonen nicht vor, dass dies im kantonalen Taxigesetz zu regeln ist. Wenn man Uber und andere Sharing Economy-Modelle regeln möchte, dann müsste man aus Sicht der SVP auf Bundesebene Lösungen finden, das ATSG ändern, das Arbeitsgesetz ändern, das Obligationenrecht ändern, aber hier auf kantonaler Ebene, wo wir auch sehr engräumig mit anderen Kantonen verwurzelt sind beim Transport, macht das sehr wenig Sinn.

Wie aus den verschiedenen Vorstössen auch zu entnehmen ist, kann man eigentlich davon ausgehen, dass der Motionär mehr oder weniger einfach ein Uber-Verbot möchte und dagegen wehrt sich die SVP-Fraktion. Schaut man nämlich die verschiedenen Angebote an, dann bietet Uber nach wie vor die beste Leistung. Die Fahrzeuge sind modern und umweltfreundlich, die App ist perfektioniert, so dass man überall abgeholt und ausgeladen werden kann, die App bietet grosse Sicherheit für Fahrgäste, was insbesondere für Frauen wichtig ist, und das alles zu einem Preis, der um ein Vielfaches günstiger ist als bei normalen Taxis. Auch das darf mal hier erwähnt werden. Und eine derartige Plattform wie Uber passt halt nicht zwingend in ein klassisches starres Taxigesetz, welches über Konzessionen und Standplätze definiert ist. Und hier muss man sich halt die Frage stellen, ob wir zukünftig offen sind für derartige Sharing Economy-Modelle oder ob wir sämtliche technologische Fortschritte und private Initiativen verbieten möchten. Wir empfehlen das nicht.

Und man darf sich schon auch wundern, dass nun die SP gerade in diesem Bereich eine strenge Law-and-Order-Linie vertritt. Wir haben seit Jahren ein massives Sicherheitsproblem, dort reichen Sie keine Vorstösse ein. Vorstösse bezüglich Uber sind mittlerweile schon zweistellig in den letzten Jahren, also hier darf man auch die Schwerpunktsetzung dieser Fraktion etwas in Frage stellen. Und dass die Kontrollen am Ende des Tages dann wieder Polizeiaufgabe sind, führt zu einem weiteren Argument, weshalb die SVP-Fraktion diese Motion ablehnt. Die Polizei hat nun wirklich Wichtigeres zu tun an einem Samstagabend oder in der Nacht, als Uber-Fahrer zusätzlich zu kriminalisieren. Denn darin steckt auch der Kern in diesem Vorstoss. Sie können gegen Uber vorgehen, die werden andere Lösungen finden. In erster Linie kriminalisieren Sie aber auch die Fahrer, der einfache Arbeiter, oft auch mit Migrationshintergrund oder auch der normale Taxifahrer, der nebenbei als Nebenverdienst noch für Uber fährt, den kriminalisieren Sie mit strengen Regulierungen und Kontrollen und das ist aus unserer Sicht auch nicht wirklich im Verhältnis.



Zusammenfassend sind wir nicht der Meinung, dass dieses Vorgehen praxistauglich ist, wir finden, dass man auf Bundesebene eine derartige Lösung finden sollte und nicht auf Ebene des kantonalen Taxigesetzes und lehnen dementsprechend diese Motion ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Brigitta Gerber.

*Brigitta Gerber (BastA):* Die Fraktion BastA unterstützt die vorliegende Motion klar. Uns sind vor allem zwei Dinge wichtig. Erstens das Businessmodell Uber, die Vorschriften zu Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu umgehen, unterstützen wir nicht und wir möchten auch, dass sie die Sozialversicherungsgesetzgebung einhält sowie die Sicherheit der Fahrgäste schützt. Und zweitens, das ist uns auch ganz wichtig, wir sind der Meinung, gleich lange Spiesse für alle, auch für Taxifahrer und Taxifahrerinnen.

Uber führt einen unfairen Wettbewerb, setzt sich fest und verdrängt dann gestandene Unternehmen mit Dumpingpreisen aus dem Markt. Es missachtet Gesetze und Behörden. In Zürich hat sich bei einer Umfrage von Watson im November 2025, ich hoffe, ich habe das nicht schon einmal erzählt, aber es hat sich gezeigt, dass 60% der Fahrenden elf Stunden täglich arbeiten und dies an sechs Tagen von sieben. Zwei Drittel verdienen dennoch weniger als 4'000 Franken pro Monat und jeder Fünfte muss daneben Sozialhilfe beantragen und jeder Zehnte arbeitet schon mal oder auch aktuell während der Befragung schwarz. Das ist kein gutes Zeichen. Sharing klingt zwar ganz nett, ist es hier aber nicht.

Auch wir sind der Meinung, wir wollen nicht Leute kriminalisieren, sondern wir wollen Arbeitsschutz. Wir brauchen diesen dringend, eine bessere Regelung ist wichtig, um diese Exzesse zu verhindern. Deshalb bitte ich Sie, die Motion zu unterstützen und sie dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Ich freue mich ein bisschen auf dieses Votum, darf ich als Grüne heute eine Lanze brechen für das Auto oder zumindest eine autoabhängige Branche, aber das Taxi ist ja eigentlich integraler und unverzichtbarer Teil unseres öffentlichen Verkehrs. Das Taxiwesen ist mir vertraut. Ich bin aufgewachsen mit dem Klicken im Geräusch des Taxifunks am Mittagstisch, damit mein Vater wusste, wie das Geschäft läuft, bevor ich wieder in die Nachmittagschule lief und er zurück in sein Taxi stieg. Ich weiss, wo der Taxistandplatz Plätzli liegt und wo Corso und ich weiss, was eine Banane ist, das ist nämlich eine Fahrt, bei der die Kundschaft nicht auftaucht. Und damit weiss ich auch aus nächster Nähe, wie gross die Herausforderungen des Taxigewerbes sind.

Uber ist seit über zehn Jahren in Basel präsent. In der Revision des Taxigesetzes 2015 wurde unterschätzt, wie stark die Branche sich verändern und unter welchem grossen Druck sie stehen wird. Wir haben in der Taxibranche eine komplexe Ausgangslage und es ist eine prekäre solche. Taxihalter\*innen, wir haben es von Brigitta Gerber gehört, arbeiten 50, 60 Stunden die Woche und kommen meist trotzdem kaum über die Runden. Das war nicht immer so und es verschärft sich zunehmend. Dass gerade die SVP hier die günstigen Preise von Uber rühmt und im gleichen Atemzug sich auf die Seite der Taxifahrer\*innen schlagen will, ist peinlich und nicht haltbar.

Die Prekarisierung des Taxigewerbes hat viele Gründe. Der Nachfragerückgang, Veränderungen in der Kundschaft, die Basler Grenzsituation. Uber allein kann da als Sündenbock nicht herhalten, aber es steht exemplarisch für eine dynamische Entwicklung in der Taxibranche und weit darüber hinaus für die allgemeine Ausbreitung der prekären Gig Economy, in der Arbeitsverhältnisse fragmentiert, Risiken auf einzelne abgewälzt und Verantwortung über Plattformkonstruktionen ausgelagert werden. Wir wissen alle, dass gerichtlich wiederholt festgestellt wurde, dass Uber-Fahrende unter Bedingungen arbeiten, die einem Arbeitsverhältnis entsprechen. Zugleich verwischen sich die Grenzen am Markt immer stärker. Nicht wenige Taxifahrer\*innen arbeiten parallel auch für Uber und zugleich für ein Taxiunternehmen. Die Argumentation, die wir auch schon mehrfach in diesen Uber-Debatten gehört haben, Anbieter können sich durch den Verzicht auf bestimmte Privilegien aus der Regulierung herauswählen, ignoriert die Realität des Marktes, indem Plattformen faktisch dieselben Dienste erbringen wie Taxis, jedoch systematisch Pflichten vermeiden, indem sie ihre Modelle laufend den Gesetzeslücken entlang anpassen.

In dieser Motion geht es nicht darum, neue Marktakteure in ein unpassendes Korsett zu zwingen, sondern es geht darum, ein überholtes Regelwerk so zu entwickeln, dass es der heutigen Praxis entspricht. Die unterschiedliche Behandlung ist nicht mehr zeitgemäss. Die vorliegende Motion schafft nun Klarheit und sie setzt ein deutliches Ziel. Bis in einem Jahr sollen die entsprechenden Gesetzesänderungen hier vorgelegt werden. Das Problem wird nicht kleiner, wenn wir es nur weiter vor uns herschieben. Internationale Plattformunternehmen dürfen nicht durch Marktmacht faktisch die Regeln diskutieren. Es geht hier um etwas ganz Basales, nämlich darum, gleiche Rechten und Pflichten für alle zu schaffen, in der Bewilligung, der



Ausbildungsüberprüfung, der Qualitätssicherung und in den arbeitsrechtlichen Absicherungen. Umso erfreulicher ist es, können wir diese Motion wohl mit grosser Mehrheit und über das politische Spektrum breit abgestützt überweisen und die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie deshalb, ebenfalls die Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

*Johannes Barth (FDP):* Die FDP-Fraktion Basel-Stadt nimmt das Anliegen der Motion ernst. Wer gewerblich Personen transportiert, soll sich an klare Regeln halten, insbesondere bei Sicherheit, Arbeitsruhezeiten sowie Sozialversicherungen. Die Motion verlangt jedoch innert Jahresfrist eine grundlegende Überarbeitung der kantonalen Regelung mit ausgedehnter Bewilligungspflicht, zusätzlichen Kontroll- und Sanktionsmechanismen und einem deutlich erweiterten Geltungsbereich auch für Vermittlungsplattformen.

Die FDP ist damit nicht einverstanden, und zwar aus zwei Gründen. Kompetenz, Regelungsebene und den Vollzug. Es ist wichtig, hier juristisch sauber zu bleiben. Nicht alles ist Bundesrecht, aber die wesentlichen Mindestanforderungen, die schon mehrfach genannt wurden, für den berufsmässigen Personentransport sind es. Strassenverkehr und Verkehrssicherheit sind im Grundsatz bundesrechtlich geordnet im SVG. Wer berufsmässig Personen transportiert, braucht je nach Konstellation eine Bewilligung zum berufsmässigen Personentransport gemäss Artikel 25 VZV. Arbeits- und Ruhezeitregeln für den einschlägigen Bereich sind bundesrechtlich in der ARV 2 geregelt, das ist das Handbuch für Taxifahrer.

Wenn die Motion geltend macht, es gebe Missstände bei ARV 2, Sozialversicherung und Arbeitsbedingungen, dann ist das zunächst ein Hinweis auf die Durchsetzung und Kontrolle des bestehenden Rechts, nicht zwingend auf eine Gesetzeslücke. Das baselstädtische Taxigesetz ist ein Ordnungssystem für den öffentlichen Raum und dieses System hat nicht nur Pflichten, sondern auch Privilegien. Ordnung im öffentlichen Raum, insbesondere für die öffentlichen Taxistandplätze-Nutzung, die an die Taxibewilligung geknüpft sind, die Taxikennlampe und Regeln über die Einsatzzentralen und den Betrieb.

Darum stellt sich die FDP die entscheidende Frage, die auch politisch ehrlich ist. Wollen wir tatsächlich diese Privilegien, Standplätze, Kennzeichnung, allfällige Zufahrts- und Ordnungsvorteile mit Dritten teilen oder am Ende alle Marktteilnehmer in ein kantonales Bewilligungsregime einpassen? Beides ist heikel. Privilegien ausdehnen entwertet das bestehende bewilligungs-basierte Taxiregime. Regulierung auf alle ausdehnen produziert genau das, was wir vermeiden wollen, ein Basler Finish. Die Motion ist selbst ein Indiz für ein Vollzugsproblem, nicht primär für ein Gesetzesproblem. Sie führt aus, dass dem Regierungsrat bereits diverse Aufträge erteilt worden seien und die Umsetzung schleppend verlaufe. Dies ist aus unserer Sicht klar ein Punkt, wenn Aufträge bestehen, aber nicht wirksam umgesetzt werden und Kontrollen fehlen oder Sanktionen nicht greifen, dann ist die Antwort nicht automatisch eine Totalrevision innert Jahresfrist. Priorität muss sein, Vollzug stärken, Zuständigkeiten und Kontrolldichte klären und Bundesrecht konsequent durchsetzen und erst danach prüfen, ob punktuell kantonale Nachschärfungen nötig sind.

Deshalb beantragt die FDP, die Motion abzulehnen oder mindestens so zu behandeln, dass der Regierungsrat zuerst zu einem konsequenten Vollzug der bestehenden Rechtsgrundlagen verpflichtet wird, bevor wir einen weitreichenden Basler Finish mit Risiko auslösen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Fina Girard und Brigitta Gerber haben eigentlich schon sehr vieles gesagt, was ich auch unterstützen kann und was ich sehr wichtig finde. Das Thema ist mir aber persönlich doch auch wichtig und deshalb werde ich Ihnen trotzdem noch ein paar Argumente mitgeben. Die vorliegende Motion hat ein zentrales Anliegen, gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport und damit Fairness gegenüber dem lokalen Gewerbe, den Arbeitnehmenden sowie klare ordnungspolitische Verhältnisse.

Zum ersten Punkt der Fairness gegenüber dem lokalen Gewerbe und den Arbeitnehmenden. Die baselstädtischen Taxiunternehmen investieren seit Jahren in Ausbildung, Fahrzeuge, Versicherungen und Sozialabgaben. Sie schaffen lokale Arbeitsplätze, zahlen hier Steuern und halten sich an anspruchsvolle gesetzliche Vorgaben. Wenn andere Anbieter faktisch dieselbe Dienstleistung erbringen, ohne denselben Pflichten zu unterstehen, entsteht eine systematische Wettbewerbsverzerrung. Leidtragende sind nicht nur die Betriebe, sondern auch die Fahrerinnen und Fahrer, wir haben es gehört, deren Arbeitsbedingungen unter Druck geraten. Aus Sicht der SP ist deshalb klar, wer gewerblich Personen transportiert, soll dies unter fairen, sozialverträglichen und vergleichbaren Bedingungen tun.

Zum zweiten Punkt, der Ordnungspolitik und Rechtssicherheit. Ich glaube, auch aus bürgerlicher Perspektive ist entscheidend, dass der Staat klare und vollziehbare Regeln setzt. Und wenn Sie von einem Vollzug reden, der fehlt, dann ist



das Problem, wenn die Gesetze nicht vollziehbar sind, dann haben wir eben nicht nur beim Vollzug ein Problem, sondern auch beim Gesetz. Der heutige Zustand ist unübersichtlich, führt zu Graubereichen und erschwert den Vollzug. Die Motion trägt dazu bei, die Abgrenzung zwischen privater Nutzung und gewerblicher Personenbeförderung eindeutig zu klären. Das schafft Rechtssicherheit für Unternehmen, Behörden und Kundschaft.

Drittens zum funktionierenden Wettbewerb statt Regulierungsfucht. Es geht nicht um eine zusätzliche Regulierung um ihr Selbstwillen, sondern um einen funktionierenden Wettbewerb. Wettbewerb kann nur dort spielen, wo gleiche Leistungen auch gleich behandelt werden. Ein Markt, in dem sich einzelne Anbieter durch Umgehung bestehender Regeln Vorteile verschaffen können, führt langfristig zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der lokalen KMU. Das kann weder im Interesse des Gewerbes noch einer liberalen Wirtschaftsordnung sein.

Viertens die Aktualisierung der Gesetzgebung im digitalen Zeitalter. Die SP anerkennt, dass sich der Markt durch digitale Plattformen verändert hat. Genau deshalb braucht es die zeitgemässe Gesetzgebung, die neue Geschäftsmodelle berücksichtigt, ohne bestehende Schutz- und Qualitätsstandards auszuhebeln. Innovation darf nicht bedeuten, dass soziale, rechtliche und sicherheitsrelevante Anforderungen umgangen werden. Andere Kantone haben hier bereits reagiert, also wir sind hier eigentlich eher in einem Basler Nachzug als in einem Basler Finish. Auch Basel-Stadt ist gefordert, das Taxigesetz an die realen Marktverhältnisse anzupassen.

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort zeichnet sich durch Transparenz, Verlässlichkeit und Rechtsgleichheit aus. Die Motion schafft klare Leitplanken für alle Marktteilnehmer, für bestehende Betriebe ebenso wie für neue Anbieter. Die Motion ist ein pragmatischer Vorstoss, sie schützt das lokale Gewerbe, verbessert die Arbeitsbedingungen, stärkt den fairen Wettbewerb und sorgt für klare rechtliche Verhältnisse in einem sich wandelnden Markt. Ich danke allen, die diese Motion unterstützen und danke auch für die Aufmerksamkeit.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Die gleich langen Spiesse sind hier ganz wichtig. Ich kann es relativ kurz halten. Jeder, der in der Privatwirtschaft einmal gearbeitet hat, der weiss, wenn nicht die gleichen Voraussetzungen gelten, ist es natürlich schwierig, gegen Konkurrenz anzukämpfen. Das mit der Selbständigkeit von diesen Uber-Fahrern ist noch ein Bubentrickli. Das hat man schon in den 80er- und 90er-Jahren feststellen können, vor allem auch auf dem Bau oder in der Spedition, da hat man dem Lastwagenfahrer gesagt, du bist jetzt nicht mehr angestellt, das ist total lukrativ für dich, dann hast du nicht mehr so viele Abzüge, mach dich doch selbstständig, melde dich selber bei der AHV an und dann hast du keine Abzüge mehr. Dass er durch das auch nicht mehr versichert war, hat ihm natürlich keiner gesagt und das ist natürlich ein fauler Trick, um die Kosten zu senken auf der Seite des Arbeitgebers und natürlich auch des Arbeitnehmers. Wenn Uber sagt, das sind alles Selbständige, dann ist das so ein Bubentrick und da sind viele andere Sachen aus meiner Sicht auch noch unklar und darum bin ich froh, wenn die Motion überwiesen wird und die LDP mit mir.

Wenn wir mit einem Uber mitfahren, man will es ja nicht hoffen, und es gibt einen Unfall, wissen wir eigentlich nicht so ganz genau, wie jetzt hier die ganze Versicherungsgeschichte passiert. Fährt da ein Medizinstudent mit, es gibt einen Unfall, der ist dann nachher schwer verletzt, wird vielleicht sogar invalid, das gibt Kosten von Millionen. Ob dann wirklich die private Motorfahrzeughaftpflichtversicherung des Fahrzeughalters das zahlen wird, da weiss ich nicht, wer das zahlen soll. Ich bin gespannt, wenn es dann um wirklich viel Geld geht, ob die Versicherungen so locker sind, wie das jetzt erzählt wird.

Ich freue mich, wenn der Gesetzgeber da eine klare Linie macht, dass es für alle Seiten stimmt, alle die gleichen Regeln haben und dann spielt der Preis eine Rolle. Was ich den Taxifahrern noch sagen will, aufgepasst, bis jetzt dürft ihr in die Stadt, die Uber dürfen nicht rein, auch an das müsst ihr denken. Es wird sicher eine ausgewogene Lösung geben müssen, damit beide Gruppen das auf beide Seiten fair finden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Motionär Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Es ist heute über zehn Jahre her, seit das Taxigesetz im Kanton Basel-Stadt revidiert bzw. in einer Volksabstimmung beschlossen wurde. Faktisch wussten die meisten bereits dann, dass ein Gesetz beschlossen wurde, welches gewissen neuen Realitäten im Markt nicht gerecht werden würde. Es braucht jetzt endlich Fairness und Ordnung und gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport in Basel-Stadt und es ist an der Zeit, dass wir die Erzählung von Vermittlungsplattformen beenden und die Realität anerkennen. Wir haben es mit einem Markt zu tun, in dem klassische Taxis und neue Anbieter faktisch dieselbe Dienstleistung erbringen, aber unter völlig unterschiedlichen Bedingungen arbeiten.



Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, weil das Grundlegende inhaltlich schon gesagt wurde, die von Leuten genannt wurden, die diesen Vorstoss bekämpfen. Es wurde gesagt, es herrsche Unsicherheit bei den Unternehmen, weil verschiedene Vorstösse eingereicht wurden, die noch nicht abgeschlossen oder behandelt sind. Ich kann Ihnen etwas versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen, Uber ist nicht unsicher mit dieser Situation, genauso wenig ist es Lyft und andere Plattformanbieter. Im Gegenteil, diese Anbieter sind sehr zufrieden mit dieser Situation, mit der angeblichen Unsicherheit, weil es wird ja eben nicht reguliert oder sehr schleppend vollzogen.

Es geht um gleich lange Spiesse und um den Schutz der Arbeitnehmenden. Während wir hier debattieren, entziehen sich diese Plattformanbieter ihrer Verantwortung für Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung und die Sicherheit der Fahrgäste. Ich finde es ja interessant, dass die SVP-Fraktion jetzt sagt, Uber ist ein Sicherheitsargument. Einfach für den Kontext, zwischen 2017 und 2022 gab es in den USA bei über 400'000 Uber-Fahrten Beschwerden wegen sexueller Belästigung und sexuellem Fehlverhalten. Uber selber hat in der gleichen Zeit von 10'000 Fällen geredet, vielleicht müssen wir auch in diesem Kontext mal anfangen, diese Firma dort einzuordnen, wo sie ist. Es geht aber nicht um ein Uber-Verbot, ich habe überhaupt kein Problem, Uber soll sich an geltende Gesetze halten und diese Gesetze müssen gegebenenfalls angepasst werden, damit sie eben auch auf das Gebaren der Firma passen.

Geshared, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird hier gar nichts. Diesen Mythos müssen wir wegnehmen. Die Innovation, die von diesen Plattformanbietern gemacht wird, ist, sich nicht an geltende Gesetze zu halten. Das ist die Innovation. Und eine App, aber das ist am Schluss die Sharing-Ökonomie, wie sie Uber und Co. betreiben. Sie haben mit Sozialversicherungen nichts zu tun und sie kommunizieren das auch relativ freizügig und offen.

Die Auswirkungen von diesem Geschäftsmodell sind fatal. Es gibt Arbeitsplatzunsicherheit, schwankende Einkommen, massive Lücken im sozialen Schutznetz. Die Rechtslage ist längst geklärt. Das Bundesgericht hat in wegweisenden Urteilen bestätigt, dass diese Fahrerinnen und Fahrer keine selbstständigen Unternehmer sind, sondern unselbstständige Erwerbstätige. Sie befinden sich in einem massiven Subordinationsverhältnis, tragen kein echtes Unternehmerrisiko, besitzen keine eigene Kundschaft und werden durch algorithmisches Management bis ins Detail kontrolliert. Es gibt diverse Aussagen von Taxiunternehmen, die sagen, wenn wir unsere angeschlossenen Fahrerinnen und Fahrer so gut kontrollieren könnten, dann würden wir das auch wollen. Aber das können sie nicht, weil es nicht geht. Faktisch ist Uber ein Arbeitgeber mit übergreifenden Kompetenzen zu dem, was die Taxifirmen momentan haben können.

Ich bin froh, dass die FDP sich sehr für den Vollzug im Taxiwesen einsetzen möchte. Ich komme dann zurück darauf, wenn ich einfordern muss, dass die Beschriftung der Uber-Fahrzeuge tatsächlich mal passiert, weil das ist auch seit zweieinhalb Jahren eigentlich von diesem Rat beschlossen und überwiesen und ist nie passiert. Sie haben das damals übrigens bekämpft wie jede weitergehende Vollzugsmöglichkeit in diesem Bereich. Mit dieser Revision des Taxigesetzes können wir neue Plattformrealitäten fassen, wir können arbeitsrechtlich endlich vernünftige Verhältnisse schaffen in diesem Kanton und wir müssen auch dafür sorgen, dass die Privilegien, die immer wieder genannt werden für die Taxifahrer\*innen, auch echte sind, weil fragen Sie mal die Taxifahrerinnen und Taxifahrer in diesem Kanton, wie toll die Privilegien sind, wenn gleichzeitig ihre Löhne so gedumpt werden, dass sie mittlerweile unter 15 Franken in der Stunde sind. Dann bringt es ihnen auch nicht mehr so viel, wenn sie in die Innenstadt fahren dürfen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Diese wird entgegengenommen.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Danke für die Annahme. Vieles kann ich absolut nachvollziehen, etwas habe ich immer nie verstanden. Ich frage ja, wenn ich Uber fahre, und ich gebe es hier offen zu, ich fahre ab und zu Uber auch in anderen europäischen Städten, warum fahren so viele Taxifahrer\*innen in Basel daneben auch noch Uber?

*Beda Baumgartner (SP):* Das ist eine gute Frage. Die Realität ist einfach, dass die App so breit geworden ist in der Nutzung, dass viele Taxifahrerinnen und Taxifahrer einfach auch auf die App zusätzlich ausweichen müssen. Das ist die Realität und das ist ein Problem, klar.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.



## Ergebnis der Abstimmung

**67 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008309, 04.02.26 16:55:20]

## Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 67 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

## 20. Motion 3 Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft

[04.02.26 16:55:30, 25.5544.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Olivier Battaglia will bestreiten.

*Olivier Battaglia (LDP):* Wir haben hier eine Motion, die unter dem Banner Grundrechte ein umfassender, kostenloser und niederschwelliger Internetzugang für administrativ Inhaftierte fordert. Das klingt auf dem Papier modern und humanitär, doch wer die Realität des Vollzugs im Bässlergut kennt, weiss, diese Forderung ist ein sicherheitspolitisches Experiment auf Kosten unseres Personals. Lassen Sie mich drei Gründe nennen, warum wir diese Motion ablehnen müssen.

Erstens, Sicherheit ist keine Verhandlungssache. Die Motionärin fordert die Nutzung privater Mobilgeräte und verweist auf das Abkleben von Kameras. Seien wir ehrlich, ein kleiner Klebestreifen ist kein Sicherheitskonzept. Er ist in einem Gefängnisalltag schlicht nicht kontrollierbar. Wer garantiert uns, dass nicht innerhalb von Minuten sensible Bereiche einer Anstalt gefilmt, Personalidentitäten im Netz freigegeben oder Fluchtpläne koordiniert werden? Wir tragen die Verantwortung für die Sicherheit der Mitarbeitenden und Personen im Bässlergut und diese Sicherheit darf nicht für ein vermeintliches digitales Grundrecht geopfert werden.

Zweitens, der Haftzweck darf nicht untergeben werden. Wir sprechen hier von der Administrativhaft. Ihr einziger Zweck ist die Sicherstellung des Vollzugs einer rechtskräftigen Wegweisung. Ein umfassender niederschwelliger Internetzugang birgt ein massives Risiko für Absprachen, das Beiseiteschaffen von Vermögenswerten oder das Organisieren des Untertauchens. Der Staat würde hier die Infrastruktur für die Sabotage eines eigenen rechtmässigen Entscheides bereitstellen. Das ist paradox.

Die Verhältnismässigkeit ist heute schon gewährt. Es wird so getan, als leben die Inhaftierten in digitaler Isolation. Das Gegenteil ist der Fall. Es stehen Computer pro Stockwerk zur Verfügung. Es gibt einen Zeitkontingent von 200 Minuten pro Woche für vertiefte Recherchen. Der Kontakt zu Rechtsanwältinnen und NGOs ist über Telefon und Postweg jederzeit garantiert. Die Behauptung, man könne sich in drei Stunden pro Woche nicht über die politische Lage informieren, ist lebensfremd. Das Internet ist in der Haft ein Werkzeug zur Information, kein Instrument zur unlimitierten Unterhaltung.

Der Vergleich mit Zürich, der hinkt. Nur weil der Kanton Zürich im ZAA einen anderen Weg geht, ist dieser nicht automatisch der richtige für Basel-Stadt. Jede Einrichtung hat ein anderes bauliches Dispositiv und andere Personalschlüssel. Eine 1:1-Kopie würde im Bässlergut massiven Mehraufwand für Kontrollen bedeuten, Aufwand, den wir weder budgetiert haben noch personell stemmen können. Zudem schaffen wir mit privaten Geräten eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der Mauern, die zu Neid, Diebstahl und Gewalt unter den Inhaftierenden führt.

Fazit: Die aktuelle Regelung im Bässlergut ist rechtlich sauber, sie ist verhältnismässig und sie respektiert die Menschenwürde. Sie verweigert den Zugang nicht, sie reguliert ihn und genau das ist die Aufgabe eines geordneten Vollzugs. Wir brauchen keine Laissez-faire-Digitalisierung in unseren Gefängnissen. Ich bitte Sie daher im Namen der Sicherheit und der Konsequenz unseres Rechtsstaates, lehnen Sie diese Motion ab.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Battaglia, es gibt zwei Zwischenfragen. Eine von Herrn Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ich trage in mein Tagebuch ein, dass eine liberale Fraktion sagt, dass private Geräte benutzen eine Zweiklassengesellschaft einführt. Aber jetzt zu meiner Frage. Sie sagen, dass da eine Art Kollusionshandlung stattfinden könne. Also eine Person sitzt in einer Gefängniszelle und wartet auf ihren Flug. Wie kann sie mit einer anderen Person zusammenarbeiten, um ihr Untertauchen zu ermöglichen, wenn sie in einer Gefängniszelle sitzt und auf ihren Flug wartet?

*Olivier Battaglia (LDP):* Also ich muss ehrlich sagen, da kann ich keine direkte Antwort dazu geben, ob das jetzt möglich ist und in welcher Form.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Auch hier eine kurze Antwort bitte. Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Olivier Battaglia, wie viele Stunden pro Tag nutzen Sie das Internet, um sich zu informieren?

*Olivier Battaglia (LDP):* Beruflich bedingt sehr viel. Da habe ich leider noch keine Erfahrung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Stefan Suter.

*Stefan Suter (SVP):* Es geht hier um Administrativhaft und Administrativhaft ist kein Strafvollzug und keine strafrechtliche Untersuchungshaft. Die Einsperrung in Strafanstalten ist gemäss Artikel 81 Abs. 2 AIG nur in Ausnahmefällen möglich, also im Grundsatz nicht. Das Bundesgericht hat im Leitentscheid 149 II 6 vom 13. Oktober 2022 in Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung ausdrücklich festgehalten, dass die Festhaltung administrativer Natur ist und in keinem Zusammenhang mit einem Strafvollzug oder Untersuchungshaft steht. Zweck der Administrativhaft ist einzig die Sicherung der Durchführung der Wegweisung. In den Erwägungen 4.2.4 hat das Bundesgericht explizit erwähnt, dass soziale Kontakte sowohl innerhalb als auch nach aussen möglich bleiben müssen, so das Bundesgericht. Die Festgehaltenen haben Anspruch auf freien Telefonverkehr auf eigene Kosten. Übrigens sind auch Besuche von Privatpersonen ohne Voranmeldung möglich. Das ist eben die Administrativhaft.

Das Bundesgericht hat sodann in den Erwägungen 5.2.1 explizit darauf hingewiesen, dass der Haftzweck keine dauernde Beschränkung des Internetzugangs rechtfertigt. Dies ermögliche, den Kontakt zur Aussenwelt und zur Heimat aufrechtzuerhalten. Es gebe, so das Bundesgericht, keine unüberwindbaren Erfordernisse, die gegen den Internetzugang sprechen würden. Allfällige Missbräuche können im Einzelfall unterbunden werden, sagt das Bundesgericht. Das Bundesgericht hat sodann entschieden, dass die Frage, ob Mobiltelefone benützt werden können, offen bleiben kann, wenn der Internetzugang sichergestellt ist. Das ist die rechtliche Situation. Internetzugang muss möglich sein gemäss Bundesgericht.

Und dann haben wir eine Motion, die eigentlich das verlangt, was das Bundesgericht sagt. Da kann man sich fragen, ist das so sinnvoll, wenn genau das, was die Rechtsprechung bereits entwickelt hat, nun in einer Motion eingebettet werden muss. Es ist in der Motion die Rede, offenbar beziehend auf eine Interpellationsantwort, man habe drei Stunden Zeit für den Internetzugang. Das weiss ich nicht, ob das stimmt, vielleicht gibt es dafür auch organisatorische Gründe, die einen längeren Zeitraum nicht zulassen. Also es wäre sicher der Anzug ein besseres Instrument gewesen, um berichten zu lassen, wie das genau aussieht und ob es vielleicht bauliche oder andere Probleme gibt, die da nicht lösbar sind. Aber wenn man nun abwägt am Schluss, der Anzug wäre das richtige Instrument gewesen, aber es wird hier etwas verlangt, was das Bundesgericht klarerweise festgestellt hat, so stimmt die Zielrichtung und insofern beantragen wir Ihnen, dieser Motion zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Kollege Stefan Suter hat vieles schon gesagt, ich habe trotzdem ein Votum vorbereitet, was ich jetzt kurz, wenn vielleicht auch abgekürzt, halten möchte. Ich möchte jetzt mit einer kurzen Umfrage starten, die Sie alle sich gleich



selbst beantworten können. Auf Ihren Handys kann man sehen, die Bildschirmzeit. Das ist die Zeit, wie viele Minuten oder Stunden man pro Tag das Handy nutzt. Ich habe diese Funktion selbst lange ignoriert, was ich nicht weiss, ist sicher auch nicht problematisch. Heute Morgen habe ich aber kurz nachgeschaut, im Durchschnitt in der letzten Woche 2 Stunden 38 Minuten pro Tag. Ich bin nicht stolz darauf. Man muss vielleicht auch sagen, es ist nur das Handy, es ist nicht der PC, es ist nicht der Laptop, sondern nur das Handy. Das ist etwa so viel, wie eine Person in ausländerrechtlichen Administrativhaft pro Woche zur Verfügung hat. Ich glaube, allein dieser Vergleich zeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Denn das Bundesgericht, hier verweise ich auf die korrekten Ausführungen von Herrn Suter, hat mehrmals festgehalten, dass die Ausschaffungshaft eben keinen Strafcharakter haben soll. Das einzige Ziel ist, die Ausreise von Personen ohne regulären Aufenthalt zu ermöglichen. Strafen soll sie nicht, die Ausschaffungshaft, strafen darf sie nicht. Und sind wir ehrlich, eine derartige Einschränkung, wenn wir jetzt hier sagen würden, alle von uns nur noch 300 Minuten pro Woche, das hat Strafcharakter. Ich glaube, ich bin nicht Mutter, aber ich glaube, es ist doch auch ein gängiges Erziehungsmittel, den Zugang zu der Elektronik einzuschränken.

Dementsprechend hat eben das Bundesgericht festgehalten, dass die Personen Anspruch auch auf Internetzugang haben und dass grundsätzlich die Einschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit so gering wie möglich zu sein haben. Und auch die nationale Kommission zur Verhütung von Folter hat den Kanton Basel-Stadt ermahnt, dass dieser Zugang besser gestaltet werden muss. Denn, wir haben es gehört, in einer digitalisierten Gesellschaft ist der Zugang zum Internet kein Luxus, sondern es ist ein zentrales Element zur Realisierung von Grundrechten, geht es um die Informationsfreiheit, geht es um die Wahrnehmung von Verfahrensrechten. Und hier geht es nicht darum, die Ausschaffung zu verhindern, sie sind immer noch in Haft, aber es geht um die Aufrechterhaltung von sozialen Kontakten zu Familien, Freunden und auch Unterstützungsstellen.

Dies ist ohne adäquaten Internetzugang eben nicht möglich und hier setzt diese Motion an. Diese Motion fordert zu Recht, dass diese Lücken eben geschlossen werden und ich bin auch überzeugt, dass die Erfordernisse an einen geordneten Anstaltsbetrieb oder auch die Sicherheitsaspekte, welche hier auch heute nochmals ins Feld geführt wurden, die können durch entsprechende Massnahmen garantiert werden. Technisch machen wir heute derart viel, wir machen E-Voting, wir machen weiss ich nicht was, dann sollte es doch auch möglich sein, diese Sicherheitsaspekte irgendwie garantieren zu können, wenn man nur möchte. Und ich glaube, hier setzt eben auch das Instrument der Motion an, offenbar möchte man nicht. Man möchte diese bundesgerichtlichen Kriterien nicht umsetzen und daher denke ich auch, dass die Motion als strengeres Instrument angemessen ist.

Und ich möchte es auch nochmals sagen, natürlich, es gibt Regeln und die können allenfalls umgangen werden, aber das sind dann Einzelfälle, die entsprechend sanktioniert werden. Das haben wir auch im Regelvollzug. Auch dort gibt es Menschen, die zum Beispiel einen PC haben, wenn sie da etwas machen, was sie nicht dürfen, dann wird das sanktioniert, aber es spricht nicht dagegen, grundsätzlich dieses Recht zu ermöglichen.

In diesem Sinn bitte ich im Namen der SP-Fraktion, die vorliegende Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Nein, ich weiss, es ist sehr ungewohnt, aber mir gefällt dieses Stil mit der Umfrage, deswegen ergänze ich die gerne. Glauben Sie, Ihre Bildschirmzeit würde sich erhöhen, wenn Sie 24 Stunden am Tag in einem Gefängnis sitzen würden?

*Hanna Bay (SP):* Ja, ich glaube, ich würde auf einmal beginnen, all diese Bücher zu lesen, die ich gerne lesen würde, sonst wahrscheinlich wäre dann Instagram die Wahl.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* In den Voten von Stefan Suter und Hanna Bay wurden jetzt die Hintergründe geliefert für die Frage, die ich vorhin Olivier Battaglia gestellt habe, nämlich danach, wie lange er pro Tag das Internet zu Informationszwecken nutzt, und selbstverständlich kann man hier noch anfügen, auch zur Pflege von sozialen Kontakten und Austausch. Und Stefan Sutter hat darauf hingewiesen, eigentlich ist das Bundesgericht klar in seiner Einschätzung und wir brauchen jetzt offensichtlich in Basel-Stadt eine Motion, um hier auch dem Recht zum Recht zu verhelfen. Ich kann es deshalb sehr kurz machen und möchte einfach auch im Hinblick auf die folgenden zwei Motionen, die noch kommen, nochmal darauf hinweisen und das unterstreichen und gelb markieren, die Administrativhaft ist keine Strafe, es geht ihr keine



Straftat voraus. Es ist kein Strafvollzug, der hier vollzogen wird, sondern es ist eine verwaltungsrechtliche Massnahme und ein Freiheitsentzug ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte und darf deshalb nur ganz minimal ausfallen. Aus diesem Grund ist die Fraktion GRÜNE/jgb der BastA sehr dankbar für das Massnahmenpaket, das sie hier vorlegt, und wir werden sämtliche Vorstösse in diesem Zusammenhang vorbehaltlos unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat die Motionärin Franziska Stier.

*Franziska Stier (BastA):* Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einleitend nochmal etwas zu unserem Vorstosspaket zu sagen. Dieses Paket ist nichts Revolutionäres, nichts Neues und wie Herr Suter schon anmerkte, nicht mal besonders kreativ. Es ist der Versuch übergeordneter Garantien, Grund- und Menschenrechte dort durchzusetzen, wo Missstände existieren und wo wir konkret zuständig und verantwortlich sind. Darum haben wir dieses Vorstosspaket auch symbolträchtig am internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember eingereicht.

Zu dieser Motion möchte ich noch einmal klar sagen, worum es geht und worum nicht. Es geht nicht um Komfort und es geht nicht um Annehmlichkeiten im Haftalltag. Es geht um die Wahrung von Grund- und Verfahrensrechten. Die Administrativhaft ist, und das haben Sie jetzt auch mehrfach gehört und das ist auch entscheidend, keine Strafe. Sie ist und bleibt eine verwaltungsrechtliche Massnahme, die ausschliesslich der Sicherstellung des Vollzugs einer Ausschaffung dient. Es geht also nicht um Personen, die Verbrechen begangen haben, die ihre Frauen schlagen oder die ein Raub begangen haben. Das einzige Vergehen ist es, dass sie sich hier eine Zukunft aufbauen wollten, obwohl sie in einem falschen Land bzw. mit einem falschen Pass geboren wurden.

Der Internetzugang von weniger als drei Stunden pro Woche oder an einem geteilten Gerät ohne Kopfhörer, man könnte sagen, ohne Privatsphäre genügt schlicht nicht, um sich eigenständig über die rechtliche Situation zu informieren, Rechtsprechung nachzuvollziehen oder sich ein Bild von der politischen und gesellschaftlichen Lage im Ausschaffungsland zu machen. Ja, es reicht nicht einmal, um das Recht auf soziale Kontakte und die Familie wahrzunehmen.

Wir haben in der Debatte gehört, gewisse Lösungen seien nicht praktikabel oder eben sicherheitspolitisch bedenklich. Aber dass etwas nicht praktisch ist, entbindet den Staat nicht von seinen grundrechtlichen Pflichten. Im Gegenteil, wo Grundrechte betroffen sind, ist der Staat in der Pflicht, ja, sind wir in der Pflicht, praktikable Lösungen zu entwickeln und die besten Lösungen existieren bereits. Andere Kantone zeigen, dass persönliche Geräte möglich sind. Unabhängige Stellen wie die nationale Kommission zur Verhinderung von Folter empfehlen genau solche Modelle. Der Internetzugang ist hier kein haftspezifisches Privileg, ohne diesen Zugang verlieren Grundrechte wie die Informationsfreiheit, der Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz und die Achtung des Privat- und Familienlebens ihre praktische Wirkung. Diese Motion verlangt also nichts Unverhältnismässiges. Sie verlangt einen kostenlosen, niederschweligen und grundrechtskonformen Zugang zum Internet, damit beispielsweise Menschen in Ausschaffungshaft ihre Rechte wahrnehmen können, informiert entscheiden können und den Kontakt zu rechtlichen und sozialen Unterstützungsstrukturen aufrechterhalten können.

Dass diesem Vorstoss heute Fraktionen aus sehr unterschiedlichen politischen Lagern zustimmen, zeigt, hier geht es nicht um Ideologie, es geht um ein gemeinsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Ein Rechtsstaat beweist sich eben genau dort, wo Menschen besonders abhängig von ihm sind. Genau deshalb bitten wir von BastA Sie, die Motion zu unterstützen und natürlich auch die vier anderen Vorstösse.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen .

### **Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008311, 04.02.26 17:17:20]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 59 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

## **21. Motion 4 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln**

[04.02.26 17:17:29, 25.5545.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Lukas Faesch.

*Lukas Faesch (LDP):* Ich beantrage Ihnen namens der LDP, diese Motion nicht zu überweisen. Es handelt sich hier wieder einmal um einen völlig unnötigen, übertriebenen Basler Finish. Es geht vorliegend um ausländische Personen, die in Administrativhaft genommen werden. Gemäss Motion sollen diese Personen ab einer Haftdauer von zehn Tagen unentgeltliche Rechtsvertretung erhalten. Das tönt dann für den Laien so, als ob diese Personen wie aus dem Nichts heraus festgenommen würden, was natürlich überhaupt nicht stimmt.

Die Haft ist die Ultima Ratio nach einem langen Verfahren. Ausländer, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, werden in der Regel gemäss Ausländergesetz zuerst formlos aufgefordert, das Land zu verlassen. Geschieht dies nicht, erfolgt eine förmliche anfechtbare Verfügung bzw. eine Wegweisungsverfügung. In all diesen Verfahrensschritten, wie auch im meist vorgelagerten Asylantragsverfahren, werden die allermeisten Ausländer durch spezialisierte Anwälte oder Organisationen vertreten, die ihre Rechte wahrnehmen. Ist die Wegweisungsverfügung rechtskräftig, wird eine angemessene Ausreisefrist verfügt. Erfolgt die Ausreise nicht, wird die Ausschaffung angeordnet. Ist zu befürchten, dass die betreffende Person sich der Ausschaffung entziehen könnte oder will, kann eine Durchsetzungs- oder Ausschaffungshaft angeordnet werden. Dies, wie gesagt, als Ultima Ratio.

Gemäss Praxis- und Strafprozessordnung ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung zu gewähren, wenn die betreffende Person bedürftig ist und der Fall nicht aussichtslos ist. Zumindest die erste Voraussetzung wird in unserem Zusammenhang stets gegeben sein. Dazu müssen aber auch heikle Rechtsfragen und rechtlich wie tatsächliche Schwierigkeiten vorhanden sein, die der Betroffene nicht selber bewältigen kann. Der in Ausschaffungshaft genommene Ausländer hat bereits ein langes Verfahren mit unzähligen Einsprachemöglichkeiten hinter sich. Es stellen sich keine schwierigen rechtlichen oder tatsächlichen Fragen mehr. Das einzige Problem ist, dass er trotz rechtskräftiger Verfügung nicht ausreist.

Der Betroffene muss sich im Gegensatz zu einem Angeschuldigten nicht gegen strafrechtliche Vorwürfe wehren und deshalb bedarf es in dieser klaren Situation auch keines unentgeltlichen Vertreters. Das Bundesgericht kommt denn auch in einem Leitentscheid zum Schluss, dass in diesen Fällen erst im Haftverlängerungsverfahren, also nach drei Monaten, eine unentgeltliche Rechtsvertretung nicht verweigert werden darf. Das ist eine vernünftige Lösung und wir sollten es dabei belassen und keinen teuren Basler Finish einführen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Faesch, es gibt eine Zwischenfrage. Sie wird nicht angenommen. Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin der Grossrat mit der meisten Gefängniserfahrung und darum muss ich jetzt noch reden. Es geht um Gefängnisse bei diesen ganzen Motionen. Man lernt vieles, Erfahrung, Gefängnisluft und diese Gefängnisluft in Basel ist gar nicht gut. Es fehlt an allem. Zu mir kam kein Arzt, zu mir kam kein Pfarrer, er hat es scheinbar abgelehnt, zu mir kam kein Gefängnisdirektor. Ich verstehe das Anliegen dieser Motion, aber in Wirklichkeit ist alles viel schlimmer, darum rede ich hier. Ich bin gerade fertig, ich möchte das noch sagen, ich staune selber, mein Zellennachbar war der Mörder der mittleren Rheinbrücke. Einer ist aus der UPK ausgebrochen und hat mit dem Auto eine Frau auf der mittleren Rheinbrücke tödlich überfahren. Das war mein Nachbar 2012 und man hat mir nicht gesagt, wer mein Nachbar ist. Also das Gefängnis ist ganz wichtig, aber wie gesagt, wer im Gefängnis ist, sieht es ganz anders und was hier verhandelt wird, ist Gugus.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.



*Hanna Bay (SP):* Ich spreche mich ausdrücklich für die Überweisung dieser Motion aus und nein, ich tue das nicht als Anwältin, um Mandate zu generieren. Migrationsrecht ist wahrlich nicht mein Steckenpferd und der Dschungel von Gesetzen, Richtlinien, Abkommen, Dublin-Verordnungen und weiss ich nicht was hält mich auch davon ab, dies zu ändern. Schusterin, bleib bei deinen Leisten. Was ich aber weiss, ist, dass ein Freiheitsentzug, egal aus welchen Gründen, immer ein schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit darstellt. Der Freiheitsentzug ist und bleibt das stärkste repressive Mittel, welches dem Rechtsstaat zur Verfügung steht.

Aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass wir hier auch ein besonderes Augenmerk auf den Rechtsschutz legen müssen. Die vorliegende Motion fordert einzig und allein, dass den betroffenen Personen, die mehr als zehn Tage in Haft sind, nicht erst nach drei Monaten, nachdem sie es verlangt haben, eine Fachperson zur Seite gestellt wird, sondern dass jemand mit ihnen gemeinsam überprüfen kann, ob diese Haft rechtmässig ist oder nicht. Und so einfach, wie das Kollege Faesch darstellt, ist es nicht. Ausschaffungshaft ist nicht Ausschaffungshaft. Es gibt Dublin-Haft, es gibt sonstige Haftarten, ich bin hier nicht Fachperson, aber es ist nicht so einfach.

Und dass wir einen Rechtsbeistand gewähren bei Freiheitsentzug ist auch wahrlich keine neue Erfindung. Wir haben uns entschieden, das in der strafprozessualen Haft zu machen, wir haben uns entschieden, das bei fürsorglichen Unterbringungen zu machen und ich verstehe nicht, wieso dann bei der Administrativhaft, welche ohne weiteres mehrere Monate dauern kann, ein Unterschied gemacht werden soll. Wieso wir sagen, die ersten drei Monate deiner Freiheitsberaubung oder deinem Freiheitsentzug, das ist nicht so schlimm, das überprüfen wir nicht genau, da bekommst du keine Hilfe. Danach, wenn du es möchtest. Machen wir das nur, weil diese Personen keinen Schweizer Pass haben oder weil es uns mit unseren Privilegien sicher nicht betreffen kann? Ich hoffe nicht.

Das Institut der unentgeltlichen Rechtspflege hat sich zudem bewährt. Es garantiert, dass der Rechtsstaat und der Rechtsweg auch eben für Menschen ohne dickes Portemonnaie kein leeres Versprechen ist und es gewährt, dass der Zugang zum Recht für alle gewährt ist. Es ist etabliert bei banalen Nachbarschaftsstreitigkeiten im Familienrecht, im Strafrecht und, hier spreche ich aus Erfahrungen, die juristischen und tatsächlichen Fragestellungen sind teilweise weit weniger komplex als bei einer Ausschaffungshaft. Trotzdem wird in diesen Bereichen die unentgeltliche Rechtspflege gewährt und das zu Recht. Ich möchte nicht, dass das eingeschränkt wird, aber ich glaube auch, dass wir hier deswegen ein Stück vorwärts machen können und ich bitte Sie daher, diese Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Im Gegensatz zur Kollegin Bay hatte ich effektiv in meiner jungen Karriere als Advokat auch schon den einen oder anderen Migrationsrechtsfall. Das macht das Leben ja auch interessanter, aber ich möchte zuerst mit einem Grundsatz anfangen. Die SVP hat sich in der Tat auch intensiv mit diesem Vorstosspaket der BastA auseinandergesetzt und Sie haben es vielleicht auch in der Kreuztabelle gesehen oder auch im Abstimmungsresultat bei der Überweisung der ersten Motion, wir sagen nicht einfach grundsätzlich überall nein, wo wir das Wort Ausländer hören. Es gibt ja auch in unterschiedlichen Punkten unterschiedliche Meinungen, das darf man dann auch sehr gerne zur Kenntnis nehmen, wir wären dann aber auch in einem umgekehrten Fall, und da ziehe ich jetzt wieder auf die BastA, relativ froh, wenn man uns auch in anderen Fällen nicht sofort abblocken würde, wenn die SVP in einer Motion oder in einem Anzug das Wort Migration in den Mund nimmt. So kann man dann auch effektiv inhaltlich vielleicht besser aufeinander zugehen, das vielleicht so als Grundsatzbemerkung.

In Sachen Inhalt bei dieser Motion 4 Nicola Goepfert hat es eigentlich Herr Faesch in Vorlesungsmanier eigentlich das Wichtigste schon gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich denke, der Schwerpunkt aus unserer Sicht ist effektiv bei der Frage der unentgeltlichen Rechtspflege, wo wir schon halt auch der Meinung sind, dass dies an den allgemeinen Bedingungen des Verwaltungsrechts geknüpft sein soll und wir auch die unentgeltliche Rechtspflege sprechen sollen, wenn die Person mittellos ist, wenn das Verfahren nicht offensichtlich aussichtslos ist. Ich denke, das ist dann schon nochmal ein Unterschied, ob man hier das sprechen sollte oder nicht und entsprechend bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen, weil sie hier eine kollektive Rechtspflege vorsieht ab zehn Tagen und wir sind der Meinung, es sollen die allgemeinen Voraussetzungen des Verwaltungsrechts gelten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird angenommen.



*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Jetzt einfach aus Interesse, weil Sie die letzte Motion angesprochen haben, da hat die SVP mit 7 zu 2 Stimmen trotzdem auch Nein gesagt inklusive Sie. Ich habe jetzt den Zusammenhang irgendwie nicht ganz verstanden.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich habe gesagt, dass wir beim Vorstosspaket nicht alles ablehnen, bei den Anzügen sind wir einmal offen, sind einmal dafür und bei der letzten Motion gab es unterschiedliche Meinungen innerhalb der Fraktion, also kein kollektives Nein zu allen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ich glaube, es war die genau gleiche Konstellation, als eine Zwischenfrage abgelehnt wurde und ich dann nach vorne gegangen bin und mehr oder weniger ätsch bätsch gesagt habe, dann spreche ich halt länger. Überlegen Sie sich einmal, für was Menschen eine Anwältin oder einen Anwalt beiziehen. Ihnen gefällt ein Bebauungsplan nicht, Sie nehmen eine Anwältin oder einen Anwalt. Ihnen gefallen die Bepflanzungen des Nachbarhauses nicht, weil ein Ast über ihren Garten herüberraagt, Sie nehmen sich eine Anwältin oder einen Anwalt, um das zu bekämpfen. Es gibt ganz viele Fälle, wo Personen sich eine Anwältin oder einen Anwalt nehmen und wenn sie es sich nicht leisten können, haben wir Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege.

Stellen Sie sich jetzt vor, Sie werden bei Ihnen zu Hause um 6 Uhr morgens abgeholt, Sie können niemanden darüber informieren. Dann kommen Sie irgendwo in einen dunklen Raum, da bleiben Sie mal ein paar Stunden, dann kommt eine Sachbearbeiterin und erklärt Ihnen, Sie bleiben jetzt wahrscheinlich für drei Monate da, morgen sehen Sie einen Richter. Dann sagen Sie, ich würde gerne eine Anwältin oder einen Anwalt haben dafür und dann heisst es, ja innerhalb von diesen 300 Minuten, die Sie gehört haben, dürfen Sie jetzt mal nachschauen, was es für Anwältinnen und Anwälte gibt. Dann telefonieren Sie mal rum, ach, blöd, Samstag, nimmt ja niemand ab. Dann haben Sie diese Haftverhandlung und jetzt glauben Sie wirklich, es ist so einfach an dieser Haftverhandlung, dass Sie keine Anwältin oder keinen Anwalt brauchen.

Und das ist jetzt eine direkte Frage, Sie können sie leider nicht mehr beantworten, Herr Kollege Faesch. Wenn es wirklich so einfach wäre, oder ich frage es anders, in keinem Rechtsgebiet oder in kaum einem Rechtsgebiet hat das Bundesgericht so viele kantonale Entscheide aufgehoben wie in ausländerrechtlicher Administrativhaft in den letzten Jahren. Die meisten dieser Beschwerden wurden geführt von Studierenden in ihrer Freizeit. Sind diese Angelegenheiten wirklich so einfach, dass das aufgehoben wurde, und sind unsere kantonalen Haftgerichte so schlecht, dass in so einfachen Fällen so viele Fehler gemacht werden? Ich glaube nicht. Das Ding ist einfach, sobald eine Person eine Fachperson zur Seite gestellt bekommen hat, kann das sauber überprüft werden. Wir sprechen hier einzig und allein davon, dass eine Person eine Rechtsvertretung bekommt, um die Rechtmässigkeit des stärksten Grundrechtseingriffs zu überprüfen. Ich kann nicht nachvollziehen, wie das fraglich sein kann, ich kann es wirklich nicht nachvollziehen. Sonst führen wir in allen anderen Rechtsgebieten auch das ein, erst ab der dritten Scheidung bekommt man unentgeltliche Rechtspflege. Ich verstehe es wirklich nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny.

*David Jenny (FDP):* Im Motionstext wird die Aargauer Regelung gelobt ab dem 31. Tag. Wir haben hier aber wieder einen Basler Finish, zehn Tage. Wie begründen Sie das?

*Daniel Gmür (SP):* Meiner Meinung nach wäre ab Tag 1 richtig, Aargau hat versucht, ein bisschen besser zu sein, wir versuchen, noch besser zu sein. Den Anspruch habe ich für Basel.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Lukas Faesch.

*Lukas Faesch (LDP):* Ich möchte ja nicht mit jungen Kollegen da eine Vorlesung führen, aber es geht überhaupt nicht darum, und Sie haben das völlig falsch hier dargestellt, es geht nicht darum, dass wir gesagt haben, wir wollen keine unentgeltliche Vertretung. Wir haben gesagt, wir wollen nicht nach zehn Tagen eine fixe unentgeltliche Vertretung. Das Bundesgericht hat mit guten Gründen gesagt, nach drei Monaten bei der Haftverlängerung, das wissen Sie ja so gut wie ich, ist das obligatorisch. Und es kommt noch dazu, was Herr Messerli gesagt hat, es kommt dazu, dass die normalen Regeln für eine



unentgeltliche Vertretung selbstverständlich gelten. Es kann im Einzelfall sein, dass auch schon nach fünf Tagen jemand so nicht mehr weiss, wie es weiter geht, dass auch dann bereits eine unentgeltliche Vertretung angeordnet wird. Das ist alles auch möglich. Also bitte bleiben Sie bei den Fakten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Motionär Nicola Goepfert.

*Nicola Goepfert (BastA):* Ich bedanke mich bei der Regierung, dass sie auf die Motion eintreten möchte, und auch bei den Fraktionen, die diese Vorlage unterstützen. Ich bin ehrlich gesagt etwas enttäuscht von der Fraktion Mitte-EVP, nicht nur, dass sie kein Votum gehalten hat und uns erklärt hat, wie sie zu ihrer Position kommt. Ich dachte auch das als unser gemeinsames Verständnis für rechtsstaatliche Mindeststandards etwas weitergeht. Aber vielleicht ist es ja auch zu deuten, dass dort noch einige zustimmende Knöpfli-Drücke, keine Ahnung, Abstimmungsergebnisse nachher kommen.

Jetzt aber zur Sache. Schweizweit werden jährlich rund 3'000 Menschen in ausländerrechtlich Administrativhaft genommen. Und wir haben es schon ein paar Mal gehört heute, ich sage es nochmals, das sind Menschen, die keine Straftat begangen haben. Diese Haft dient einzig der Sicherstellung ihrer Ausschaffung. Dennoch bedeutet Administrativhaft einen der schwersten Eingriffe in die persönliche Freiheit eines Menschen. Gerade deshalb müssen rechtsstaatliche Garantien besonders streng eingehalten werden. Die Realität sieht anders aus. Ein aktueller Bericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht dokumentiert alarmierende Mängel. Bei Haftüberprüfungen kommt es, und das ist auch verständlich, das passiert überall, wo Menschen arbeiten, zu formellen Fehlern und zu unzureichenden Verfahrensgarantien. Die Folge ist, dass Personen zu Unrecht oder zu lange inhaftiert werden. In einem dokumentierten Fall wurde eine Person 77 Tage lang inhaftiert, obwohl die falsche Haftart angeordnet worden war. Der Fehler blieb unbemerkt, weil es eben keine Rechtsvertretung gab. Administrativ inhaftierte Personen sind Menschen, die in besonderem Masse auf rechtliche Unterstützung angewiesen sind. Viele verfügen über keine finanziellen Mittel, sprechen keine Amtssprache, können sich in komplexen Verfahren nicht zurechtfinden.

Die Administrativhaft ist durch verschiedene Haftarten und erweiterte Haftgründe hochkomplex. Heute besteht ein Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung erst nach drei Monaten. Das führt zu erheblichen Schutzlücken. Wir von BastA sind überzeugt, dass alle Menschen Zugang zu einer Rechtsvertretung haben müssen, unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Aufenthaltsstatus. Gerade wenn der Staat so massiv in die Freiheit von Menschen eingreift, muss er sicherstellen, dass Personen von möglichen Fehlern geschützt sind.

Diese Motion fordert nichts Neues, sondern lediglich eine Angleichung an bestehende Standards. Im Strafverfahren besteht nach zehn Tagen Freiheitsentzug ein Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung. Es ist sachlich nicht zu rechtfertigen, dass Personen in Administrativhaft, die eben keine Straftat begangen haben und oft besonders vulnerable sind, schlechter gestellt werden als andere. Der Kanton Aargau zeigt, dass eine Regelung praktikabel ist. Dort wird unentgeltliche Rechtsvertretung, wir haben es auch schon gehört, ab dem 31. Tag gewährt. Unsere Motion geht, das wurde schon angemerkt, einen Schritt weiter und orientiert sich eben am rechtsstaatlichen Mindeststandard der Strafprozessordnung von zehn Tagen.

Eine faire Regelung stützt nicht nur die Betroffenen vor unverhältnismässigen Eingriffen, sie stärkt auch die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates. Wenn Menschen wochen- oder monatelang unrechtmässig inhaftiert werden, weil sie keinen Zugang zu rechtlicher Beratung haben, ist das nicht nur ein individuelles Unrecht, es widerspricht vor allem, wofür unser Rechtsstaat sein sollte. Diese Motion schafft gleiche Rechte bzw. Rechtshilfen für alle. Sie kostet wenig, schützt viel und ist längst überfällig. Ich bitte Sie um Zustimmung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 31 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008313, 04.02.26 17:38:44]

### **Der Grosse Rat beschliesst**



die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 55 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

## **22. Motion 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländischer Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt**

[04.02.26 17:38:53, 25.5546.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Daniel Gmür. Daniel Gmür bestreitet nicht, dann Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch bei dieser Motion hatten wir eine gewisse Grundsatzdiskussion. Wir sind hier auch nicht einstimmig, lehnen aber diese Motion auch grossmehrheitlich ab. Wir sind der Meinung, dass man unter 15 definitiv keine Haft verfügen sollte, das ist die einstimmige Meinung innerhalb der SVP, wir sind aber der Meinung, dass es doch auch bei 16- oder bei 17-jährigen Personen vielleicht auch eine Güterabwägung benötigt und im Einzelfall auch eine derartige Haft zur Umsetzung der Ausschaffung gerechtfertigt sein kann. Hier wollen wir den Behörden einen gewissen Ermessensspielraum belassen und nicht von vorneherein sagen, dass es jetzt überhaupt nicht mehr möglich ist, und deshalb lehnen wir auch diese Motion ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ich war etwas schnell mit dem Drücken, selbstverständlich bestreite ich nicht. Ich bin auch froh, dass jetzt noch jemand auf die Rednerliste gekommen ist, ich habe schon gedacht, die liberalen Parteien lassen sich in dieser Frage von der SVP vertreten. Wenn ich mir das Stimmverhalten und die Voten der letzten beiden Traktanden anschau, habe ich das Gefühl, wir müssen es nochmals wiederholen. Sie haben es genug oft gehört, aber ich glaube, wir müssen es nochmals wiederholen. Es ist eine reine Administrativhaft. Es geht um Personen, da ist vielleicht ein Flug gebucht, da wartet man vielleicht noch auf Ausweispapiere und damit die Personen sicher auf dieses Flugzeug kommen können, steckt man sie in ein Gefängnis. Nun, es geht jetzt in diesem Vorstoss darum, ob wir auch Minderjährige in ein Gefängnis stecken, nur weil sie den Pass gerade noch nicht haben für die Ausreise oder weil sie noch ein bisschen warten müssen auf diesen Flug. Es geht darum, dass Minderjährige, während sie auf diesen Flug oder auf diese Ausweispapiere warten, bis zu einem Jahr in einer Gefängniszelle sind, anstatt in einer menschenwürdigen Unterkunft, in der Schule, auf dem Fussballplatz oder an den Geburtstagsfesten von ihren Freunden. Darum geht es in diesem Vorstoss, wirklich nur darum geht es in diesem Vorstoss.

Ich bin froh, dass der Kanton Basel-Stadt zusammen mit der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter, zusammen mit sämtlichen Institutionen die Kompetenz haben, diese Frage zu beantworten, einig sind, dass das mit dem Kindeswohl, den Kinderrechten und den Menschenrechten nicht vereinbar ist, Minderjährige in eine Gefängniszelle zu werfen, bis ihr Flug losgeht. Das hat Basel-Stadt erkannt und deswegen ordnet der Kanton Basel-Stadt auch keine solche Haft an. Was machen wir aber im Kanton Basel-Stadt? Wenn der Kanton Solothurn oder der Kanton Baselland eine solche Haft anordnen, dann vollziehen wir sie, wahrscheinlich vollziehen wir es, weil wir dafür entschädigt werden. Und jetzt frage ich mich, sind wir ernsthaft eine Art Kanton, die sagt, wir finden etwas rechtswidrig, aber wenn wir dafür bezahlt werden, machen wir es? Das Einzige, was wir mit diesem Vorstoss verlangen, ist, dass wir das, was wir menschenrechtlich eingeschätzt haben, umsetzen und nicht die Drecksarbeit für andere Kantone erledigen, nur weil sie uns dafür bezahlen.

Vor diesem Hintergrund muss ich ganz ehrlich sagen, mit einer rechtsstaatlich liberalen Grundhaltung dachte ich, dieser Vorstoss sei, neudeutsch formuliert, ein No-Brainer. Vor diesem Hintergrund beantragen wir und empfehlen wir Ihnen die Überweisung des Vorstosses.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Gmür, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Ist es für Sie völlig ein unrealistisches Szenario, dass eine 17-jährige Person untertauchen kann, wenn ihm eine Ausschaffung droht und dementsprechend für sie niemals das öffentliche Interesse an einer Administrativhaft überwiegen könnte?

*Daniel Gmür (SP):* Wir haben uns als Gesellschaft entschieden, dass wir das Kindeswohl sehr hoch halten wollen und ich möchte, dass wir das auch in diesem Saal machen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich erspare mir eine Einleitung wie Kollege Gmür, sonst werde ich unanständig und das will ich nicht. Warum, sagen Sie, mein Gott, jetzt kommt ein Nichtjurist und sogar ein Kinderarzt, der eigentlich für Kinderrechte eintreten soll und muss und das tue ich, das tue ich tagtäglich, ich überlege mir auch, ob wir ein Kind hospitalisieren, das gehört auch zur Charta der UNO, dass man eine Hospitalisation auch hinterfragen muss, weil das ein Recht ist, dass alles sonst eben nicht so nur im Spital geschehen soll. Was waren denn die Diskussionen in der LDP, das wollten Sie ja hören und nicht von irgendjemand anderem.

Der Schutz der Kinder ist absolut unbestritten. Wir sprechen von Jugendlichen 15, 16, 17, 18, manchmal sind leider auch die Geburtsdaten nicht ganz klar, wie es bei uns in der Medizin auch vorkommt. Plötzlich stellt sich das Knochenalter heraus, dass es 21-23-Jährige sind, egal, um das geht es jetzt hier nicht. Es geht um ein absolutes Verbot mit einem Gesetz, mit einer Motion, das ist ein Gesetz, das will ich eigentlich nicht. Warum, weil die Administrativhaft, die sollte einfach noch möglich sein als wirklich Ultima Ratio, wirklich Ultima Ratio und die Interpellation von Frau Mück, war es, glaube ich, auch die Motionärin, die gefragt hat, wie häufig kommt das denn überhaupt vor in Basel-Stadt, eigentlich nie. Eigentlich nie und ich bin sehr froh darüber, ganz ehrlich gesagt.

Die Beispiele von den Kantonen Baselland und Solothurn müsste man wirklich nochmal angehen, da gebe ich Ihnen absolut recht, Herr Gmür, da bin ich auch dafür, aber deswegen jetzt gerade ein Gesetz ändern für so etwas Seltenes, das scheint mir einfach zu viel. Es ist ein Totalverbot und dieses letzte Mittel wird genommen. Zudem schafft ein solches kantonales Verbot, so wie ich es als Nichtjurist verstanden habe, auch einen Widerspruch zum Bundesrecht und führt zu Vollzugsproblemen sowie vielleicht Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen, obwohl jetzt eben zwei Kantone hier ja genannt werden, die das umgesetzt haben.

Naja, bereits heute wird in Basel-Stadt, und da bin ich wirklich sehr froh, sehr zurückhaltend und verhältnismässig gehandelt in solchen Fällen und statt eines starken Verbots, eines Gesetzes, was ich nicht möchte als Liberaler, sollten wir einmal mehr die sogenannte sorgfältige Einzelfallprüfung wirklich ernst nehmen und daher lehnt die LDP dies ab. Die Zwischenfrage nehme ich an, selbstverständlich.

*Daniel Gmür (SP):* Besten Dank für die Annahme. Die nationale Kommission zur Verhütung von Folter und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gehen davon aus, dass es widerrechtlich ist, Minderjährige in Haft zu nehmen für die Administrativhaft. Wieso ist es dann mit Bundesrecht nicht vereinbar, wenn wir das umsetzen?

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ein Riesenchallenge für mich, das jetzt zu verstehen als Nichtjurist, aber das Bundesrecht ist das oberste Recht, so wie ich es als Nichtjurist verstehe, und die sagen ja, dass das korrekt ist, wie es heute läuft. Oder ich habe es falsch verstanden, das ist möglich, ich gebe mir nachher Nachhilfe.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ja, Herr Gmür fordert mich ein bisschen heraus und ich gebe wirklich zu, ich verstehe vom Migrationsrecht nichts und auch nicht von Administrativhaft, aber ich habe einfach den Eindruck, dieses Vorstosspaket, die wahre Intention ist jetzt, hier genussvoll alle Bürgerlichen vorzuführen als Steinzeitmenschen, die das Wort Menschenrecht noch nie gehört haben in ihrem Leben. Und ich meine, die Motionen sind unterschiedlich, ich habe mich auch bei der ersten



enthalten, es ist wahr, Administrativhaft ist nicht wie andere Haftarten. Aber ich meine, hier sagen Sie immer, das sei so ganz klar gegen alle rechtlichen Verpflichtungen. Sie haben keinen einzigen Entscheid zitiert und wenn es wirklich so klar wäre, dann wäre es wahrscheinlich ein Einfaches, einen bundesgerichtlichen Leitentscheid herzuführen. Den hat man in einem gewissen Umfang mit dem Internetzugang gehabt, aber auch dieser Entscheid wurde in dieser Motion nicht aufgeführt.

Und dann wird jetzt hier unterstellt, dass wir diese Minderjährigen aus, was ist es jetzt, Aargau und Solothurn, was auch immer, aus finanziellen Motiven hier aufnehmen. Ich meine, das ist ja absurd. Ich glaube nicht, dass wir dann Gewinn damit machen. Das ist aus interkantonalen Zusammenarbeitsgründen, ich weiss nicht, ob es eine rechtliche Grundlage, eine Verpflichtung dafür gibt, aber das ist ein gemeineidgenössisches Verhalten und dem jetzt Gewinnsucht zu unterstellen, also ich meine, da habe ich jetzt wirklich gestaunt, wahrscheinlich verlieren wir dabei Geld. Also ich kann mir es nicht anders vorstellen, ich glaube nicht, dass diese Kantone hier kostendeckende Tarife bezahlen und wenn, dann wäre das jetzt toll, aber das ist sicherlich nicht das Motiv dafür. Von daher sehe ich also den Nachweis, dass es jetzt wirklich rechtlich unzulässig ist und nur die beiden Westschweizer Kantone dies begriffen haben, sehe ich als nicht erbracht. Und dann wird auch in der Motion einfach gesagt, dass in diesen Kantonen, «ohne dass dafür die öffentliche Sicherheit oder die Durchsetzung von Wegweisungen beeinträchtigt wurde», ein Beleg dafür findet sich nicht. Das ist einfach eine Parteibeauptung, ich bestreite die mal.

In diesem Sinne, ich glaube, man darf auch ohne wirklich ein erklärter Gegner der Menschenrechte sein, gegen diese Motion stimmen und ich lasse mir da kein schlechtes Gewissen von Herrn Gmür einreden und ich bin gespannt auf ein zweites Votum von Herrn Gmür, insofern erspare ich ihm die Zwischenfrage.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ja, so kindisch bin ich. Es ist die Haltung der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter, das ist nicht eine Partei in diesem Verfahren, die ich vorhin genannt habe. Und jetzt appelliere ich doch an Ihr finanzpolitisches Gewissen. Wenn wir Verlust machen damit, dann lassen Sie uns doch nicht Menschenrechte verletzen auf unsere Kosten für Baselland und Solothurn.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat die Motionärin Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Wir von BastA haben dieses Vorstosspaket am internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember eingereicht. Diese Motion hier verlangt wie all die anderen Vorstösse nichts Revolutionäres. Ich bin auch keine Juristin, Herr Furlano, und werde deshalb auch keine juristischen Begründungen präsentieren. Dies können andere hier im Rat viel besser, das haben wir schon gehört. Ich möchte ganz einfach, dass die UNO-Kinderrechtskonvention umgesetzt wird im Kanton Basel-Stadt, und zwar ohne Wenn und Aber.

Ein Freiheitsentzug für Minderjährige stellt immer einen besonderen Eingriff in die persönliche Freiheit und in den Grundsatz des Kindeswohls dar. Eine rein ausländerrechtlich motivierte Haft ist einfach keine ausreichende Begründung für einen solchen Eingriff und vor allem nicht für einen solchen Eingriff in die Kinderrechte. Ich habe noch vor der Einreichung der Motion die Argumentation gehört, die Inhaftierung von Kindern diene dem Kindeswohl, weil dadurch die Trennung von Kindern und Eltern vermieden werden könnte. Das finde ich schon ein wenig zynisch. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass Kinder und auch Jugendliche nie in Administrativhaft genommen werden dürfen, auch wenn dies im Familienverbund erfolgt und der Haftbefehl nicht den Kindern, sondern deren Eltern gilt. Darum merke ich auch, ich finde die Aufteilung in Alterssegmente ziemlich schwierig. Wir haben hier einfach in der Schweiz eine Volljährigkeit mit 18 und das sollte auch in diesem Fall gelten, ohne Wenn und Aber. Wenn es wirklich darum geht, den Vollzug der Wegweisung zu garantieren, dann gibt es genügend Alternativen. Das zeigt die Praxis in anderen Kantonen, die dieses Verbot schon haben. Die Anordnung von Administrativhaft bei Minderjährigen ist in keinem Fall zumutbar. Das sagen auch verschiedene internationale Menschenrechtsorgane. Seit langer Zeit sagen sie es und sie sagen es immer wieder.

Es ist erfreulich, das haben wir gehört, nach Aussage des Regierungsrats in einer Antwort auf eine Interpellation wird in unserem Kanton keine Haft für Minderjährige angeordnet, aber wenn die Kantone Basel-Landschaft oder Solothurn dem Kanton Minderjährige überweisen, werden diese hier bei uns eingesperrt. Aus welchen Motiven auch immer, das ist mir eigentlich egal. Damit wird einfach die Kinderrechtskonvention nicht so umgesetzt, wie wir es in Basel-Stadt mit dem UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde» eigentlich könnten.

Deswegen frage ich mich, wie sollten wir es denn sonst erreichen, wenn nicht mit einer Motion? Also es ist ein verbindlicher Auftrag an den Regierungsrat, dies zu prüfen und umzusetzen. Ich möchte gerne ein Verbot in Basel-Stadt dieser Haft für



alle, also für Kinder. Mit dieser Motion verlangen wir nichts anderes als ein Verbot der ausserländerrechtlichen Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt. Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008315, 04.02.26 17:56:21]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 55 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

#### **Schluss der 2. Sitzung**

17:56 Uhr



## Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 11. Februar 2026, um 9:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Zaira Esposito (SP); Lydia Isler-Christ (LDP), David Jenny (FDP), Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP), Patrizia Bernasconi (BastA), Hanna Bay (SP), Laurin Hoppler (SP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

23.	Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität.....	2
24.	Motion 7 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds .....	7
25.	Motion 8 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals .....	15
26.	Anzug 1 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend kurzfristige Festhaltungen dokumentieren.....	17
27.	Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Senkung der Suizidversuche im Gefängnis Bässlergut .....	17
28.	Anzug 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Überprüfung einer Neuausrichtung der Informatikmittelschule Basel.....	17
29.	Anzug 4 Claudio Miozzari für eine bikantonale Plattform Talentförderung in der Berufsbildung .....	18
30.	Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend irreführende Verwendung des Begriffs «Ranger» auf der Dreirosenanlage .....	19
31.	Anzug 6 Ivo Balmer und Konsorten zum Ausbau der statistischen Grundlagen im Bereich Wohnen .....	21
32.	Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“, Schreiben des RR .....	24
33.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, Schreiben des RR .....	24
34.	Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen, Stellungnahme des RR.....	25
35.	Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend gesetzliche Verankerung der Betreuung, Schreiben des RR.....	32
35.1.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungsbeiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, Schreiben des RR .....	32
36.	Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen, Bericht des RR .....	32
37.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen, Schreiben des RR.....	32
38.	Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat, Schreiben des RR.....	35
39.	Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR.....	36



### Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 11. Februar 2026, 09:00 Uhr

## 23. Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität

[11.02.26 09:00:07, 25.5550.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst keine Mitteilungen zu machen.

Wir fahren fort mit Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität. Als erste Einzelsprecherin eingetragen hat sich Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Dass uns als SP-Fraktion und auch mir persönlich transparente Mitwirkungsverfahren wichtig sind, haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen, als wir uns für die Erarbeitung des Mitwirkungsgesetzes stark gemacht haben. Hier bei dieser Motion ist Mitwirkung als Begriff, aber ein Vorwand und wir lehnen die Motion ab.

Was diese Motion will, ist nämlich nicht Mitwirkung, sondern Blockade. Eine Blockade, die von all jenen Projekten, die öffentlichen Raum so nutzen wollen, dass er möglichst vielen zugutekommt, dass diese nicht umgesetzt werden können. Denn im Vorstoss geht es einzig und allein um Mitwirkung im Zusammenhang mit Parkplätzen. Das kann man wollen, das bedeutet aber auch, dass man demokratische Entscheide, sei es aus dem Grossen Rat oder in Volksabstimmungen, dass man diese Entscheide ausbremsen will. Als Beispiel sei die Vorlage zur Verbesserung der Sicherheit auf Velorouten zu nennen. Die Umsetzung davon würde einfach blockiert und dazu ist § 55 nicht da, Kollege Karger. § 55 soll nicht Volksentscheide aufheben oder zumindest um Jahre verzögern, § 55 soll Spielräume auslotsen, wo die Bevölkerung mitgestalten kann. Beschlossene Umgestaltungen des gemeinsamen Raumes zu verhindern, das ist nicht Sinn und Zweck. So weit, so gut, man kann das selbstverständlich dennoch wollen.

Was mich aber wirklich verwundert und auch irritiert, ist, dass jenen Fraktionen, die diese Motion überweisen wollen, die Grundlagen der darin gemachten Angaben so genügen. Was hier als Begründung drinsteht, stimmt zu einem beträchtlichen Teil einfach nicht. Haben Sie kurz kritisch hinterfragt, was darin behauptet wird? Beginnen wir mit dem Augenfälligsten. Im Vorstoss steht, dass es in Basel einen stetigen Abbau von Parkplätzen gebe. Das ist faktisch falsch. Allein von 2022 bis 2024 haben wir eine Bilanz von plus 1'500 Parkplätzen. Auf 500, wo die Allmend einer anderen Nutzung zugeführt wurde, kamen 2'000 neue auf Privatgrund dazu.

Dann, in der Motion wird der Personenwagenbestand von 1995 mit jenem von 2015 verglichen. Ich wundere mich, wieso sollen dies die sinnvollen Referenzwerte sein? Wir schreiben 2026. Ich vermute, dass hier irgendwie falsche Jahreszahlen reingerutscht sind, das kann passieren, aber wieso haben es die Mitunterzeichnenden nicht hinterfragt? Und sowieso, angenommen, es seien aktuelle Jahreszahlen gemeint, auch dann stimmen die Werte nicht, in der Motion steht nämlich, der Bestand der Personenwagen hätte zugenommen und das ist einfach falsch. Vergleichen wir 2015 mit 2023, das sind die aufgeschlüsselten Zahlen, die vom Statistischen Amt öffentlich zum Download bereitstehen, dann hat der Bestand der Personenwagen in unserem Kanton von 62'400 auf 61'400 abgenommen. Wieso überprüft das keine und keiner von Ihnen, bevor Sie sich entscheiden, so etwas zu überweisen? Bei gleichzeitig wachsender Bevölkerungszahl hat dennoch auch die Anzahl Personenwagen pro Haushalt und pro Einwohner\*in abgenommen und deshalb geht die Begründung in diesem Vorstoss nicht auf.

Ich bitte in diesem Sinne all jene Fraktionen, die einer Überweisung zustimmen wollen, vielleicht noch einmal zu überprüfen, auf welcher Faktengrundlage Sie diesen Entscheid gefällt haben, und vielleicht kommen Sie nun doch noch zu einem anderen Schluss. Wir von der SP-Fraktion werden eine Überweisung ablehnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Fina Girard.



*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Eine der Kernforderungen des grünen Wahlprogramms für diese Legislatur trägt den Titel «Partizipative Stadtplanung leben». Wir schreiben da, dass insbesondere bei baulichen Eingriffen im Quartierleben und der Freiraumgestaltung der Einbezug der Bevölkerung unerlässlich ist. Selber arbeite ich in einem Büro für Stadtentwicklung, das sich auf partizipative Prozesse spezialisiert hat. Ich stehe also auch ausserhalb meines politischen Amtes regelmässig in direktem Kontakt mit der Bevölkerung und natürlich gehen auch da, nicht anders wie bei uns hier im Rat, in Sachen Parkplätzen die Emotionen hoch. Als Mitarbeiterin ist klar, dass ich diese Bedürfnisse wahr und ernst nehme und versuche, Lösungen zu finden, ganz egal, ob es um Parkplätze, um Baumpflanzungen oder Verkehrsberuhigung geht. Im Sinne der Partizipation ist das für mich selbstverständlicher Teil meines Berufsbildes.

Nun, bei so viel Freude an der Partizipation müssen wir doch mit wehenden Fahnen die vorliegende Motion unterstützen. Nun, in der Partizipation gibt es ein ganz zentrales Konzept, nämlich das Prinzip der Ergebnisoffenheit. Und genau diesem Prinzip widerspricht diese Motion auf ganzer Länge, wenn sie in Punkt 2 und 3 schon vorwegnimmt, wie denn genau die Bevölkerung zu partizipieren hätte, nämlich indem der Motionär im gleichen Atemzug fordert, dass alternative Parkplätze angeboten werden müssen. Das entspricht weder dem Anliegen einer ergebnisoffenen Partizipation noch dem Volkswillen des Netto-Null-Ziels noch den wiederholt geäusserten Bedürfnissen der Basler Bevölkerung, mehr Raum für Grün und Begegnung auf unseren Strassen zu schaffen und nach dem Votum von Lisa Mathys auch nicht den Zahlen im Kanton.

Wir als Fraktion GRÜNE/jgb sagen sehr gerne Ja zur Partizipation, aber Nein zu einer Scheinpartizipation für die Zementierung der Parkplatzzahl. Wir bestreiten damit die vorliegende Motion und bitten Sie, diese ebenfalls abzulehnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Meine Vorrednerinnen, insbesondere Lisa Mathys, haben schon sehr gut ausgeführt, was sich alles an diesem Anzug kritisieren lässt, an der grundsätzlichen Herleitung und dann auch an den einzelnen Forderungen, insbesondere was die Partizipation betrifft. Da kann ich mich nur anschliessen, ich glaube nicht, dass wir hier ein Problem mit mangelnden Partizipationsmöglichkeiten hätten, auch wenn es natürlich in diesem Bereich immer Verbesserungsmöglichkeiten gibt, aber warum jetzt gerade bei Parkplätzen, das ist mir schleierhaft.

Konkret will ich nochmal darauf eingehen, was ist die Politik der Regierung und was ist die Haltung der GLP grundsätzlich bezüglich Parkplätze. Denn wir als GLP tragen hier grundsätzlich die Politik der Regierung, die Strategie der Regierung und was hier der Anzug unterstellt, so lese ich das zumindest, ist, dass wir versuchen, Parkplätze abzubauen, weil wir dem Auto nicht wohlgesinnt sind und das vertreiben wollen aus der Stadt. Das ist ein bisschen, was hier mitschwingt, auch wenn es nicht so steht. Philip Karger kann mir dann gerne noch widersprechen, falls ich das falsch verstanden habe, aber das lese ich da raus.

Für die Regierung kann ich nicht sprechen, aber wohl für die GLP und für mich selber vor allem, das ist keinesfalls, was wir wollen, wir wollen nicht das Auto vertreiben. Konkret was wir wollen bei den Parkplätzen, wir wollen wohl, dass Parkplätze auf Allmend abgebaut werden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sich der Platz besser nutzen lässt und dass es eher ein historisches Missverständnis ist, dass man es als Normalfall ansieht, dass man das Auto auf der Allmend parkieren darf. Nein, die Parkplätze sollen, sofern sie denn nötig sind, auf privatem Grund stehen und entsprechend dann auch anständig bewirtschaftet werden. Ich habe gar nichts dagegen, wenn am Schluss dann jemand Geld damit verdient, wenn er einen Parkplatz anbietet. Und wenn sie dennoch auf der Allmend stehen, sollte der Staat damit Geld verdienen, und zwar einen angemessenen Preis verlangen. Im Moment sind wir weit davon weg, dass man einen angemessenen Preis bezahlt, insbesondere für die Anwohnendenparkkarten. Das wollen wir, aber uns geht es sicher nicht darum, das Auto grundsätzlich zu vertreiben. Das Auto hat auch in Zukunft einen Platz, das ist ein grossartiges Instrument für gewisse Zwecke und das soll auch so bleiben.

Dann noch ganz konkret zu der einen Forderung, die noch raffiniert daherkommt, quasi diese Umkehr. Man darf erst Parkplätze aufheben auf der Allmend, wenn es entsprechende Quartierparkings gibt. Ich finde Quartierparkings auch eine gute Sache, wir von der GLP auch, wir finden es schade, dass es offenbar teilweise schwierig ist, sie zu bauen oder dass sie nicht gebaut werden. Wenn man dann aber schaut, warum das der Fall ist, dann hat das einerseits grundsätzlich mit Schwierigkeiten zu tun, etwas zu bauen, aber es hat auch damit zu tun, dass es sich schlicht und einfach nicht lohnt. Und das ist deshalb, weil im Moment einfach immer noch genügend Parkplätze auf der Allmend viel zu günstig zur Verfügung stehen. Aber es macht überhaupt keinen Sinn, da etwas umdrehen zu wollen, die Quartierparkings werden nicht von alleine gebaut, die werden allenfalls dann gebaut, wenn man noch konsequenter und noch schneller die Parkplätze auf der Allmend aufhebt. Ja, das passt, glaube ich, für den Moment.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Ich habe Freude an dieser Motion, ich habe Freude an den Voten meiner Vorredner, denn sie sind sehr entlarvend. Diese Motion will ja nichts anderes als die Demokratie stärken, das Mitbestimmen der Bevölkerung. Mitbestimmen kann nur in einem freiheitlichen Staat, wer das Recht hat, sich zu äussern und dieses Recht, seine Gedanken, seine Argumente und Gegenargumente einzubringen, die sind der zentrale Inhalt dieser Motion und wer sie ablehnt, lehnt unseren demokratischen Staat ab. Gerade bei aufgeladenen Themen wie Klimapolitik oder hier Verkehrspolitik ist das Mitreden aller Betroffenen nötig und die Fraktionen, die Grünen, GLP, BastA, welche die Motion ablehnen, sollten alles daransetzen, dass sie überwiesen wird, denn damit können Sie Ihre Politik noch stärker demokratisch legitimieren, aber das wollen Sie ja anscheinend nicht. Für sie ist Demokratie gleich Blockade. Sie können sich offensichtlich nicht vorstellen, dass Leute, die mitreden, Sie sogar unterstützen und eben nicht blockieren, das wäre ja auch möglich.

Sie kennen den § 55. Die Quartierbevölkerung wird einbezogen, sofern ihre Belange besonders betroffen sind, was beim Abbau von Parkplätzen der Fall ist. Mobilität bedeutet eben nicht nur, dass sich Fahrzeuge bewegen, sondern dass sie sich halt teilweise auch nicht bewegen und dazu braucht es Abstellflächen und wer das bestreitet, der soll doch bitte so ehrlich und konsequent sein und in Zukunft auch darauf verzichten, mehr Veloparkplätze zu fordern. Es wurde gesagt, es seien 1'500 Parkplätze mehr dazugekommen. Ich frage Sie, wo sind die? Sie müssen mindestens grösstenteils auf privatem Boden sein und ein Parkplatz auf privatem eigenem Boden kann sich nur leisten, wer Geld hat. Sie machen eine Verkehrspolitik für die Reichen. Das finde ich noch spannend, dass das aus dieser Ecke kommt.

Ein Thema dieser Motion sind die Quartierparkings. Sie sind eine sehr gute Lösung und Quartierparkings sind Staatsaufgabe. Der Staat ist für die Organisation des öffentlichen Verkehrsraums verantwortlich, dazu gehören eben auch die Abstellmöglichkeiten. Und im Regierungsbeschluss vom 14. Oktober 2025 schreibt ja selbst der Regierungsrat, er habe ein Konzept zur aktiven Entwicklung von Quartierparkings entwickelt und er erwähnt die Übernahme Horburg-Parkhaus, neues Quartierparking im Bereich der Messehalle 3 und er ortet noch Quartierparkings im Raum Gotthelf, Iselin und im Gundeli. Und er schreibt einen sehr bemerkenswerten Satz: Zukünftig sollen bei allen Arealentwicklungen die Möglichkeiten für Quartierparkings geprüft werden und bei allen Strassen- und Gestaltungsprojekten, etc. Ersatzmöglichkeiten in Quartierparkings gesucht werden. Ja, diese Bekundungen sind schön, sie entsprechen einem Teil der Motion, ich höre sie mit Freude. Die Worte höre ich, allein mir fehlt der Glaube und dieser Glaube wird dann dort sein, wenn diese Quartierparkings dereinst vielleicht eventuell wirklich dastehen.

Es ist endlich an der Zeit, dass der Kanton seine Parkplatzabbau-Organie beendet und in bewohnerorientierte Bahnen lenkt. Die Klimatisten haben mit dem Netto-Null-Ziel 2037 das Volk zu einem Ja verführt und können jetzt unter diesem Deckmantel vermeintlich alles und jedes durchdrücken, nicht nur, aber gerade auch in der Verkehrspolitik. Und die vorliegende Motion ist ein Ausdruck davon, dass diesem Vorgehen ein Riegel geschoben werden und die demokratische Mitbestimmung wieder die Regel und nicht die Ausnahme sein muss. Auch bei der Verkehrspolitik. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Motion zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste kommt von Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Lieber Beat Schaller, Sie haben so nebenbei gesagt, wer diese Motion ablehnt, lehnt unseren demokratischen Staat ab. Meinen Sie das wirklich ernst?

*Beat K. Schaller (SVP):* Wenn Sie so fragen, erübrigt sich meine Antwort, da werden wir wohl nie einer Meinung sein. Ja, ich meine das ernst.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Zwischenfrage von Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich gehe noch etwas konkreter darauf ein. Sie haben gesagt, wir wollen die Entscheide nicht demokratisch legitimieren lassen. Der Gegenvorschlag für mehr Sicherheit auf den Velorouten wurde von der Bevölkerung mit über 59% Ja-Stimmen angenommen. Bestreiten Sie die demokratische Legitimierung und wollen die Umsetzung wirklich blockieren?

*Beat K. Schaller (SVP):* Es wurde ja angenommen. Nein, bestreite ich nicht.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

*Franziska Stier (BastA):* Zunächst möchte ich doch mein Befremden über den Beitrag von Herrn Schaller ausdrücken, der einerseits die Mitbestimmung stark macht und andererseits festhält, dass ein Entscheid, der nicht seiner Haltung entspricht, einer Verführung gleicht. Wie viele meiner Vorredner\*innen schon festgestellt haben, geht es in dieser Motion nicht um Mitbestimmung und Teilhabe, sondern um den Erhalt von Parkplätzen. Und ja, der Abbau von Parkplätzen greift in bestehende Gewohnheiten ein, das ist richtig. Aber lassen Sie uns ehrlich sein, auch die Existenz von Parkplätzen und überdimensionierten Strassen greift tagtäglich in das Leben sehr, sehr vieler Menschen ein. Nur wird das oft als selbstverständlich hingenommen. Öffentlicher Raum ist knapp und heute ist er eben hochgradig ungerecht verteilt. Ein grosser Teil unserer Strassenfläche dient der kostenlosen oder eben stark subventionierten Abstellung privater Fahrzeuge, Fahrzeuge, die im Schnitt 23 Stunden am Tag stillstehen. Dieser Raum fehlt dann für Kinder, die sicher draussen spielen wollen, für ältere Menschen, die sich auf Bänken ausruhen möchten, für Grünflächen gegen Hitze, für sichere Velowege oder schlicht Orte der Begegnung.

Das ist also keine neutrale Situation, wie die Motion vorgibt, sondern das Ergebnis einer politischen Prioritätensetzung aus dem letzten Jahrtausend zugunsten des Autos und zulasten der Lebensqualität vieler. Diese Motion tut so, als sei jeder Parkplatz sakrosankt und als müsse jede Veränderung zuerst und vor allem an den Bedürfnissen der Autofahrenden gemessen werden. Das lehnen wir von BastA ab. Gerechte Stadtentwicklung bedeutet Umverteilung von Blech zu Mensch, von Stillstand zu Leben. Und natürlich braucht es Ausnahmen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, für Pflege, für Handwerk und Gewerbe, aber das rechtfertigt nicht, den öffentlichen Raum weiterhin primär als Abstellfläche für private Autos zu behandeln. Wir von BastA stehen für eine Stadt, in der öffentlicher Raum ein gemeinsamer Lebensraum ist, gerecht verteilt, klima- und sozialverträglich. Diese Motion geht in die entgegengesetzte Richtung, darum lehnen wir sie ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ja, zuerst korrigiere ich ein paar Sachen. Parkplätze auf der Allmend, ich beziehe mich auf den Ratschlag Quartierparkings vom Regierungsrat, darin wurden 25'900 Parkplätze auf der Allmend erwähnt. 2011 waren es noch 31'000, wir haben also über 5'000 Parkplätze abgebaut. Falls das nicht stimmt, sollte man mich korrigieren.

Dann muss ich auch nochmal daran erinnern, wir haben die Stadtklima-Initiativen klar abgelehnt, das sind genau die, die jetzt diesen Vorstoss getriggert haben, sprich Umwandlung von Strassenraum in Grünflächen. Das als einleitende Anmerkung.

Jetzt gehen wir noch kurz zum Artikel 55. Ja, dieser Artikel 55 wird immer wieder eingesetzt in dieser Stadt. Wenn es um Sachen geht, die einem in das Weltbild reinpassen, dann gibt es partizipative Veranstaltungen, man spricht miteinander, man fragt die Leute. Wenn es um Parkplätze geht oder das böse Auto, nein, dann wird eben das nicht gemacht. Wir haben diese Superblocks, die wurden bestimmt, weil irgendjemand laut geschrien hat im Quartier. Man hat da die partizipative Veranstaltung nur darüber gemacht, wie man die Parkflächen nacher nutzen kann und hat nicht die Bevölkerung da gefragt, ob sie das will. Bei den Begegnungszonen brauchen Sie Zweidrittelmehrheit, damit es eine Begegnungszone gibt und da müssen alle Leute gefragt werden. Hier haben Sie es ausgehebelt.

Und jetzt komme ich noch zum Bachlettenquartier, um das geht es ja eigentlich, warum dieser Vorstoss überhaupt hier vorliegt. Wir können jetzt über die Qualität diskutieren, aber wir können über die Befindlichkeit von Quartierbewohnenden diskutieren. Im Bachlettenquartier, Sie wissen es, da hat es sehr viele schöne Häuser, vielfach Einfamilienhäuser mit Bäumen vor den Häusern, es ist schon sehr grün, und da will man jetzt die Fernwärmeleitung verlegen und radikal die Parkplätze abbauen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Leute sich bei mir beim ACS gemeldet haben und sich beklagt haben über diese Situation. Es gab zahlreiche Vorstösse, auch von Kollege Jenny, es gab Einsprachen, über 100 Leute, Sie können sich vorstellen, es ist ein relativ kleines Quartier von der Fläche, aber über 100 Leute haben da Einsprache gemacht. Und diese Leute haben sich beklagt, dass sie nicht gefragt wurden. Warum fragt man die Anwohnenden nicht bei einer solchen radikalen Veränderung? Es gibt in diesem Quartier halt einfach keine Tiefgaragen. Und dann hat man an dieser Veranstaltung, an der man mit den Leuten geredet hat, gesagt, man könnte ja dann später vielleicht in das Zolli-Parking gehen. Ja, 15 Minuten, sagen Sie das mal jemandem mit einem Kinderwagen oder ältere Leute, die dann 15 Minuten in das Quartierparking am Erdbeergraben rüber laufen.

Das ist die Realität und darum ist es eben richtig, dass wir über diesen Artikel 55 diskutieren. Ob jetzt das inhaltlich korrekt ist oder ob das super formuliert ist, vielleicht nicht, aber das Problem besteht und das Problem besteht bei der Bevölkerung und wenn Sie die Bevölkerung nicht anhören wollen, dann werden Sie es bald spüren.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Motionär Philip Karger. Entschuldigung, Frau Regierungsrätin Esther Keller hat sich noch gemeldet.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Entschuldigung, ich habe nicht realisiert, dass Philip Karger nicht natürlich als normaler Redner eingetragen ist, sondern als Schlussredner, sonst wäre ich schneller gewesen. Bitte entschuldigen Sie mir den Fauxpas und vielen Dank, dass ich noch kurz sprechen darf.

Vielen Dank für die angeregte Debatte. Es ist schön, der Blutdruck am Morgen, es sind alle schon wach. Ich glaube, viele gute Argumente wurden auch schon genannt. Es ist mir einfach wichtig, nochmal zu sagen, mit dieser Motion, und es ist eben keine Bachletten-Motion, Daniel Seiler, es geht nicht um ein bestimmtes Quartier, es geht hier um ein generelles Vorgehen in der ganzen Stadt, und da muss ich Ihnen schon sagen, da laufen wir in eine Blockade.

Es wurde bereits erwähnt, Sie haben der Regierung ambitionierte Ziele gegeben, zum Teil kam es auch von der Stimmbevölkerung. Ich finde den Gegenvorschlag der Velo-Initiative das beste Beispiel. Wir haben dort transparent offengelegt, dass das, ich glaube, 800 oder 900 Parkplätze kosten wird, wenn wir das umsetzen möchten, diese 40 Kilometer Velovorzugsrouten und die anderen Routen, die dort vorgesehen sind, und die Bevölkerung hat Ja gesagt. Und wenn Sie jetzt verlangen, dass wir für jeden Parkplatz, und so müsste man die Motion auslegen, für jeden Parkplatz eine Beteiligung machen müssten, dann rennen wir in eine Blockade.

Sie haben hier drin nämlich auch das sehr ambitionierte Ziel gegeben, die Fernwärme bis 2037 komplett auszurollen und Sie wünschen auch von der Regierung, auch dazu haben Sie uns verpflichtet, dass wir diesen Fernwärmeausbau nutzen. Dass wir nutzen für Begrünung, dafür haben Sie uns Mittel gesprochen, und natürlich, dass wir nutzen, um eben diese Velorouten umzusetzen. Das war der Gegenvorschlag. Ich finde tatsächlich, es hat etwas sehr Widersprüchliches in dieser verbindlichen Form, wie diese Motion daher kommt. Deshalb wirklich ein grosses Anliegen, hier Nein zu sagen.

Es gibt noch eine kleine Ironie der Geschichte, Herr Seiler. Sie haben in einer Motion gefordert, dass wir schneller werden, dass die Planungsverfahren schneller werden, dass wir schneller bauen. Genau solche zusätzlichen Schlaufen in Bereichen, wo wirklich kein grosser Gestaltungsspielraum da ist, würden uns blockieren. Es kommt hinzu, dass man natürlich in einer Demokratie eine Möglichkeit hat, sich auch gegen einen Parkplatzabbau zu wehren oder auch gegen ein Bauprojekt und dies aber über die üblichen Mittel im üblichen Verfahren, also über Einsprachen.

Deshalb bitte ich Sie sehr, hier diese Zusatzschleife nicht in Auftrag zu geben und damit an den vielen Zielen und ambitionierten Vorgaben, die Sie der Regierung gegeben haben, zu rütteln.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Finden Sie es wirklich sinnvoll, in einer Strasse, in der es schon auf beiden Seiten Bäume gibt, zusätzliche Begrünungsmassnahmen zu machen, wie eben im Bachlettenquartier?

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Dafür gibt es konkret zwei Gründe. Auf der einen Seite geht es auch um die Leute, die auf dem Trottoir unterwegs sind, also nicht nur um die Leute, die da wohnen. Und zweitens wird das Stadtklima nicht nur von ganz lokalen, sondern auch von der Gesamtsumme der Bäume in einer Stadt geprägt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat Philip Karger.

*Philip Karger (LDP):* Ich finde es sehr interessant, was alles in diese Motion hineininterpretiert wird. Unter den Deckmäntelchen von Schwammstadt, Klimaschutz, usw. baut das Baudepartement fortlaufend Verkehrsflächen ab, zunehmend gegen den klar artikulierten Widerstand der Quartierbevölkerung und in immer skurrileren Formen. Anwohner\*innen und Gewerbetreibende und Familien werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ein echter Einbezug der Betroffenen findet nicht statt, obwohl die Kantonsverfassung Mitsprache ausdrücklich vorsieht. Diese Praxis ist demokratiepolitisch bedenklich und zeugt von einer zunehmenden Entfremdung des Baudepartements von den realen Bedürfnissen der Basler Bevölkerung.

Das BVD plant dabei auf weissem Papier losgelöst von der kleinteiligen, historisch gewachsenen Quartierstruktur Basel-Stadt. Dabei werden die tatsächlichen Bedürfnisse von Anwohnerinnen und Anwohnern, Familien, älteren Menschen und dem lokalen Gewerbe systematisch ausgeblendet. Wer dicht bebaute Quartiere schematisch umgestaltet, ohne die örtlichen



Gegebenheiten zu berücksichtigen, gefährdet die Funktionalität und Lebensqualität ganzer Quartiere. Es ergibt keinen Sinn, genau dort einen Baum auf einer Verkehrsfläche zu planen, wo direkt dahinter im Vorgarten bereits ein Baum steht. So wird dem privat gepflegten Baum das Überleben verunmöglicht. Hätte man die Anwohner\*innen von Anfang an einbezogen, wäre dies sofort aufgefallen.

Es gibt durchaus Gegenden in Basel, die eine Begrünung vielleicht sogar anstelle von Verkehrsflächen bitter nötig haben. Das gilt jedoch sicher nicht für so grüne Quartiere wie Iselin, Gotthelf und Bachletten mit ihren grossen grünen Parks, dem Zolli und den vielen begrünten Vorgärten. Wie grau sehen dagegen die Innenstadt oder Teile von Kleinbasel aus, wie traurig ist die Bepflanzung vieler Plätze, die in den letzten Jahren umgebaut wurden. Wo bleiben dort die Versickerungsmöglichkeiten? Kein Wunder steigt die Anzahl von Einsprachen und Petitionen. Ein deutliches Zeichen, dass das Baudepartement an der Bevölkerung vorbeiplant.

Seit vielen Jahren steigen die Immatikulationszahlen privater Fahrzeuge im Verhältnis zur Bevölkerung, obwohl die Regierung Einschränkungsversuche unternimmt. Das zeigt, dass die Reduktion von Abstell- und Verkehrsflächen für den MIV nicht die gewünschte Wirkung hat. Es braucht neue Ideen, die am besten gemeinsam mit den Anwohnenden in den Quartieren erarbeitet werden. Der Parkplatzabbau ohne Ersatz, etwa durch den vorherigen Bau von Quartierparkings oder durch flexible quartierspezifische Konzepte, ist keine nachhaltige Verkehrspolitik, sondern Ausdruck planerischer Kurzsichtigkeit. Das Baudepartement setzt auf starre Standardlösungen mit immer denselben Argumenten. Diese ziehen bei der Bevölkerung nicht mehr, was das Vertrauen in die Behörden weiterhin untergräbt.

Mit der Annahme dieser Motion fordern Sie die Regierung dazu auf, ihren realitätsfremden Kurs zu beenden. Es geht um eine Klimapolitik, die für Vernunft, Augenmass und Respekt vor der Bevölkerung steht. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn es praxisnah, quartiersensibel und gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt wird, nicht durch Planen am Reissbrett und Regieren am Volk vorbei. Darum bitte ich Sie auch im Namen der Fraktion der LDP, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Basel-Stadt braucht eine Verkehrspolitik, die den Menschen dient und nicht einem abstrakten Ideal auf weissem Papier.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Karger, es gibt noch eine Zwischenfrage. Diese wird nicht angenommen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**35 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008329, 11.02.26 09:31:52]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 35 Ja-Stimmen gegen 56 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

## **24. Motion 7 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds**

[11.02.26 09:32:01, 25.5554.01]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Sandra Bothe-Wenk.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Annina von Falkenstein bitte, weil Frau Bothe, Sie können sich nicht als Fraktionssprecherin einschreiben.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Wir von der LDP setzen uns sehr gerne und auch mit Herzblut für die Berufsbildung ein, aber nicht auf jedem Weg. Deswegen bestreiten wir diese Motion und sprechen uns gegen einen kantonalen Berufsbildungsfonds aus und dies aus vielerlei Gründen.

Einerseits, und das haben wir hier in den letzten Monaten öfters diskutieren dürfen, bedeutet ein Fonds immer eine Zweckbindung von Geldern. In Zeiten, die wirtschaftlich unsicherer sind als auch schon, wo wir auch nicht genau wissen, was das bedeuten wird für KMU, die in der Berufsbildung eine wichtige Rolle einnehmen, wo wir nicht wissen, wie die Abgaben dann diese KMU belasten werden, möchten wir auf diese Zweckbindung der Gelder verzichten. Es käme zu einer weiteren Abgabe von KMU, das habe ich eben schon angeschnitten, was eine weitere Belastung dieser wichtigen Kernkraftwerke unserer Wirtschaft darstellt. Gerade heute Morgen habe ich gehört, zwei Drittel der Arbeitstätigen in der Schweiz arbeiten in KMU, es ist also wirklich nicht zu unterschätzen, welche Rolle die KMU einnehmen. Was mich wundern würde, ist wirklich die Anzahl der Betriebe in Basel-Stadt, die gerne ausbilden würden, dies aber aus finanziellen Gründen nicht können. Es gibt da verschiedene andere Lösungen, einerseits über einen Ausbildungsverbund, wie man das regeln könnte, andererseits auch über Branchenlösungen, die bestehen.

Was mir auch wichtig zu betonen ist, nicht jeder Betrieb eignet sich als Lehrbetrieb. Es gibt Betriebe, die würden sich von der Grösse her eignen, es gibt Betriebe, die würden sich von den Personen her eignen, aber von der Grösse her nicht, aber nicht jeder Betrieb, der von der Grösse in Frage kommt, hat auch die Mitarbeitenden, die als Berufsbildner und Bildnerinnen in Frage kommen. Es gibt also viele Gründe, warum das nicht in Frage kommt. Und diese Betriebe, die eine kritische Selbsteinschätzung vornehmen, die würden bestraft durch diesen Berufsbildungsfonds. Das möchten wir von den Liberaldemokraten nicht. Zudem wurde letztes Jahr eine Umfrage durchgeführt unter den verschiedenen Ausbildungsbetrieben. Die Resultate habe ich bei meiner Recherche nicht gefunden. Das fände ich auch sehr spannend, da Einblicke zu haben, bevor man mit einem Berufsbildungsfonds dann einmal über die ganze Geschichte drüber geht.

Was ich auch spannend fand, waren die Stellungnahmen der Verbände. Der Gewerbeverband, der schreibt, dass nun Rahmenbedingungen geschaffen und langfristige Investitionen getätigt werden sollten. Ja, lieber Gewerbeverband, haben Sie Herrn Regierungsrat Atici mal zugehört? Er hat sich das auf die Fahne geschrieben, er ist dahinter, Berufsbildung ist sein grosses Ziel. Ich glaube, da ist jemand da, der für die Rahmenbedingungen sorgt und auch schaut, dass die Investitionen fließen. Und dann die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes, man liest und denkt, ah, sie sind dagegen, man liest weiter und denkt, ah ja, sie haben viele Gründe, warum sie dagegen sind, und dann kommt man zum Schluss und dort steht, Motion überweisen. Das fand ich spannend. Geht es da darum, dass die verschiedenen Verbände den Frieden wahren? Das erschliesst sich mir nicht ganz, vielleicht hören wir nachher mehr dazu.

Was ich auch befürchte, ist, dass durch einen Berufsbildungsfonds Gelder, die bereits jetzt in die Berufsbildung fließen, so zum Beispiel die Übernahme einer doppelten üK-Pauschale für die Lehrbetriebe in Basel-Stadt, dass die nachher genau gleich weiterfließen, aber dass das Geld einfach aus dem Fonds kommt. Ändern tut das genau gar nichts, ausser dass das neu statt durch bereits bezahlte Steuergelder finanziert wird durch die KMU, die eben mehr belastet würden als grosse Unternehmen, ausgerichtet wird. Irgendwie stellt es auch die Betriebe, die schon lange mit Herzblut ausbilden, ein bisschen blöd hin, weil die bezahlen das selber, die stehen dahinter, die setzen sich ein und neu würde das dann einfach vom Staat finanziert. Das nimmt auch ein bisschen den Wert weg, den die Berufsbildung jetzt hat, finde ich.

Von dem her möchte ich damit schliessen, dass wir uns zur Berufsbildung bekennen, aber finden, es ist schon sehr viel unterwegs. Wir haben auch jetzt sehr viele Vorstösse noch überwiesen, wir möchten schauen, was dort rauskommt. Wir vertrauen darauf, dass Regierungsrat Atici auf einem guten Kurs ist, um die Situation zu verbessern und bitten Sie, dort mitzumachen und nicht via diese Fondslösung, die hier vorgeschlagen wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Silvia Schweizer.

*Silvia Schweizer (FDP):* Die Berufsbildung ist eine unserer grössten Stärken und genau deshalb braucht es keinen kantonalen Fonds. Ein zentrales Argument für Fachkräftemangel beim Nachwuchs ist die Nachfrage der Berufe. Beliebte Berufe wie Informatiker\*innen, Fachpersonen Gesundheit oder Logistiker finden ihre Lernenden problemlos, ganz ohne zusätzliche staatliche Eingriffe. Gleichzeitig gibt es Berufe, die nur schwer Nachwuchs finden, zum Beispiel Metzgerinnen



und Metzger, Bäcker, Zimmerleute, Landschaftsgärtner oder Köche. Hier liegt das Problem nicht am Geld der auszubildenden Firmen, sondern an der Attraktivität des Berufs, den Arbeitsbedingungen, den Perspektiven und den persönlichen Präferenzen der Jugendlichen. Ein weiterer Grund für den mangelnden Nachwuchs ist die schulische Eignung. Viele Jugendliche erfüllen die notwendigen schulischen Mindestanforderungen für eine erfolgreiche Lehre nicht. Ein Fonds kann diese Defizite nicht beheben. Ausbildungsqualität entsteht durch geeignete Lernende, gezielte Förderung und engagierte Lehrmeister, nicht durch zusätzliche Finanzmittel.

Zum Fonds selber. Ein zentrales Problem für die FDP ist die geforderte Pflicht zur Einzahlung. Auch Betriebe in Branchen ohne Nachwuchsprobleme oder ohne Bedarf an zusätzlicher Förderung müssen in einen kantonalen Fonds einzahlen. Weiter trifft es insbesondere KMU, die ohnehin kaum Lernende finden, und belastet sie mit zusätzlichen Abgaben und Bürokratie, ohne dass sie davon profitieren. Wir sind überzeugt, dass branchenspezifische Fonds deutlich effektiver sind als staatliche oder kantonale Fonds. Die Erfahrung zeigt, Branchen kennen ihre eigenen Herausforderungen am besten. Sie können gezielt, flexibel und praxisnah Massnahmen ergreifen, sei es für Image-Kampagnen, Vorbereitungskurse oder Unterstützung der Ausbildungsbetriebe. Staatliche Fonds hingegen arbeiten zwangsläufig mit pauschalen Lösungen, die den unterschiedlichen Realitäten der einzelnen Berufe nicht gerecht werden.

Wie der Motionär selbst richtig feststellt, bestehen bereits zahlreiche funktionierende Lösungen. 35 nationale und acht kantonale branchenübergreifende Nachwuchsfonds, die die Betriebe meist prozentual zur Lohnsumme einzahlen. Diese Fonds sind freiwillig getragen, effizient organisiert und nah an der Praxis. Ein zusätzlicher kantonaler Fonds würde zu Doppelspurigkeiten, unnötigen Abgaben und weiteren administrativen Aufwand führen, ohne messbaren Mehrwert für die Ausbildungsqualität. Die Realität ist klar, gute und attraktive Berufe finden ihre Lernenden von selbst, unattraktive Berufe werden durch einen Fonds nicht attraktiver.

Die FDP setzt deshalb auf frühe Berufsorientierung, Praxisnähe und Weiterbildungsmöglichkeiten für die jungen Berufsleute, eine qualitativ hochwertige Berufsbildung, auf Verantwortung der Branchen und auf marktnähere Lösungen, nicht auf neue Pflichtabgaben oder mehr Bürokratie. Aus diesen Gründen lehnt die FDP die Motion klar ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Auch die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Annina von Falkenstein und Silvia Schweizer haben schon sehr viele wichtige Punkte erwähnt und ich bin ehrlich gesagt ein bisschen erstaunt, dass Herr Leonhardt einmal mehr vielleicht hier politisch etwas spezieller tickt wie viele andere bürgerliche Vorrednerinnen. Mir ist es tatsächlich auch ähnlich gegangen wie Frau von Falkenstein, als ich die Stellungnahme der Verbände gelesen habe. Ich habe bei jedem Wort eigentlich das Gefühl gehabt, sie sind dagegen, aber sie schreiben es jetzt nicht. Ich finde das ein bisschen mutlos. Man darf auch einmal dagegen sein, wenn irgendwo das Wort Berufsbildung steht. Nicht nur, weil das Wort Berufsbildung in einem Vorstoss steht, ist es etwas Gutes, genauso wie nicht immer etwas Schlechtes ist, wenn das Wort Parkplatz in einem Vorstoss steht.

Dieser Vorstoss fordert aus unserer Sicht etwas, was weit über das Ziel hinausschiesst. Es ist ja wirklich gar nicht zu bestreiten, dass die Bedeutung der Berufsbildung sehr wichtig ist. Gerade die SVP stellt sich immer klar hinter diesen Weg auch der Förderung und der Stärkung der Berufsbildung. Aber es ist eben genauso auch wichtig, dass wir genau hinschauen, mit welchen Instrumenten wir dieses Ziel verfolgen und wir glauben aber ganz bestimmt nicht, dass dieser sogenannte vorgeschlagene Berufsbildungsfonds hier das richtige Instrument dafür ist. Es ist eine weitere dauerhafte Abgabe für die Wirtschaft. Betriebe müssen zahlen, unabhängig davon, ob sie ausbilden können, wollen oder strukturell in der Lage sind und ich bin, wie gesagt, sehr erstaunt, dass hier ein Vertreter einer eigentlich bürgerlichen Wirtschaftspartei eine solche Pflicht, einen solchen Zwang einführen will. Denn es ist klar, gerade kleine und mittlere Unternehmen werden zusätzlich dadurch belastet, obwohl sie ja bereits heute unter steigenden Kosten und wachsender Regulierung leiden. Und mit dieser Motion wird eben gerade das noch weiter gefördert. Es schafft keine Entlastung, sondern eine neue Pflicht, ohne dann auch noch zu garantieren, dass die betroffenen Unternehmen auch einen messbaren Gegenwert erhalten.

Ich glaube, ein generelles Problem, welches die SVP-Fraktion auch hat, ist diese zunehmende Fonds-Inflation im Kanton Basel-Stadt und ich finde, da müssen wir uns auch als Parlament ein bisschen in Acht nehmen. Wir entziehen mit solchen Fonds letztlich viele Mittel dem ordentlichen Budgetprozess. Die Budgethoheit des Parlamentes wird dadurch ausgehöhlt und Steuerungsentscheide verlagern sich weg vom Parlament hin zur Exekutive oder zu Fonds- oder Kommissionsgremien. Deshalb glaube ich, sind solche zusätzlichen Fonds nur mit sehr grosser Vorsicht zu schaffen, weil wir damit auch als Parlament ein Stück weit die finanzpolitische Übersicht, die Transparenz und ja, auch die demokratische Kontrolle verlieren, wenn wir Macht und Verantwortung zur Regierung oder irgendwelchen anderen Gremien verlagern, die nicht mehr vom Parlament gesteuert werden. Das erschwert letztlich auch die parlamentarische Aufsicht, wenn solche zweckgebundenen Fonds mit wachsendem Volumen geschaffen werden.



Die Doppelspurigkeiten, die Bürokratie, diese bedeutend besseren branchenspezifischen Lösungen, die wurden bereits von meinen Vorrednerinnen angesprochen. Es ist vielleicht noch interessant, in den Kanton Luzern zu schauen, dort gab es auch die Idee eines solchen Berufsbildungsfonds. Und hier einfach vielleicht exemplarisch für einen Verband, der wahrscheinlich sehr in der Berufsbildung verankert ist, nämlich der Verband der Schweizerischen Schreinermeister und Möbelfabrikanten, die haben einen solchen kantonalen Fonds in Luzern klar abgelehnt, weil sie eben einerseits auch auf diesen zusätzlichen administrativen Aufwand hingewiesen haben, aber auch erwähnt haben, dass damit die bewährte Verbundpartnerschaft letztlich geschwächt wird, wenn man hier so grosse Fondstöpfe schaffen tut.

Das ist aus unserer Sicht eine praxisnahe, fundierte und auch hochrelevante Kritik aus der Praxis hinaus und wir glauben deshalb, dass dieser Berufsbildungsfonds nicht zu einer Stärkung der Berufsbildung beiträgt. Er schafft eine neue obligatorische Abgabe, diese Motion, die Motion fördert die Fonds-Inflation im Kanton Basel-Stadt, schwächt unsere Budgethoheit, verlagert Steuerung und Kontrolle zur Regierung, sie erhöht Bürokratie und Doppelspurigkeiten und sie setzt Fehlanreize und gefährdet unsere bewährten Strukturen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Berufsbildung ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, das wurde bereits ausgeführt, und sie funktioniert nur, weil täglich Betriebe Verantwortung übernehmen, gerade auch kleine Betriebe. Sie bilden aus, begleiten, erklären, korrigieren und investieren Zeit, Geld und auch Nerven in junge Menschen, also ganz direkt in unsere Zukunft. Wenn wir heute über einen Berufsbildungsfonds sprechen, dann sprechen wir nicht einfach über eine Finanzierungsfrage. Wir sprechen über Verantwortung und wir sprechen über Fairness.

Ich denke, wir alle können dem Motionär darin zustimmen, die Last der Berufsbildung ist aktuell ungleich verteilt. Einige Betriebe tragen sie mit sehr grossem Engagement, andere profitieren davon, ohne selbst auszubilden. Dafür gibt es viele gute Gründe, was bereits von Annina von Falkenstein ausgeführt wurde. Und am Ende ist es oft die fehlende Zeit, die wiederum Geld bedeutet, wenn Ausbildungsqualität gesichert werden soll. Daraus entsteht eine Schieflage und Schieflagen sollte die Politik zumindest anschauen. Deshalb stimmen die Grünliberalen der Erstüberweisung zu, auch wenn kritisch, aber um diese Fragen zu klären. Uns ist natürlich bewusst, ein Berufsbildungsfonds ist kein klassisch liberales Instrument. Es bedeutet zusätzliche Abgaben, die wir sorgfältig prüfen müssen, insbesondere für KMU, die gut bezahlte Fachkräfte beschäftigen wollen und gleichzeitig im harten wirtschaftlichen Wettbewerb stehen.

Die Idee eines kantonalen Berufsbildungsfonds ist auch nicht neu. Schon 2006 lag ein Vorstoss vor und wurde damals abgelehnt. Die Gründe waren nachvollziehbar, stabile Lehrstellenzahlen, wenig Fachkräftemangel und kaum Erfahrung mit solchen Fonds. Heute, 20 Jahre später, ist die Situation eine andere. Wir haben einen Fachkräftemangel, die Zahl der Lehrbetriebe sinkt und wir tun gut daran, das Gewerbe gezielt zu fördern, auch mit Blick auf den digitalen Wandel, der die Anforderungen grundsätzlich an Berufe zusätzlich und nachhaltig verändert. Zudem verfügen wir heute über fundierte Erfahrungen aus anderen Kantonen. Zürich, Solothurn, Waadt oder Neuenburg zeigen, dass ein schlank ausgestalteter Berufsbildungsfonds funktionieren kann. Nicht als Bürokratiemonster, da bin ich absolut einig, sondern systemisch als gezieltes Instrument zur Entlastung von Ausbildungsbetrieben, weil relevante Daten wie Lehrverträge und Lohnsummen schon vorhanden sind. Hingegen sollte von der Regierung beantwortet werden, was mit dem Fonds passiert, wenn er ausreichend gefüllt ist. Was wir aber wirklich nicht vergessen sollten, viele KMU in Basel-Stadt haben heute keine Branchenlösung. Für sie gäbe es keine Doppelbelastung und dort, wo Branchenlösungen bestehen, zeigen andere Kantone, dass Anrechnungen möglich sind und dass Berufsbildung im Zusammenspiel mit der Wirtschaft gut funktioniert.

Für die GLP ist deshalb entscheidend, wie diese Motion umgesetzt würde, die offen formuliert ist. Genau deshalb sind wir auf den Bericht der Regierung gespannt. Die Erstüberweisung ist noch kein Ja zum Fonds, sondern ein Ja zu einer fundierten Entscheidungsgrundlage. Wir wollen wissen, ob dieses Instrument für Basel-Stadt taugt oder eben nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Ich kann es kurz machen, wir von BastA unterstützen dieses Anliegen und bitten Sie, die vorliegende Motion zu überweisen. Ich musste ein wenig schmunzeln, meine Vorrednerin hat es erwähnt. Ich habe mich gerade 20 Jahre jünger gefühlt, als Franz-Xaver Leonhardt zu mir kam und um eine Unterschrift bat für diese Motion. Ich habe mich nämlich an die Lehrstellen-Initiative erinnert und an einen Anzug meines damaligen Fraktionskollegen Rolf Hering, den ich auch unterzeichnet hatte. Das war in den Jahren 2005/2006. Beide diese Anliegen forderten die Schaffung eines Lehrstellenfonds. Damals war es noch explizit, dass der Fonds gespiesen wurde aus Abgaben der Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden.



Wir können auch noch weiter zurückblicken. 1998 lancierten die Gewerkschaften eine eidgenössische Volksinitiative für ein ausreichendes Lehrstellenangebot, also das war auch die Lehrstellen-Initiative, die forderte unter anderem ebenfalls einen staatlichen Lehrstellenfonds. Diese Initiative wurde aber 2003 deutlich abgelehnt. Die kantonale Lehrstellen-Initiative, die wurde 2010 zurückgezogen, weil einige der Forderungen vom Regierungsrat erfüllt wurden. So haben wir zum Beispiel den jährlichen Lehrstellenbericht dieser Initiative zu verdanken. Das ist ja wirklich löblich.

Wir finden eben die Fonds-Idee weiterhin gut und ich denke, es ist kein rein linkes Anliegen, wie das hier so gesagt wurde, es ist doch richtig und wichtig, dass wir die Berufsbildung fördern und es wurde auch so die Zweckbindung von Geldern als des Teufels dargestellt. Also wir finden diese Zweckbindung von Geldern einiges sinnvoller als, ich weiss nicht, ob ich diesen Fonds jetzt nochmal nennen muss, Sie wissen, welchen ich meine, es gibt einen Fonds, den wir sehr weniger sinnvoll finden. Wir freuen uns jedenfalls, dass unsere alten Ideen wieder aufgegriffen werden, nun von einer ganz anderen Seite. Vielleicht können wir ja hier mal sagen, was lange währt, wird endlich gut oder wenn eine gute Idee nach langer Zeit wieder mal kopiert wird, dann wird sie endlich Realität. Also ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Ja, es wurde schon gesagt, die Berufsbildung ist eine tragende Säule des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt und nicht nur für Basel, auch die Schweiz. Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Zum einen als langjähriger leitender Prüfungsexperte sowie meine Schreinerei als KMU, der pro Jahr ein Lehrling durch die Prüfung führt und fertig ausbildet, und das seit über 20 Jahren. Aber die Idee eines kantonalen Berufsbildungsfonds kann ich in dieser Form nicht unterstützen.

Die Motion mag ja auf den ersten Blick Gutes versprechen, aber es gibt viele Gründe, die dagegen aufgezählt werden können. Einige haben Sie schon gehört. Zum einen hört noch ergänzend die Berufsbildungsregion ja nicht an der Kantonsgrenze auf, zum anderen haben viele Berufsverbände die Lösung oder die Kosten mehrheitlich im Griff und die machen das dann eben für die ganze Schweiz. Dort sollte man sich auch einsetzen, wenn man hier mehr erreichen will.

Die Ausbildungskosten sind auch in den Branchen unterschiedlich, was ein gerechtes Verteilen der Gelder erschwert. Ob dann der Fonds tatsächlich eine Entlastung bringt, ist für mich fraglich. Das Risiko von Mehrkosten, wie auch schon erwähnt, für die Betriebe ist hoch und das darf ja sicher zuletzt passieren. Gerade hier ist der Verwaltungsaufwand nicht zu unterschätzen. Ein gerechtes Verteilen stelle ich in Frage und halte es sogar für unmöglich. Wie schwierig das Verteilen von Geldern ist, die zweckgebunden sind, zeigt sich auch im Moment beim Mehrwertabgabefonds. Da wird seit Wochen, ja, ich weiss nicht, Monaten darum diskutiert, ein Ändern des Verwendungszwecks ist schwierig und kann zu Fehlanwendungen der Gelder führen. Die Betriebe sind grundsätzlich sicher offen für eine Unterstützung, wenn sie ausbilden und nehmen einen finanziellen Zustupf in irgendeiner Form sicher gerne entgegen, vielleicht ein Pro-Kopf-Zuschuss oder eine andere pragmatische Lösung.

Dann, es wurde auch schon erwähnt von meiner Parteikollegin, noch ein Gedanke zu den Fonds. Wenn Sie die eingenommenen Finanzmittel alle in vorbestimmte Kässeli stecken, bleibt Ihnen am Ende nichts mehr übrig. Das System funktioniert wirklich nur bis zu einem gewissen Punkt. Es ist etwa so, wie wenn Sie zu Hause alles in Unmengen von Sparschweinen stecken würden und am Ende kein Geld mehr für den Einkauf von Esswaren haben. Sie leiden bei vollen Kässeli an Hunger. Und am Schluss ein Fonds aufzulösen ist schwierig, darum muss man ein Erstellen wirklich gut überdenken. Danke, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* Auch die Fraktion GRÜNE/jgb sagt Ja zu dieser Motion. Ich will jetzt hier nicht alles wiederholen, was gesagt wurde, aber wir sind uns, glaube ich, hier im Saal einig, dass die Berufsbildung eine sehr wichtige Sache ist, die wir möglichst auf vielen verschiedenen Schienen versuchen müssen zu unterstützen. Was die Motion hier fordert, das sind schon Instrumente, die an anderen Orten, beim Bund, bei anderen Kantonen, bei Städten bereits erfolgreich eingeführt wurden und auch sich da bewährt haben. Von dem her kaufen wir hier nicht die Katze im Sack, sondern wir würden da etwas einführen, das wir schon an anderen Orten erfolgreich eingeführt haben.

Die Frage, ob Fonds sinnvoll sind oder nicht, die wurde jetzt auch schon verschiedentlich diskutiert. Ich finde es auch spannend, Heidi Mück hat schon darauf hingewiesen, ich nenne jetzt den Fonds, es geht um das Standortförderungsgesetz, da ist es dann okay, wenn wir die Gelder zweckbinden und das sind dann wirklich Gelder, also da reden wir dann wirklich im Millionenbereich, aber wenn die Firmen dann einen Fonds äufnen sollen, also mit öffentlichen Geldern, da ist es dann okay, aber wenn Firmen einen Fonds äufnen sollen, dann wird es plötzlich problematisch. Okay, ich lasse es hier jetzt so stehen.



Sandra Bothe-Wenk hat ja auch schon darauf hingewiesen, die Motion ist relativ offen formuliert. Es ist mal ein Auftrag an den Regierungsrat, Bericht zu erstatten, wie er sich denn das vorstellen könnte. Ich habe es schon erwähnt, da gibt es auch Beispiele in anderen Kantonen, man kann sich an diesen Fonds orientieren, die erfolgreich waren, wo man schon weiss, dass es gut funktioniert hat, da bin ich dann gespannt, wenn wir jetzt die Erstüberweisung machen, wie dann der Regierungsrat sich das vorstellen könnte.

Ich denke, schlussendlich ist es eine gerechte Sache. Es werden Betriebe, die Lehrlinge ausbilden oder Lehrpersonen ausbilden, die werden unterstützt. Es ist auch eine Wertschätzung diesen Betrieben gegenüber, es kommt ja auch von einem Ratsmitglied, der da Erfahrung hat, von dem her sind wir sehr überzeugt in unserer Fraktion, dass wir das überweisen wollen und dass das eingeführt werden soll. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste ist von Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank für die Annahme. Es nimmt mich jetzt ein bisschen Wunder, also für die Berufsbildung wäre der Fonds ein gerechter Mechano, für die Standortförderung ist er aber ungerecht?

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* Ja, gerecht und ungerecht ist eine grosse Frage. Ich habe nur darauf Bezug genommen auf die Zweckbindung und Zweckbindung finde ich persönlich immer sinnvoll, ja.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich habe eine Stellvertreterfrage. Sie kritisieren jetzt seit Monaten immer dieses Standortfördergesetz, welches mit 63% von der Bevölkerung angenommen wurde. Ist es nicht die Aufgabe auch Ihrer Fraktion, diesen Volksentscheid auch mal zu akzeptieren?

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* Er ist akzeptiert, aber ich darf doch auch meine Meinung äussern.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich mache es kurz, ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion auch, diese Motion zu überweisen. Ich habe dieser Debatte jetzt extra von A bis Z zugehört und ich kann nicht ganz verstehen, welches Schreckensgespenst hier von der bürgerlichen Ratsseite an die Wand gemalt wird. Wie gesagt, es funktioniert in acht Kantonen, es funktioniert auch auf nationaler Ebene, es funktioniert unter anderem auch im Kanton Zürich, der jetzt nicht als strukturell links bekannt ist, wo dieser Fonds auch mit über 60% in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Es geht in Zürich um etwa, glaube ich, 21 Mio. Franken, die verteilt werden in diesen Berufsbildungsfonds. Wir haben einen anderen Fonds mit etwa dem zehnfachen bis zwölffachen vom Volumen relativ klar angenommen in diesem Saal und dann nachher auch in der Bevölkerung. Und der Unterschied ist ja auch, die Öffnung funktioniert über die Unternehmen und wenn Sie mir jetzt sagen, dass das quasi neu die Unternehmen so fest blockiert, so fest belastet, dass sie nicht mehr wirtschaften können in diesem Kanton, dann muss ich Ihnen einfach sagen, ist das ein Schreckensgespenst im Kontext dieses Berufsbildungsfonds, den Sie jetzt an den Haaren herbeiziehen. Das ist auch okay, Sie haben sicher sehr grundsätzliche Argumente, warum Sie das so nicht wollen, aber es wird aus meiner Sicht überhaupt nicht dem Geschäft, dem realen Anliegen in dieser Motion gerecht. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Können Sie mir denn Nachweisen nennen, dass die Kantone mit Fonds eine höhere Lehrstellenquote haben als die Kantone ohne Fonds?



*Beda Baumgartner (SP):* Ich bin ein ehrlicher Mensch und sage Ihnen darum, dass ich Ihnen den Nachweis in dieser Minute nicht nennen kann. Falls ich ihn finde, liefere ich ihn sehr gerne nach.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt noch eine zweite Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Auch diese wird angenommen.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Danke für die Annahme, Beda Baumgartner. Stimmen Sie zu, dass das eine weitere Massnahme wäre neben anderen, die wir im letzten Jahr verabschiedet haben, die entweder durch zeitliche oder finanzielle Mittel die Betriebe belastet?

*Beda Baumgartner (SP):* Nein, auf keinen Fall und aus dem viel besagten Standortförderungsfonds können ja auch KMU Leistungen beziehen. Wir haben, glaube ich, im letzten Jahr bis zu einer halben Milliarde zur Verfügung gestellt, die direkt Unternehmen zugutekommen von Steuergeldern. Ich glaube, wir haben jetzt nicht die grosse Belastungskeule geschwungen im letzten Jahr in diesem Rat.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Motionär ist abwesend. Das Schlusswort hat Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Sie haben es bereits gehört, Franz-Xaver Leonhardt ist abwesend und ich darf an seiner Stelle seine Rede hier halten. Ausnahmsweise werde ich also ablesen und nicht freisprechen. Nur so weit voraus, ich kann mich eigentlich sehr der Verwunderung von Beda Baumgart anschliessen und begreife nicht ganz, weshalb meine Kolleginnen und Kollegen, die aus der bürgerlichen Seite vorher gesprochen haben, so viel Angst haben vor diesem Fonds, der nun tatsächlich einmal etwas ganz Wertvolles und Sinnvolles sein könnte, wenn wir mal anschauen und genau hinschauen, was damit gewollt und gemeint ist. Es ist nichts Umwerfendes und das haben auch die Verbände gesehen, das hat der Gewerbeverband gesehen, das hat der Arbeitgeberverband gesehen. Es kann also nicht a priori ganz falsch sein, wenn man in diese Richtung mal denkt und die Erstüberweisung hilft uns möglicherweise dabei klüger zu werden, weshalb ich auf jeden Fall beantragen würde, dass wir diese Erstüberweisung machen und mal schauen, was der Regierungsrat dazu sagt. Ich könnte jetzt eigentlich auch schon aufhören, aber ich habe Franz-Xaver Leonhardt gesagt, ich lese seine Rede und ich gebe mir Mühe, das so schnell wie möglich zu machen. Ich musste sie schon gestern Abend noch um zwei Drittel kürzen, ich befürchte, es reicht mir schon so nicht. Also ich mache ganz schnell und bitte Sie, gut zuzuhören.

Die duale Berufsbildung ist das Herzstück unserer Wirtschaft. Er ist KMU-Mensch und deshalb ist ihm das ein Anliegen. Sie ist das Fundament, auf dem wir die soziale Sicherheit und die Innovationskraft unseres Kantons aufbauen, aber es besteht die Gefahr, dass dieses Fundament Risse bekommt. Warum komme ich, also Franz-Xaver Leonhardt, zu dieser Aussage? Sehr einfach, die Last der Ausbildung ist im Kanton Basel heute massiv ungleich verteilt. Wir haben auf der einen Seite die engagierten KMU, die Lernende ausbilden, sie übernehmen Verantwortung für die nächste Generation. Auf der anderen Seite gibt es Betriebe, die keine Lehrstellen anbieten, einige können nicht, vielleicht, weil sie zu klein sind, andere wollen nicht.

Diese Schieflage ist stossend. Während nur die Ausbildungsbetriebe die Kosten und den Aufwand tragen, profitiert die gesamte Wirtschaft vom Resultat. Wenn wir hier nicht handeln, riskieren wir, dass Unternehmen anfangen, ihr Engagement in der Berufsbildung zu überdenken. Denn es ist ein Fakt, der Einsatz in der Ausbildung ist hoch, der administrative Aufwand ist nicht zu unterschätzen und die Kosten fallen ins Gewicht.

Die vorliegende Motion bietet eine pragmatische, liberale Lösung. Dieser kantonale Berufsbildungsfonds hat fünf Eckpunkte, die es zu überlegen gibt.

1. Solidarität durch Beitragspflicht. Alle Betriebe im Kanton leisten einen jährlichen Beitrag, der sich an der AHV-pflichtigen Lohnsumme orientiert. Das ist fair.
2. Direkte Entlastung der Ausbilder. Das ist der entscheidende Punkt. Lehrbetriebe erhalten automatisch eine Rückvergütung pro Lehrvertrag. Das bedeutet, wer Verantwortung übernimmt und ausbildet, wird finanziell direkt entlastet. Und das ist nicht beschämend, Annina von Falkenstein, und entmutigt auch nicht, sondern ermutigt die Betriebe, hier weiterzumachen.
3. Strenge Zweckbindung. Die Mittel verschwinden nicht in einen allgemeinen Topf, sie fliessen zweckgebunden in die Förderung der Berufsbildung.



4. Schlanke paritätische Verwaltung. Es soll kein neues Amt entstehen, der Fonds soll schlank und transparent geführt werden. Eine paritätische Kommission aus Sozialpartnern sowie Vertreterinnen und Vertreter der Berufsbildung entscheidet über die Mittelverwendung.

5. Es gibt keine Doppelspurigkeiten. Wir berücksichtigen die bestehenden nationalen Branchenfonds. Doppelzahlungen sind im Entwurf explizit auszuschliessen und der kantonale Fonds wirkt ergänzend dort, wo Lücken bestehen.

In der Schweiz sind bereits heute rund 140'000 Unternehmen einem allgemein verbindlich erklärten Berufsbildungsfonds unterstellt. Das sind fast ein Viertel aller Betriebe. Diese Fonds erfassen bis zu 700'000 Mitarbeitende. Wir reden hier also über ein bewährtes Massenmodell und kantonale Berufsbildungsfonds gibt es bereits in acht Kantonen. Sie schaffen eine stabile finanzielle Basis aus der Wirtschaft, für die Wirtschaft, mit der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten in den letzten Monaten im Parlament immer wieder Forderungen zur Förderung der Berufsbildung. Für jedes Anliegen sollte separat Geld gesprochen werden. Ist das wirklich effizienter? Manche werden sagen, ah, schon wieder eine Abgabe und das haben wir ja gehört. Ich sage aber, wir reden bei der Berufsbildung von einer Investition, nicht von einer Abgabe. Wenn wir wollen, dass Basel-Stadt ein lebendiger, wettbewerbsfähiger Kanton bleibt, müssen wir diejenigen KMU unterstützen, die heute den Fachkräftenachwuchs von morgen sichern. Das ist sachlich richtig, wirtschaftlich vernünftig und gesellschaftspolitisch notwendig. Berufsbildungsfonds übernehmen eine wichtige Funktion bei der Qualitätssicherung und bei der fairen Lastenverteilung innerhalb einer Branche. Sie sind etabliert, darum sollten wir auch in Basel darauf setzen.

Ich bitte Sie im Namen der Fairness und der Standortsicherung und im Namen des Motionärs, stimmen Sie Ja zur Erstüberweisung dieser Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Lötscher, es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste ist von David Jenny. Sie wird angenommen.

*David Jenny (FDP):* Bekanntlich bilden nicht alle Advokaturbüros Volontärinnen und Volontäre aus. Müsste nicht sofort eine Motion eingereicht werden, um auch für diese Branche einen Fonds zu schaffen?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Die Antwort müssten Sie selber geben, denn Sie sind Partner in einem Advokaturbüro.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Danke für die Annahme. Auch wenn Sie ja nicht der Motionär sind, umso grösser das Danke. Gehen Sie mit mir einig, dass diese Betriebe, die aus objektiven Gründen zum Schluss kommen, nicht auszubilden, hier im Solidaritätsdeckmantel finanziell bestraft werden?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Es ist keine Strafe, aber Solidarität ist eigentlich etwas, das wir auch sonst kennen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

## Ergebnis der Abstimmung

**62 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008331, 11.02.26 10:10:25]



### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 62 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung überwiesen.

## 25. Motion 8 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals

[11.02.26 10:10:33, 25.5581.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Sie haben es gesehen, die LDP-Fraktion ist die einzige Fraktion mit einem Minus im «Chrüzlistich». Das hat jedoch nichts damit zu tun, dass wir gegen Festivals wären, im Gegenteil. Wir erkennen ihre grosse Bedeutung für das Basler Kulturleben, für die Ausstrahlung unserer Stadt und als Plattform für lokale Kulturschaffende an. Gerade weil uns diese Vielfalt wichtig ist, lehnen wir eine vorschnelle Anpassung der Verordnung des Swisslos-Fonds ab. Wir können die Ungeduld der Festivalorganisatoren nachvollziehen, doch wir sind der Überzeugung, dass vor einer Anpassung der Förderinstrumente zuerst ein gemeinsam erarbeitetes, spartenübergreifendes Festivalkonzept mit transparenten und nachvollziehbaren Kriterien vorliegen muss. Das sollte es ja auch demnächst. Genau dieser Prozess soll nicht durch eine vorweggenommene Anpassung der Swisslos-Verordnung präjudiziert werden.

Der Swisslos-Fonds Basel-Stadt hat sich über Jahre hinweg als verlässlicher Partner erwiesen. Viele Festivals werden seit über zehn Jahren kontinuierlich unterstützt, langjährige Engagements werden nicht abrupt beendet, sondern stets in einem transparenten und partnerschaftlichen Prozess überprüft. Bislang wurden Festivals nicht aufgrund einer veränderten Förderpraxis eingestellt, sondern durch Entscheide der veranstaltenden Organisationen selbst. Nicht zuletzt sehen wir mit Sorge, dass der Swisslos-Fonds zunehmend Aufgaben übernimmt, ohne dass, anders als beim Sport, für die Kultur ein fixer Anteil festgelegt ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass die ursprünglich klar definierten Förderkriterien schleichend verwässert werden. Gerade deshalb sind wir der Meinung, dass zuerst strategische Klarheit und eine saubere kulturpolitische Verordnung des Festivals nötig ist und keine weitere Ausdehnung der Verordnung.

Zusammengefasst, wir sagen Nein zur Anpassung der Verordnung zum jetzigen Zeitpunkt, nicht weil wir Festivals ablehnen. Wir vertreten die Haltung, erst das Konzept, dann die Kriterien und erst danach, falls nötig, die Anpassung der Verordnung. Wir bitten Sie deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin gerade von einem Bummel durch die Stadt reingekommen, ich wollte eigentlich gar nicht reden. Das ist Zufall, Swisslos-Fonds. Aber ich möchte einfach mal sagen, ich bekomme ganz viele Beschwerden von Leuten aus Basel, die mir schreiben und sagen, wir finden, der Swisslos-Fonds verteilt nicht gerecht und ich weiss als Grossrat seit vielen Jahren, dass wegen dem Swisslos-Fonds eine grosse Unzufriedenheit herrscht. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, aber in diesen Beschwerden, Swisslos-Fonds, die ich bekomme, heisst es, der eine kriegt, der andere kriegt nicht. Ich fühle mich natürlich geehrt als Grossrat und Mensch, wenn sich dann berühmte Fasnächtler bei mir melden und sagen, Eric, du musst etwas wegen dem Swisslos-Fonds machen. Ich kann nicht alles recherchieren, ich bin zu klein, aber ich spüre und ich merke, dass man bei dieser Sache tiefer gehen muss. Ich konnte mich mit dem nicht beschäftigen, weil es einfach zu viel ist, aber ich glaube, der Regierungsrat hat da auch Einfluss. Ist das richtig, Frau Präsidentin, dass der Regierungsrat Swisslos-Fonds bestimmt?



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es ist jetzt nicht an mir, hier zu antworten. Halten Sie Ihr Votum.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich komme zum Schlusssatz. Dann höre ich einfach immer wieder, der, der befreundet ist mit dem, der kriegt und der andere nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat die Motionärin Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Ich würde mir wünschen, dieses Festivalkonzept käme endlich. Seit ich Grossrätin bin, das ist mittlerweile über sechs Jahre, kommt es nicht und wir fordern es schon sehr lange, weil es, und ich bin da mit der LDP einig, extrem wichtig ist, dass wir endlich einmal über ein Konzept sprechen, über Kriterien sprechen, darüber reden und darüber reden können auf einer Basis, was wir eigentlich mit diesen Festivals in dieser Stadt wollen oder nicht. Jetzt hiess es wieder, das kommt dann das nächste Mal, das kommt dann bald. Ich habe seit dem neuen Kulturleitbild, das den Fokus vor allem auf die ganz grossen und internationalen Festivals legt, ein bisschen das Vertrauen verloren und glaube, wenn das dann kommt und wir diese Motion erstüberweisen, dann kann man das wunderbar verbinden.

Seit Covid habe ich sehr viele und sehr intensive Gespräche geführt mit den unterschiedlichsten Festivals und ich kann sagen, die Finanzierungslandschaft hat sich extrem verändert. Wir haben ganz neue Ausgangslagen und es ist von der Sponsoring-Ebene über die Stiftungsebene so, dass immer mehr über Projektarbeit ganz gezielte Produkte gefördert werden und niemand möchte dafür bezahlen, dass jemand an einem Schreibtisch sitzt und administrative Aufgaben übernimmt. Niemand möchte dafür bezahlen, dass eine Geschäftsstelle einen Büroplatz braucht. Etwas, das für uns alle selbstverständlich ist. Und ich glaube, hier hat der Kanton die Möglichkeit zu sagen, okay, das ist etwas, das wir anerkennen. Weil wir als Kanton und die Stiftungen und die ganzen Unternehmen, die sponsoren sollen, die Ansprüche steigen und irgendjemand muss an einem Tisch sitzen und es möglich machen, dass die Kultur in der unterschiedlichsten Form, vom Jazz über Theater, über Film, über Hip-Hop etwas aufführen kann, das wir dann geniessen.

Ich verstehe, dass man gerne möchte, dass der Name da steht, wo man auftritt, dass das sichtbar wird, dieses Hip-Hop-Konzert, dass diese jungen Menschen so feiern, das ist das Konzert, das ich jetzt besuchen möchte und da soll darunter stehen, das ist von uns bezahlt. Ich verstehe das und darum glaube ich, der Kanton ist hier am richtigen Ort, in der richtigen Position, um mit so einer Anpassung eine Möglichkeit zu schaffen, diese Langfristigkeit ein bisschen zu gewährleisten. Ich habe deswegen ganz bewusst die Schwellen eingebaut in diese Motion. Es sollen wiederkehrende Festivals sein, es soll etwas ein bisschen Etablierteres sein. Es heisst auch nicht, dass etwas nicht mehr sterben darf, ich bin dafür, dass auch Festivals zugrunde gehen dürfen und etwas Neues entstehen kann, das ist wichtig für die Kultur

Aber ich glaube, eine solche langfristige Planung, wie das dann umgesetzt wird, wie das in den Modalitäten angepasst wird, da sehe ich, dass das Schwierigkeiten geben kann, auch für den Kanton, aber ich glaube, das ist eine Schraube, die wir stellen können. Damit finanziert der Kanton trotzdem ganz tolle und wichtige Kulturprojekte, aber macht es vielleicht auch möglich zu sagen, okay, wir zahlen Ihnen zwei Ausgaben. Weil wir haben das in den letzten Jahren immer so gemacht, auch wenn Sie nicht über 150'000 Franken von uns bekommen. Und mit dieser Sicherheit können diese Festivals dann vielleicht auch, wenn eine Stiftung abspringt, wenn ein Sponsoring abspringt, dieses Büro halten und diese Geschäftsstelle reduzieren, aber auf 20% halten, weil sie die Sicherheit haben, dass der Kanton diese nächste Ausgabe mitfinanziert und somit die Möglichkeit haben, dass auch eine Person diese Finanzlücken zu schliessen versucht, das Projekt am Leben zu erhalten versucht oder es möglich macht, das Ehrenamt so zu bündeln, dass ein Verein hinter diesem Festival sich ein neues Konzept überlegen kann.

In diesem Sinne bedanke ich mich jetzt schon für das zahlreiche Überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 16 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008333, 11.02.26 10:20:30]



**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 77 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

**26. Anzug 1 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend kurzfristige Festhaltungen dokumentieren**

[11.02.26 10:20:36, 25.5547.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

**27. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Senkung der Suizidversuche im Gefängnis Bässlergut**

[11.02.26 10:21:06, 25.5548.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

**28. Anzug 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Überprüfung einer Neuausrichtung der Informatikmittelschule Basel**

[11.02.26 10:21:37, 25.5549.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



## 29. Anzug 4 Claudio Miozzari für eine bikantonale Plattform Talentförderung in der Berufsbildung

[11.02.26 10:22:05, 25.5580.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Nun, ich nehme mal an, dass Sie ein wenig überrascht sind, weshalb die BastA diesen Anzug bestrittet. Gemäss «Chrüzlistich» wird der Anzug aber heute deutlich überwiesen werden, wir hätten also den Anzug einfach laufen lassen können. Aber es ist uns wichtig, unsere Kritik Ihnen kurz vorzubringen und deshalb bestritten wir nun diesen Anzug.

Die BastA hat nichts Grundsätzliches gegen eine Talentförderung in der Berufsbildung. Wir fördern diese ja bereits mit 85'000 Franken pro Jahr und auch wir haben dieser Ausgabenbewilligung im Januar vor einem Jahr zugestimmt. Nun will der Anzug diese Talent- und Exzellenzförderung weiter stärken und mittels einer Plattform zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Wir finden, der Gewerbeverband soll dies tun. Mit Hilfe der bereits bestehenden staatlichen Unterstützung kann er dies ja durchaus so umsetzen.

Also was sehen wir kritisch? Anstatt weiter die Talent- und Exzellenzförderung zu fördern, finden wir, es wäre auch mal an der Zeit, dass junge Menschen, denen es vielleicht nicht so einfach gelingt, eine Berufslehre zu absolvieren, diese sichtbarer zu machen und diese wie auch die Betriebe, die bewusst jungen Menschen mit Schwierigkeiten für eine Berufslehre einstellen, diese zu fördern. Es kann aus unserer Sicht nicht nur darum gehen, die Begabtesten der Lernenden zu fördern und sichtbar zu machen, weil eben nicht alle jungen Menschen die persönlichen und sozialen Voraussetzungen dafür haben, zu den Begabtesten zu zählen und trotzdem wichtig sind für die Berufsbildung in unserer Stadt.

Es ist uns wichtig, hier klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir die Berufslehre nicht nur mit der Talentförderung stärken, sondern auch mit anderen Massnahmen, die aus unserer Sicht immer wieder mal vergessen gehen oder zu kurz kommen. Gerade wenn es um die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen oder um jungen Menschen mit schulischen Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt geht, brauchen wir vielleicht eine andere Plattform und eine andere Förderung der Betriebe. Einen solchen Anzug würden wir gerne unterstützen, eine weitere Förderung der Berufsbildung im bisherigen Rahmen, also die Talentförderung, so muss ich sagen, sehen wir nicht als zwingend, da es die Berufslehre nicht in der Breite fördert, sondern vor allem eher an der Spitze.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Anzugsteller Claudio Miozzari.

*Claudio Miozzari (SP):* Ich bin eigentlich mit allem einverstanden, was Oliver Bolliger gesagt hat, ausser mit seinem Antrag, diesen Anzug nicht zu überweisen. Natürlich ist es so, dass diese Forderung jetzt nicht die ganzen Herausforderungen, die wir in der Berufsbildung haben, löst, dass eine Plattform, wie sie gefordert ist, aber wenn sie gut gemacht ist, trotzdem der ganzen Berufsbildung zugutekommt. Es geht auch darum, Perspektiven aufzuzeigen. Es müssen nicht alle, die eine Lehre machen, natürlich eine Talentförderung geniessen, aber es geht darum, wirklich zu zeigen, wie dieser Bereich funktioniert und ich danke Ihnen, wenn Sie den Anzug unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008338, 11.02.26 10:26:06]



### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 86 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

### 30. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend irreführende Verwendung des Begriffs «Ranger» auf der Dreirosenanlage

[11.02.26 10:26:14, 25.5586.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Laetitia Block.

*Laetitia Block (SVP):* Dieser Vorstoss möchte die Bezeichnung des Ranger-Dienstes bei der Dreirosenanlage anpassen, weil er sachlich falsch sei und er suggerieren würde, es gehe um Naturschutz und dieses positive Image werde genützt. Doch schauen wir uns diesen Begriff doch einmal an, er kommt ja aus dem Englischen. Range, ein Bereich, ein Gebiet oder to range, durchstreifen, wandern oder eben von-bis reichen. Also die Sozialarbeiter auf der Dreirosenanlage tun genau das. Sie sind für ein Gebiet zuständig und sie durchstreifen dieses. Da ist also das Wort Streetworker, das im Vorstoss vorgeschlagen wird oder zumindest als alternativer Begriff verwendet wird, meines Erachtens doch eher irreführend, zumal die Anlage ja keine Street, keine Strasse ist.

Weiter stört sich der Anzugsteller daran, dass dieses positive Image des Begriffs genützt werde und hier suggeriert werde, es gehe um Naturschutz. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie meinen ja nicht aller Ernstes, dass irgendjemand irreführt wird, weil er meint, die Dreirosenanlage sei jetzt ein Naturschutzpark oder hier gehe es nur um Naturschutz. Also das ist ja hier tatsächlich einfach nicht der Fall.

Ich habe mir dann auch noch den Spass gemacht, die Berufsbezeichnung Ranger etwas zu recherchieren und zu schauen, was gibt es da sonst noch. Und da kann man schon sagen, neben diesen Parkrangers, die hier erwähnt werden, eine sehr grosse Berufsgattung wäre dann hier die US Army Ranger, also Special Forces, Spezialkräfte der Armee, die eine sehr grosse Gruppe darstellen. Es geht hier wohl dann weniger um Naturschutz oder Naturschutzparks. Dann gibt es die Law Enforcements Ranger, also spezialisierte Ranger mit Polizeiausbildung, auch bewaffnet, welche in den Parks die Gesetze, also hier geht es dann mehr um den Tierschutz, um die Sauberkeit, etc. durchsetzen. Es gibt die Forest Ranger, die den Waldschutz, Brandschutzprävention, aber auch Öffentlichkeitsarbeit tun und schliesslich musste ich etwas schmunzeln, gibt es dann die City Ranger. Was tun die, Aufsicht in Parks, Ordnungsdienst, also eigentlich exakt das, was die Ranger auf der Dreirosenanlage tun. Dieser Begriff ist also absolut der richtige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir doch bitte einfach mal die Sicherheitsthematik ernst, statt dass wir uns hier mit Wohlfühlvorstössen um die begriffliche Bezeichnung dieser Ranger, dieser Sozialarbeiter kümmern. Wenn wir hier mal in Basel und hier in diesem hohen Hause mal wirklich uns darum kümmern würden, Sicherheit herzustellen, auch auf dieser Anlage, und dies nicht immer verweigern würden, dann müssten wir hier auch nicht über so einen Rangerdienst und die Bezeichnung debattieren.

Die SVP lehnt diesen Anzug deshalb ab und bittet Sie, diesen nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Auch die Fraktion BastA wird diesen Anzug nicht überweisen und wir haben uns schon auch ein wenig gefragt, ob für eine solche Fragestellung wirklich ein politischer Vorstoss notwendig ist. Der Rangerdienst im Landschaftspark Wiese bzw. in der Langen Erlen hat als Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren und für die Besonderheiten der Natur zu sensibilisieren und bei Nutzungskonflikten zu vermitteln bzw. Verstösse festzustellen. Wir



finden dies eine sehr sinnvolle Aufgabe und haben uns immer dafür ausgesprochen, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Rangerdienst auf der Dreirosenmatte hat eine ähnliche Aufgabe. Zwar auf einem deutlich kleineren Grünraum und mit einem höheren Schwerpunkt auf mögliche Nutzungskonflikte anstelle der Förderung von Naturpädagogik. Littering, Lärmbelästigung und Nutzungskonflikte sind aber sowohl auf der Dreirosenanlage, wie es ja immer in den Medien und auch hier immer wieder mal zelebriert wird, aber auch in der Langen Erle eine Herausforderung, wie sich ja beispielsweise leider auch in der letzten Silvesternacht auch in der Langen Erle zeigte.

Nun soll also geprüft werden, ob der Rangerdienst der Stadtarbeit Elim auf der Dreirosenmatte anders benannt werden kann und die Verwaltung wird gebeten, auf eine korrekte Bezeichnung zu achten. Als Begründung wird unter anderem ins Feld geführt, dass der Rangerdienst im Landschaftspark Wiese aufgrund der unkorrekten Nennung irgendwie negativ beeinflusst wird. Wir sehen eine solche Diskussion als problematisch. Nur weil auf der Dreirosenmatte das Zielpublikum für die Interventionen des Rangerdienstes durch Medien und durchaus auch aufgrund realer Problemstellungen als eher randständig wahrgenommen wird, ist eine Namensdiskussion erneut ausgrenzend. Im Sinne, einen Ranger muss man sich schon verdienen. Mir ist klar, dass der Anzugsteller dies nicht beabsichtigt hat, nur schwingt dies halt irgendwie deutlich mit und deswegen wollen wir diesen Anzug so nicht überweisen.

Und vielleicht auch bezüglich der Namenskonstellation des Vorschlags wegen Streetworker Aufgrund der Aufgabenstellung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage kann auch nicht von Streetworker gesprochen werden. Das ist nicht wegen der Strasse oder wegen dem Platz, sondern Streetworker oder Gassenarbeit, wie es früher geheissen hat, sind konsequent parteilich unterwegs und versuchen, mit einer akzeptierenden Haltung Beziehungen aufzubauen und leisten konkrete niederschwellige Unterstützung, um eine Verelendung zu mindern oder zu verhindern. Sie übernehmen nie ordnungspolitische Aufgaben. Das Team der Gassenarbeit Schwarzer Peter übernimmt am Bahnhof SBB ja auch keine ordnungspolitische Aufgabe. Wenn da etwas ist, dann muss die Polizei vorbeikommen und es ist nicht der Schwarzer Peter, der ordnungspolitisch eingreift.

Dies unterscheidet sich klar vom Auftrag des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage. Falls diese Ordnungsaufgabe auf der Dreirosenanlage nicht mehr gewünscht ist, dann kann durchaus über eine Namensänderung diskutiert werden. So lange muss halt auf die Unterschiedlichkeiten der beiden Rangerdienste hingewiesen und für die breite Öffentlichkeit nachvollziehbar kommuniziert werden. Wir denken, das geht auch ohne Namensänderung.

Aus diesen Gründen bestreiten wir und werden den Anzug nicht überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Anzugsteller Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Es geht mir tatsächlich in keiner Weise darum, die Arbeit des Personals auf der Dreirosenanlage irgendwie in Frage zu stellen. Deren Präsenz ist sinnvoll und trägt auch zur Stabilisierung der Situation bei und dass der Einsatz nun ganzjährig weitergeführt wird, ist eine gute und wichtige Sache. Es geht mir tatsächlich einzig um die Bezeichnung Ranger. Diese ist sachlich falsch und wird dennoch seit Jahren konsequent öffentlich verwendet. Der Beruf Rangerin oder Ranger steht, und da kann man schon in Amerika irgendwo vielleicht was anderes googeln, aber in der Schweiz und in Europa steht er für Naturschutz, Besuchendenlenkung und Umweltbildung. Und wir kennen das alle vom Landschaftspark Wiese, wo der Rangerdienst seit ein paar Jahren sehr erfolgreich wirkt.

Auf der Dreirosenanlage trifft allerdings nichts davon zu. Die Mitarbeitenden leisten wichtige Arbeit an einem sozialen Brennpunkt und ihre Arbeit ist im Bereich Sozialarbeit oder eben, ich habe Streetwork gesagt, ob das falsch ist, das kann man dann auch noch diskutieren, aber sicher nicht der Ranger-Tätigkeit zuzuordnen. Denn diese Tätigkeit bezeichnet ein klar umrissenes Berufsbild und der Berufsverband Swiss Rangers ist dabei, sich zu vernetzen in der Schweiz und europäisch und arbeitet an der Profilierung und steht auch kurz vor der eidgenössischen Berufsanerkennung. Und wenn jetzt nun eine beliebige Verwendung des Begriffs aufkommt, dann verwässert das dieses Berufsbild wieder und auch die dahinterstehende spezialisierte Ausbildung.

Man kann sagen, es ist vielleicht ein Wohlfühlvorstoss oder es ist nicht unbedingt nötig, ich habe das natürlich versucht, auf informellem Weg zu klären, sogar mehrfach, aber auch ergebnislos und deshalb greife ich nun zu diesem Anzug und bitte Sie, mich bei der Überweisung zu unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**72 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008340, 11.02.26 10:36:31]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 72 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

## 31. Anzug 6 Ivo Balmer und Konsorten zum Ausbau der statistischen Grundlagen im Bereich Wohnen

[11.02.26 10:36:39, 25.5587.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Man könnte beim Lesen dieses Anzugs fast glauben, der Basler Wohnungsmarkt sei ein dunkler Fleck auf der Landkarte, über den wir rein gar nichts wüssten. Doch das ist das Gegenteil. Unser Statistisches Amt leistet Pionierarbeit und das Portal [data.bs.ch](http://data.bs.ch) ist schweizweit ein Goldreferenz für Transparenz.

Die LDP lehnt diesen Anzug ab. Wir brauchen keine neue Datenbürokratie, die den Wohnungsmarkt noch weiter verlangsamt. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsproblem. Der Anzug fordert die Erhebung von Daten, die wir längst haben. Wer einen Blick in den Basler Quartieradar wirft, sieht dort bereits heute per Knopfdruck den Wohnflächenverbrauch pro Person, aktuell im kantonalen Durchschnitt bei rund 41,5 m<sup>2</sup>. Wir wissen durch die jährliche Leerstandserhebung im Juni ganz genau, wo wir stehen. Die Quote liegt bei 1,1%. Wir wissen auch, dass die Knappheit vor allem bei 2- und 3-Zimmerwohnungen liegt. Wir kennen die Diagnose. Was uns fehlt, ist nicht der Fieberthermometer, sondern die Therapie und die heisst, bauen, nicht zählen.

Das GIS liefert bereits heute, was Sie fordern. Ein Blick in unser Geoportal MapBS zeigt die enorme Dichte an Informationen. Wir haben Layer zum Baujahr, zum Wohnanteil, zur Gebäudestruktur. Das Statistische Amt weist die Wohnungsbestände zudem bereits heute sehr präzise nach Eigentumskategorien aus. Wir wissen also genau, wie hoch der Anteil der Genossenschaften oder der institutionellen Investoren ist. Wer nun fordert, das Rad statistisch neu zu erfinden, produziert teure Doppelspurigkeit zum bestehenden digitalen Abbild unserer Stadt.

Besonders kritisch betrachten wir Punkt 6 des Anzugs, die systematische Erfassung des Wohnflächenverbrauchs bei jedem einzelnen Umbauprojekt. Das ist administrative Irrsinn. Wir belasten Bauherren und die Bauplanungsbehörden mit immer neuen Meldepflichten. Das ist ein Misstrauensvotum gegen jeden, der in dieser Stadt noch investieren will. Wir machen das Bauen dadurch nur noch komplizierter, teurer und langsamer.

Wir fordern nun auch noch, Angebotsmieten staatlich zu publizieren. Das ist ordnungspolitisch brandgefährlich. Inseratepreise sind keine Abschlussmieten, sondern Wunschpreise. Wenn der Staat diese Spitzenwerte regelmässig adelt und publiziert, treibt er die Erwartungshaltung auf dem Markt künstlich nach oben. Das ist psychologische Mietpreissteigerung durch die Statistik und das kann nicht in unserem Interesse sein.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel-Stadt lebt Open Data by Default. Die Rohdaten liegen auf dem Tisch. Wer forschen will, kann das heute schon tun. Wir brauchen keinen neuen Regierungsauftrag, der personelle Ressourcen bindet,



die wir für die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren viel dringender bräuchten. Hören wir auf, nach immer neuen statistischen Ausreden zu suchen, warum wir beim Bauen nicht vorankommen.

Die LDP-Fraktion lehnt diesen Anzug ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ganz kurz, es gibt diverse Infos, die haben wir noch nicht, insbesondere im Mietzinsbereich. Die Unterscheidung zwischen Angebots- und Bestandsmieten, genau das hilft uns ja besser nachzuvollziehen und das hat sicher keinen preistreibenden Charakter. Die Angebotsmieten sind nämlich publiziert, die findet man auf Portalen. Nun, die SP geht davon aus, wenn wir in diesem Rat, in der Bevölkerung, in den Medien so viel über Wohnen und Wohnungsmarkt diskutieren, dann helfen uns Daten dabei, sicher ein bisschen sachdienlicher zu diskutieren und wie beim Wohnungsmarkt allgemein ist die SP auch bei der Diskussion dazu der Ansicht, dass Spekulation nicht zielführend ist und deswegen sind weitere statistische Daten sinnvoll und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, spricht sich die Fraktion Mitte-EVP für die Überweisung dieses Vorstosses aus. Dies entspricht einem allgemeinen Anliegen unserer Fraktion, nämlich der Versachlichung der kantonalen Wohnpolitik, die im Moment und schon länger stark polarisiert. Mit ihrer Initiative für einen vernünftigen Wohnschutz verfolgt die Mitte Basel-Stadt übrigens denselben pragmatischen Ansatz der Versachlichung. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt die Überweisung also aus sachpolitischen Gründen. Gute Politik braucht gute Grundlagen, damit eine faktenbasierte Diskussion möglich wird.

Der Anzug verlangt keine neuen Regulierungen, sondern eine Überprüfung und Verbesserung der statistischen Basis im Bereich Wohnen und Mieten. Wenn wir über Mietpreise, Knappheit oder soziale Durchmischung sprechen, müssen wir wissen, wovon wir reden. Daten zu Bestands- und Angebotsmieten, zu Einkommensstrukturen oder zu Leerständen helfen, politische Massnahmen auf eine solide Grundlage zu stellen. Für eine Politik der Mitte, die Brücken bauen will, ist das essenziell.

Ein Anzug ist ein Prüfauftrag, nicht mehr und nicht weniger. Die Regierung erhält den Auftrag zu klären, wo Datenlücken bestehen und wie diese geschlossen werden könnten. Das ist subsidiär, massvoll und wahrt den Handlungsspielraum des Regierungsrats. Wir beschliessen keine Eingriffe in den Wohnungsmarkt, sondern schaffen die Voraussetzungen dafür, künftig differenzierter entscheiden zu können. Bessere statistische Daten helfen auch, gezieltere sozialpolitische Antworten zu entwickeln. Wer Unterstützung wirklich dort einsetzen will, wo sie nötig ist, braucht eine präzise Datengrundlage. Das entspricht auch dem Verständnis von Verantwortung in unserer Fraktion, nicht pauschal regulieren, sondern sorgfältig hinschauen.

Für uns ist zentral, dass diese zusätzliche statistische Aufgabe stellenneutral umgesetzt wird, also ohne Personalausbau. Falls Sie da skeptisch sind, vergleichen Sie am besten mal den Headcount des Statistischen Amtes Basel-Stadt mit jenem des Kantons Aargau zum Beispiel. Mehr Datenqualität bedeutet nicht automatisch mehr Verwaltung.

Zusammengefasst; die Überweisung dieses Anzugs bedeutet weder eine Vorfestlegung auf neue staatliche Eingriffe noch eine Abkehr vom Ziel eines funktionierenden Wohnungsmarkts. Sie bedeutet schlicht, dass wir uns als Parlament die nötigen Instrumente verschaffen, um künftige Entscheide faktenbasiert, verhältnismässig und effizient zu treffen, ohne Ausbau der Verwaltung. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt deshalb die Überweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Albietz, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Battaglia. Diese wird angenommen.

*Olivier Battaglia (LDP):* Daniel Albietz, eine kleine Frage, waren Sie schon mal auf Open Data und MapBS und haben Sie mal die Vielfalt angeschaut? Weil viele von den Sachen, die Sie erwähnt haben, sind schon bereits drin.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Um kurz zu antworten, ja, ich war schon dort und ich konnte angesichts der Daten nicht feststellen, ob Lücken bestehen, das ist die Aufgabe des Regierungsrats.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat der Anzugsteller Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Olivier Battaglia, ich hoffe, ich kann Sie auch noch überzeugen, weshalb es diesen Anzug braucht. Vorneweg, ich glaube, es ist klar, heute diskutieren wir keinen ideologischen Vorstoss oder das, was ich Ihnen teilweise vorwerfe mit den Märkten und Sie umgekehrt mir, sondern ich glaube, wir diskutieren eine einfache Frage, wollen wir Wohnpolitik auf Basis von Fakten machen oder eben nicht. Und Wohnen ist so ein zentrales politisches Thema in diesem Kanton geworden. Die Mieten werden erhöht, die Krise verschärft sich. Sie sagen, es wird zu wenig gebaut, ich sage, die soziale Durchmischung gerät unter Druck. Und gleichzeitig hören wir dann bei diesen Debatten in diesem Rat immer wieder sehr klar die Behauptungen, ja, das Problem sei übertrieben, das Problem ist selbst gemacht, etc. oder ich sage, der Markt funktioniert nicht, also das ist auf beiden Seiten vorhanden.

Und ich kann Sie beruhigen oder alle, die diesen Vorstoss nicht überweisen wollen, also Daten verzerren jetzt definitiv den Markt nicht, also einfach, wenn Daten und Transparenz hergestellt ist. Und genau das möchte dieser Anzug, genau hier setzt er an. Und es ist nicht radikal, es ist nicht bürokratisch und es ist eben nicht ideologisch. Er verlangt schlicht, dass wir jetzt die statistischen Grundlagen nach 20 Jahren dem Gegebenen anpassen.

Und jetzt zum Inhaltlichen. Ich habe diese Punkte nicht einfach so erfunden, sondern ich habe im Vorfeld mehrere schriftliche Anfragen genau zu diesen statistischen Grundlagen gestellt und der Kanton konnte sie mir nicht beantworten, weil er gesagt hat, wir haben keinen gesetzlichen Auftrag, diese Daten, auch wenn sie vorliegen würden, in einer regelmässigen Form zu publizieren. Und deshalb geht es.

Kommen wir zum ersten Punkt, Bestands- und Angebotsmieten. Ich glaube, Angebotsmieten sind ganz wichtig, dass die staatlich publiziert werden. Wüest Partner, private Firmen machen das in der Schweiz. Das verstehe ich bis heute nicht, weshalb das die Privaten machen, der Staat aber hier dazu schweigt. Und dann würden wir nämlich sehen, was dort passiert und wie wir dann auch intervenieren könnten.

Mietpreise und Einkommen, ja, Leistbarkeit, immer ein Thema, wenn wir über Wohnen reden. Ich möchte diese Vergleichszahlen haben. BWO kann das, für Basel haben wir das differenziert nicht, ist einfach zu machen, BWO hat die Daten. Ich möchte, dass sie regelmässig veröffentlicht werden im Verhältnis für Basel-Stadt.

Gemeinnützig, nicht gemeinnützig, Kostenmiete, nicht Kostenmiete, ganz wichtig, zentraler Bestandteil unserer Kompromisse hier drin. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt. Die Eigentümerkategorien sind nicht so aufgeschlüsselt. Die Mieten sind genossenschaftliche Mieten und keine gemeinnützigen Mieten und das ist ein Problem, konkret ein Problem.

Und dann, möblierte Wohnungen, Business Apartments, da ist noch ein anderer Anzug hängig. Da sind wir angewiesen auf externe Forschungen, die dieses Problem quantifizieren. Wir können Abschätzungen machen, das müssen wir machen, die einen Missstand anprangern. Der Bevölkerung ist das ein grosser Dorn im Auge. Ich möchte wissen, sind das 1'500 Wohnungen, sind das 2'000 Wohnungen oder sogar mehr. Und da finde ich, sind wir in der Pflicht, endlich nachzubessern, endlich die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und mindestens einfach mal die Grundlage liefern, dass wir dann Instrumente hier drin beschliessen können. Und das mache ich gerne auf Fakten und nicht auf Behauptungen und ich möchte nicht, dass das einfach immer in diesen halb Nebelblindflügen passiert.

Deshalb hoffe ich, dass wir das heute überweisen, dann kann das Statistische Amt arbeiten und unsere Debatten werden dann vielleicht auch inhaltlich ein bisschen zielführender, wenn wir über Wohnpolitik diskutieren. Ich diskutiere gerne mit Ihnen über Wohnpolitik und freue mich, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 30 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008342, 11.02.26 10:50:21]

### **Der Grosse Rat beschliesst**



den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 63 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

### **32. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“, Schreiben des RR**

[11.02.26 10:50:28, 23.5534.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Wir kommen zur ersten Fraktionssprechenden, Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Eigentlich wollte ich mich nur bedanken, dass dieser Anzug erfüllt wurde und jetzt nutze ich doch die Gelegenheit, weil Regierungsrat Lukas Engelberger da ist. Es gibt einen Abschnitt in der Beantwortung des Anzugs, wo ich ein bisschen darüber gestolpert bin. Ich zitiere einfach kurz ein, zwei Sätze daraus. Da steht zum Beispiel: Sollten sowohl die Angebote der DIBS wie auch von Safer Dance erweitert werden, wären entsprechend mehr finanzielle wie auch personelle Mittel notwendig. Dann steht auch noch: Für eine nachhaltige Sicherung des Angebots wären die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Suchthilfe Schweiz entsprechend anzupassen. Zudem wären auch Schulungen und Workshops für Fachpersonen der Jugendhilfe sowohl für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit Jugendlichen zusammenarbeiten, zu fördern. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, es gibt ein bisschen sehr viel «wären» in diesem Abschnitt drin und da bin ich wirklich darüber gestolpert. Ich denke, das Angebot ist sehr wichtig, das Angebot von Safer Dance und der DIBS und es ist eben auch wichtig für Jugendliche und ich bitte deshalb und ich appelliere an Regierungsrat Lukas Engelberger, hier wirklich dies auch in die Verhandlungen einfließen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **33. Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, Schreiben des RR**

[11.02.26 10:52:45, 21.5497.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben



### 34. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen, Stellungnahme des RR

[11.02.26 10:53:13, 25.5297.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass Verständigungsprobleme eine zentrale Herausforderung für die Chancengleichheit in der Gesundheitsversorgung darstellen. Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Problematik nicht allein über eine Finanzierungsregelung für Dolmetscherleistungen gelöst werden kann. Der Kanton Basel-Stadt erhebt derzeit den konkreten Bedarf an Dolmetscherleistungen mittels einer Befragung unter niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Erste Zwischenergebnisse zeigen ein vielschichtiges Bild. Zwar wird in Arztpraxen zum Teil ein Bedarf festgestellt, gleichzeitig greifen diese häufig auf pragmatische Alternativen zurück. Dies geschieht oftmals aus Zeitgründen, aufgrund der Kosten oder wegen der eingeschränkten Verfügbarkeit von professionellen Dolmetschenden.

Diese vorläufigen Erkenntnisse verdeutlichen, dass eine isolierte Finanzierungsregelung zu kurz greifen würde. Vielmehr bedarf es eines koordinierten Vorgehens, das strukturelle organisatorische und Kommunikationsaspekte einbezieht. Die laufende Erhebung schafft hierfür die notwendigen Grundlagen, um darauf aufbauend gezielte und wirksame Massnahmen entwickeln zu können. Das Gesundheitsdepartement wird gemeinsam mit dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie dem Präsidentsdepartement ein Massnahmenpaket für den ambulanten Bereich erarbeiten und dem Grossen Rat im Jahr 2027 einen entsprechenden Ausgabenbericht vorlegen. Auch Erfahrungen und Erkenntnisse aus anderen Gemeinwesen sollen und können bei der Ausarbeitung dieses Massnahmenpakets einbezogen werden.

Wir beantragen Ihnen aus diesen Überlegungen, den Vorstoss in der Form des Anzugs zu überweisen. Das ist offener und dafür spricht insbesondere auch, dass sich die Ausgangslage durch die sehr rasante Entwicklung und Verbreitung von digitalen Übersetzungslösungen gerade sehr schnell ändert. Diese Instrumente werden besser, sicherer, schneller, günstiger. Sie müssen auch in unserem Alltag in den Versorgungsstrukturen und den Angeboten des Kantons eingebunden werden und ich glaube, es ist angesichts dieser laufenden Entwicklung ratsam, jetzt das Feld offen zu halten und die etwas unverbindlichere Form der weiteren Beantwortung im Format Anzug zu wählen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den ersten Fraktionssprechenden. Für die Mitte-EVP Michael Graber.

*Michael Graber (Mitte-EVP):* Für die medizinische Behandlung einer Patientin und eines Patienten ist eine gute Verständigung mit dem medizinischen Fachpersonal von grösster Wichtigkeit. (Ein Aufnahmegerät wird abgespielt) Das war Finnisch. Leider gestaltet sich die Verständigung sehr schwierig, wenn man nicht die gleiche Sprache spricht. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt das Vorhaben, dass hier Möglichkeiten geschaffen werden sollen, um Sprachbarrieren zu überwinden. (Ein Aufnahmegerät wird abgespielt) Das war Koreanisch.

Ich lasse es jetzt bleiben mit der ständigen Übersetzung, weil das dauert jetzt relativ lange und ich halte mich kurz, allerdings ist hier eine Motion das falsche Instrument dafür. Es ist zu wenig flexibel und lässt keinen Spielraum, neuere Entwicklungen wie KI-gestützte Übersetzungen miteinzubeziehen. Uns in der Fraktion ist bewusst, dass KI-gestützte Übersetzungen kein Allheilmittel sind. Insbesondere die Frage des Datenschutzes ist problematisch und muss genau betrachtet werden. Nichtsdestotrotz ist es im Alltag ein hilfreiches Tool, das es wert ist, in Betrachtung miteinbezogen zu werden.

Wir von der Mitte-EVP unterstützen den Antrag der Regierung und empfehlen Ihnen, den Vorstoss «Dolmetschende im Gesundheitswesen» als Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich habe mein Telefon jetzt nicht eingeschaltet. Ich hatte es eingeschaltet vor nicht allzu langer Zeit in Vietnam. Ich spreche kein Wort Vietnamesisch. Die Leute, die mich dort herumchauffiert haben und die ich besucht habe, zum Teil kein Wort Englisch, Französisch, Deutsch oder weiss der Himmel, was ich verstanden hätte. Ich habe solche Apps



praktisch getestet. Wenn ich eine Korrektur zu machen habe, dann an der Aussage von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass diese Tools immer besser würden. Nein, sie sind schon saugut. Die Lösungen sind vorhanden, sie liegen auf dem Tisch.

Was wollen wir jetzt also mit dieser Motion noch erreichen? Zugegebenermassen, ich bin froh, dass ich nicht Dolmetscher bin. Der Dolmetscherberuf leidet unter der aktuellen Digitalisierung, das ist mir bewusst, aber ich glaube nicht, dass es der Zweck dieser Motion wäre, Strukturert für Dolmetscherinnen und Dolmetscher in unserem Kanton zu betreiben. So wie ich die Motion verstehe, geht es schlicht um die Kommunikation im Gesundheitswesen. Und dieses Thema ist weitgehend gelöst. Wenn Personen in die Schweiz kommen, die kein Wort Deutsch oder Englisch sprechen, dann werden die in grosser Zahl bereits solche Apps auf ihrem eigenen Handy haben. Weshalb brauchen wir jetzt hier noch einen Anzug bei einem Thema, das weitgehend gelöst ist, und wenn man das Gefühl hat, es braucht doch noch etwas mehr Lösungen, man mit minimalem Budget noch mehr erreichen kann.

Aus dieser Überlegung heraus schlägt Ihnen die SVP vor, diese Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

*Oliver Bolliger (BastA):* Ich werde dann noch später in meiner Rede zu den technischen Fortschritten unserer Gesellschaft sprechen, aber zuerst mal noch kurz, denn wir können es hier eigentlich wirklich kurz machen. Das Anliegen ist seit Jahren auf kantonaler wie auf Bundesebene ein Politikum und jetzt müssen aus meiner Sicht wirklich mal Pflöcke eingeschlagen werden, die dann auch irgendwie ein bisschen Wirkung erzeugen können.

Gerade im Gesundheitsbereich ist das interkulturelle Dolmetschen für eine gute Behandlungsqualität entscheidend und senkt somit auch Kosten. Und es ist ja nicht so, dass kein interkulturelles Dolmetschen im Gesundheitsbereich stattfindet, vieles ist vorhanden. Wenn wir aber die Finanzierung der Dienstleistungen nicht direkt beeinflussen wollen und mit zusätzlichen Massnahmen Klarheit schaffen, bleibt die gewünschte Wirkung aus, das tut dies schon seit Jahren. Das ewige Warten, ob auf nationaler Ebene eine einheitliche Finanzierung aufgegleist oder ob der TARMED, jetzt TARDOC, so angepasst werden kann, dass Dolmetschdienstleistungen vergütet werden können, laufen seit Jahren auf und ins Leere. Zudem würde ich eher davon abraten, das interkulturelle Dolmetschen über den Tarif oder als integralen Bestandteil einer Fallpauschale zu vergüten. Es braucht meines Erachtens ein unkompliziertes System von Auftragsstellung und Vergütung der Dienstleistung, dann kommt es auch wirklich zum Tragen.

Ich selbst habe in der Pandemiezeit den Ausländerdienst Baselland geleitet, dort hatten wir einen riesengrossen Dolmetschdienst, der auch dann wertvolle Arbeit geleistet hat, auch umgeschwenkt ist auf andere Formen wie Zoom-Dolmetschleistungen, etc. Es ist also von entscheidender Bedeutung, dass es einen Dolmetschdienst gibt.

Und jetzt diese lustige Spielerei mit dem Natel, ja, das war auch so, als die ersten ukrainischen Flüchtlinge in Pratteln dann angelaufen sind, hatten sie auch das Handy und wir haben versucht, mit diesem Tool die ersten Kontaktaufnahmen machen zu können, erste Klarheit schaffen zu können, aber eine Dolmetschleistung in einer Schule, eine Dolmetschdienstleistung in einem Gesundheitsbereich, wo es nicht darum geht, wie viele Milligramm Tabletten Sie jetzt vielleicht nehmen müssen, sondern es geht vielleicht auch darum, eine Diagnose, die allenfalls auch schwerwiegend sein kann, zu transportieren und da glaube ich, meine Damen und Herren, ist eine nur so technische Lösung nicht wirklich zielführend. Das kann sehr viel nützen, das kann auch in Zukunft vielleicht einzelne Dolmetschleistungen reduzieren, die man jetzt bisher face to face gemacht hat, aber das Grundsätzliche wird es nicht durch ein kaltes technisches Produkt ersetzen.

Die Menschlichkeit und auch die Übertragbarkeit von Emotionen können technische Dienstleistungen nicht garantieren. Ich glaube, alle Personen, die in einem Gesundheitsbereich arbeiten, im Sozialwesen arbeiten, aber auch in der Schule, die vor einer schwierigen Situation sind, wissen, dass eine Dolmetschdienstleistung, die vor Ort stattfinden kann, viel mehr auffangen kann als ein technisches Mittel. Also ich würde davon abraten, das als Allerheilmittel zu preisen. Der Regierungsrat bekräftigt ja in seiner Antwort auf die Erstüberweisung, dass das interkulturelle Dolmetschen im Gesundheitswesen behandlungsrelevant und entscheidend ist. Und auch, wie schon gesagt, braucht es aus meiner Sicht weiterhin ein professionelles Dolmetschen mit Personen und nicht nur mit Geräten.

In der Antwort wird auf den Schlussbericht einer Umfrage bei Hausärzten, Gynäkologinnen und Kinderarztpraxen verwiesen. Ebenso wird in der Antwort ein Massnahmenpaket skizziert, welches zum Tragen kommen und die Finanzierung mittels Pilotprojekt sichergestellt werden soll. Ja, die Motion verlangt ja nichts anderes, als dass das interkulturelle Dolmetschen in Spitälern sowie im ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich für die Zukunft sichergestellt werden soll. Das ist der Inhalt dieser Motion und dies ist eben entscheidend, ob bei Bedarf interkulturelles Dolmetschen zum Tragen kommt oder nicht. Bleibt die Finanzierung unklar und sind die Abläufe zu kompliziert, wird in der Praxis darauf verzichtet oder auf unprofessionelles Dolmetschen dann ausgewichen.



Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen. Einen Anzug haben wir vor fast genau sieben Jahren schon einmal dem Regierungsrat überwiesen und es ist dabei nichts Namhaftes entstanden. Nur mit einer Motion kommen wir dem Ziel einer guten Verständigung im Gesundheitswesen wirklich entscheidend näher, weil die Finanzierung dann geklärt ist. Besten Dank für die erneute Überweisung als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Amiet. Diese wird angenommen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Sie haben von schwierigen Diagnosen gesprochen. Glauben Sie nicht auch, dass eine präzise Diagnose viel mehr Wert hat als eine ungefähre Diagnose, weil man die Vokabeln nicht so genau kennt?

*Oliver Bolliger (BastA):* Eine präzise Diagnose ist sicher wertvoll. Ich gehe davon aus, dass interkulturelle Dolmetscher\*innen das können und das entsprechend übersetzen können, für das sind sie ausgebildet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Ich kann mich in vielen Punkten meinem Vorredner Oliver Bolliger anschliessen und auch der Regierungsrat schreibt ja in seiner Stellungnahme, dass er sich dieser Problematik bewusst ist und dass Herausforderungen und Probleme bezüglich der Kommunikation bestehen. Genau deshalb ist es für uns in der Fraktion nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Vorstoss abgeschwächt werden soll. Die Argumentation des Regierungsrats läuft im Kern darauf hinaus, dass weitere Abklärungen nötig seien und dass die Finanzierung alleine nicht ausreiche. Beides mag ja zutreffen, aber beides spricht nicht gegen eine Motion, sondern in unseren Augen gerade dafür. Denn eine Motion verlangt keine eindimensionale Lösung, sondern einen verbindlichen Auftrag, eine tragfähige Lösung vorzulegen und genau dieser verbindliche Schritt fehlt seit Jahren, obwohl die Thematik auf dem Tisch ist.

Der Handlungsbedarf ist längst erkannt. Es gibt Studien, es gibt Pilotprojekte, Befragungen, etc., die zeigen, dass Sprachbarrieren reale Risiken für Fehlbehandlungen und Mehrkosten darstellen. Der Regierungsrat weist gleichzeitig darauf hin, dass Befragungen im Gange sind und künftige Berichte dann vorgelegt werden sollen und skizziert bereits einen Massnahmenplan. In unseren Augen widerspricht dies aber nicht einem verbindlichen politischen Auftrag, der die Umsetzung verbindlich gestaltet. Das Argument, die Nutzung der Dolmetschdienste sei teilweise gering, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass es nicht nötig ist. Wenn Angebote organisatorisch schwierig, finanziell unsicher oder wenig bekannt sind, ist eine tiefe Nutzung kein Gegenargument, sondern eher ein Hinweis auf strukturelle Mängel.

Und hier möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, den der Regierungsrat ausführt, nämlich zum Einsatz von Dolmetschenden im ambulanten psychotherapeutischen Bereich, wo er besonders herausfordernd sei. Dies erstaunt nicht und ich bestreite das auch nicht, sondern es liegt für mich auf der Hand. Einerseits sind die Hürden, sich eine Therapeutin oder einen Therapeuten zu suchen, ohnehin gross. Sei es wegen dem eigenen Prozess, bis man an den Punkt gelangt ist, wo man findet, jetzt brauche ich Hilfe, oder weil man niemanden findet, und andererseits erhöht eben eine sprachliche Barriere genau diesen Prozess noch einmal zusätzlich. Auch dass Dolmetschende von Therapeut\*innen als eine potenzielle Störung des therapeutischen Prozesses wahrgenommen werden, ist nachvollziehbar. Aber soll das nun heissen, dass Menschen auf diese Unterstützung verzichten sollen, wenn sie darauf angewiesen sind? Das denke ich nicht.

Und genau dies soll mit dieser Motion angegangen werden, nämlich dass das Angebot besteht, dass darauf zurückgegriffen werden kann und dass die Personen die Leistungen bekommen, die sie benötigen. In diesem Sinne verlangt die Motion nichts Unmögliches. Sie verlangt, dass der Regierungsrat die Voraussetzungen schafft, damit Verständigung im Gesundheitswesen nicht vom Zufall abhängt. Es geht um Patientensicherheit, Chancengleichheit und letztlich auch um ein effizientes Gesundheitssystem. Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, den Vorstoss als Motion erneut zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Fraktion GLP ist Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Diese Motion greift ein berechtigtes Anliegen auf, das, denke ich, weitgehend nicht bestritten wird. Auch die Regierung anerkennt, dass es hier einen Missstand gibt und dass es für eine gute, adäquate Behandlung eine gute Kommunikation und Verständnis auf Seite des Patienten erforderlich ist. Wie dieses Problem langfristig gelöst werden sollte, das ist eine andere Frage, da habe ich möglicherweise auch schon bei der Erstüberweisung ein paar Sachen dazu gesagt.



Wenn man der Ansicht ist, dass es unabdingbar für eine medizinische Behandlung in unserem Verständnis ist, wie es vom KVG eben sichergestellt wird für alle, dann könnte man sich auch fragen, sollte es nicht auch eine KVG-pflichtige Leistung sein, das heisst letztendlich über die Krankenkassen finanziert werden. Das ist aber im Moment nicht der Fall, das ist auch nicht absehbar, dass das bald der Fall sein wird. Daher ist richtigerweise hier subsidiär quasi der Kanton in der Pflicht.

Für uns stellt sich jetzt als GLP nur die Frage, was ist richtig, das weiter als Motion zu verfolgen oder besser als Anzug, wie von der Regierung vorgeschlagen. Wir anerkennen und glauben der Regierung gerne, dass sie sich in die Richtung schon Bemühungen macht und würden auch vertrauen, dass sie das weitermachen würde, auch im Sinne eines Anzugs, aber wir sind der Ansicht, dass es hier richtig ist, das als Motion weiter zu behandeln, weil wir der Ansicht sind, dass es wirklich ein wichtiger Punkt ist und wir uns auch wirklich eine umfassende Lösung wünschen. Das heisst nicht, dass es eine sehr teure, gross angelegte Lösung sein muss, aber eine umfassende. Das heisst konkret, durchaus soll man KI-Möglichkeiten, die sich jetzt wirklich aufdrängen bei diesem Thema, natürlich mitdenken und versuchen, da eine gute Lösung zu finden, aber wir wollen da eine Lösung und auch eher schneller als langsam.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Fraktion FDP ist Christian C. Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Wie Sie gesehen haben, ist die Fraktion FDP gegen die Motion und auch nicht unbedingt für den Anzug. Ja, es gibt Stimmen oder gab Stimmen innerhalb der FDP, die auch einen Anzug durchaus sehen. Ich habe schon bei der Erstüberweisung der Motion darauf hingewiesen, dass die Thematik, also einerseits die Anerkennung, dass da natürlich ein gutes Verständnis zwischen Leistungserbringer und potenziellen Patienten wichtig ist natürlich in der Gesundheit, das streiten wir nicht ab. Das Thema ist einfach, wer am Schluss die Verantwortung oder die Verpflichtung übernehmen muss, dass diese Kommunikation auch funktioniert. Ich habe damals das Beispiel gebracht, wenn ich im Ausland, ich bin relativ oft in Griechenland, dort ins Spital gehe, dann wartet dort nicht als erstes ein Dolmetscher auf mich, um mich quasi mit dem Arzt in Verbindung zu bringen, weil ich der griechischen Sprache nicht mächtig bin. Wir scheinen uns hier in der Schweiz verpflichtet zu sehen oder zu sein, sämtliche Sprachen sprechen zu müssen oder zumindest diese Dolmetscherdienste zur Verfügung zu stellen und das ist natürlich ein, wenn ich das sagen muss, wenn es am Schluss vom Kanton oder vom Staat getragen werden muss, diese finanziellen Aufwendungen, bisschen ein Luxusproblem.

Wie gesagt, die Vorstellung oder die Ideen, die auch gegebenenfalls seitens der Regierung im Rahmen eines Anzuges behandelt werden können, dafür gibt es durchaus Verständnis. Wir werden in der Tendenz wahrscheinlich eher die Motion wie auch den Anzug ablehnen, aber es gibt durchaus Stimmen bei uns, die sich gegebenenfalls für einen Anzug aussprechen werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Raoul I. Furlano für die LDP.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich glaube, hier drin bestreitet nicht jemand die Bedeutung einer guten Kommunikation, die ich jeden Tag im Spital führe, da ich wirklich täglich mit Patienten zu tun habe. Das bestreitet ja wirklich niemand. Aber die Sprachbarrieren, die können wirklich ein Problem sein, das haben wir jetzt auch von vielen vernommen, die das jetzt schon gesagt haben. Die Frage ist aber nicht, ob Dolmetschen sinnvoll ist, sondern ob der Kanton Basel-Stadt als Kanton eine pauschale Finanzierung dieser Leistungen in den Spitälern, in den Praxen, in den Hausarztpraxen und auch in den Psychotherapien, Psychologien, überall, wo einfach Kommunikation medizinisch wichtig ist, ob das der Kanton übernehmen soll. Und da ist meine Antwort ganz klar nein, weil die Motion greift für mich sogar zu kurz. Sie ist systemfremd, so wie sie jetzt hier formuliert ist, finanziell und organisatorisch für mich einfach der falsche Weg. Ich will versuchen zu begründen, warum.

Erstens, es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche und sogar nationale Aufgabe, nicht kantonal. Die Finanzierung von medizinischen Leistungen, das hat auch ein Vorredner gesagt, ist eigentlich im KVG ganz klar geregelt. Und wenn wir jetzt anfangen, zusätzliche Leistungen ausserhalb dieses Systems kantonal zu finanzieren, dann machen wir einen Präzedenzfall. Heute sind es Dolmetschende, morgen sind es weitere Zusatzleistungen, die eigentlich in ein nationales Tarifsystem hineingehören.

Zweitens, wir verlagern die Verantwortung von Leistungserbringern auf den Kanton. Die Kommunikation ist ein Kernbestandteil der ärztlichen Tätigkeit, glauben Sie mir. Ärztinnen und Ärzte und Institutionen sind sogar verpflichtet, es ist eine Pflicht, die wir haben, sicherzustellen, dass die Aufklärung auch verstanden wird. Das ist ganz wichtig und das ist jetzt kein Votum gegen Dolmetschende, die ich auch im Alltag wirklich erlebe. Aber gerade Herr Bolliger, der gesagt hat, wenn man eine Diagnose weitergibt, usw., ist es doch menschlich und es ist wichtig, dass der Mensch... Ja, wir haben sogar Dolmetschende gehabt, die plötzlich fehl am Platz Emotionen gezeigt haben, die angefangen haben zu weinen und der



Patient erschrickt, was ist denn jetzt passiert, und, und, und. Und da gebe ich recht, bei einem KI hat man vielleicht keine Gefühle, dafür ist es eine genaue, klare Platzierung und ich als Arzt wie auch Ärztinnen wie alle, wir sind verpflichtet, die Emotionen vielleicht auch mit einer Mimik, mit Herz, mit allem, was dazu gehört, weiterzugeben, ergänzend dazu. Das ist wichtig. Aber nicht ein Dolmetschender, der null Ahnung von Medizin hat, ich wage das jetzt einfach so zu sagen, häufig null Ahnung von Medizin hat und bei irgendeiner schwerwiegenden Diagnose, die er selber oder sie selber durchgeht, anfängt zu weinen und das auf den Patienten überträgt. Das finde ich dann ziemlich darüber und daneben, wie man heute sagt.

Dann wird die Kostenfrage verharmlost. Es wird suggeriert, dass sich die Leistungen von selbst amortisieren. Das ist eine Annahme, das ist keine gesicherte Finanzplanung. Wir sprechen von einem potenziell sehr grossen Kreis an Anspruchsberechtigten. Ich rede nicht nur von Flüchtlingen, die hierherkommen, Asylanten, Ukrainer, usw., ich rede auch von den Expats, die seit Jahren hier sind und kein Wort Deutsch reden. Selbstverständlich müssen wir mit ihnen Englisch reden, aber auch dort gibt es manchmal Ärztinnen und Ärzte, die das Englisch vielleicht nicht ganz perfektionieren, weil wir auch Gastärzte aus anderen Ländern haben, etc.

Fünftens, und das ist zentral, Integration bedeutet auch, die Landessprache zu lernen. Ich habe das gerade angedeutet mit den Expats. Das ist ganz wichtig. Wenn wir staatlich garantierte Dolmetscherleistung im gesamten Gesundheitswesen einführen, senden wir auch ein wenig ein falsches Signal. Wenn ich nach Amerika gehe und versuche dort, mich auf Baseldeutsch zu verständigen, versteht mich kein Mensch. Und ich habe vier Jahre dort gelebt, ich musste mich anpassen, auch die Gefühle und alles, was ich dort hatte, musste ich versuchen, in der Landessprache auszudrücken, sonst bin ich einfach nicht integriert, wie es viele heute leider auch nicht sind.

Und das letzte, wir haben es vom Regierungsrat gehört, es laufen Abklärungen hinsichtlich dieser Geschichte, was sehr wichtig ist, und wieso das jetzt hier mit einer Motion nochmal..., das verstehe ich nicht. Die LDP ist gegen die Motion, wir sind auch gegen einen Anzug, weil die Geschichten laufen schon und wir finden das relativ unnötig. Es hat gute Absichten, Amina Trevisan, ich unterstelle Ihnen keine Sekunde, dass das nicht gute Absichten sind, im Gegenteil, aber darf ich das einfach so als alter Mann sagen, gute Absichten alleine machen wirklich keine gute Politik.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Furlano, es gibt zwei Zwischenfragen. Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Ich habe zwar immer sehr Mühe mit der Aussage «gut gemeint, aber», aber das lassen wir jetzt tatsächlich hier mal weg. Ich bin inhaltlich natürlich nicht mit Ihnen einverstanden, was Sie jetzt hier eben gesagt haben, aber ich wollte Sie eigentlich fragen, ist Ihnen bewusst, dass das Bundesamt für Gesundheit dem Kanton den Ball zugespielt hat? Es ist kantonale Aufgabe, Dolmetschende zu finanzieren.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Und genau das ist das Problem, das wir nicht nur in dieser Frage haben. Der Bund gibt es dem Kanton, der Kanton gibt es dem Bund. Ich schaue ein bisschen zurück hier auf unseren Gesundheitsdirektor, das ist ja häufig so der Fall, leider.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Zwischenfrage von Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Es tut mir leid, dass Sie so ein schlechtes Erlebnis haben mussten mit einem Dolmetschenden in Ihrem Gespräch. Ich gehe davon aus, dass das nicht jedes Mal so ist, da bin ich sogar davon überzeugt. Jetzt meine Frage, ich hätte eigentlich ganz viele, ich konzentriere mich jetzt auf die finanzielle. GWL-Leistungen sind ja auch kantonale Leistungen für Sachen, die der Bund oder das KVG nicht finanziert. Sehen Sie nicht auch die Möglichkeit, dass Dolmetschleistungen in Zukunft über eine Art und Weise der GWL finanziert werden können?

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ja, das ist sicher eine Möglichkeit, nur ich sehe auch die Gesundheitskosten, die ständig steigen und die wir auch den Bürger und der Bürgerin aufopfern und wenn wir danach an dieser Schraube drehen, dann schrauben wir automatisch auch an den Gesundheitskosten, die steigen werden und das will ich nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.



*Amina Trevisan (SP):* Als Kind sass ich im Wartezimmer nicht mit einem Malbuch, sondern mit Verantwortung. Ich begleitete meine italienischsprechende Mutter zu Ärztinnen und ins Spital als Dolmetscherin. Ich übersetzte Diagnosen, Ängste, Entscheidungen. Dinge, mit denen sich Kinder nicht befassen sollten. Diese Realität ist bis heute Alltag für viele Familien und sie ist der Grund, warum ich heute hier stehe als Politikerin, als Sozialwissenschaftlerin und als Frau mit Migrationsbiografie, die weiss, was fehlende Verständigung im Gesundheitswesen bedeutet.

Mit dieser Motion fordern wir den Regierungsrat auf, die Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden, wohlgemerkt professionelle, im Gesundheitswesen verbindlich zu regeln, im Spital und insbesondere im ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich. Wir schreiben kein Modell vor, auch digitale oder KI-gestützte Lösungen sind möglich, sofern Qualität und Datenschutz gewährleistet sind. Also Sie sind herzlich willkommen, auch mit KI zu arbeiten. Entscheidend ist, der Kanton übernimmt Verantwortung.

Seit über 30 Jahren befasse ich mich wissenschaftlich und beruflich mit Migration und Gesundheit und mit der Frage, wie gesundheitliche Chancengleichheit umgesetzt werden kann. Die Studienlage ist eindeutig, professionelle Dolmetschende verbessern die Qualität der Versorgung und senken mittel- und langfristig Kosten. Also hier gibt es ganz viele zahlreiche Studien, die dies belegen, weil weniger Fehlunter- und -übersorgung erfolgen.

Auch das Bundesamt für Gesundheit, ich habe es gesagt, hat dies über viele Jahre im Programm Migration und Gesundheit bestätigt und hält klar fest, die Verantwortung für die Finanzierung liegt bei den Kantonen. Trotzdem besteht im Kanton Basel-Stadt weiterhin eine Versorgungslücke, besonders im ambulanten Bereich, bei Hausärztinnen und in der Psychotherapie. Gerade dort, wo Vertrauen und Sprache zentral sind, fehlt oft genau das, Verständigung. Noch immer werden Laien zum Dolmetschen eingesetzt, Kinder, Angehörige, Reinigungspersonal. Das ist fachlich, rechtlich und ethisch problematisch und gefährdet die Patient\*innensicherheit.

Wir haben den Anzugsweg mehrfach beschritten, ohne Wirkung. Genau deshalb liegt heute eine Motion vor, weil es jetzt Verbindlichkeit braucht. Ich anerkenne die Bemühungen des Regierungsrats, im ambulanten Bereich vorwärtszukommen und ein Massnahmenpaket sowie einen Ausgabenbericht auszuarbeiten. Leider reichen diese Schritte nicht aus. Die Finanzierung der Dolmetschkosten muss gesichert sein. Ohne geregelte Finanzierung bleiben Sensibilisierung und Koordination wirkungslos. Fachpersonen können Dolmetschende nicht einsetzen, wenn sie nicht wissen, wer bezahlt.

Was im Bericht zum Beispiel auch fehlt, ist der Hinweis auf die gut belegten mittel- und langfristigen Kosteneinsparungen durch Dolmetschende. Seit über 20 Jahren belegen die Studien des Bundesamts für Gesundheit, professionelle Dolmetschende sind unverzichtbar für gesundheitliche Chancengleichheit. Auch national und international, ich habe es schon gesagt, ist die Evidenz eindeutig. Sie verbessern die Versorgungsqualität, senken langfristig Kosten und kommen der ganzen Gesellschaft zugute, nicht nur migrierten Personen. Vor diesem Hintergrund ist die Basler Bedarfsanalyse von 2025 wissenschaftlich nicht haltbar, sie ist nicht repräsentativ, liefert keine neuen Erkenntnisse, selbst der Regierungsrat räumt das ein. Mit solchen Analysen wird Zeit verschwendet, statt endlich die notwendige Finanzierung sicherzustellen.

Besonders problematisch, ich nehme jetzt Bezug inhaltlich auf den Bericht, der mir vorgelegen ist, ist die Interpretation der Rückmeldungen von nur 23 Psychotherapeut\*innen, wonach kein Bedarf bestehe, weil migrierte Personen keinen Zugang zur Psychotherapie fänden. Ja, genau das ist der Beweis des Problems. Ohne Dolmetschende ist Psychotherapie für viele schlicht nicht möglich. Und auch die Behauptung, Dolmetschende würde die therapeutische Beziehung stören, ist wissenschaftlich widerlegt. Ja, Behandlungen mit Dolmetschenden sind anspruchsvoller, aber der Nutzen ist enorm. Und ich wiederhole, wir sprechen hier von professionell ausgebildeten Dolmetschenden.

Nun, Sprachmittlung ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit, medizinisch, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Gesundheitsversorgung ohne Verständigung ist keine echte Versorgung. Darum fordern wir, die Finanzierung von Dolmetschenden muss kantonal einheitlich und verbindlich geregelt werden. Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion, auch im Namen der migrantischen Community, der Forschenden und aller Fachpersonen im Gesundheitswesen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich danke Ihnen für die engagierte Debatte zu diesem wichtigen Thema und ich habe grossen Respekt vor den Erfahrungen des Unverstandenseins oder der Überforderungen von Betroffenen, so wie sie jetzt auch zuletzt geschildert worden sind. Wir nehmen das ernst, wir wollen aber daraus nicht die falschen Schlüsse ziehen.

Die technischen Hilfsmittel, die heute zur Verfügung stehen, garantieren die reine Übersetzungsarbeit. Ich glaube, wir sollten nicht mehr dieses Bild jetzt in die weiteren Debatten und politischen Arbeiten mitnehmen, dass Patientinnen und Patienten oder ihre Angehörigen eine Diagnose nicht verstehen oder sprachlich nicht in der Lage sind, die Behandelnden zu verstehen. Ich glaube, hier müssen wir ehrlich sein, die technischen Hilfsmittel, die zur Verfügung stehen und die immer besser und immer sicherer werden, die schliessen dieses Risiko praktisch aus und damit ist die reine Übersetzungsarbeit technisch



machbar. Das heisst nicht, dass sie emotionslos oder kalt oder anonym erfolgt. Wie das ja auch geschildert wurde, sind die Behandelnden dabei und sie müssen die emotionale Verbindung zu den Patientinnen und Patienten und den Angehörigen finden und das können sie auch, wenn sie sich eines technischen Hilfsmittels rein für die Übersetzung bedienen. Ich glaube, das gibt schon eine Verschiebung in der Diskussion und sollte uns auch noch einmal genauer analysieren lassen, wofür sehen wir uns genau in der Verantwortung, was sind wir genau der Auffassung, garantiert das KVG einem Patienten, einer Patientin oder den Angehörigen.

Und das Element dann interkulturell ist halt eine Zusatzdimension. Die ist sehr viel aufwendiger, das würde ich zugestehen, das kann die Technik heute nicht. Das bedeutet Beizug von weiteren geschulten Personen, die mehr sein müssen als reine Dolmetschende. Und da muss ich Ihnen sagen, sehe ich ein gewisses Risiko, deshalb bitte ich Sie, beim Anzug zu bleiben. Wenn Sie dafür per Motion uns einen Auftrag geben, dann schaffen wir neue Rechtsansprüche und wecken wir enorme Erwartungen. Wir können diese Erwartungen nicht einlösen, es ist unmöglich. Sie können nicht in einer Hausarztpraxis im Notfallbetrieb jede beliebige Sprache interkulturell im Dolmetschangebot führen. Es geht nicht, das können wir nicht leisten. Deshalb müssen wir uns irgendwo realistisch aufstellen und sagen, gut, was können wir leisten, worauf anerkennen wir einen Anspruch, wie können wir es einlösen, was ist ergänzend möglich, aber wir sollten nicht unrealistische Erwartungen und Ansprüche jetzt in den Raum stellen. Und ich befürchte ein bisschen, dass das entsteht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das sind dann für mich auch nicht gemeinwirtschaftliche Leistungen, das sind vielleicht individuelle Anspruchspositionen. Ich als Patient erwarte das, aber das ist nicht von allgemeinem Interesse.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, kämpfe ich dann mit dieser Vorstellung, das in diesem breiten, umfassenden Sinn, wie es in der Debatte zum Vorschein gekommen ist, nun einlösen zu müssen, wenn Sie per Motion überweisen würden und deshalb stellen wir uns diesem wichtigen und anspruchsvollen Thema gern und engagiert in der Form des Anzugs.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Oliver Bolliger und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen deshalb zur Eventualabstimmung.

#### **Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**40 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008346, 11.02.26 11:32:53]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 40 Ja-Stimmen gegen 53 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Lorenz Amiet und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen deshalb zur Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008348, 11.02.26 11:33:50]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**



die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

### **35. Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend gesetzliche Verankerung der Betreuung, Schreiben des RR**

[11.02.26 11:34:00, 21.5028.04]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **35.1. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungsbeiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, Schreiben des RR**

[11.02.26 11:34:36, 22.5421.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **36. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen, Bericht des RR**

[11.02.26 11:34:36, 21.5487.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben

### **37. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen, Schreiben des RR**

[11.02.26 11:35:07, 23.5531.02]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat hat das Wort. Er verzichtet. Als erster Fraktionssprechenden für die SP eingetragen hat sich Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion, der BastA und auch der GRÜNEN/jgb, diesen Anzug stehen zu lassen. Es geht mir hauptsächlich, oder um nicht sogar zu sagen ausschliesslich um die Frage 3, also um die gezielte Förderung von regenerativen Erdsonden.

Der Regierungsrat hält zu Recht fest, dass nicht alle Quartiere gleichermaßen betroffen sind, aber gerade jene Quartiere, die keine Fernwärme erhalten, die sind es eben schon. In einzelnen Strassenzügen werden Erdsonden heute dicht an dicht gebohrt. Wenn all diese Anlagen den gleichen paar Kubikmetern Untergrundwärme entziehen, besteht die reale Gefahr einer Auskühlung des Erdreichs. Je nachdem lässt sich nicht einmal die heute angenommene Lebensdauer von 50 Jahren erreichen. Ohne Regenerierung ist die nächste Diskussion über künftig verfügbare erneuerbare Energieträger nur eine Frage der Zeit.

In Neubauten ist eine Rückführung von Wärme heute Standard, in älteren Gebäuden hingegen nicht. Und ausgerechnet in Quartieren wie dem Neubad oder auf dem Bruderholz stehen viele solcher Liegenschaften. Dabei gäbe es spannende Ansätze, auch in bestehenden Gebäuden Sommerwärme zurück ins Erdreich zu leiten, zum Beispiel über Leitungen in der Dachisolation. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass das Thema Sondenregeneration von den meisten Installateuren nicht aktiv aufgegriffen wird und die Verantwortung faktisch bei den Eigentümerinnen und Eigentümern landet. Niemand weiss so richtig, was zu tun ist.

Der Regierungsrat stützt sich in seiner Antwort stark auf Normen und weniger auf eine systemische Betrachtung. Aus meiner Sicht garantiert das keinen langfristig sicheren Betrieb. Ich möchte nicht, dass wir in 20 oder 30 Jahren schon feststellen, dass der Untergrund grossflächig ausgekühlt ist und wir dann gezwungen sind, Erdsonden vorzeitig durch erneut subventionierte Luftwärmepumpen zu ersetzen oder anderes.

Ich komme zum Schluss, mit der Halbierung der Förderung für Wärmepumpen im Wärmegebiet bin ich sehr zufrieden, mit der Antwort auf Frage 1 kann ich ebenfalls leben, aber bei der Regeneration hätte ich gerne vertiefere Antworten und ein klares Konzept, wie Unterkühlung verhindert und aktive Regeneration gezielt gefördert werden kann. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Der Regierungsrat hat den Anzug von Jean-Luc Perret und Konsorten sorgfältig geprüft und kommt zu einem nachvollziehbaren und überzeugenden Schluss. Die bestehenden Förderinstrumente für erneuerbare Heizlösungen sind bereits wirkungsvoll ausgestaltet, werden regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst. Wir teilen das Anliegen, den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme weiter voranzubringen. Dieses Ziel wird jedoch nicht allein durch höhere Förderbeiträge erreicht, sondern durch verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und eine ausgewogene Verwendung der öffentlichen Mittel.

Genau das gewährleistet die heutige Förderpraxis. Der Regierungsrat zeigt auch auf, dass die Nachfrage nach Förderbeiträgen hoch ist und die eingesetzten Mittel eine klare Lenkungswirkung entfalten. Eine pauschale Anpassung der Beiträge zum jetzigen Zeitpunkt ist daher weder notwendig noch zielführend. Vielmehr gilt es, die laufenden Programme konsequent weiterzuführen und auf neue Entwicklungen flexibel zu reagieren.

Aus diesen Gründen ist der Anzug bereits erfüllt bzw. überholt. Die Fraktion der SVP wird der Haltung des Regierungsrats folgen und den Anzug abschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Dies aus folgenden Gründen. Die Hauptforderung des Vorstosses, die ist umgesetzt mit der Ordnungsänderung, die per 1. Januar 2025 in Kraft trat, nämlich dass die Förderbeiträge für dezentrale Heizungsanlagen innerhalb des Fernwärmegebietes halbiert werden. Dies, um die Fernwärmedichte zu erhöhen und auch nicht im gleichen Gebiet quasi Fernwärme gegen Erdbohrungen, beides zu subventionieren. Dass beides geschieht, das ist nicht sinnvoll. Das hat der Grosse Rat so in seinem Anzug formuliert und das trägt auch der Regierungsrat mit, dass da eine Anpassung notwendig war. Diese wurde vollzogen.



Bei der Frage nach den Lebenszykluskosten, dort richtet sich das System schon seit Jahrzehnten und auch der Bund hat seine Logik in der Investitionssumme. Die Lebenszykluskosten wären durchaus auch eine logische Möglichkeit, erschwert aber das Ganze, weil, wie wir alle wissen, die Energiepreise auch sehr stark volatil sind und man deshalb auch sehr stark mit reinen Annahmen arbeiten müsste über die zukünftige Entwicklung oder dann mit Anpassungen, wenn sich die Energiekosten, sei es Strom, sei es die Fernwärmepreise, wenn sich die verändern. Von dem her, aus diesem Grund möchte der Regierungsrat nicht die Systematik ändern und verbleibt auch in der Logik des Bundes bei der Orientierung an den Investitionskosten, das ja sehr erfolgreich ist und das bleibt so.

Bei uns ist ja die Hauptmotivation dieser Unterstützung auch nicht die Anreize, weil die Regulierung ist klar, man darf gar keine Erdgas- oder Erdölheizung mehr einbauen bei einem Ersatz. Es geht um eine Abfederung dieser Regulierung, so dass die Kosten nicht einfach auf die Hauseigentümer\*innen übertragen werden, sondern quasi gesellschaftlich durchgetragen werden, weil wir alle ein hohes Interesse haben, dass wir unsere Klimaziele erreichen.

Der dritte Punkt, das ist auch, was den Anzugssteller dazu bewegt, nicht abzuschreiben. Ich möchte Ihnen gerne erklären, weshalb der Regierungsrat es nicht nötig findet, hier eine neue staatliche Subvention einzuführen. Ich denke, wir sollten bei neuen staatlichen Subventionen immer vorsichtig sein, wirklich überlegen, braucht es die, ist es sinnvoll und können die Privaten das nicht in Eigenverantwortung und selber tun und machen. Da sind wir der Meinung, regenerative Erdwärmesonden, das kann in vielen Situationen durchaus Sinn machen, hat sich auch bei grossen Liegenschaften und bei Neubauten sehr stark durchgesetzt, da ist es klar, da braucht es keine staatliche Intervention, da funktioniert das bestens.

Ich habe auch höheres Vertrauen in die Installateurinnen und Installateure als der Vorredner. Die Installateurinnen und Installateure wissen, wo es Sinn macht. Es ist auch eine Geschäftsoportunität, wenn man die regenerative Erdwärmesonden zusätzlich installieren kann. Von dem her, ich habe da hohes Vertrauen, dass die Installateurinnen und Installateure nahe sind an den technischen Möglichkeiten, an den Opportunitäten, an den Produktentwicklungen, die auf dem Markt geschehen. Und ja, die Verantwortung liegt schlussendlich bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, nach Beratung durch die Heizungsinstallateure zu entscheiden, was sie verbauen möchten. Wir als Kanton stehen aber den Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzern beratend zur Seite, die Energieberatung des AUE Basel-Stadt steht kostenlos zur Verfügung, wenn man Fragen hat, welches System am sinnvollsten ist und auch ob ein regeneratives System Sinn macht.

Dann besteht eine technische Notwendigkeit für Regeneration nur in sehr wenigen Gebieten, weil in vielen Orten das kein Problem ist. Es gibt dort, wo sehr dicht gebohrt wird, dort gibt es die Notwendigkeit, aber wie gesagt, auf grosse Flächen gibt es diese Notwendigkeit nach heutigem Wissensstand nicht.

Dann gibt es auch für kleinere Liegenschaften, und wir sprechen ja vor allem von kleineren Liegenschaften, wenn wir dann in Einfamilienreihenhäusern sprechen, wo dann, ich sage mal, die Möglichkeit bestünde, dass man sehr nahe aneinander bohrt, dort gibt es mit den Luft-Wasser-Wärmepumpen sehr gute technische Lösungen, die sehr gut geeignet sind, das Haus zu wärmen und zu heizen und man nicht zwingend bohren muss, sondern die Hauseigentümerin und Hauseigentümer sich da für eine Luftwärmepumpe entscheiden können. Es gibt dann auch noch weitere Vorsorgemöglichkeiten, die man als Hauseigentümer treffen kann, indem man zum Beispiel noch ein bisschen tiefer bohrt, um eine grössere Sicherheitsmarge zu erlangen, indem man sicher auch schaut, wo ist die nächste schon bestehende Nutzung der Erdwärme und so auch Schnittstellen schon installiert für eine spätere Einbindung von externen Wärmequellen. Da gibt es diverse Möglichkeiten, die auch günstiger sind, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Von dem her, wir sehen als Regierungsrat hier keine Notwendigkeit, eine zusätzliche Subvention oder Förderung zu installieren und deshalb möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.*

### **Abstimmung**

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008353, 11.02.26 11:45:50]

### **Der Grosse Rat beschliesst**



den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 44 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

### **38. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat, Schreiben des RR**

[11.02.26 11:46:02, 25.5528.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich wollte eigentlich nicht lange reden, aber ich muss jetzt doch reden, sonst gibt es keine Nachmittagssitzung. Das würde Ihnen fehlen, 200 Franken. Und darum muss ich jetzt als Grossrat und Parteipräsident die volle Redezeit nutzen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, sprechen Sie bitte zur Sache.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Es ist ja so, es geht um Begutachtung und ich kann jetzt schon mal sagen, ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden. Bitte fürs Protokoll, Eric Weber ist mit dieser Antwort nicht zufrieden und ich begründe gerne. Wortwörtlich schreibt die Regierung: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt – und jetzt müssen Sie aufpassen, es steht hier, Sie können es nachlesen, ich hatte das noch nie in 42 Jahren Grossrat – Conradin Cramer und Frau Barbara Schüpbach-Guggenbühl schreiben, wir beantworten diese Interpellation wie folgt. Ich habe gedacht, ich lese nicht richtig als Journalist und Grossrat. Dann kommt der Text: 1. Wie viele Begutachtungen gab es in den letzten fünf Jahren? 2. Von wem wurden die Begutachtungen beantragt? 3. Wie kann man sich gegen eine Begutachtung wehren? Das schreibt die Regierung. 4. Was sind mögliche Gründe für Begutachtungen? Bitte ein paar Beispiele nennen. Und der letzte Punkt, 5. Was sind die Folgen einer Begutachtung? Kann ein Bürger dann von seinen politischen Rechten ausgeschlossen werden?

Die Regierung hat quasi meine fünf Fragen abgeschrieben und das als Antwort gegeben und da muss ich sagen, muss ich die Interpellation nochmal neu einreichen und die Antwort fehlt, ich bin nicht blöd. Eine Begutachtung von Menschen kann nur die Staatsanwaltschaft machen. Das hätte auch der Anwalt Sutter sagen können, nur die Staatsanwaltschaft Basel darf sagen, diese und diese Person wird begutachtet, ja oder nein, was hat die Person für ein Problem. Und das wurde nicht beantwortet. Nur die Staatsanwaltschaft kann bestimmen, ob es eine Begutachtung gibt. Und ich muss einfach sagen, meine Fragen einfach abzuschreiben, finde ich nicht toll und dann die Antwort ist: Die Interpellation ist dahingehend zu verstehen, dass es um Begutachtungen im Zusammenhang mit dem aktiven und passiven Wahlrecht geht. Der Staat macht in diesem Zusammenhang keine Begutachtungen.

Ich bin kein Jurist und ich würde mich freuen, wenn mir ein Jurist wie Herr Jenny oder Herr Sutter das erklären könnten. Ich weiss nur als Journalist und Grossrat, der sehr viel recherchiert, dass die Staatsanwaltschaft, und die Staatsanwaltschaft ist ja der Staat, sagen kann, wir machen eine Begutachtung. Und ich werde das nochmal neu einreichen. Es gibt die Fälle in Basel, wo die Staatsanwaltschaft einfach kommt und sagt, wir nehmen diesem Mann oder wir nehmen dieser Frau die Möglichkeit, dass er nicht mehr hier vorne im Grossen Rat reden darf. Diese Fälle gibt es und diese Leute sind registriert und die dürfen dann scheinbar nicht kandidieren für den Grossen Rat oder für den Regierungsrat, weil es heisst, die haben das und das verzapft. Und hier bin ich mit dieser Antwort nicht einverstanden und ich werde hier nochmal die Interpellation abgeben und werde schreiben, ich möchte wissen, wie viele Fälle von Begutachtungen gibt es bei der Staatsanwaltschaft Basel. Und da kann man mir nicht sagen, wir wissen das nicht. Also ich bin vollkommen unzufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



### 39. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[11.02.26 11:51:40, 25.5534.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Antwort wurde dem Interpellanten schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat mir mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist.

Ich habe zwischenzeitlich einen Ordnungsantrag bekommen von Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich beantrage, dass wir die Nachmittagssitzung heute ausfallen lassen. Dies, weil wir keine dringenden Geschäfte mehr haben, dass basierend auf der Zeitschätzung des Ratsbüros wir nur ungefähr 1.45 Stunde brauchen würden und weil es deshalb aus sitzungsökonomischer Sicht keinen Sinn macht, die Sitzung anzusetzen. Lieber wir haben eine Sitzung, bei der Traktanden übrigbleiben, wie das jetzt heute Morgen der Fall wäre, und füllen so einen ganzen Nachmittag, weil das Sitzungsgeld nicht proportional gekürzt wird, wenn wir früher fertig sind. Und wenn wir die Nachmittagssitzung nicht haben, dann haben wir jetzt auch noch die Gelegenheit, irgendetwas anderes zu machen, bevor wir dann heute Abend ans Fest gehen für die, die dabei sein werden, anstatt eine kurze zerquetschte Pause dazwischen. Deswegen bitte ich Sie, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte einen Gegenantrag stellen, Frau von Falkenstein, wir haben dann Zeit, um das zu diskutieren. Es sind noch verschiedene Interpellationsbeantwortungen, die seit drei Monaten warten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, Sie brauchen keinen Gegenantrag zu stellen, weil der Antrag ist von Frau von Falkenstein, dass wir keine Sitzung machen. Wir hätten eine Sitzung, entsprechend brauchen Sie keinen Antrag zu stellen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber darf ich noch begründen?

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nein, brauchen Sie nicht, besten Dank.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### Abstimmung

Wer die Nachmittagssitzung absagen will, stimmt JA, wer sie nicht absagen will, stimmt NEIN.

#### Ergebnis der Abstimmung

**41 Ja, 28 Nein, 17 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008356, 11.02.26 11:54:58]

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung abzusagen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 41 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen dafür entschieden, dass wir heute Nachmittag keine Sitzung haben.

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit habe ich noch folgende Mitteilung an Sie zu machen:

#### **Letzte Sitzung von Erich Bucher**

Heute hat Erich Bucher seine letzte Sitzung im Grossen Rat. Erich Bucher war seit dem 1. September 2013 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied in der PUK Biozentrum, der Disziplinarkommission und der GSK. Aktuell ist Erich Bucher noch Mitglied der Regiokommission, der Delegation Districtrat und der Delegation IPK FHNW. Zudem ist Erich Bucher Mitglied der GPK, in welcher er auch das Amt des Vizepräsidenten ausübt. Ich möchte Erich Bucher im Namen des Grossen Rates ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken. [Applaus]

Das Wort hat Erich Bucher:

Frau Präsidentin, Herr Statthalter, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörende, herzlichen Dank für diesen wunderbaren Applaus. Ich habe ein paar sensationelle 13 Jahre hier drin erleben dürfen, hatte viele interessante Gespräche und habe spannende Sachen erlebt. Ab und zu waren wir uns einig, ab und zu auch nicht, aber das ist gut so. Jetzt, nachdem ich mit 15 Jahren angefangen habe zu arbeiten, immer berufstätig war, gehe ich mit fast 75 Jahre in die Pension. Ich glaube, ich habe es in der Zwischenzeit verdient.

Ich wünsche Ihnen hier allen wunderbare weitere heisse und interessante Diskussionen. Tschau zusammen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herzlichen Dank und alles Gute.

Meine letzte Mitteilung für heute:

#### **Präsidiumsfeier**

Ich freue mich sehr, Sie heute Abend im Landgasthof in Riehen begrüssen zu dürfen und erinnere Sie daran, dass die Türöffnung ab 18.15 Uhr sein wird.

#### **Schluss der 3. Sitzung**

11:58 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5592

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:18:31

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5592

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:19:43

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
26.5031

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:21:00

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
26.5032

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:22:51

Geschäft

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
26.5033

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:24:08

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
26.5034

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:25:33

Geschäft

Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	30	13	11	10	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	10	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
26.5034

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:26:27

Geschäft

Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
26.5035

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:27:42

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	13	10	11	11	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	10	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
26.5036

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:29:01

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	11	11	11	5	6	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	5	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
26.5037

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:30:16

Geschäft

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:12:09

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	11	6	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	6	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:12:56

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	30	12	11	10	10	6	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	11	10	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:13:58

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:14:53

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	30	13	11	11	11	6	6	3	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	13	11	11	11	6	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12  
25.0542

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:24:33

Geschäft

Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	12	10	11	11	6	6	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	10	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:23:35

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	16	4	1	4	0	0	4	3	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	35	17	4	1	4	0	0	4	4	1	0
Nicht abgestimmt	59	11	9	10	7	11	6	2	2	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:24:25

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	0	13	10	0	9	0	6	0	0	0
Nein	50	29	0	0	11	0	4	0	6	0	0
Ent	5	0	0	1	0	2	1	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	13	11	11	11	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:25:31

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	29	0	0	11	5	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	9	0	3	0	5	0	1	0
Ent	6	0	0	2	0	3	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15  
25.5579

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:38:54

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	30	7	1	11	11	6	5	6	0	0
Nein	13	0	3	9	0	0	0	1	0	0	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	10	11	11	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16  
25.5571

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:48:27

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	30	0	0	11	0	6	0	6	0	0
Nein	40	0	13	11	0	10	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	10	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 17  
26.5003

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 15:07:52

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gögeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäschtl)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gögeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	26	0	3	10	8	6	0	6	0	0
Nein	26	0	12	8	0	0	0	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	26	12	11	10	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	1	0	2	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19  
25.5543

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 16:54:58

Geschäft

Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	28	4	2	11	10	6	0	6	0	0
Nein	23	0	7	9	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	11	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	0	1	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20  
25.5544

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:16:58

Geschäft

Motion 3 Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	28	0	2	11	7	6	0	5	0	0
Nein	27	0	12	7	0	2	0	5	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	28	12	9	11	9	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	3	0	2	1	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21  
25.5545

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:38:22

Geschäft

Motion 4 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	28	0	0	11	4	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	8	0	4	0	6	0	0	0
Ent	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	13	9	11	10	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	0	2	1	1	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22  
25.5546

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:56:00

Geschäft

Motion 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	28	0	1	11	3	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	7	0	5	0	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	8	11	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	0	2	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1